Fremdenblatt
24/IV 1915

Kriegskalender.

6. April: Die Kämpfe in den Karpathen nehmen an Ausdehnung zu; deutsche und österreichisch-ungarische Truppen erobern am Laborczatale starke russische Stellungen und machen hiebei über 7000 Gefangene. In Südostgalizien scheitert ein Nachtangriff auf den Höhen nordöstlich Ottynia, bei einem Angriffe auf das südliche Dniesterufer südwestlich Uszie Biskupie werden zwei Bataillone des russischen Alexander-Infanterie-Regiments gänzlich vernichtet. Russische Angriffe bei Kalwarja und Augustow erfolglos. — Beginn der französischen Offensive zwischen Maas und Mosel. — Im Kaukasus neue Erfolge der Türken. — Die englischen Dampfer „City of Bremen", „Northlands" und „Aeantna" torpediert. — Entspannung zwischen China und Japan.

7. April: Fortdauer der Karpathenkämpfe; unsere Erfolge am Laborczatale behauptet; in Südostgalizien Geschützkampf. — Die Deutschen vernichten bei einem Vorstoß nach Andrzejewo ein russisches Bataillon, ein zweites wird unter schweren Verlusten vertrieben; russische Angriffe bei Kalwarja und Augustow abgewiesen. — Im Westen Drie Grachten geräumt; bei Ailly, Apremont und Flirey schwere Verluste der Franzosen. „U 29", von Otto Weddingen befehligt, wird für verschollen erklärt.

8. April: Die hartnäckigen Angriffe der Russen in den Karpathen und vornehmlich in den Ostbeskiden werden durch erfolgreiche Gegenangriffe deutscher und unserer Truppen beantwortet; in Südostgalizien Geschützkampf. — Die französische Offensive zwischen Maas und Mosel unter blutigsten Verlusten bisher erfolglos; bei Apremont Verfolgungskämpfe. — Der deutsche Dampfer „Prinz Eitel Friedrich" in Newport-News (Amerika) interniert. — Rücktritt Venizelos' aus dem politischen Leben.

9. April. Im Waldgebirge furchtbare Verluste der Russen; an den übrigen Frontabschnitten Ruhe. — Bei Kalwarya in Russisch-Litauen noch nicht beendete Gefechte. — Zwischen Maas und Mosel Kämpfe mit gesteigerter Heftigkeit; aus Drie Grachten werden die Belgier vertrieben; bei Mesnil und im Ailly-Walde Erfolge der Deutschen. — Vor den Dardanellen wird das französische Linienschiff „Duquesne" beschädigt und ein französischer Torpedojäger zum Sinken gebracht. — Nach amtlicher Zählung werden in Deutschland insgesamt 812.808 Kriegsgefangene ausgewiesen. — Ein Eingeborener versucht auf Hussein Kemal, den „Sultan" von Aegypten, ein Attentat.

10. April. Im Quellgebiete des Stryj, im Oportale und in den Abschnitten des Uzsoker Passes heftige Kämpfe; nördlich Tucholka erobern die Deutschen eine von den Russen hartnäckig verteidigte Höhenstellung. — Die russischen Angriffe bei Kalwarya unter schweren Verlusten zusammengebrochen. — Zwischen Orne und Maashöhen schwere Niederlage der Franzosen; französische Angriffe auf die Combreshöhen und gegen Ailly zurückgewiesen.

11. April. Fortdauer der Kämpfe im Waldgebirge; östlich des Uzsoker Passes weitere Ausnützung unseres Erfolges vom 9. April. — In Polen werden an der Szkwa russische Angriffe abgewiesen; Bromierz (bei Plonsk) von den Deutschen erobert. — Zwischen Maas und Mosel scheitern neuerliche französische Angriffe; bei Albert und am Yserkanal für die Deutschen erfolgreiche Teilgefechte. — Entschiedene Note Deutschlands an Amerika wegen der amerikanischen Waffenlieferungen.

12. April. Russische Angriffe in den Abschnitten östlich des Uzsoker Passes abgewiesen; in Südostgalizien und in der Bukowina heftige Geschützkämpfe. — Erfolgreicher Vorstoß der Deutschen bei Mariampol. — Neuerliche französische Angriffe auf die Combres-Stellung sowie im Priesterwalde werden abgewiesen; Nancy wird mit Spreng- und Brandbomben belegt. — Der deutsche Hilfskreuzer „Kronprinz Wilhelm" wegen Mangel an Kohle und Lebensmitteln in Newport News eingelaufen; das englische Passagierboot „Wayfarer" wird torpediert. — Als Antwort auf die Behandlung gefangener deutscher Unterseebootmannschaft werden 39 in Deutschland gefangene englische Offiziere in Strafanstalten interniert.

13. April. Die seit 20. März in den Karpathen andauernde russische Offensive an der ganzen Front wurde zum Stehen gebracht. — Französische Angriffe bei Maizeren, Marcheville, im Priesterwalde und beim Hartmannsweilerkopf werden zurückgeworfen. — Neuer erfolgloser Angriff auf die Dardanellen. — Die englischen Dampfer „Guernsey" und „President" und der französische Dampfer „Frederic Frank" torpediert. — Ausfuhrverbot für Kupfer- und Nickelgeld in Frankreich.

14. April. Nordwestlich des Uzsoker Passes erobern die k. u. k. Infanterie-Regimenter 19 und 26 im Sturm die ausgedehnte russische Stellung auf der Ceremchahöhe. — Neue französische Mißerfolge zwischen Maas und Mosel; französische Angriffe im Ailly-Walde gescheitert. — Ausbreitung des Aufstandes in Indien in den Provinzen Lahore, Delhi und Bengalen.

15. April. Am Stryj Angriffe starker russischer Kräfte aufgehalten; in heftigem Gegenangriff erstürmen unsere Truppen eine wichtige Höhe bei Wysockowz. — Dreimaliger erfolgloser Angriff der Franzosen bei Marcheville; auf dem Hartmannsweilerkopfe fünf französische Angriffe gescheitert; die Verluste der Engländer werden amtlich auf 140.000 Mann angegeben. — Angriff eines deutschen Marineluftschiffes auf die Tynemündung. — Der englische Dampfer „Armigan" torpediert.

16. April. Im Waldgebirge und im Strhjtale vereinzelte Kämpfe; in Polen und östlich Petrikau ein russischer Angriff abgewiesen; an der unteren Nida sehr lebhaftes und wirkungsvolles Feuer unserer Artillerie. — Heftige Kämpfe am Südabhange der Lorettohöhe; Artilleriekämpfe zwischen Maas und Mosel; Angriffe französischer Flieger auf Rottweil und Hallingen in Baden. — Erfolgreicher Angriff von deutschen Marine-Luftschiffen auf verteidigte Plätze der englischen Südostküste. — Mißlungene Angriffsversuche gegen die Dardanellen. — Tsingtau wird zum zweiten Festlandshafen der japanischen Flotte erklärt; in der Turtlebai werden japanische Detachements auf der mexikanischen Küste gelandet. — Die russische Regierung gibt weitere 500 Millionen Rubel von nicht gegen Gold umtauschbaren Drei- und Einrubelscheinen aus.

19. April. Im Waldgebirge erfolglose und verlustreiche russische Vorstöße gegen die Quellen der Cziroka; in Südostgalizien und in der Bukowina Geschützkampf. — Am Südhange der Loretohöhe nehmen die Franzosen einen kleineren deutschen Stützpunkt; zwischen Maas und Mosel fortdauernder heftiger Artilleriekampf; bei Flirey werden mehrere französische Angriffe zurückgewiesen. — Ein feindliches Luftschiff wirft zwölf Bomben auf Straßburg ab. — Türkische Batterien bringen in den Dardanellen ein englisches Unterseeboot zum Sinken. — Einnahme von Casablanca durch muselmanische Marokkaner. — Anerbieten unbedingter Entschuldigung Englands an Chile wegen der Verletzung der Hoheitsrechte Chiles durch den Angriff der „Glasgow" auf die „Dresden". — In Oesterreich und in Ungarn wird die Ausdehnung der Landsturmpflicht auf die Altersjahrgänge 18 bis 50 angekündigt.

Hamburger Fremdenblatt
24. IV. 1915

Wachsender Respekt vor Österreich-Ungarns Wehrkraft.

t. **Mailand**, 24. April. (Drahtbericht unseres Vertreters.) Der Militärkritiker des „Corriere della Sera", Oberst Gatti, bespricht die Einwirkung auf die österreichische Offensive, die durch eine eventuelle Intervention bisher neutraler Staaten hervorgerufen werden könnte. Er gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Abwehrkraft Oesterreich-Ungarns heute so stark ist, daß sie überhaupt nur durch eine Intervention neuer Kräfte gebrochen werden könnte, und zwar solcher Kräfte, die die Monarchie von Süden angreifen. Während heute die Sache so steht, daß sich die im Augenblick im Krieg stehenden Mächte ungefähr die Wagschale halten, würde ein Eingriff neuer Staaten in den Krieg naturgemäß diese Wagschale auf der einen oder anderen Seite sinken lassen. Oberst Gatti macht aber aufmerksam, — und er tritt damit einem in Italien vielfach verbreiteten Irrtum entgegen — daß der Staat, der sich jetzt neu am Kriege beteiligen wollte, keine leichte Aufgabe vorfinden würde, im Gegenteil, es blieben genau dieselben großen Hindernisse zu überwinden, dieselben Verluste und Anstrengungen zu tragen, wie sie die bereits im Kriege befindlichen Mächte ertragen müssen. Deshalb müsse man von vornherein danach trachten, eine Verständigung zu erzielen, um eventuell die Mitwirkung mehrerer Mächte herbeizuführen und so die Enttäuschungen während und nach dem Kriege zu vermeiden oder doch zu vermindern.

Auch andere italienische Zeitungen beschäftigen sich mit dem gleichen Thema. Das Turiner Blatt „Popolo" sagt, die österreichisch-ungarische Flotte habe jetzt ihren vollen gewollten Ausbau erreicht. Vier moderne Großkampfschiffe sowie genügend Panzerschiffe und kleinere Einheiten seien verwendungsbereit. Die Torpedo- und Unterseeboote wurden um ein Viertel ihres vorherigen Bestandes vermehrt. Die ganze Flotte ist gut ausgerüstet und vorbereitet, und außerdem bilden die dalmatinischen Inseln einen wirklich ausgezeichneten Stützpunkt für eine große Flotte. Sowohl in England wie auch in Frankreich und Rußland habe man wohl kaum einen richtigen Begriff von den ungeheuerlichen Schwierigkeiten eines Seekampfes mit Oesterreich-Ungarn.

In Frankreich hat man ihn schon, nach der schlechten Erfahrung, die man vor Antivari und durch die Torpedierung des „Courbet" gemacht hat.

Kölnische Zeitung
24./10. 1915

Spanische Stimmungen.

Einer unserer Mitarbeiter schreibt uns:

Jacinto Benavente, der berühmte spanische Dramatiker, hatte in einer seiner geistreichen Montagsplaudereien im Imparcial seine Überzeugung dahin ausgedrückt, daß der Urheber des blutigen Weltkrieges England sei. Ein für das britische Interesse Arbeitender erhob alsbald die Frage, wie man zu solcher Meinung kommen könne. Darauf erwidert nun der Leiter des Imparcial: „Diese Meinung ist nichts weniger als unsinnig. Wir würden gegebenenfalls dieselbe Auffassung verteidigen und uns dabei keines andern Belegmaterials bedienen als . . . einer Sammlung amtlicher Dokumente, die aus dem französischen Ministerium des Äußern stammen und uns mit einem höflichen Begleitschreiben des französischen Botschafters in Madrid in spanischer Übersetzung zugegangen sind, sowie einer interessanten Studie des englischen Professors an der Universität Glasgow, Mister J. Medlay." Dieser hatte sich — ein seltener Vogel — bemüht, dem deutschen Standpunkt einigermaßen gerecht zu werden. Und Mariano de Cazia ruft in einer „Anglo-hispanische Parallele" überschriebene Satire aus: „O England! Geht doch die ganze Vorstellung, die sich gegenwärtig auf dem Welttheater abspielt, bis jetzt lediglich zu Nutz und Frommen des listigen Albion! Wie sollte man bei der ganzen Entwicklung der Geschichte nicht in erster Linie die ungemeine Geschicklichkeit der englischen Diplomatie bewundern, die eine unübertreffliche Meisterin in der Kunst ist, den Stein zu werfen, aber die Hand zu verstecken, und die Kastanien zu ihrem Vorteil von andern aus dem Feuer holen zu lassen." Derselbe spanische Schriftsteller stellt in einem andern Artikel das Mitglied der französischen Akademie Henri Lavedan an den ihm gebührenden Pranger. „Immer, sagt er sehr treffend, haben sich die Franzosen in der Kunst ausgezeichnet, alle ihre Sachen in den Himmel zu heben. In der nationalen Selbstreklame stehen sie unerreicht da. Es ist also weiter nicht wunderbar, wenn sie jetzt diese Töne verdoppeln. Dennoch: Est modus in rebus! Und gerade die Schriftsteller von Ruf sollten in derartigen Dithyramben am ehesten Maß halten." Cazia gibt nun die Albernheiten wieder, mit denen ein Mann wie Lavedan die schwarzen Truppen, die Frankreich gegen Deutschland ins Feld geführt hat, als Ritter ohne Furcht und Tadel schildert, und bemerkt ironisch dazu: Begeisterter hätten die Franzosen auch die Jungfrau von Orleans nicht preisen können. Es sei ja ganz nett, der Stiefelwichse ein bißchen Glanz zu geben, aber man dürfe die Sache doch nicht so übertreiben, daß sie aussehe wie das Schwert des Erzengels Michael. Auch könnte leicht ein boshafter Neutraler auf den Gedanken kommen: wenn schon diese Neger so bewunderungswürdig sind, wie müssen sich dann erst die französischen Führer und Lehrmeister ausnehmen?! Wenn diese Wilden von gestern solch hohe und höchste Grade der Vollkommenheit erreicht haben, welche überirdischen Verdienste und Tugenden müssen dann erst die Landsleute des Panegyrikers besitzen?! Das habe Herr Lavedan doch auch wohl damit andeuten wollen. Und der Neutrale werde bei diesem Gedanken ein Lächeln nicht unterdrücken können, vor allem, wenn er nun die Medaille umdrehe und in derselben französischen Zeitschrift etwas weiter lesend auf ein »menschliches Dokument«, wie Zola sagen würde, stoße, das diese ganze rethorische Leistung über den Haufen werfe. In derselben Nummer schildere nämlich die Krankenschwester Frl. Cambry einen verwundeten algerischen Schützen, der aus der Tasche ein ungeheures Messer gezogen habe, das noch Blutspuren hatte. »Deutsches Blut« habe der Neger in seinem Kauderwelsch ausgerufen und dann lachend erzählt, daß er mit dem Messer ein Stück Fleisch aus dem Schenkel eines von ihm niedergemachten deutschen Offiziers geschnitten habe, um es zu verzehren, woran er leider von seinem Hauptmann gehindert worden sei. »Ich weiß nicht,« fügte Cazia hinzu, »ob sich darin die bewunderungswürdige Intelligenz, die unvergleichliche Seelengröße und das selbst den feinsten Regungen zugängliche Herz bekunden soll, Eigenschaften, die der brave Lavedan seinen französierten Negern andichtet. Es fehlt nur noch, daß er den Prix Monthyon für diesen Ali ben Ali verlangt, der selbst erklärte — und das ist zweifelsohne die feinste Schattierung des Zartgefühls —, für gewöhnlich kein Menschenfleisch zu verzehren, aber das Fleisch des Feindes sehr schmackhaft zu finden.« Eh bien, c'est la guerre! Die Schwarzen mit kannibalischen Neigungen werden zu strahlenden Helden gestempelt, während sich über die einst so helle Intelligenz eines französischen Akademikers ein dunkler Schatten legt. — Da wir gerade bei dieser etwas blutrünstigen Geschichte sind, so sei nebenbei ein Londoner Telegramm erwähnt, das sich in der spanischen Presse findet und also lautet: „Wie es heißt, werden demnächst 1500 Bluthunde nach dem Kriegsschauplatz gesandt werden. Sie sind abgerichtet, gegen menschliche Figuren, die man in deutsche Uniformen gesteckt und in Schützengräben gelegt hatte, loszugehen. Das Ergebnis der Versuche war vorzüglich." Vorzüglich würde das auch zu der „humanen" britischen Kriegsweise passen!

Da man sich in Frankreich noch immer darüber aufzuregen scheint, daß Spanien dem französischen Nachbar die blinde Gefolgschaft verweigert, so bemerkt Benavente ganz richtig: Welche Freundschafts- oder auch nur Wohlwollensbeweise hat uns denn Frankreich gegeben, die wir dankbar anzuerkennen hätten? Frankreich ist immer ein natürlicher Feind Spaniens gewesen und hat stets daran gearbeitet, es zu verkleinern und zu demütigen. Es gibt ein arabisches Sprichwort, welches besagt: Dein Nachbar ist dein Feind; der Feind deines Nachbars ist dein Freund. Frankreich kennt es wohl und handelt danach. Seine Politik lief immer darauf hinaus, uns niederzuhalten. Jetzt hat es ein Interesse an unserer Sympathie und wundert sich darüber, sie nicht in dem gewünschten Maß vorzufinden. Trotzdem unsere Neutralität offensichtlich ihm zugute kommt, scheint sie ihm noch verdächtig. Es verlangt jetzt unsere ganze Liebe, obwohl es uns seinerseits stets mit seiner ganzen Verachtung bedacht hat. Und weder dankt es uns noch schätzt es den aufrichtigen Schmerz, den wir empfinden, wenn wir es in diesen Kampf verwickelt sehen als Statist Englands und als Bundesgenosse Rußlands, in diesem Krieg, den ein hervorragender norwegischer Schriftsteller, der nicht in dem Verdacht der Deutschfreundlichkeit steht, den Krieg des Neides genannt hat, des Neides Englands auf Deutschland." Es ist weiter nicht zu verwundern, fügt Benavente mit beißender Ironie hinzu, daß diese edle Sache des Neides gerade so viele Parteigänger unter den Intellektuellen findet, d. h. bei denen, die die Beweggründe und Kunstgriffe dieser von ihnen so gepflegten Leidenschaft so genau kennen." Und in einer andern Plauderei wendet sich der große spanische Dramatiker gegen die jetzt in dem uns feindlich gesinnten Ausland beliebte Methode, bekannte deutsche Namen, wie Schopenhauer, Heine, Nietzsche u. a. gegen Deutschland ins Feld zu führen. „Einer der Lieblingsbeweisgründe der Verleumder Deutschlands ist die Anführung von Stellen aus hervorragenden deutschen Schriftstellern, die ihre Nation einer strengen Kritik unterziehen und gelegentlich von ihrem Vaterland schlecht sprachen. Was soll man von einem Volk denken, rufen sie aus, das zu seinen Lästerern viele seiner bedeutendsten Männer zählt?! — Ja, was soll man dann überhaupt von allen Nationen und allen Zeiten denken? Die großen Männer sind stets die leidenschaftlichsten Kritiker ihrer Nation und ihrer Zeit gewesen und mußten es naturgemäß sein. Soll das heißen, daß sie keine guten Patrioten waren? Im Gegenteil; wenn man den tiefsten Grund ihrer Gedanken zu erfassen sucht, so wird man finden, daß diese nicht zufriedenzustellende Unruhe, dieses sich in Klagen ergehende Unbehagen nur dem Wunsch nach weiterer Vollkommenheit entspringt, daß es auf eine schmerzhaft zugespitzte Liebe zum Vaterland hinausläuft. Weil man ihm wirklich gut ist, möchte man es noch verbessert sehen. Alle großen Männer legten einen gewissen Mißmut und eine gewisse Bitterkeit in ihre Liebe zum Vaterland — eben aus Liebe! Der Intelligente verbessert, wenn er straft, richtet auf, wenn er niederzureißen scheint; seine Kritik ist immer aufbauender Natur. Traurig wäre es mit einem Volk bestellt, wenn es anders wäre!" — Wie man sieht, gibt es in Spanien noch immer erleuchtete Geister, die uns und . . . unsere Gegner kennen trotz dem fortdauernden Feldzug des Calumniare audacter. Was letztern anbelangt, so erhielt der Schreiber dieser Zeilen gerade heute von spanischen Freunden Briefe, worin ihm in aufrichtigen Tönen des Mitleids und der Sorge Mut zugesprochen wird, das unvermeidliche Schwere zu ertragen. Da sich aber nichts ereignet hat, was diese plötzlichen Trostsprüche veranlaßt haben könnte, so schließe ich aus diesen und ähnlichen Wendungen wohl nicht mit Unrecht, daß in Spanien zurzeit einmal wieder von London und Paris aus eifrig gewühlt wird und zwar diesmal in dem Sinn, daß die deutsche Sache so gut wie verloren sei, da ein allgemeiner Zusammenbruch bevorstehe. Zuerst versuchte man die Neutralen mit Lügenberichten über deutsche Niederlagen zu ködern, dann sie mit dem Geschrei über deutsche Barbarei gegen uns einzunehmen und sie mit verleumderischen Greuelgeschichten gegen uns zu hetzen. Jetzt, wo auch das nicht mehr zieht, verlegt man sich auf die abgeschmackte Mär von unserer angeblichen Hungersnot, unserm so sehnlichst gewünschten finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch. Auch dies wird sich ja bald als Schwindel erweisen, und man darf gespannt darauf sein, welch neuer Humbug dann folgen wird.

Neue Freie Presse
25./IV. 1915

Keine Neigung zum Friedensschluß in Deutschland.

Eine amtliche deutsche Kundgebung.

Berlin, 24. April.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Von verschiedenen Seiten hören wir, daß in Stadt und Land Gerüchte über die Anbahnung von Friedensverhandlungen in Umlauf gesetzt werden. Des Näheren wird angedeutet, daß vorbereitende Schritte zur Herbeiführung eines Sonderfriedens mit England auf Grundlage gewisser englischer Wünsche und Forderungen im Gange seien oder in Gang gebracht werden sollen.

Kein Urteilsfähiger kann daran denken, die für Deutschland günstige Kriegslage zugunsten eines vorzeitigen Friedensschlusses mit irgendeinem seiner Feinde preiszugeben. Nach der vorläufig allein möglichen allgemeinen Umschreibung des Kriegszieles, die der Reichskanzler in seinen Reden gab, müssen wir jeden Vorteil der militärischen Lage benützen, um die Sicherheit zu schaffen, daß es keiner mehr wagen wird, unseren Frieden zu stören. Dabei muß es bleiben.

Die Gerüchte über deutsche Friedensneigungen sind gegenüber unserer unverminderten Entschlossenheit zur Niederkämpfung der Gegner törichte oder böswillige, auf jeden Fall aber müßige Erfindungen.

25./IV. 1915

Kriegschronik.

17. April.

Deutsche Flieger über Calais, Amiens, Sainte Menehould, Nancy, Pont-à-Mousson, Luneville.

Das englische Unterseeboot „E 15" östlich von Karanlik Liman in den Dardanellen zum Sinken gebracht.

Die Engländer am 19. Januar von unseren deutsch-ostafrikanischen Streitkräften bei Jassini geschlagen. Die Insel Mafia am 10. und 11. Januar von den Engländern besetzt.

18. April.

Der griechische Dampfer „Hellespontos", von Ymuiden nach Montevideo abgegangen, in der Nordsee versenkt.

Bei Nagypolony, Zellö und Telepocz in den Waldkarpathen 1425 Russen und 7 Offiziere gefangen.

19. April.

Deutsche Fliegerbomben auf Warschau.

Ein türkisches Torpedoboot nach Angriff auf das englische Truppenbeförderungsschiff „Manitou" an der Küste von Chios aufgelaufen und von seiner Besatzung in die Luft gesprengt. Von „Manitou" 24 Mann ertrunken, 27 vermißt.

Ernennung des Freiherrn v. der Goltz-Pascha zum Oberbefehlshaber der 1. türkischen Armee.

Der von den Engländern gekaperte Dampfer „Adjutant" am 6. Februar in der Rufidjimündung manövrierunfähig gemacht und gestrandet. Nach Rückzug der Engländer von Schirati nach Maringu am 3. Februar Wiederbesetzung von Schirati durch die deutschen Truppen.

Verkündigung des Kriegszustandes für Tunis und Algerien.

Entsendung des amerikanischen Kreuzers „New Orleans" zu Erkundungen über das Vorgehen der Japaner an der Turtlebai.

20. April.

Eindringen unserer Truppen in die französische Hauptstellung am Croix des Carmes.

Französische Fliegerbomben über Kandern und Lörrach (Baden).

Russische Fliegerbomben auf Insterburg.

Der englische Fischdampfer „Vanilla" durch ein deutsches Unterseeboot versenkt.

Besetzung von Seeheim und Keetmanshoop durch Truppen der südafrikanischen Union.

21. April.

Angriffe der Franzosen bei Flirey, Metzeral und Sondernach abgewiesen.

Deutsche Fliegerbomben auf Amiens.

Neuer Fliegerangriff auf Lörrach.

Bialystok mit Bomben belegt.

Ein britisches Unterseeboot bei Angriffen auf mehrfach in der deutschen Bucht der Nordsee gesichteten feindlichen Unterseebooten am 17. April versenkt.

Angriff von 4000 Indern auf die englischen Truppen bei Schabkads am 18. April.

22. April.

Staatssekretär Bryan erklärt in der Antwort auf eine Denkschrift des deutschen Botschafters Grafen Bernstorff, daß ein Ausfuhrverbot der Vereinigten Staaten von Amerika für Waffen eine Verletzung der Neutralität wäre.

Amtliche Verkündigung der britischen Admiralität von der Einstellung der Schiffahrt zwischen Holland und England.

23. April.

Der Uebergang über den Ypernkanal von unseren Truppen bei Steenstraate erzwungen. Langemarck, Steenstraate, Het Sas und Pilkem genommen.

Bei Kreuzfahrten der deutschen Hochseeflotte in der Nordsee unter Vorstoß bis in die englischen Gewässer keine englischen Seestreitkräfte angetroffen.

Ankunft des Landungskorps der „Emden" (Besatzung der „Ayesha") am 27. März in Lidd nach schweren Verlusten bei einem Ueberfall durch eine von Engländern gedungene Araberbande.

24. April.

Erstürmung von Lizerne westlich vom Ypernkanal. Scheitern französischer und englischer Angriffe bei Ypern. 2470 Gefangene, 35 Geschütze und zahlreiche Maschinengewehre erbeutet. Neue Angriffe der Franzosen zwischen Maas und Mosel.

50jährige Dienstjubelfeier des Staatssekretärs v. Tirpitz.

Der englische Fischdampfer „Saint Lawrence" und der russische Dampfer „Frack" von deutschen Unterseebooten versenkt.

Neues Wiener Tagblatt
26./IV. 1915

Der Rote Halbmond.

Verleihung der goldenen Medaille des Roten Halbmonds an Kaiser Franz Josef und Kaiser Wilhelm.

(Tel. des k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Konstantinopel, 25. April. Der Generalrat des Roten Halbmonds beschloß in seiner heutigen Versammlung, dem Kaiser und König Franz Josef und Kaiser Wilhelm, die dem Roten Halbmond eine bedeutende Summe zugewendet haben, die goldene Medaille zu verleihen.

Der ehemalige Großwesir Zekki-Pascha ist zum Präsidenten des Generalrates des Roten Halbmonds gewählt worden.

* * *

Konstantinopel, 24. April. Der Sultan empfing heute den Präsidenten des ottomanischen Roten Halbmondes, der ihm den Jahresbericht überreichte. Der Sultan gab seiner Genugtuung über den werktätigen Beistand des österreichischen, ungarischen und deutschen Roten Kreuzes Ausdruck.

Reichspost
27/IV. 1915

Der Krieg im Lichte der christlichen Religion.

Professor Peters behandelt in drei Vorträgen im Palais Harrach das Thema „Der Krieg im Lichte der christlichen Religion". Der erste dieser zugunsten des St. Elisabethvereines stattfindenden Vorträge wurde heute nachmittags abgehalten. Unter den Anwesenden bemerkte man: Prinzessin Alexandrine Windischgrätz, Landgräfin Gabriele Fürstenberg, Gräfin Fünfkirchen-Liechtenstein, Gräfin Harrach-Lobkowitz, Gräfin Harrach-Kinsky, Gräfin Hoyos-Trauttmansdorff, Gräfin Berchtold, Gräfin Ida Hunyady, Baronin Plener, Kommerzialrat Zacherl u. a. m.

Professor Peters führte u. a. aus: Eine tiefe Tragik durchzieht die Geschichte der Menschheit. Es ist, als ob ein Fluch über der Menschheit lastet. Die Geschichte der Menschheit ist mit Blut geschrieben und doch ist die Menschheit offenbar eine einzige Familie. Alle Menschen aller Nationen und Zeiten weisen unverkennbare Züge einer Familiengemeinschaft auf, aber das Feuer auf dem Familienherde ist längst verloschen. Der eine mißtraut dem andern, jeder versucht sich auf Kosten und mit Schaden seines Nächsten zu bereichern, ein Volk erhebt das Schwert gegen das andere, um sich gegenseitig Besitz streitig zu machen. Woher ist all dieser Haß, dieser Neid und diese Zwietracht in die Menschheit gekommen? Kein Geschöpf auf der Erde ist so hochfahrend, so leidenschaftlich, fähig zu so herrlichen Tugenden des Heroismus und zu so grausamen Entartungen wie der Mensch. Gerade wir stehen wieder vor einem tragischen Rätsel der Menschheitsgeschichte. In der Menschheit steht eine lichte Erscheinung, das ist die christliche Religion. Dieses Gottesreich, welches wir christliche Religion nennen, hat nach Absicht Gottes gewiß den Frieden unter den einzelnen Menschen und unter den Völkern im Auge. Es ist nicht uninteressant und unwichtig, in kurzen Zügen darzustellen, wie der Krieg im Lichte des christlichen Glaubens beurteilt wird. Ist der Krieg überhaupt grundsätzlich mit der christlichen Religion vereinbar oder steht er zur christlichen Religion in einem grundsätzlichen Widerspruche? Die Schilderung des Reiches Christi durch die Propheten zeigt uns unwiderleglich die Absicht Gottes, daß das Reich Christi ein Friedensreich sein soll. Gerade die der christlichen Religion innewohnende Friedenskraft wird von den Propheten geschildert. Die Entfaltung dieser Friedenskraft ist abhängig von dem Gebrauche oder Mißbrauche der menschlichen Freiheit. Der Krieg im Sinne einer Störung des Friedens ist unvereinbar mit dem Gottesreich, aber der Krieg im Sinne der Herstellung des Friedens ist nicht unvereinbar mit dem Gottesreich, wenn er den von Gott gewollten Frieden zur Geltung und Herrschaft bringen will. Tolstoi, Harnak und andere beriefen sich bei ihrer Behauptung, daß der Krieg überhaupt mit der christlichen Religion unvereinbar sei, auf die Stelle: „Wenn dich jemand auf deine rechte Wange geschlagen hat, biete ihm auch die linke." Als rhetorische Uebertreibung ist das Wort nicht aufzufassen, sein Sinn ergibt sich aus der Umgebung, in der Christus dieses Wort gesprochen hat. Was Christus gebietet, ist die unbedingte Unterdrückung jeder persönlichen Feindschaft und Rachgier. Christus hat bei dieser Stelle im Auge, den Geist der Sanftmut zu pflanzen. Das Reich Christi ist nicht von dieser Welt. Die Staaten sind auf dieser Erde darauf angewiesen, die Rechtssicherheit und irdische Wohlfahrt ihrer Bürger zu verbürgen. Der Staat ist auch auf irdische Mittel angewiesen. Wird die öffentliche Rechtssicherheit und das Streben nach allgemeiner Wohlfahrt gefährdet, so hat der Staat die Verpflichtung, im Interesse seiner Bürger einzuschreiten. Die staatliche Obrigkeit hat von Gott das Schwert zum wirklichen Gebrauche erhalten, folglich kann sich das Wort Christi „alle, die das Schwert gebrauchen, werden durch das Schwert umkommen" sich nur auf den unberufenen und eigenmächtigen Gebrauch des Schwertes beziehen. Die Stellen, die von Tolstoi, Harnak und anderen angeführt werden, haben tatsächlich einen Sinn, der durchaus nicht die grundsätzliche Unvereinbarkeit jedes Krieges mit der christlichen Religion in sich schließt. Die christliche Religion ist nicht nur eine Religion der Liebe, sondern auch der Gerechtigkeit. Die Leidenschaften im Menschen, Haß, Neid, Habsucht, Geldgier, sind die eigentlichen Triebfedern, die eigentlichen tiefsten Ursachen jedes Krieges im Sinne als Friedensstörer. Der Friede, den das Gottesreich uns bringen will, hebt nicht die Willensfreiheit des Menschen auf. Das Friedensreich mit seinem herrlichen, versöhnenden Geist kann sich nur dort breiten, wo es im Herzen der Menschen Aufnahme findet, wo nicht der Geist mit seinem freien Willen widerstrebt. Tritt eine böswillige Störung des Friedens ein, dann muß die Ordnung wiederhergestellt werden. Hier begreifen wir bereits, wie gerade bei einem gerechten Kriege der Tod, der im Kriege erlitten wird, zum Schutze der von Gott gewollten Ordnung, als wahrer Märtyrertod bezeichnet wird. Es ist unwahr, daß jeder Krieg grundsätzlich unvereinbar ist mit der christlichen Religion. Der Krieg, der eine mutwillige, böswillige Störung des Friedens ist, ist grundsätzlich unvereinbar mit der christlichen Religion. Der Krieg, der sich dieser Störung widersetzt, der die Friedensstörung abzuwehren und die von Gott gewollte friedliche Ruhe der gerechten Ordnung und friedlichen Wohlfahrt wiederherzustellen sucht, ist ein gerechter Krieg und mit der christlichen Religion durchaus grundsätzlich vereinbar.

Dem Vortrage folgte lauter Beifall.

Neues Wiener Tagblatt
27./IV. 1915

Oesterreich-Ungarns Eintreten in den Krieg.

I.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Als der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad am 23. Juli 1914 dem serbischen Ministerpräsidenten die Note übergab, welche Serbien vor die Wahl stellte, entweder auf seine bereits einmal abgeschworne dann aber im geheimen wieder aufgenommene Wühlarbeit gegen die Monarchie zu verzichten oder aber offen zu bekennen, daß es sich mit den Mördern von Sarajevo und deren Hintermännern identifiziere, befand sich die ganze Wehrmacht Oesterreich-Ungarns auf dem vorgeschriebenen Friedensstande, denn im Bewußtsein ihrer guten Sache hatte die Monarchie, die den Krieg nicht wollte, ihre gerechten Forderungen nicht unter den Druck militärischer Vorkehrungen gestellt. Am Nachmittag des 25. Juli 1914 übergab Herr Pasic unserm Gesandten jene Antwortnote der serbischen Regierung, die den Schein erwecken sollte, daß Serbien bereit sei, die Forderungen der Monarchie bis zu den Grenzen des Möglichen zu erfüllen, die aber in Wirklichkeit die wichtigsten unsrer Postulate mehr oder weniger ablehnte. Wie klar sich die serbische Regierung darüber war, daß ihre Antwort unannehmbar sei, geht am deutlichsten daraus hervor, daß drei Stunden vor Ueberreichung dieser Note auch schon die Anordnung zur Mobilisierung der gesamten serbischen Armee erging. Serbien warf damit, wie sich bald zeigte, bewußt die Lunte in das Pulverfaß, um einen Weltbrand zu entfachen.

Die teilweise Mobilisierung.

Der Kaiser mußte seiner so oft bekundeten Friedensliebe jenen schweren Entschluß abringen, für den die serbische Herausforderung keine andre Wahl ließ. Noch am Abend desselben Tages erfloß der Befehl zur teilweisen Mobilisierung, von allen Völkern der Monarchie einmütig mit Begeisterung begrüßt. Am 28. Juli erging die Kriegserklärung an Serbien. Freudig, getragen von Pflichtbewußtsein und Opferwilligkeit, an denen es Habsburgs Völker in ernster Stunde nie fehlen ließen, eilte jedermann, den der Einberufungsbefehl traf, auf den ihm zugewiesenen Posten. Mit der Sicherheit eines Präzisionsinstruments arbeitete der Mobilisierungsapparat. Alle Prophezeiungen von Störungen bei Annahme der Kriegsbereitschaft und im Aufmarsche, auf die unsre Feinde gerechnet hatten, wurden zuschanden.

Während die teilweise Mobilisierung noch in der Vorbereitung war, machte sich schon das erste Wetterleuchten im Nordosten bemerkbar. Am 27. Juli langten inoffizielle Nachrichten in Wien ein, daß Rußland in den angrenzenden Militärbezirken militärische Vorbereitungen treffe. Wohl leugnete die russische Regierung zunächst noch, daß sie eine Mobilisierung angeordnet habe, doch ließ sie uns mitteilen, daß sie zu dieser Maßregel greifen müsse, falls unsre Truppen die serbische Grenze überschreiten würden. Im übrigen hatte Rußland lange vorher unter dem Titel von Probemobilisierungen weitgehende Kriegsvorbereitungen getroffen. Wie ein grell leuchtender Blitz erhellte diese Ankündigung das dunkle Gewölk heimlich angespannener Ränke. Rußland breitete seine schützende Hand über Serbien aus! Unter dem Vorwand, die Aktion gegen Serbien wolle in Wahrheit nur das Moskowiterreich und dessen Einfluß auf dem Balkan treffen — ein Vorwand, den unsre in Petersburg feierlich abgegebenen Erklärungen unhaltbar machten —, trat Rußland an die Seite Serbiens, jenes Feindes, gegen den wir uns ohne jegliche gegen irgendeinen andern Staat gerichtete Nebenabsichten, lediglich aus dem zwingenden Grunde der Selbsterhaltung, wenden mußten, um unsre staatliche Sicherheit und Ordnung für alle Zukunft gegen geheime Umtriebe eines begehrlichen und auch vor den verwerflichsten Mitteln nicht zurückschreckenden Nachbars zu schützen. Objektiver Beurteilung war nur offenbar, daß alle monarchiefeindlichen Machenschaften, die von Serbien ihren Ausgang genommen hatten, unter russischer Patronanz standen; klar war zu erkennen, daß Serbien es nur unter diesem sicheren Hort hatte wagen können, der Monarchie die geforderten Garantien zynisch zu verweigern und ihr den Fehdehandschuh hinzuwerfen.

Die Kriegserklärung an Rußland.

Am 29. Juli wurde offiziell bestätigt, daß Rußland die Militärbezirke Kiew, Odessa, Moskau und Kasan mobilisierte. Kaum hatte man aber in Petersburg erkannt, daß uns das Deutsche Reich in bewährter Bundestreue zur Seite stehe, so folgte zwei Tage später der Befehl zur Mobilisierung der gesamten russischen Wehrmacht. Erst jetzt antworteten wir, bisher auf das äußerste bemüht, den europäischen Frieden zu erhalten, unter dem zwingenden Druck der russischen Drohung mit der gleichen Maßregel. Wie ein Mann erhoben sich die Völker der beiden Staaten des alten Reiches, das jugendfrischer seine Glieder reckte als je zuvor. Begeistert griffen Deutsche und Magyaren, Slaven und Romanen zu den Waffen, von dem einzigen und einheitlichen Willen beseelt, ihr Vaterland zu schirmen. Am 2. August überschritten russische Truppen ohne Kriegserklärung die preußische Grenze. Der Bündnisfall war gegeben. Am 5. August überreichte der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg die Kriegserklärung.

So stand die Monarchie vor der Notwendigkeit, zur Verteidigung ihrer Existenz einen Krieg nach zwei Fronten zu führen: im Norden gegen Rußland mit seiner Einwohnerzahl von 173 Millionen Menschen, im Süden gegen Serbien mit seinem in zwei siegreichen Feldzügen kampferprobten und gestählten Heere und dessen Verbündeten in den schwarzen Bergen. Denn auch Montenegro hatte sich zu den Feinden der Monarchie gesellt. Da die wehrhaften Männer ungefähr den zehnten Teil der Bevölkerung bilden, hatte Oesterreich-Ungarn mit rund fünf Millionen Streitern nicht nur der dreifachen Ueberlegenheit von 17 Millionen russischer Soldaten, sondern überdies auch noch mehr als einer halben Million Serben und Montenegrinern entgegenzutreten, die beide Balkanstaaten bei der weitaus stärkeren Ausnützung der Wehrkraft ihren 4½ Millionen entnehmen konnten.

Neues Wiener Tagblatt
27. III. 1915

Österreich-Ungarns Eintritt in den Krieg

Wohl trat uns das Deutsche Reich mit fast 68 Millionen Einwohnern, also rund 7 Millionen Streitern, gut gewappnet und gerüstet zur Seite. Damit erwuchs aber beiden Zentralmächten eine ganze Reihe starker Feinde, die längst auf den Augenblick gelauert und von langer Hand einen tückischen Ueberfall vorbereitet hatten, um den neiderweckenden wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands zu brechen.

Die zahlenmäßige Ueberlegenheit der Feinde erfuhr dadurch eine Vermehrung, doch sprach zugunsten der verbündeten Zentralmächte die enge Nachbarschaft der beiden Reiche, die unbedingte Gemeinsamkeit der Interessen und ein durch langjähriges treues Zusammengehen bewirktes Verschmelzen des beiderseitigen militärischen Wollens zur einheitlichen Kraftäußerung, während auf feindlicher Seite die räumliche Trennung der Staatsgebiete und eine Reihe nur notdürftig überbrückter, in ihrer ganzen bisherigen politischen Entwicklung begründeter Gegensätze der Heerführung alle Schwächen des Koalitionskrieges anhaften mußten. Wie schwer diese Nachteile wiegen, lehrt fast jedes Blatt der Geschichte.

Die Grundzüge des Kriegsplanes.

Die Grundzüge des Kriegsplanes für den Einleitungsfeldzug waren den Zentralmächten durch die Verhältnisse zwingend vorgezeichnet. Deutschland mußte sich mit seiner Hauptkraft zunächst gegen die Feinde im Westen wenden, die nach Eisenbahnnetz und Truppendislokation am schnellsten auf den Plan treten und den industriereichsten Teilen des Deutschen Reiches gefährlich werden konnten. Nach den schon im Frieden bekannten organisatorischen Daten warf der Mobilisierungsbefehl 45 Linien- und 19 Reservedivisionen, ferner 19 Reservebrigaden, insgesamt rund 73 französische Infanterietruppendivisionen, gegen die deutsche Grenze, dazu mußten 6 belgische und die für den Krieg auf dem Festlande sofort verfügbaren 6 englischen Infanterietruppendivisionen gerechnet werden, eine Masse von 85 Divisionen. Deutschland mußte daher von seinen hundert Linien- und Reservedivisionen mindestens 90 auf dem westlichen Kriegsschauplatze verwenden. Gegen den östlichen Feind, die Russen, blieben außer Formationen der Landwehr nur zehn Divisionen übrig, denen erst viel später nach zuverlässiger Sicherstellung des eigenen Gebietes gegen die westlichen Feinde Verstärkungen zukommen konnten.

Ein langwieriges Ringen gegen die Zahl.

Der Krieg gegen Rußland mußte von vornherein als ein langwieriges Ringen gegen die Zahl aufgefaßt werden. Sowohl seine bereitgehaltenen militärischen Kräfte als auch jene, die es seinem großen Reservoir an Ergänzungsmannschaft zu entnehmen vermochte, konnte es selbst bei bester Organisierung nur nach und nach zur Geltung bringen. Dieser Umstand schloß die Beendigung des Krieges gegen Rußland in einem kurzen Feldzuge aus.

An Stelle des Strebens nach einem einzigen siegreichen Schlag mußte die Absicht treten, die eigene Ueberlegenheit an moralischen Faktoren des Heeres, an Ausbildung, Bildungsgrad und Geist der Truppen zu allmählicher Schwächung des Kolosses zu benützen, um mit der Zeit ein Gleichgewicht der Kräfte herzustellen, das schließlich zum Siege führen mußte. Angesichts des notwendigen bedeutenden Kraftaufwandes Deutschlands gegen Westen fiel diese Aufgabe im ersten Teile des Krieges der Hauptsache nach Oesterreich-Ungarn allein zu, das sich nicht darauf beschränken durfte, den russischen Kräften bei einem Vorstoß gegen unser Gebiet Widerstand zu leisten, sondern auch alles daran setzen mußte, möglichst große Teile der zunächst kriegsbereit werdenden russischen Feldarmeen auf sich zu ziehen und diese dadurch vor einem Stoß in das Herz Deutschlands, in den Rücken der im Westen kämpfenden Hauptkräfte, abzuhalten. Schien doch die mit vielem französischem Geld erkaufte Bundespflicht Rußland vorzuschreiben, seinen schwerringenden westlichen Verbündeten baldmöglichst durch einen Einfall in Deutschland unmittelbare Hilfe zu bringen.

In welch zweckentsprechender Weise die schwierige und opfervolle Aufgabe von unsrer todesmutigen Armee in schweren Kämpfen gelöst wurde, läßt sich erst erkennen, wenn man rückschauend die Vorgänge im polnisch-galizischen Einleitungsfeldzug des gewaltigen Kampfes überblickt, der seit mehr als acht Monaten die Aufmerksamkeit nicht nur der Beteiligten, sondern auch der neutralen Völker in atemloser Spannung hält und alles in Schatten stellt, was Völkerhader an kriegerischen Leistungen je gebar.

38 Divisionen gegen 100.

Im Augenblicke, als Rußlands Eingreifen den europäischen Krieg entfachte, wurde für Oesterreich-Ungarn der Süden zum Nebenkriegsschauplatze, auf dem nur so viele Kräfte verwendet werden durften, als zur Wahrung unsrer Balkansituation unbedingt erforderlich schien. Da Serbien zehn Infanterietruppendivisionen des ersten, fünf des zweiten und vier des dritten Aufgebotes aufzustellen vermochte, Montenegros Streitmacht insgesamt mit vier Divisionen zu veranschlagen war, erschienen elf unsrer 49 Infanterietruppendivisionen des Heeres und beider Landwehren als das Mindestausmaß dessen, was auf dem südlichen Kriegsschauplatze unbedingt belassen werden mußte. Es blieben sonach 38 Infanterietruppendivisionen für die Hauptaufgabe im Norden verfügbar.

Neues Wiener Tagblatt
27./IV. 1915

Österreich-Ungarn tritt in den Krieg.

Rußlands Wehrmacht umfaßt allein an Truppen erster Linie 79 Infanterie- und Schützendivisionen und überdies etwa 35 Reservedivisionen, die der ersten Linie unbedingt gleichzustellen sind. Nach Abrechnung der an andern Grenzen vorerst belassenen, späterhin aber sehr reduzierten Kräfte blieben Rußland mindestens hundert Divisionen für den europäischen Kriegsschauplatz übrig, die vierzig Divisionen Reichswehr (Landsturm) nicht gerechnet, von denen beträchtliche Teile, wie sich später zeigte, das Feldheer unterstützten. Bei der räumlichen Ausdehnung des russischen Reiches mochte es beträchtliche Zeit brauchen, bis diese ganze gewaltige Macht an den Westgrenzen verfügbar wurde; mit achtzig Divisionen erster und zweiter Linie mußte jedoch das Machtaufgebot eingeschätzt werden, das, dank der Anhäufung von Truppen in Westrußland, innerhalb der ersten Phase des Krieges schlagbereit sein konnte. Durfte angenommen werden, daß die deutschen Kräfte in Ostpreußen — einschließlich Landwehr —, etwa 15 Divisionen stark, 20 des Feindes zu binden vermochten, so blieben 60, die unsre 38 Divisionen auf sich ziehen mußten. Das Mißverhältnis erhöhte sich dadurch, daß die russischen Infanterietruppendivisionen mit 16 Bataillonen den unsern mit ihren durchschnittlich 13 an Infanterie ansehnlich überlegen, an Artillerie aber anderthalbmal so stark waren, und daß weiter der russischen Infanterie eine geradezu erdrückende Uebermacht an Reiterei — 39 Kavallerietruppendivisionen gegen unsre 11 — zur Seite stand. Diesem an Streitkräften so sehr überlegenen Feinde kam obendrein der Vorteil der Grenzkonfiguration zuhilfe. Im Norden, Nordosten und Osten Ostgaliziens und der Bukowina vermochten die russischen Heere, die, wie frühzeitig zu erkennen war, Russisch-Polen westlich der Weichsel gänzlich räumten, aufzumarschieren und das eines natürlichen Grenzschutzes entbehrende Land wie mit einer mächtigen Hand zu umklammern, die sich scheinbar nur zur Faust zu schließen brauchte, um die weit mehr als ein Drittel schwächere österreichisch-ungarische Armee zu erdrücken.

Die Gründe der österreichisch-ungarischen Offensive.

Sich dieser Gefahr durch Meidung des gefährlichen Raumes zu entziehen, einen teilweisen Ausgleich des Kräfteverhältnisses durch Anklammern an weit hinten gelegene günstige Verteidigungsabschnitte zu suchen, ging wegen der Rolle, die Oesterreich-Ungarn im großen Krieg als Rückendeckung Deutschlands übernommen hatte, nicht an. Dem Feinde durfte keineswegs volle Freiheit des Handelns eingeräumt, es mußte ihm vielmehr unser Wille aufgezwungen werden. Verteidigungsweises Verhalten würde es seinem Belieben überlassen haben, seine Uebermacht entweder umklammernd an unsern Flügeln geltend zu machen, oder uns mit annähernd gleichen Kräften zu beschäftigen und zu binden, um den Ueberschuß an Truppen ungehindert in Deutschland einfallen zu lassen.

Unsre Nordarmee mußte darum die Offensive ergreifen. Dies konnte nur in der Weise geschehen, daß sich ein möglichst starker Teil der Streitmacht ehebaldigst auf eine der in Versammlung begriffenen russischen Gruppen warf, um sie zu schlagen, indes der zweite Teil die andern Gruppen aufhielt, bis sich die Hauptkraft nach errungenem Siege auch gegen diese wenden konnte. Für die Wahl der Gruppe, welcher der erste Anprall gelten sollte, kam nur jene im Norden zwischen Weichsel und Bug in Betracht, da deren Vorstoß, wenn wir uns etwa zuerst gegen jene im Osten oder Nordosten gewendet hätten, nach relativ kurzem Vordringen alle vornehmlich nach Westen verlaufenden Eisenbahnverbindungen unsrer Hauptkräfte durchschnitten und diese selbst vom Innern der Monarchie und dem verbündeten Deutschen Reich abgedrängt und zum Rückzug in die östlichen Karpathen genötigt hätte.

Nebenbei verhieß der Vorstoß in nördlicher Richtung auch die wirksamste Entlastung der Ostpreußen verteidigenden relativ schwachen deutschen Kräfte, falls sich der Feind wider Erwarten auch mit einer größeren Macht auf diesen Teil des Kriegsschauplatzes zu wenden gedachte.

Die Raschheit, mit welcher sich die Mobilisierung und der wohldurchdachte Transport in den Aufmarschraum vollzogen, kam dem kühnen Entschluß eines frühzeitigen Vorstoßes gegen Norden zuhilfe. Am 20. August, nur 17 Tage nach Beginn der allgemeinen Mobilisierung, waren schon drei der nach Galizien bestimmten vier Armeen der Hauptsache nach versammelt. Zwei davon sollten nun zwischen Weichsel und Bug vorstoßen, die dritte den aus Nordosten und Osten über Radziechow, Brody und Tarnopol zu gewärtigenden Feind aufhalten. Ihr war die letzteintreffende Armee als Unterstützung zugedacht.

Der Vorsprung der russischen Mobilisierung.

Die Folge zeigte, daß Rußland die Mobilisierung unter geschickter Verschleierung seiner Maßnahmen bereits von langer Hand vorbereitet hatte, so daß die Mobilisierungsorder seinem Feldheere gleichsam nur die letzte Feile gab. Schon frühzeitig, knapp nach den ersten drohenden Schritten zugunsten Serbiens, schoben sich größere Truppenverbände in voller Kriegsstärke gegen die galizische Grenze heran, und es war nur der raschen und geschickten Aufbietung unsres Grenzschutzes zu danken, daß alle Versuche, die planmäßige Versammlung unsrer Streitkräfte zu stören, vereitelt wurden. Auch die am 14. August einsetzende Fernaufklärung unsrer kühnen Flieger, die vom nächsten Tage an durch das Vorgehen unsrer vor ernsten Durchbruchsversuchen der gut organisierten feindlichen Sicherungslinien nicht zurückscheuenden Kavallerie ergänzt wurde, erbrachte, soweit sich das über den Feind gelagerte Dunkel überhaupt lichten ließ, den Beweis, daß der Aufmarsch der Russen viel weiter vorgeschritten war, als bei normaler Entwicklung der Ereignisse hätte angenommen werden können.

Neues Wiener Tagblatt
27/IV. 1915

IV.
11

Österreich-Ungarn Eintritt in den Krieg.

Immer deutlicher zeigte sich, daß der Fürstenmord in Sarajevo Rußland nicht unerwartet getroffen hatte und daß in Petersburg bereits zu einer Zeit mit dem Angriffe auf die Zentralmächte gerechnet worden war, als wir den inneren Zusammenhang der Geschehnisse noch nicht im entferntesten ahnen konnten. Gerade die Erkenntnis des Vorsprunges in der russischen Kriegsbereitschaft mußte ein Ansporn mehr sein, den bereits gefaßten Angriffsentschluß ungesäumt zur Tat werden zu lassen.

Schon waren einzelne Einbrüche russischer Kavalleriekörper, unterstützt von Infanterie, beiderseits des Bug, bei Brody und über den Zbrucz erfolgt; alles deutete darauf hin, daß die umklammernde Hand sich demnächst zur Faust ballen wolle. Es galt rasches Handeln. Hinter den Russisch-Polen westlich der Weichsel räumenden Russen hatte eine bei Krakau gesammelte schwache Armeegruppe unter dem General der Kavallerie v. Kummer schon am 13. August feindliches Gebiet betreten und war unter unbedeutenden Kämpfen, seitlich begleitet von dem in Preußisch-Schlesien aufgestellten deutschen Landwehrkorps v. Woyrsch, im Vorrücken längs des linken Weichselufers. Mit Sicherheit festgestellt war die Versammlung einer stärkeren russischen Gruppe bei Lublin, während die Angaben über die Kräfte bei Dubno und im Raume jenseits des Zbrucz nicht viel Klarheit schufen. Der zweifellos festgestellte Feind sollte als Erster zu fühlen bekommen, daß die Fänge des Doppeladlers nicht stumpf geworden waren.

Die Ordre de bataille.

Als sich der 22. August seinem Ende zuneigte, am Vorabend der nun in rascher Folge einsetzenden ernsten Kämpfe, stand die Nordarmee sprungbereit. Den linken Flügel bildete der G. d. K. Dankl mit dem Krakauer, Pozsonyer und mittelgalizischen Korps am unteren San und südlich der versumpften Tanewniederung, Vortruppen schon jenseits am Rand der Höhen, die ganze Armee zum Vormarsch zwischen Weichsel und Wieprz gegen Lublin gruppiert. In der Staffel links rückwärts jenseits der Weichsel sicherten die Krakauer Gruppe G. d. K. v. Kummer und das deutsche Landwehrkorps v. Woyrsch die Armee Dankl. Oestlich dieser Armee stand der G. d. J. Ritter v. Auffenberg mit dem Wiener, Kaschauer und dem eben erst heranrollenden Leitmeritzer sowie einem neu zusammengestellten 17. Korps etwa in der Linie Tarnogrod-Niemirow (an der Straße Przemysl-Rawaruska); vor ihm lag der Vorrückungsraum zwischen Wieprz und dem linksseitigen Bugzufluß, der Hudczwa. Diese Stoßgruppe zählte rund 350 Bataillone, 150 Eskadronen und ebensoviele Batterien. Im Raum um Lemberg sollte der G. d. K. Ritter v. Brudermann bis zum 25. August das Grazer, das Innsbrucker und den größten Teil des Lemberger Korps versammeln. Diese Gruppe konnte je nach Bedarf die Armee Auffenberg unterstützen oder feindlichen Einbrüchen aus dem Grenzabschnitt Sokal-Brody gegen Lemberg entgegentreten. Endlich sollte der G. d. J. v. Köveß mit dem von Stanislau nach Przemyslany beorderten Siebenbürger Korps und einer mit mehreren Kavallerietruppendivisionen in die Gegend südlich Zloczow vorgeschobenen Infanterietruppendivision die Vorrückung eines etwa über Tarnopol und vom oberen Zbrucz heranrückenden Feindes möglichst verzögern. In der Folge war ihm durch die an den Dnestrabschnitt Zydaczow-Halicz beorderte, vom 25. August an eintreffende Armee G. d. K. v. Böhm-Ermolli, Budapester und Temesvarer Korps, Unterstützung zugedacht. Insgesamt waren dies 200 Bataillone, 170 Eskadronen und 130 Batterien, die den im Nordosten und Osten gemeldeten Feinden so lange Widerstand zu leisten berufen waren, bis unsre Stoßgruppe die russischen Streitkräfte im Norden zwischen Weichsel und Bug angefallen und geschlagen hatte. Diese Anordnungen führten in der für die erste Entscheidung ausersehenen und durch die Umstände geradezu zwingend bedingten Richtung tatsächlich zu zwei Erfolgen: den Siegen bei Krasnik und Zamosc-Komarow.

(Ein weiterer Artikel folgt.)

Neue Freie Presse
28/IV. 1915.

Schließung aller englischen Häfen für englische und fremde Schiffe.

Amsterdam, 27. April.

Das englische Konsulat teilt mit, daß alle englischen Häfen bis auf weiteres für englische und fremde Schiffe geschlossen bleiben.

28/IV 1915

Die wirkliche Mission der Monarchie.

Ergänzung zur Rede des Grafen Tisza.

Budapest, 27. April. Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau trägt folgenden Passus aus der gestrigen Rede des Ministerpräsidenten Grafen Tisza im Abgeordnetenhause nach:

Geehrtes Haus! Auch die ungarische Gesellschaft erfüllt ihre Pflichten unter schwierigen Verhältnissen, gegen mancherlei Ungemach ankämpfend, und mit mannhafter Opferfreudigkeit und Willenskraft. Es erübrigt sich wirklich, der lächerlichen Ausstreuungen zu gedenken, die im Auslande eine bedenkliche Wendung in unsern öffentlichen Verhältnissen vorspiegeln möchten. Ich verweise dabei dennoch für einen Augenblick, da leider auch die unsinnigsten Gerüchte an Stellen, wo man unsre Verhältnisse nicht kennt, am Ende Glauben finden könnten. Wir, die wir hier leben, und auch die Ausländer, die in unsrer Mitte weilen, wissen, daß in diesem Lande die Ruhe, die Harmonie, die Ordnung niemals größer war und nie größer sein konnte als jetzt. (Zustimmung.) Daß in Ungarn heute Polizist und Gendarm überflüssig sind, daß auch die schweren Probleme, die in vielerlei Hinsicht die Seelenkraft der Gesellschaft auf die Probe stellen, von der Nation mit Selbstverleugnung ohne Klage und mit dem patriotischen Entschlusse getragen werden, daß in so großen Zeitläuften niemand sich um geringfügige Uebelstände kümmern darf. Wer da sieht, welch große Opfer die Nation auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge bringt, welche Fülle von Arbeit an die Pflege der verwundeten und kranken Soldaten gewendet wird und mit welchem mannhaften Ernst die Nation die zweifellos bestehenden Schwierigkeiten der Approvisionierungsfrage erträgt, der wird ohne Frage eine solche Fülle der lebendigen und tatbereiten sittlichen Kraft in unsrer Nation entdecken, aus der wir die kühnsten Hoffnungen schöpfen dürfen. Der Kampf wird weitergeführt werden. Er wird fortdauern solange, bis wir die Vorbedingungen eines ehrbaren Friedens zu schaffen vermögen. Mit ruhigem Selbstbewußtsein und mit voller Zuversicht in die Zukunft können wir diesen Kampf weiterführen.

Aber inmitten des Kampfes dürfen wir nicht vergessen des Kriegsziels, noch der wirklichen Mission der Monarchie, die ihr eine weltgeschichtliche Aufgabe zuweist. (Zustimmung.) Nicht im Dienste irgendwelcher nach Weltmacht strebender Eroberungsambitionen führen wir diesen Krieg. Ein Verteidigungskampf war er vom ersten Augenblick an, ein Kampf zum Schutze unsrer bedrohten Unabhängigkeit, und in diesem Kampfe kam uns in natürlicher Treue unser mächtiger Verbündeter zu Hilfe. Wie in der Vergangenheit und wie in diesem Kriege, so wird diese Monarchie auch nach dem Kriege das bleiben, was sie vermöge ihrer weltgeschichtlichen Sendung zu sein hat: nicht eine mechanische Balanzierung der Kräfte, sondern die Stütze eines auf der Unabhängigkeit der Völker und Staaten beruhenden europäischen Gleichgewichtes (Zustimmung rechts und in der Mitte), eine Hüterin, ein Unterpfand und eine Bürgschaft des Friedens und der freien und unabhängigen Entwicklung der Völker und Nationen. Dieser Gedanke ist es, der uns die natürliche Bundesgenossenschaft all jener kleinen und großen Nationen zuführen muß, die ihre Unabhängigkeit richtig einschätzen und die daher gegen Uebergriffe mächtiger Weltherrschaftstendenzen Garantien suchen. Diese Monarchie, die jetzt so ruhmvolle Beweise ihrer Kraft, ihrer Energie und ihrer militärischen Macht liefert, wird auch in der Zukunft das bleiben müssen, was sie in der Vergangenheit war: niemandes Feind, bloß der Feind gewisser Weltmachtsbestrebungen, aber die Stütze, das Unterpfand, die Bürgschaft der Freiheit und des Friedens Europas. (Lebhafte Zustimmung und Applaus rechts und in der Mitte.) In der Auffassung, daß dieser Krieg dieser großen Sache dient und daß alle Kraftanstrengungen der Nation nebst der Sicherung unsres Daseins und nebst der Fundierung unsrer besseren, froheren, glänzenderen Zukunft, auch dieses große Ziel fördern werden, empfehle ich dem geehrten Hause den Gesetzentwurf zur Annahme. (Lebhafte Eljenrufe und Applaus rechts.)

Neues Wiener Tagblatt
29/IV. 1915

Oesterreich-Ungarns Eintreten in den Krieg.

II.

Die Schlacht bei Krasnik.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Unverwelklichen Lorbeer erstritten die Angriffslust, Zähigkeit und todesverachtende Tapferkeit unsrer Truppen in den heißen Kämpfen, mit welchen unser Stoß nach Norden den Sieg tief in feindliches Land trug. Dieses gewaltige Ringen umschließt mit seiner Fülle von Geschehnissen allein so viele Gefechte, Treffen und Schlachten wie ein wohlausgenütztes Kriegsjahr vergangener Zeiten.

Unsägliche Mühen und Beschwerden nicht achtend, rang sich die Armee Dankl in einem Zuge durch den berüchtigten Sumpf- und Waldgürtel der Tanewregion durch, um sich sofort auf den nächsten Feind zu stürzen. Noch am 23. August bekamen es die Truppen des Krakauer und Teile des Pozsonyer Korps im Treffen bei Polichna zu verkosten, was es im modernen Kriege bedeutet, einen in befestigter Stellung befindlichen, tapferen und mit starker Artillerie trefflich unterstützten Feind anzugreifen. Ihr stürmischer Elan überwand alle Schwierigkeiten, und der Kampf wogte in den beiden nächsten Tagen um Krasnik, wo sich die Russen, ansehnlich verstärkt, zu neuem Widerstand festgesetzt hatten. Die Höhen von Frampol wurden gleichzeitig der Schauplatz grimmiger, gegen den rechten Flügel der Armee Dankl gerichteter russischer Angriffe, die an der Standhaftigkeit des mittelgalizischen und des Pozsonyer Korps nicht nur scheiterten, sondern auch nicht verhindern konnten, daß die Unsern an Raum gewannen. Krasnik westlich mehr und mehr umklammernd und sich den Rücken der Umfassungsgruppe im siegreichen Gefechte bei Kluzkowice deckend, zwang das Krakauer Korps die heldenmütigen Verteidiger von Krasnik am 25. abends zum Rückzug, worauf auch die Gruppe bei Frampolwich. Die dreitägigen Kämpfe, die unter dem Namen der Schlacht bei Krasnik zusammengefaßt werden, hatten mit einem glänzenden Siege geendet.

Der zähe Feind, unaufhörlich verstärkt, so daß die russische vierte Armee schließlich auf zwölf Divisionen anwuchs, stellte sich jedoch immer wieder in günstigen Abschnitten zum neuen Kampfe. Tag für Tag gab es an der ganzen sich langsam vorwärtsschiebenden Front der Armee Dankl, zu deren Verstärkung Ende August auch die Gruppe Kummer herangezogen werden mußte, blutige und hartnäckige Kämpfe, deren ruhmreiche Erinnerung mit den Namen Turobin, Wysokie, Stara Wies, Wilkolas, Krasnostaw, Fayslawice, Gestoborowice, Krzczonow, Niedzwica duza und Chodel für immer verknüpft bleibt.

Die Schlacht bei Zamosc und Tomaszow.

Am 26. August hatte der große Kampf auch schon auf den Raum zwischen Wieprz und Huczwa übergegriffen, wo der Vorstoß des Generals der Infanterie Ritter von Auffenberg auf die russische 5. Armee traf. Wie ein Griff in ein Hornissennest wirkte der Erfolg des Kaschauer Korps bei Tomaszow, des Leitmeritzer und Wiener Korps bei Suchawola und Szczebrcszyn am Wieprz. Aus dem Winkel zwischen Huczwa und Bug eilte vom Feind Kolonne auf Kolonne herbei, um dem siegreichen Vordringen in die Flanke zu fallen. Im Vertrauen auf diese Hilfe wehrten sich die Russen in der guten Stellung bei Tarnawatka an der Straße Tomaszow-Zamosc wie die Verzweifelten gegen Teile des Kaschauer und des Leitmeritzer Korps, trotzdem Zamosc schon am 27. vom Wiener Korps nach längerem Kampfe genommen wurde. Freilich hatte es nicht Muße, sich der Eroberung zu erfreuen. Vom Wieprz her drängten starke russische Kräfte an und setzten den Wienern und der Flügeldivision der Armee Dankl hart zu, die als Verbindung und zur Erleichterung der Vorrückung des linken Flügels Auffenbergs entlang des östlichen Wieprzufers vorgegangen war.

Der 28. war ein kritischer Tag. Wild tobend schwankte der Kampf bei Zamosc hin und her und gegen Tarnawatka konnten keine Fortschritte erzielt werden. Den rechten Flügel des Kaschauer Korps drängten überlegene Kräfte gegen Tomaszow zurück. In Voraussicht eines Flankenstoßes aus dem Bug-Huczwawinkel hatte das Armeeoberkommando indessen schon am 25. einen Teil der um Zolkiew versammelten Kräfte, drei Infanterietruppendivisionen, zwei Tiroler und eine der Honved, unter dem G. d. K. Erzherzog Josef Ferdinand nach Norden in Marsch gesetzt. Teile dieses Korps eilten den bedrängten Kaschauern zu Hilfe, von der andern Seite nahte als vom G. d. J. Auffenberg gesandte Armeereserve das 17. Korps. Zeitgerecht machten sich beide fühlbar, um Unheil zu verhüten.

Am 29. brandete aus dem Flußwinkel eine neue Woge russischer Verstärkungen heran. Sie brach sich am Korps Erzherzog Josef Ferdinand, das im siegreichen Vorschreiten eine günstige Höhenstellung gewann. Es befand sich nun mit dem 17. Korps und den Kaschauern, die sich wütender Gegenstöße der Russen bei Tarnawatka zu erwehren hatten, in einer genau nach Norden gerichteten Front. Das Leitmeritzer Korps war inzwischen rechts schwenkend an die Straße Tarnawatka-Zamosc gelangt und stand mit dem bei Komarow festgesetzten Gegner im Kampfe. Dieser Umfassung des Feindes konnten sich nördlich zwei Divisionen des Wiener Korps anschließen. Es war seine Bedränger glücklich losgeworden und konnte einer Division die Sorge überlassen, im Verein mit den Helfern der Nachbararmee den gegen Krasnostaw weichenden Feinden ein neuerliches Eingreifen in die Schlacht zu verleiden, die nun mit unerhörter Heftigkeit an den beiden letzten Augusttagen im Halbkreis um das Quellengebiet der Huczwa hin und her wogte. Die russische 5. Armee, drei Korps mit mehreren Reservedivisionen, leistete den hartnäckigsten Widerstand und raffte sich wiederholt zu kräftigen Gegenstößen auf. Als aber der Erzherzog Josef Ferdinand langsam, doch unaufhaltsam

Neues Wiener Tagblatt
29/IX. 1915

Österreich-Ungarn Einbruch in Polen

In den Flußwinkel eindrang und am 1. September die Einnahme von Komarow die Ausdauer und zähe Tapferkeit des umfassenden Westflügels lohnte, räumten die Russen das heißumstrittene Schlachtfeld. Obzwar ermattet vom langen Ringen und unter Verpflegungsschwierigkeiten leidend, fühlte sich die ganze Armee durch das stolze Bewußtsein gehoben, unsrer Heeresgeschichte mit der Schlacht bei Zamosc-Komarow ein neues Ruhmesblatt eingefügt zu haben.

Die Begegnungsschlachten bei Busk und Zloczow.

Die Früchte des schwer errungenen und deshalb um so höher zu bewertenden Sieges zu pflücken, weiter gegen Cholm vorzudringen und der Nachbararmee, die nur einen Tagmarsch vor Lublin stand, jene Unterstützung zu leihen, deren sie bei dem frontal aussichtslosen Angriff gegen den gut verschanzten starken Feind dringend bedurfte, war der Armee Auffenberg nicht vergönnt. Eine gewaltige Uebermacht war inzwischen über die Ost- und Nordostgrenze in Galizien eingebrochen. Schon der Schlußakt der Schlacht bei Komarow hatte unter dem drückenden Gefühl ausgefochten werden müssen, demnächst den Rücken des rechten Flügels aus Südosten vom Feinde angefallen zu sehen.

Am 24. August, als die letzten Befehle für den Stoß nach Norden gegeben worden waren, sah die Lage im Osten keineswegs besorgniserregend aus. Hinter den russischen Kavalleriekörpern, die in der breiten Front zwischen Radziechow und dem Dnjestr in Ostgalizien eingebrochen waren, folgten wohl Infanteriekolonnen, aber nur im nördlichen Teil, über Brody und Tarnopol. Im südlichen Teil, am unteren Zbrucz, vermochten die Flieger keinen stärkeren Feind zu entdecken, wodurch die Nachrichten eine Bestätigung fanden, die von einem Abmarsch nach Norden der ursprünglich in jener Gegend aufmarschierten russischen Streitkräfte zu berichten wußten. So konnte der Entschluß gefaßt werden, die Gruppe Erzherzog Josef Ferdinand nordwärts in den Bug-Huczawa-Winkel abzusenden, um durch umfassendes Eingreifen den Erfolg der Armee Auffenberg zu beschleunigen und diese desto früher gegen den Feind im Osten wieder verfügbar zu machen. Wie sehr sich diese Maßregel als notwendig erwies, lehrt der Verlauf der Kämpfe an der Huczwa und der Sieg bei Komarow.

Das Uebergreifen der nördlichen Kampffront in den Raum zwischen Huczwa und Bug bot Flanke und Rücken der Armee Auffenberg dem über Brody vorrückenden Feinde dar und mochte ihn verlocken, die Gegend von Kamionka Strumilowa zu gewinnen und dann gegen Nordwesten vorzustoßen. Um dies zu verhindern, mußte sich die eigene Ostgruppe östlich Lemberg schlagen. Daher setzten sich am 25. August das Lemberger Korps gegen Krasne-Busk, das Grazer und das in der Staffel rechts rückwärts folgende Siebenbürger Korps gegen Zloczow in Marsch. Die beiden Flanken dieser Stoßgruppe wurden von je einer Infanterie- und Kavallerietruppendivision gesichert. Die Verzögerung des Vormarsches der vom Zbrucz her vordringenden Reiterei blieb zwei Kavallerietruppendivisionen überlassen, die eine baldige Unterstützung in den vom 25. August an südlich des Dnjestrs mit Bahn eintreffenden Truppen des G. d. K. Böhm-Ermolli gewärtigen durften.

Im Vormarsch stießen beide Gegner am 26. August einerseits bei Busk, anderseits westlich Zloczow in alsbald wild entbrennender Begegnungsschlacht aufeinander. Das Ringen war schwer, die kolossale Ueberlegenheit der russischen Artillerie und das schon bei den Kämpfen im Norden fühlbar gewordene, über den ganzen Kriegsschauplatz ausgebreitete Netz sorgfältig organisierter Spionage setzten die Unsern sehr in Nachteil. Sie fochten aber den harten Strauß aller Opfer ungeachtet durch und behaupteten am Abend das Schlachtfeld.

Die Woge der Invasion.

Bedenklich klangen die Nachrichten, die nun in rascher Folge vom südlichen Teil des Operationsraumes eintrafen. Hinter den russischen Kavalleriekörpern waren starke Massen aller Waffen aufgetaucht. Eine große Kolonne des Feindes war gegen Zaleszczyki vorgegangen, die Verbindung der Verteidiger der Bukowina bedrohend, die deshalb nach Stanislau abziehen mußten. Nun brandete schon die Woge der Invasion gegen den weiter oberhalb gelegenen Brückenkopf von Nizniow. Ein Versuch unsrer mit Infanterie verstärkten Kavallerie, bei Monasterzyska in den Rücken der Bedränger von Nizniow zu stoßen, traf auf weit überlegene Kräfte. Die Gruppe, die den Südflügel des Vorstoßes gegen Zloczow zu decken hatte, wurde von starken, über Brzezany herankommenden Kolonnen zurückgedrängt.

Alle noch erlangbaren Truppen, in Summe anderthalb Divisionen, Honved und Landsturm, wurden nach Erkenntnis der bedrohlichen Lage zur Verstärkung der Ostgruppe nach Lemberg beordert. Sie konnten aber auch nicht annähernd das Gleichgewicht der Kräfte herstellen. Dennoch boten unsre Streiter in Ostgalizien noch am 27. dem Feinde trotzig die Stirn. Das Siebenbürger Korps fesselte durch mehrere Angriffe einen solchen Erfolg an seine Fahnen, daß es sich anschicken konnte, dem sichtlich schwer ringenden Grazer Korps durch einen Flankenstoß Hilfe zu bringen.

Neues Wiener Tagblatt
29./IV. 1915

III

17

Österreich-Ungarn Eintritt in den Krieg

Doch machten sich bald die von Brzezany gegen die Südflanke vordringenden Kolonnen empfindlich fühlbar. Die Siebenbürger mußten zurückgehen. Nun vermochte auch das nördlich stehende Grazer Korps um so weniger seine Stellung zu behaupten, als die Russen bei Gologory einer seiner Divisionen in die Flanke gekommen waren und das Lemberger Korps bei Busk den Rückzug antreten mußte.

Zwei schwere Tage lagen hinter den abziehenden Truppen, doch war ihr Kampfesmut nicht gebrochen. Nicht die Blutopfer, sondern die Gefahr allseitiger Umklammerung bewogen sie zum Rückzug in die nächste geeignete Stellung hinter der Gnila Lipa, bei Przemyslany und nächst Lemberg, wo sie nach anstrengendem Marsche im Laufe des 28. eintrafen. Wie sehr der Kampf den Feind durcheinandergerüttelt und erschüttert hatte, bewies der Umstand, daß die Russen nicht nachdrängten und erst am 29. zum Angriffe auf die neue Stellung schritten. Mittlerweile hatten sich die herangekommenen Teile der Armee Böhm-Ermolli zur Unterstützung bereitgestellt. Das Temesvarer Korps und eine Honveddivision bei Rohatyn, zwei Divisionen zum Flankenstoß im Brückenkopf Halicz am Dnjestr. Der allgemeine Plan ging dahin, die Russen am Südflügel umfassend anzugreifen, während die Front bei Przemyslany standhalten sollte.

Bedrohung der Frontgruppe.

Die neuangekommenen Truppen gerieten sofort allseits in einen schweren Kampf mit den Russen, so daß die Flankierungsgruppe aus Halicz den sich ihr entgegenwerfenden Feind nicht rasch genug zurückdrängen konnte, um auf das heiße Ringen bei Rohatyn Einfluß zu nehmen.

Die Front bei Przemyslany behauptete sich gegen alle Angriffe, die selbst in der Nacht zum 30. nicht innehielten. Die Vorteile aber, die die Russen an diesem Tage bei Rohatyn errangen, machten die in der südlichen Flanke bei Firlejow bedrohte Stellung der Frontgruppe unhaltbar. Aller Heldenmut vermochte nicht zu verhindern, daß der Rückzug nach Lemberg unvermeidlich wurde. Die Erfolge, welche die am Nordflügel, in der Gegend von Lemberg angesetzte Offensive der zur Verstärkung herangelangten anderthalb Divisionen, dann der Tiroler Landesschützendivision und des Lemberger Korps am 30. und 31. errang, konnten dies nicht ändern.

Wohl standen den Gefechten bei Zloczow und Przemyslany, in denen wir das Feld räumen mußten, die Siege bei Krasnik und Komarow gegenüber, doch brachte es die durch die Grenzfiguration bedingte Umklammerung unsres Nordheeres in Norden und Osten mit sich, daß das Zurückweichen einer Front bei uns von Einfluß auf die andre werden mußte, während die Russen den Raumverlust des einen Armes der von ihren Streitkräften gebildeten Schere gleichmütig hinnehmen konnten. Im Besitze der Gegend von Kamionka Strumilowa vermochten sie überdies den Streitkräften bei Komarow direkte Hilfe zu bringen, da ihnen der Weg in den Rücken des Erzherzogs Josef Ferdinand und selbst der Hauptkraft der Armee Auffenberg offen stand.

Die Schlacht bei Lemberg.

Noch war aber die Aufgabe, die Oesterreichs Nordheer im Rahmen des großen Kriegsplanes auf sich genommen hatte, nicht erfüllt. Noch befanden sich ansehnliche Teile der russischen Wehrmacht im Antransport. Zug um Zug rollte dem Schauplatz des großen Ringens zu, das seit mehr als einer Woche den Raum zwischen Weichsel und Dnjestr erfüllte. Den Kampf in diesem Augenblick abzubrechen, die großen Erfolge der Armee Auffenberg, alles bisher Erreichte aufzugeben und das Heer in eine weiter zurückliegende Verteidigungsstellung, etwa hinter den San, zu führen, bedeutete nichts andres, als Rußland die Möglichkeit einzuräumen, den ganzen Strom frischer Verstärkungen gegen Deutschland zu leiten.

Durch alle Erwägungen, die in den sorgenvollen Tagen nach Bekanntwerden des Ausganges der Schlacht bei Przemyslany die oberste Führung beschäftigten, zog sich wie ein roter Faden die Erkenntnis der Notwendigkeit, den Kampf gegen die Uebermacht weiterzuführen. Die Hoffnung war überdies berechtigt, durch Einsatz eines starken Teiles der siegreichen Armee Auffenberg, die, von Norden flankierend, der von Uebermacht bedrängten Armee Brudermann zu Hilfe kommen konnte, während sich für die an den Dnjestr zurückgegangene Armee Böhm-Ermolli vielleicht Gelegenheit zum Flankenstoß aus Süden ergab, eine günstige Wendung der Gesamtlage herbeizuführen. So kam es zu einem neuen Waffengang großen Stils: zur Schlacht bei Lemberg.

(Ein Schlußartikel folgt.)

Neue Freie Presse
29./IV. 1915

Der Ghazi-Titel für den Sultan.

Konstantinopel, 27. April.

Der heutige Empfang im Palais anläßlich des Jahrestages der Thronbesteigung des Sultans war besonders glänzend.

Der Großwesir an der Spitze der Mitglieder des Kabinetts, die Würdenträger des Hofes, viele Generale, zahlreiche hohe staatliche Funktionäre, Mitglieder der beiden Vertretungskörper, Abordnungen patriotischer Vereinigungen und Vertreter der Presse hatten sich zum Empfange eingefunden.

Der Empfang erhielt sein besonderes Gepräge durch die Zeremonie der Annahme des Titels Ghazi. Der Großwesir richtete an den Sultan die Bitte, diesen Titel anzunehmen, worauf der Sultan, sichtlich gerührt, seine Zustimmung hiezu erteilte. Die Feierlichkeit der Uebertragung des Titels Ghazi findet nächsten Freitag statt.

Konstantinopel, 27. April.

Der an höchster Stelle unterbreitete Beschluß des Ministerrates, in welchem die Ermächtigung erbeten wird, dem Namen des Sultans den Titel Ghazi (der Siegreiche) beizufügen, lautet: Da die von der kaiserlichen Armee und der kaiserlichen Flotte mit Gottes Hilfe an verschiedenen Punkten errungenen Erfolge, insbesondere der große Sieg in den Dardanellen glänzende Siege darstellen, die mit vollem Recht erheischen, den glorreichen Titel Ghazi dem erhabenen Namen Eurer kaiserlichen Majestät beizufügen, und da der diesbezügliche Fetwa des Scheichulislamats Eurer kaiserlichen Majestät bereits unterbreitet wurde, bitten wir Eure Majestät ehrerbietigst, die Ermächtigung erteilen zu wollen, daß nach dem Beispiel Ihrer ruhmvollen Vorfahren der genannte glorreiche Titel beigefügt werde.

Konstantinopel, 28. April.

Der Fetwa, womit dem Sultan der Titel Ghazi verliehen wird, hat folgenden Wortlaut:

„Angesichts des Umstandes, daß die muselmanischen Truppen, deren Sieg mit Hilfe Gottes, des Herrn der Welt, erstritten wurde und die von unserem erhabenen Herrscher und Kalifen, dem Sultan Mehmed Khan V., ausgesandt und ausgerüstet, in dem gegenwärtigen sieg- und freudenreichen, von Sr. Majestät auf Grund des Heiligen Gesetzes unternommenen Feldzuge mit Ruhm und Ehre kämpften und den Heiligen Krieg führten gegen die Feinde der Religion und der Nation, wurde gemäß dem Scheriatgesetz festgestellt, daß, wie es in dem heiligen Ausspruch heißt, derjenige, der das Heer zum Siege auf den Wegen des Herrn entsendet, der Siegreiche ist. Entspricht es unter diesen Umständen dem Gesetze, daß der Name Sr. kaiserlichen Majestät in allen Erlässen und bei allen Versammlungen, von der Kanzel der Moscheen herab und insbesondere in den Freitaggebeten von dem Titel Ghazi begleitet sein soll? — Antwort: Ja.

Niedergeschrieben von dem Diener Gottes Hairi."

Der Großwesir hat an sämtliche Provinzbehörden ein Telegramm gerichtet, worin ihnen angezeigt wird, daß künftighin der Name des Sultans von dem Titel Ghazi begleitet sein wird.

Neues Wiener Tagblatt
29./IV. 1915.

Geschoßwirkungen der österreichisch-ungarischen 30·5-Zentimeter-Motormörser.

Als Erinnerung an die ruhmreiche Teilnahme unsrer 30·5-Zentimeter-Motormörser an der Belagerung von Antwerpen erscheint ein Sammelwerk, das zwölf Wiedergaben Goltzscher Gemälde in einem vornehmen Einband vereinigt. Dieses Werk ist ein historisches Dokument des ruhmreichen Anteiles unsrer Mörser an den Ereignissen auf dem westlichen Kriegsschauplatz. Es enthält farbengetreue Wiedergaben jener Gemälde, die der bekannte Maler Goltz mit Bewilligung des stellvertretenden Generalstabes in Berlin kurz nach dem Falle von Antwerpen an Ort und Stelle malte. Die furchtbaren und ungeheuren Zerstörungen, wie geborstene Betondecken, gesprengte und ausgehobene Panzerkuppeln u. dgl., sind in malerisch hervorragenden Bildern, der Wirklichkeit entsprechend festgehalten. Die Wiedergaben dieser Gemälde, die in der Hermes-Buch- und Kunstdruckerei in Wien hergestellt wurden, sind von der St. Stephan-Wiener Verlagsgesellschaft der offiziellen Kriegsfürsorge gewidmet. Jedes Exemplar ist auf dem Titelblatte mit einer offiziellen Rabottmarke versehen. Dieses interessante und in jeder Hinsicht wohlgelungene Werk ist durch das Kriegshilfsbureau des Ministeriums des Innern, Wien, 1. Bezirk, Hoher Markt Nr. 5, durch die genannte Verlagsgesellschaft, Wien, 6. Bezirk, Gumpendorferstraße Nr. 130, sowie durch alle Buchhandlungen zum Preise von 10 K. zu beziehen.

Neues Wiener Tagblatt
30./IV. 1915

Oesterreich-Ungarns Eintreten in den Krieg.

III.

Der Rückzug der Armee Auffenberg.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Angesichts des ungünstigen Ausganges der Schlacht bei Przemyslany mußte es die erste Sorge unsres Armeeoberkommandos sein, die Ostgruppe Brudermann und Böhm-Ermolli nicht weiteren Angriffen einer erdrückenden Uebermacht preiszugeben, sondern ihr rasche und ausgiebige Hilfe zu bringen. Dies konnte nur geschehen, wenn dem Siegeslaufe der Armee Auffenberg Einhalt geboten und diese zur Umkehr und Bereitstellung zum Stoß in die Flanke des gefährlichen Feindes befehligt wurde.

Es war kein leichtes Beginnen, das der Armee Auffenberg zugemutet wurde. Eine Heeresmasse mit der Menge ihr folgender Fuhrwerkskolonnen, deren sie zur Deckung ihrer vielfachen Lebens- und Kampfbedürfnisse bedarf, läßt sich nicht so leicht umdrehen wie ein Handschuh. Doch das Kunststück gelang. Das schwierige Problem wurde trotz der Ermüdung der vom langen Kampfe hart mitgenommenen Truppen und trotz der höchst minderwertigen Wege blitzschnell gelöst. Am 1. September noch um die Siegespalme mit dem Nordgegner ringend, stand die Hauptmasse dieser Armee schon zwei Tage später mit nach Süden gekehrter Front östlich Tomaszow zum Vorstoß über Rawaruska bereit, im Rücken gedeckt durch eine schwächere Gruppe unter Erzherzog Josef Ferdinand, die in Verfolgung des bei Komarow geschlagenen Feindes bis in die Gegend von Grubieszow am Scheitel des Bug-Huczwa-Winkels gelangt war. Ein Meisterstück militärischer Technik, das der Führung ebenso wie den Truppen zur höchsten Ehre gereicht.

Inzwischen hatte sich aber herausgestellt, daß die russische Hochflut die ihr bei Zloczow und Przemyslany entgegengestellten Schutzdämme nicht ohne schwere Einbuße an Kraft überwunden hatte. Sie rollte nicht mehr im unaufhaltsamen Drange westwärts, sondern schob sich zum Teil langsam und vorsichtig vom Süden, Osten und Nordosten gegen Lemberg heran; die Hauptmassen schlugen aus dem Kampfraume bei Przemyslany den Weg nach Nordwesten ein, offenbar dem Notschrei folgend, der von der bei Komarow besiegten fünften Armee immer dringender herüberklang. Verhältnismäßig schwächere Kräfte schlossen den Brückenkopf von Halicz am Dnjestr ein und drangen allmählich im Raume zwischen diesem Flusse und Lemberg westwärts vor.

Die Preisgabe Lembergs.

Es war klar, daß die nächste Zukunft nicht einen Hauptangriff gegen unsre Ostgruppe und ein flankierendes Eingreifen der Armee Auffenberg bringen werde, sondern daß umgekehrt der letztgenannten ein heißer Strauß bevorstand. Getreu der festen Absicht, den Kampf zur weiteren Bindung der russischen Kräfte weiterzuführen, mußte die neue Lage zum Entschluß führen, nun auch umgekehrt die Ostgruppe flankierend in die zugewärtigende Schlacht der Armee Auffenberg eingreifen zu lassen. Dieser Entschluß konnte um so leichter gefaßt werden, als die braven Truppen zwar ermüdet waren, aber trotz der letzten Erlebnisse ihre Schlagkraft und vor allem frische Angriffslust bewahrt hatten.

Zwei Vorbedingungen waren aber einstweilen zu erfüllen. Den Truppen mußte eine, wenn auch kurze Erholungsfrist gewährt und sie mußten insgesamt in geschlossener Masse für die wichtige Aufgabe des Flankenstoßes verwendet werden. Beides erforderte einen keineswegs leichten Entschluß: die Preisgabe von Lemberg. Gewiß wurde dem Feinde dadurch ein billiger Erfolg eingeräumt. Doch um die Erdwerke, welche die Stadt umgürteten, halten zu können, hätte es einer ganzen Armee bedurft, die obendrein, von drei Seiten umfaßt, in höchst schwierige Kampfverhältnisse gekommen wäre. Der Gürtel genügte zur Verteidigung gegen feindliche Kavalleriekörper, wenn sie bei Kriegsbeginn etwa überraschend ins Land eingebrochen wären, vermochte jedoch schwerer Artillerie nicht standzuhalten. Der erzwungene Fall von Lemberg hätte dem Feinde zum moralischen auch den militärischen Erfolg gebracht, sich der Eroberung einer Festung berühmen zu dürfen. Vor allem aber wären die dort versammelten Truppen ohne Ruhepause in Kämpfe verwickelt und durch den einschließenden Feind festgelegt worden, während jeder Mann für die bevorstehende Feldschlacht gebraucht wurde. Pochte doch der Feind schon am 1. September abends von Kulikow her an die Tore der Stadt. Daher erfolgte am 2. September die Räumung Lembergs. Die ganze Ostgruppe zog sich hinter die Wereszyca, die mit der Kette der von ihr durchflossenen Teiche von Grodek einen trefflichen Verteidigungsabschnitt bildet. Hier konnten die Truppen Ruhe und Erholung finden, bis der Zusammenstoß der Armee Auffenberg mit dem nordwestwärts ziehenden Feinde zu neuen Taten rief. Diese Armee bewegte sich gegen Rawaruska, wo sie am 5. September eintraf. Im Verlauf des Vorschreitens sollte ihr rechter Flügel an die von Jaworow nach Lemberg führende Eisenbahn kommen und dort Anschluß an den Nordflügel der Wereszycafront nehmen.

Am 7. September war dies geschehen, doch nicht ohne heftige Kämpfe. Jeder Schritt gegen Lemberg ließ die Masse der sich entgegenstellenden Feinde wachsen, die Vortruppenkämpfe entwickelten sich rasch zur Schlacht, womit auch für die Wereszycafront der Augenblick zum Eingreifen gekommen war. Ihr fiel die Aufgabe zu, die siegreiche Entscheidung auszulösen, und sie war sich

Neues Wiener Tagblatt
30. IV. 1915

II

Österreich-Ungarns Einbruch in den Krieg.

21

auch der Bedeutung des Augenblickes voll bewußt.

Die Schlacht bei Grodek.

Die Russen, die den wahren Zustand dieser unverwüstlichen Truppen weit unterschätzten und sie vollständig abgetan wähnten, worin sie die kampflose Räumung Lembergs bestärkt haben mochte, waren nicht wenig überrascht, als sie am 8. September einen mächtigen Angriff über die Wereszycaniederung heranrollen sahen. Das Grazer und Lemberger Korps, vom G. d. J. v. Boroevic geführt, nahmen die jenseitigen Höhen an und nördlich der Grodeker Straße und den großen Janower Wald. Im Süden, bei Komarno, drangen das Temesvarer und das inzwischen mit der Bahn herangekommene Budapester Korps gegen die russischen Befestigungen vor, dazwischen hatte der Armeekommandant v. Böhm-Ermolli das Siebenbürger Korps eingesetzt.

Am 9. und 10. ging der mit großer Erbitterung geführte Kampf weiter. Die Armeen Böhm-Ermolli und Boroevic schritten von Erfolg zu Erfolg. Der südliche Flügel hatte fast zwanzig Kilometer Raum nach vorn gewonnen, das Grazer Korps kämpfte bereits kaum 15 Kilometer vor Lemberg. Die Armee Auffenberg hatte bisher den feindlichen Angriffen nicht nur standgehalten, sondern auch mit dem rechten Flügel erhebliche Erfolge errungen.

Der Charakter des modernen Kampfes bringt es mit sich, daß an Stelle rascher, niederwerfender Entscheidungen ein mühseliges und vor allem zeiterforderndes Niederringen getreten ist. Immer wieder vermag sich der geworfene Feind in neue Stellung zu setzen und dank der großen Abstoßkraft der Feuerwaffen energischen Widerstand zu leisten. Es bedarf langer Kämpfe, vieler Schläge, bis die Widerstandskraft zermürbt und der volle Sieg errungen ist. Unsre Truppen waren auf dem besten Wege, dieses Ziel zu erreichen, doch bedurfte es noch einiger Zeit, und diese Zeit war ihnen nicht vergönnt.

Der Durchbruch bei Cholm.

Schon im Augenblick, als der Entschluß gefaßt wurde, die beiden Armeen über die Wereszyca vorbrechen zu lassen, hatte sich die Lage im Norden bedrohlich gestaltet. Der mächtige Druck, den die Armeen Dankl und Auffenberg in den letzten Augusttagen ausgeübt hatten, war für die russische Heeresleitung zur Veranlassung geworden, alle erlangbaren Verstärkungen und die noch im Zuge befindlichen Aufmarschtransporte in den Raum zwischen Weichsel und oberen Bug zu leiten.

Als die Russen merkten, daß ihr Bezwinger von Komarow von ihnen abgelassen hatte, drangen sie mit neuen Verstärkungen wieder südwärts vor. Die Gruppe Erzherzog Josef Ferdinand, in Front und Flanke bedrängt, mußte Schritt für Schritt aus dem Bug-Huczwa-Winkel zurückweichen und sich dem Rücken der Armee Auffenberg nähern. Diese selbst war schon während des Vormarsches über Rawaruska von feindlichen Kolonnen angefallen worden, die von Nordosten und Osten heranströmten, so daß zum Schutze der Hauptkampffront die Bildung eines ostwärts gekehrten Hakens nötig wurde.

Zwischen Wieprz und Bug in der Gegend von Cholm war die russische Streitkraft immer mehr angewachsen und bewegte sich Anfang September auch gegen die rechte Flanke der Armee Dankl, just zur selben Zeit, als das mittelgalizische Korps den Versuch machte, durch rechts umfassenden Angriff längs des Wieprz die feindliche Stellung vor Lublin zu bezwingen. Dieses Vorhaben mußte selbstverständlich fallen gelassen werden, als die Russen von Cholm her am Wieprz auftauchten. Auch die Absicht, mit Hilfe des inzwischen über die Weichsel herangezogenen Landwehrkorps Woyrsch die Stellung vor Lublin gleichzeitig links umfassend anzugreifen, mußte nun aufgegeben werden. Das Korps war unter den veränderten Umständen viel nötiger zur Verstärkung des arg bedrängten rechten Flügels und rückte nach Tarnawa in die Stellung am Porbach, hinter welchen das mittelgalizische und das Pozsonyer Korps hatten zurückgenommen werden müssen.

Bis zum 9. September leistete die Armee Dankl der Uebermacht zähen Widerstand. Als aber an diesem Tage der linke Flügel, die Gruppe Kummer, ein beträchtliches Stück zurückgedrängt wurde und der russische Angriff am Porbach trotz tapferster Gegenwehr die Stellung bei Tarnawa eindrückte, blieb keine andre Wahl mehr, als die Armee der Uebermacht zu entziehen und sie zunächst auf die Höhen von Krasnik-Frampol und nach dem schwierigen Passieren der Tanewregion seitens des Trains hinter diese zurückzunehmen.

Die Zeit, die bis zur Durchführung dieser Absicht verstreichen mußte, gab noch eine kurze Frist zur Fortsetzung des großen Kampfes bei Lemberg, wobei der südliche Flügel abermals Erfolge errang.

Dagegen erwuchs im Norden mit dem Vordringen der von Cholm zwischen Wieprz und Huczwa vordringenden russischen Kräfte, Kaukasier, Grenadiere und Garden, eine immer größere Gefahr. Sie näherten sich immer mehr und mehr der mangels an Truppen unbewehrten Lücke zwischen den Armeen Dankl und Auffenberg. Drangen die Russen in das offene Tor ein, so stand ihnen der Weg in den Rücken der Schlachtfront frei. Schon am 10. abends hatte sich daher der G. d. J. Auffenberg genötigt gesehen, die Mitte und den bei Rawaruska kämpfenden linken Flügel zurückzunehmen, um im Verein mit der Gruppe Erzherzog Josef Ferdinand eine nordwärts gekehrte Front zu bilden. Diese Armee kämpfte also am 11. schon mehr gegen den nördlichen Feind als gegen ihren eigentlichen Gegner. Nur der kaltblütigen Standhaftigkeit der Führung und der Güte der Truppen war es zu danken, daß die Armee der wilden Brandung ringsumher heranringender Massen unerschüttert zu trotzen vermochte wie ein weit ins Meer hinausspringender Felsen.

Neues Wiener Tagblatt
30./IV. 1915

Österreich-Ungarns Einbruch in den Krieg

Der Hauptzweck der Operationen erfüllt.

Der Hauptzweck des bisherigen Ringens war im weitestgehenden Maße erfüllt. Was Rußland seit Vollendung des ersten Aufmarsches noch an Streitkräften heranzubringen vermochte, hatten wir auf uns gezogen. Nicht nur im Osten und Norden stand eine bedeutende Ueberlegenheit gegen unsre schwerringenden Truppen, sondern auch im Raume südlich des Dnjestr hatten sich russische Kräfte in rasch wachsender Zahl angesammelt, deren Vortruppen sich über Stryj bereits Drohobycz zu nähern begannen. Die russischen Armeen waren durch unsre jähen Vorstöße durcheinandergewirbelt worden und hatten schwere Verluste erlitten. Wie die Folge zeigte, bedurften sie mehrerer Wochen, um sich von der Not dieser Kampftage zu erholen und ihre Truppen in jene Verfassung und Gruppierung zu bringen, die zur Einleitung einer neuen großen Unternehmung nötig war.

Der Rückzug hinter den San.

Hart war es allerdings, gleichsam zwischen Lipp und Kelchesrand das volle Niederringen der um Lemberg zusammengedrängten Russen aufgeben zu müssen. Die Frist, innerhalb welcher diesem Ziele zugestrebt werden konnte, war abgelaufen. Wollte man diese so wacker kämpfende Armee nicht in eine bedenkliche Lage bringen und ihre künftige Schlagkraft erhalten, so blieb keine andre Wahl als der Entschluß zum Rückzug, der um die Mittagsstunde des 11. September vom Armeeoberkommandanten gefaßt wurde. In stolzer Haltung, mit flatternden Fahnen, unter Mitnahme aller Gefangenen und der eroberten Geschütze, traten unsre Truppen den Rückmarsch hinter den San an. Selbst die in schwierigster Lage befindliche Armee Auffenberg vermochte sich, wenn auch unter nicht unerheblichen Kämpfen und Trainverlusten, vom Feinde geschickt loszulösen und sodann ungestört den San zu überschreiten. Hier hatte sich bereits die Armee Dankl eingefunden, die ihre Absicht, den Trains in der schwierigen Tanewregion einen Vorsprung zu verschaffen, in trefflichster Weise zu verwirklichen verstand. So hatte sich das Nordheer der russischen Uebermacht, die es selbst mit bewußter Absicht entfesselt hatte, im letzten Augenblick entzogen, um nach beinahe drei Wochen fast ununterbrochenen Kampfes Atem zu schöpfen und neue Kräfte zu sammeln.

Die Aufgabe, welche die allgemeine Kriegslage unserm Nordheer für den Einleitungsfeldzug vorzeichnete, hatte es in vollem Umfang erfüllt. Der hier in großen Zügen skizzierte Gang der Handlung läßt die Fülle heldenhafter Kämpfe, Akte aufopfernder Tapferkeit, freudig ertragener Anstrengungen kaum ahnen. Einer späteren Zeit bleibt es vorbehalten, den Ruhm der vielen Helden zu besingen, die in einem Gewirr unaufhörlicher großer Kämpfe für das bedrängte Vaterland so tapfer und ausdauernd stritten. Nicht ohne erhebliche Verluste konnte das schwere Werk vollbracht werden; gar viele deckten die blutgetränkte Walstatt. Doch das Gefüge des Heeres vermochte die schwere Einbuße nicht zu lockern. Trotz aller unvermeidlichen Wechselfälle des Krieges, trotz der Erkenntnis erdrückender Uebermacht eines tapferen und gut gerüsteten Feindes ging die kostbarste Eigenschaft unsres Heeres unversehrt aus den harten Prüfungen des Einleitungsfeldzuges hervor: Ungebrochen blieb der kühne Offensivgeist, und ehe es sich die Russen versahen, eben als sie erst begannen, sich zu einem neuen großen Kriegszug zu rüsten, sahen sie sich schon wieder von einem neuen mächtigen Angriff bedroht. Was sie vielleicht als Niederringen der Widerstandskraft Oesterreich-Ungarns ansahen, war in Wirklichkeit nur die Einleitung zu einer langen Reihe unvergänglich großer Taten unsres und des verbündeten Heeres, die getreu ihrer Aufgabe, die zahlenmäßige Ueberlegenheit Rußlands zu zermürben, mit immer neuen Schlägen Schritt für Schritt diesem Ziele näherkommen.

* [**Die Verproviantierung Belgiens.**] Im Corriere della Sera berichtet Luigi Barzini, der jetzt in Belgien herumreist, auf welche Weise die Belgier ihr Dasein fristen. In der ganzen Welt wurden gleich im September Sammlungen eröffnet, die sehr große Summen ergaben. Die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien, Neuseeland, Italien und Spanien gaben zusammen etwa 25 Millionen Kronen. Die reichen Belgier, die belgische und die englische Regierung zeichneten ebenfalls 7½ Millionen Kronen und um diese Summen zu verwalten, wurde das amerikanische Unterstützungskomitee für Belgien gegründet, das in London, New-York, Rotterdam und Brüssel Sitze hat. In London werden die finanziellen Operationen erledigt, in New-York die Einkäufe, in Rotterdam die Ausschiffungen und in Brüssel die Verteilung. Es ist der ausgedehnteste Wohltätigkeitsverein der Welt. Das Komitee, das der Kürze halber immer nur C. R. B. (Commission for Relief in Belgium) genannt wird, verfügte demnach im Anfang über etwa 32 Millionen Kronen; fünf Millionen gab es sofort aus, um das dringendste Elend zu lindern, es verblieben ihm sonach 27½ Millionen Kronen. Um Belgien zu ernähren, sind aber 40 Millionen Kronen im Monat nötig; das Komitee besaß also nur die Mittel, um etwa zwanzig Tage lang den Unterhalt des Landes zu bestreiten. Auf die internationale Freigebigkeit, die bereits eine fabelhafte Summe hergegeben hatte, war nicht mehr zu rechnen. Hier setzte also die wahrhaft wunderbare finanzielle Organisation der Unterstützungsaktion ein. Die Amerikaner stellten ihr Geschäftstalent in den Dienst der Wohltätigkeit und behandelten diese wie eine Spekulation. Sie organisierten einen Trust und machten aus der Verproviantierung Belgiens ein finanzielles und geschäftliches Meisterwerk. Trotzdem wird die Lösung des Problems mit jedem Tag schwieriger.

Neue Freie Presse
30./IV. 1915

Schwere Verleumdungen gegen Deutschland im englischen Oberhause.

Eine Kritik der Repressalienpolitik Churchills.

London, 29. April.

In der vorgestrigen Sitzung des Oberhauses eröffnete Lord Newton die Debatte. Er sagte, auch wenn man alle Möglichkeiten und Uebertretungen berücksichtige, könne man doch nicht länger zweifeln, daß die britischen Kriegsgefangenen in Deutschland abscheulich behandelt würden, schlechter als Gefangene anderer Nationen. Die schlechte Behandlung habe mit der Gefangennahme begonnen und sei noch schlimmer geworden, als die Gefangenen nach ihrem Bestimmungsort gebracht wurden. In manchen Fällen sei ihr Leben nahezu unerträglich gemacht durch kalte und beabsichtigte Grausamkeit, die abstoßender sei als der Wutausbruch weniger zivilisierter Volker. Die Gefangenen würden in manchen Lagern nur halb ernährt und halb bekleidet, alles das nur, weil sie britischer Nationalität seien. Wenn die britischen Offiziere äußerst schlecht behandelt würden, so sei die Behandlung der Soldaten unvergleichlich schlechter.

Redner sprach sich gegen Repressalien aus und sagte: Wir haben einen äußerst unglücklichen Fall von Repressalien vor Augen. Wir gaben den Deutschen einen Vorwand, den sie natürlich benutzten. Nach der allgemeinen Ansicht waren auf die mehr oder minder selbständige Aktion Churchills hin deutsche Gefangene von Unterseebooten verschieden von anderen Kriegsgefangenen behandelt worden, mit dem Ergebnis, daß Deutschland mit rachsüchtiger Tyrannei Vergeltung übte. Newton führte namentlich darüber Klage, daß 39 britische Offiziere, darunter der schwerverwundete Sohn Goschens, für Vergeltungsmaßnahmen ausersehen wurden. Er hoffe auf eine Ankündigung der Regierung, daß gewisse Offiziere für ihre Taten verantwortlich gemacht werden würden. Eine andere Form indirekter Vergeltung käme in Betracht bezüglich des deutschen Eigentums. Dies wäre wohl die einzige Drohung, die auf Deutschland Eindruck machen könnte. Wenn das geschähe, würde sich wohl Deutschlands Haltung gegenüber den Gefangenen sofort ändern.

Lord Kitchener erklärte: Ich hatte als Soldat Achtung vor den Offizieren der deutschen Armee. Mit dem größten Widerstreben bin ich genötigt, die schlechte Behandlung britischer Gefangener durch die deutsche Armee als unbestreitbar wahr anzunehmen. Ununterbrochen liefen Zeugnisse von unseren geflüchteten Gefangenen und aus französischen, belgischen, russischen und amerikanischen Quellen ein. Sie überzeugten alle, die die Aussagen prüften, daß die Unmenschlichkeit, die die deutschen Behörden besonders gegenüber den britischen Gefangenen an den Tag legten, außer Zweifel steht. Die Gefangenen wurden nackt ausgezogen, in verschiedener Weise mißhandelt und in einigen Fällen kalten Blutes erschossen. Selbst verwundete Offiziere wurden mutwillig beleidigt und häufig geschlagen. In den Gefangenenlagern bitten die Gefangenen vielfach aus Mangel um Nahrung; sie werden anders behandelt als die Franzosen und Russen.

Lord Kitchener sagte zum Schlusse: Deutschland habe viele Jahre hindurch vor der zivilisierten Welt als große Militärnation posiert und in reichem Maße militärische Fähigkeit und Mut bewiesen, aber es hätte auch einen Standard militärischer Ehre und militärischen Verhaltens aufstellen müssen, die ihm die Achtung, wenn nicht die Freundschaft der Nationen erworben hätten. Statt dessen habe es sich zu Handlungen erniedrigt, die auf immer seine Geschichte beflecken werden, und die mit der barbarischen Wildheit der Derwische wetteifern. Er glaube nicht, daß es Soldaten irgendeiner Nation, auch unter den Deutschen, gebe, die sich nicht herzlich des Makels schämten, der über den militärischen Beruf gebracht sei. Die Verwendung betäubender Gase sei ein Verstoß gegen die Haager Konvention.

Die folgenden Redner Lord Lansdowne, Grenfell und Albemarle kritisierten den Repressalienakt Churchills.

Lord Curzon sagte, mehr als einmal während des Krieges seien Anzeichen selbständiger Handlungsweise seitens Churchills bemerkt worden. Die Regierung dürfe sich nicht wundern, wenn deren Wiederholung die Aufmerksamkeit des Hauses errege, wie sie zweifellos tiefe Beunruhigung und Besorgnis im Lande hervorgerufen habe. Es herrschten Zweifel, ob Churchill bei diesen Handlungen die Unterstützung der Seelords gehabt habe. Das lege dem Kabinett die Pflicht zu größerer Vorsicht bei der Kontrolle ihres Kollegen auf, als dies bisher geschehen sei. Die Regierung möge vorsichtiger sein in der Art, wie sie ihre hohen moralischen Grundsätze kundtue, als wie sie es bei Churchills Ankündigung von Repressalien gewesen sei.

Neue Freie Presse
24. IV. 1915

Depeschenwechsel zwischen Kaiser Franz Josef und dem Sultan.

Glückwünsche anläßlich des Jahrestages des Regierungsantrittes.

Konstantinopel, 30. April.

Die Blätter veröffentlichen die zwischen Kaiser Franz Josef und dem Sultan anläßlich des Jahrestages der Thronbesteigung des Sultans ausgetauschten Telegramme.

Das Telegramm des Kaisers Franz Josef hat folgenden Wortlaut:

„Es gereicht Mir zu besonderem Vergnügen, die Gelegenheit, die Mir der Jahrestag der Thronbesteigung Eurer Majestät bietet, zu benützen, Eurer Majestät von neuem die aufrichtigsten Wünsche für Ihr Glück und dasjenige des Ottomanischen Reiches auszusprechen.

Ich hege die heißesten Wünsche, daß die Bemühungen unserer Land- und Seestreitkräfte in dem gemeinsamen Kampfe, der Uns von Unseren Feinden aufgezwungen worden ist, von vollem Erfolge gekrönt werden und daß nach einem siegreichen Kriege die Wohltaten einer Aera des Friedens und der Wohlfahrt Unseren Völkern beschieden sein mögen."

Das Antworttelegramm des Sultans lautet:

„Ich danke Eurer Majestät aus ganzem Herzen für die liebenswürdigen Glückwünsche, die Eure Majestät die Güte hatten, mir anläßlich des Jahrestages meiner Thronbesteigung zukommen zu lassen, und bitte Eure Majestät, die Versicherung meiner tiefsten Freundschaft entgegennehmen zu wollen; ich vereinige meine Wünsche mit denjenigen Eurer Majestät, auf daß der Allmächtige unserer gerechten Sache durch den allgemeinen Sieg unserer tapferen verbündeten Heere vollen Erfolg verleihe."

Neues Wiener Tagblatt
2./V. 1915

Die jüngste Selamlikzeremonie.

(Tel. des k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Konstantinopel, 30. April. Die heutige Selamlikzeremonie in der Sophienmoschee wird ein historisches Ereignis bleiben, denn sie gab Gelegenheit zu einer großartigen muselmanischen und patriotischen Kundgebung, deren Bedeutung mit Rücksicht auf den Ort und den Zeitpunkt, in dem sie stattfand, nicht verkannt werden kann. Der Sophienplatz war schon zeitlich morgens von einer enormen Menschenmenge dicht gefüllt. Tausende Muselmanen aller Volksklassen waren gekommen, um dem Herrscher, der heute als Ghazi proklamiert werden sollte, zu huldigen. Ueberaus zahlreiche Europäer, insbesondere die Mitglieder des diplomatischen Korps und ihre Damen, in der Nähe der Moschee wohnten dem interessanten Schauspiel bei. Das Innere der historischen Moschee war dichtgefüllt von Tausenden von Gläubigen, darunter auch Offizieren und einfachen Soldaten, die aus allen Teilen der Stadt herbeigeeilt waren, um gemeinsam mit dem Kalifen das Freitaggebet zu verrichten. Den wichtigsten Teil der Zeremonie bildete das Gebet für den Kalifen, in welchem der Sultan zum erstenmal „El Ghazi“ genannt wurde. Es war höchst imposant, als dieses Gebet in andächtiger Sammlung und unter dem religiösen Schweigen so zahlreicher Teilnehmer gelesen wurde, während gleichzeitig Geschütze ihre Salven lösten. Der Sultan, der bisher mit den kaiserlichen Prinzen auf der für das Herrscherhaus vorbehaltenen Tribüne der Zeremonie beigewohnt hatte, stieg nun hinab. Vor dem Minber (Altar) haltmachend, hob er die Hände gegen den Himmel, inbrünstig betend, während von der Höhe des Minber ein Geistlicher ein arabisches Gebet las, worin er den Allmächtigen auch anflehte, den Armeen der Türkei und ihren Verbündeten den endgültigen Sieg zu verleihen. Großen Eindruck machte es, als der Sultan, der die Marschallsuniform angelegt hatte, mit den Prinzen und dem offiziellen Gefolge, darunter alle Minister und höheren Offiziere, die Senatoren und Deputierten sowie die hohen Würdenträger und Beamten, anstatt den reservierten Ausgang zu benützen, durch die Menge schritt, um die Moschee durch die für das Publikum bestimmte Pforte zu verlassen. Sowie bei der Ankunft bereitete auch beim Verlassen der Moschee die den Sophienplatz füllende Menschenmenge dem Herrscher und den Mitgliedern der Regierung begeisterte Ovationen. Die Minister des Innern und der Justiz trugen die Uniform eines Leutnants, welcher Grad ihnen bekanntlich gemäß dem neuen Gesetz verliehen worden ist.

Frankfurter Zeitung
2./V. 1915.

Oesterreich-Ungarns Opferwilligkeit.

G Wien, Ende April.

Es ist ein Kennzeichen dieses Krieges, daß ihn nicht der zufällige Besitz eines militärischen Genies oder einer besonderen Waffe, sondern erst das Aufgebot der gesamten Volkskraft zur Entscheidung bringt. Insofern ist er nicht nur eine Kraftprobe der Nationen untereinander, sondern auch der Staaten in sich, und in diesem Sinne ist eine der wichtigsten Entscheidurgen auch schon gefallen. Oesterreich-Ungarn hat die Probe auf seine staatliche Lebenskraft bestanden und ist in seinem Zusammenhalt durch den Krieg nicht schwächer, sondern stärker geworden. Das bedeutet eine schwere Niederlage nicht bloß der Ententearmee, sondern auch der ganzen Entente-Politik. Ohne den Aberglauben an die innere Hinfälligkeit der habsburgischen Monarchie hätte die Entente schwerlich diesen Krieg unternommen; wurde und wird er doch im wesentlichen um das Erbe dieser Monarchie geführt. Lange vor seinem Ausbruch waren die Minen schon gegraben, die beim ersten Kanonenschuß große Teile von ihr absprengen sollten und hier und dort ist auch eine kleine Erschütterung eingetreten. Weil eben die Völker der Monarchie selbst unter dem Einfluß der auswärtigen Agitation und des inneren Unfriedens einen Teil ihres Glaubens an den Staat verloren hatten und einer staatsfeindlichen Propaganda zugänglich geworden waren.

Aber je schwerer die Lasten wurden, die das Ganze zu tragen hatte, um so gründlicher wurde alles Faule und Leichtfertige aus dem Innern an die Oberfläche gepreßt und gewissermaßen dorten abgeschäumt. Und da nun mit der Einberufung des letzten Aufgebots der Siebzehn- und der Fünfzigjährigen der Bevölkerung die allerschwerste Belastung auferlegt wird, zeigt sich, daß diese ohne Murren getragen wird, ja daß eine eiserne Entschlossenheit den ganzen Völkerstaat bis in seine fernsten Ausläufer durchglüht und ihn zu einem fast homogenen Körper von unbegrenzter Wehrkraft macht. Den Geschichtskenner darf diese Wahrnehmung garnicht überraschen, denn das alte Oesterreich hat schließlich auch den siebenjährigen und die napoleonischen Kriege überstanden, und auch damals war nicht alles Glück und Glanz gewesen, was die wechselvollen Jahre gebracht hatten. In diesem Kriege hat das Selbstgefühl der österreichisch-ungarischen Völker zwei schwere Schläge erlitten: die Niederlage in Serbien und den Fall Przemysl's, die beide vorübergehend das Vertrauen zur obersten Leitung stark erschütterten. Aber als der befürchtete Durchbruch der russischen Flut ausblieb, ja diese blutig an den Karpathenwällen zurückebben mußte, da spannte sich die ganze Elastizität des österreichischen Volkscharakters zu neuer Tragkraft auf, und wer heute in die Bevölkerung hineinhorcht, der vernimmt angesichtst der Möglichkeit neuer Verwicklungen und Gefahren nicht etwa Stimmen der Verzagtheit, sondern eher des Ingrimms und des Trotzes, der lieber alles auf sich nehmen als schimpflicher Zumutung sich unterwerfen möchte.

Aber gerade weil die Bevölkerung so wunderbar opferwillig ist, darf man das Vertrauen hegen, daß ihr kein Opfer zugemutet werden wird, das nicht unbedingt gebracht werden muß. Zugeständnisse, die vielleicht gemacht werden müssen, dürfen nicht danach bemessen werden, ob sie billig oder unbillig, sondern ob sie möglich und erträglich sind. Wo eine Gefährdung des Reichs aus inneren oder äußeren Gründen einträte, da muß Widerstand geleistet werden, wo eine Zusage bei bestem Willen nicht gehalten werden könnte, da darf sie nicht gemacht werden. Oesterreich-Ungarn ist heute stärker, als es zu Anfang des Krieges gewesen, vor allweil es seine Artillerie unterdes vervollkommnet und weil seine heldenhafte Armee reichlich Kriegserfahrung gewonnen hat. Gleichwohl wird man nicht um Interessen zweiter Ordnung willen die Leistungsfähigkeit der Monarchie einer neuen Belastungsprobe aussetzen. Das ist so gut wie ausgeschlossen.

2./V. 1915

Kriegschronik.

25. April.

Erstürmung der Ferme Solaert, von St. Julien und Kerfselaere. Vordringen gegen Grafenstafel. 1000 Engländer gefangen.

Schwere Niederlage der Franzosen südwestlich Combres. 24 französische Offiziere, 1600 Mann gefangen, 17 Geschütze erbeutet.

In den Karpathen Erstürmung der Höhe Ostry südlich Koziowa; die Russen aus der seit Monaten verteidigten Stellung beiderseits des Orawatales geworfen.

Versenkung des schwedischen Dampfers „Ruth" durch ein deutsches Unterseeboot.

Beschlagnahme von zwei für Griechenland gebauten Kreuzern nebst 4 Torpedobooten sowie von 2 Unterseebooten, 6 Flußkanonenbooten und 11 Torpedobooten anderer Länder durch England.

26. April.

Bei deutschen Angriffen nordwestlich Zonnebeke 1000 Kanadier gefangen. In den Kämpfen bei Ypern 45 erbeutete Geschütze und 5000 Gefangene gezählt.

Wiedereroberung des Hartmannsweilerkopfes. 760 Franzosen gefangen, 4 Maschinengewehre und sechs Minenwerfer erbeutet.

Erstürmung mehrerer Bergrücken bis zur Höhe westlich von Les Eparges.

Eroberung eines russischen Stützpunktes bei Koziowa. Ueber 1000 Russen gefangen. Bei Abweisung russischer Gegenangriffe auf Höhe Ostry 26 ihrer Schützengräben genommen.

Neuer Angriff bei den Dardanellen. Landungen der englisch-französischen Streitkräfte auf Gallipoli am Sighin-Dere bei Ari Burun, Kapa Tepe, Teke Burun und in Kleinasien bei Kum Kaleh. Die Feinde bei Teke Burun ganz, bei Ari Burun teilweise in die Schiffe zurückgedrängt, bei Kum Kaleh an die Küste zurückgeworfen. Beschädigung des britischen Schlachtschiffes „Triumph" durch türkische Granaten bei Gallipoli.

Vorstoß der russischen Schwarzmeerflotte gegen den Bosporus.

Einstimmige Annahme der Ausdehnung der Landsturmpflicht bis zum 50. Lebensjahre im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Unruhen in Moskau wegen Teuerung der Lebensmittel.

Verhängung des Kriegszustandes über Sibirien wegen Meutereien bei der Ausmusterung.

27. April.

Zusammenbruch der feindlichen Angriffe auf unsere neue Stellungslinie nördlich der D'Houdt-Ferme—St. Julien auf Grafenstafel. Lizerne von uns geräumt, der Brückenkopf auf dem linken Kanalufer gehalten. Beschießung von Poperinghe.

Ein französischer Doppeldecker über Oberndorf (Württemberg).

Torpedierung des englischen Fischdampfers „Ricolo" in der Nordsee.

Vernichtung des französischen Panzerkreuzers „Léon Gambetta" durch ein österreichisches Unterseeboot am Vorgebirge Santa Maria di Leuca.

Der deutsche Hilfskreuzer „Kronprinz Wilhelm" in Newport News interniert.

An den Dardanellen die Ufer am Sighin Dere vom Feind gesäubert. Bei Kapa Tepe die feindlichen Landungsstreitkräfte in die Schiffe zurückgetrieben. Sinken eines von türkischen Geschossen getroffenen Transportdampfers vor Ari Burnu.

Ablehnung des Regierungsantrags auf Zwangsenteignung der Farmen der den Heeresdienst verweigernden Buren durch das südafrikanische Parlament.

28. April.

Gegenangriffe der Engländer bei Ypern gescheitert. Erstürmung einer umfangreichen französischen Befestigungsanlage bei Le Mesnil.

Bombenwürfe eines feindlichen Fliegers auf Friedrichshafen.

Erstürmung russischer Stellungen bei Suwalki auf einer Front von 20 Kilometern.

Kämpfe zwischen den Türken und den französisch-englischen Landungstruppen bei Kaba Tepe, an der Südküste von Gallipoli und Kum Kaleh.

29. April.

Erfolglose Angriffe der Feinde auf Steenstraate, Het Sas und unseren rechten Flügel östlich des Yserkanals.

Fliegerbomben auf Nancy.

Eroberung des Dorfes Kowale bei Kalwarja und eines feindlichen Stützpunktes bei Dachowa südlich von Sochaczew.

30. April.

Dünkirchen von den Deutschen unter Artilleriefeuer genommen.

Deutsche Flugzeuge über Dünkirchen, Ipswich, Whitton und Bury St. Edmunds.

Die Eisenbahnlinie Dünaburg—Libau von den deutschen Truppen erreicht. Gefechte bei Szawle.

Scheitern russischer Angriffe bei Kalwarja.

Die englisch-französischen Landungstruppen durch die Türken bei Kum Kale und auf der südlichen Gallipoli-Halbinsel völlig vom Land vertrieben, bei Kapa Tepe und Gallipoli nahe an die Küste zurückgedrängt. Scheitern eines Landungsversuchs in der Bucht von Saros. Beschädigung zweier Transportdampfer, des englischen Linienschiffes „Majestic" und des französischen Panzerkreuzers „Jeanne d'Arc".

1. Mai.

Rückzug der Russen von Szawle auf Mitau.

Der englische Fischdampfer „Lily Dal" und der Kohlendampfer „Mobile" durch deutsche Unterseeboote versenkt.

Vossische-Zeitung
2./V. 1915

Italiens wahre Volksmeinung.

Von einem in Italien lebenden Italiener.

Jüngst erschien in Paris im Verlag von Delandre eine symbolische Karte von Europa, in welcher Italien als ein verzückter, halbschlafender Mandolinenspieler dargestellt war. Keine symbolische Darstellung Italiens konnte irriger sein als diese. Denn das Land befindet sich heute in einem Zustand der tiefgehendsten Aufregung. Das Volk lebt seit Monaten in einer auf die Dauer unerträglichen Ungewißheit zwischen Krieg und Frieden. Selbst wenn man die Presse ausschaltet, die am meisten dazu beiträgt, das Kriegsfieber zu steigern, ist auch die verschiedene Haltung der Machtfaktoren des Landes ganz und gar nicht danach angetan, dem Volk Beruhigung zu geben. Die Regierung steht bekanntlich auf dem Standpunkt der offiziellen Neutralität. Hinter dieser Maske verbergen sich jedoch die persönlichen Tendenzen der einzelnen Kabinettsmitglieder. Die Militärbehörden aber sind, trotz der offiziellen Neutralität, fieberhaft an der Arbeit, die Armee auf den Stand der Kriegsbereitschaft zu bringen. Fortwährend werden neue Klassen der Reserve einberufen (soeben jene von 1891) und Nichtgediente zu Instruktionskursen ohne Angabe der Dauer eingezogen; all dies zu einer Zeit, in der die Landwirtschaft jede Arbeitskraft notwendig braucht. Die tiefe Mißstimmung, die dadurch im Volke hervorgerufen wurde, ist unverkennbar. Nach den Darstellungen der Presse freilich müßte man glauben, daß in ganz Italien Hurrastimmung herrscht; aber das ist nur die Stimmung jener „Tonangebenden", auf die die französisch-englische Propaganda oder das französisch-englische Geld eingewirkt hat, und ihrer Claque. Die Beamten, Kaufleute und Arbeiter sehen die Kriegshetze und den möglichen Krieg als schweres Nationalunglück an, während die Landbevölkerung in dumpfer Verzweiflung der Zukunft entgegenblickt. Schon fehlt es überall an Weizen und Mais, schon haben die Getreidepreise eine unerschwingliche Höhe erreicht, und nun nimmt man dem Volk auch noch die Aussicht auf die diesjährige Ernte durch die Einberufung aller jungen und kräftigen Leute, so daß die Felder nicht oder nur mangelhaft bestellt werden können. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Italien die Frau zur Feldarbeit gar nicht oder doch nur sehr wenig herangezogen zu werden pflegt.

Einem so veranlagten und so denkenden Volke predigt eine im Sold des Auslandes stehende Presse Tag für Tag, daß nur ein Krieg Italiens Würde entspreche, daß jetzt der Moment gekommen sei, das europäische Problem der Niederwerfung der Hegemonie des deutschen Militarismus durch einen Angriff auf Oesterreich-Ungarn zu lösen („Corriere della Sera" vom 23. April), daß man Belgien und Serbien rächen müsse, und derartiges Zeug mehr.

Die breiten Massen des italienischen Volkes haben für diese Rodomontaden ebensowenig Interesse wie für die als täglicher Gemeinplatz in Wort und Schrift breitgetretenen „nationalen Aspirationen". Das Volk ist logisch und fragt sich nach dem „Warum" einer solchen Haltung. Warum will man jetzt, nachdem man uns vor neun Monaten beim Ausbruch des Weltkrieges die Segnungen der Neutralität in allen rosigen Farben geschildert hat, uns diese Segnungen wieder rauben? Warum sollen wir Völkern, die mit uns dreißig Jahre in treuer Bundesgenossenschaft lebten, jetzt in den Rücken fallen und dem guten Namen Italiens das schmachvolle Epitheton beifügen lassen? Warum sollen wir unsere Söhne zu Hunderttausenden opfern, um im besten Fall ein paar Alpentäler und einige mehr als zur Hälfte slowenische Bezirke zu erobern? Warum sollen wir dem Phantasma einer italienischen Vorherrschaft im Adriatischen Meere nachjagen, wenn ein halbes Jahrhundert lang unter den bestehenden Verhältnissen unser Land fortschreiten und gedeihen konnte? Alle diese Fragen kann man täglich von ernsten Leuten mit bekümmerten Mienen hören, aber zu lesen bekommt man solche Dinge in der Presse des Landes nicht, weil sie sich entweder gänzlich dem Einfluß der Entente ergeben hat oder nicht die Energie besitzt, die Dinge beim rechten Namen zu nennen, um sich nicht von den Kriegshetzern den Vorwurf unpatriotischer Haltung zuzuziehen.

2./V. 1915

Die Kurie und der Weltkrieg.

(Von unserem nach Italien entsandten Sonderberichterstatter.)

(Schluß.)

or. **Rom**, 24. April.

V. Deutschland und Oesterreich.

Es ist eine seltsame Fügung, daß die Lebenssorgen der römisch-katholischen Kirche, die bei dem größten Weltkrieg aller Zeiten auf dem Spiele stehen, auf Gedeih und Verderb mit dem Schicksal derjenigen Zentralmacht verkettet sind, die in einem protestantischen Kaiserhause gipfelt. Die Kurie ist sich dessen bewußt. Selbst ihre Sorge um das Haus Habsburg, das ihrem Herzen so nahe steht, läuft auf den Hauptwunsch hinaus, daß Deutschland durchhält. Denn nur mit deutscher Hilfe läßt sich Oesterreich-Ungarn aufrechterhalten, und unabsehbarer Schaden von der römisch-katholischen Kirche abwenden.

Nicht immer hat die Kurie unser Vaterland mit so liebenden Augen angeschaut wie jetzt, aber geschätzt hat sie es auch in Friedenszeiten als kirchen- und staatserhaltende Macht, als ein Land, wo die Hauptforderungen der katholischen Kirche erfüllt sind, daß Religion nicht bloß als Privatsache gilt, vielmehr das öffentliche Leben durchdringt, in die Schule, im Heer, im ganzen Bereiche des Staates gepflegt wird. Weder Frankreich noch Italien stehen auf diesem Standpunkt; in beiden Staaten wird das öffentliche Recht der Religion, gerade das, worauf die Kurie den größten Wert legt, verneint. Die Abneigung gegen unseren Protestantismus spielt in der vatikanischen Politik nicht die Rolle, die man ihr meistens beimißt; sie ist weniger stark als diejenige gegen die englische Hochkirche, und nicht zu vergleichen mit dem Gegensatz, in dem Rom zur russischen Orthodoxie steht. Die Grundlage, auf der das Deutsche Reich mit der Kurie auskommen kann, ist breit genug, um bei gutem Willen beiderseits den Frieden zwischen Staat und Kirche zu sichern. Sie kann sich noch verbreitern, wenn Deutschland aus dem Kampfe stark hervorgeht, wenn die Deutschen sich bewußt bleiben, was sie dem Papst geleistet haben, und dieser nicht aus dem Auge verliert, was unser Reich als standfester Hort auch für die Zukunft der Kirche bedeutet.

Welche gemeinsamen Feinde wir noch anderwärts haben, zeigt ein Blick auf

VI. Italien.

Dort haben die Freimaurer vor Jahren schon auf ihrem Kongreß erklärt: Deutschland sei der Hauptfeind, der vernichtet werden müsse. Die habsburgische Monarchie sei zwar in erster Linie als Stütze der Kirche den Männern der Aufklärung ein Dorn im Auge, doch halte sie selbst sich nur mit Hilfe des Deutschen Reiches aufrecht; diesem müsse daher der Garaus gemacht werden, wenn der Atheismus, dessen Vorkämpfer die Logen seien, siegen solle. — Das ist nun freilich leichter gesagt als getan. Wir sehen die italienischen Logenbrüder, die mit den Deutschen nur den Namen, nicht aber die Weltanschauung gemeinsam haben, noch nicht auf den Trümmern unseres Reiches triumphieren, wohl aber besieht die Kurie den Schaden, den sie der Kirche in Italien zufügen. Der Kampf mit Geisteswaffen, den sie aufs Panier geschrieben haben, dient nur als Vorwand eines Klüngels, der nach greifbaren Vorteilen hascht, seine Genossen mit Aemtern und einträglichen Geschäften des Staates und der Gemeinden versorgt und die Oberhand im Land gewinnen würde, wenn nicht kirchen- und staatserhaltende Kräfte sich zum Widerstande zusammentäten. Daran hat es lange gefehlt. Pius IX. verbot, als er den Kirchenstaat verlor, seinen Klerikalen, sich am politischen Leben zu beteiligen. Er ging von der Ansicht aus, daß das italienische Königreich, wenn es des kirchlichen Rückhaltes entbehrte, zerfallen und den Platz für eine Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes räumen würde. Das Haus Savoyen aber leistete, obwohl es immer wieder mit den Revolutionären paktieren mußte, mit seinen hervorragend praktischen Staatsmännern ein so gediegenes Stück Arbeit, daß die Rechnung des Papstes fehlging. Anderseits schwanden die internationalen Aussichten auf eine Rückerstattung des Kirchenstaates. Frankreich, das hauptsächlich in Betracht kam, fiel nach einem Jahrzehnt schon den Kirchenfeinden in die Hände, und würde, selbst wenn es zu einer kirchenfreundlichen Monarchie zurückkehrte, doch niemals wieder imstande sein, auch nur einen Finger für die weltliche Herrschaft des Papstes zu rühren. Der Umschwung im Nachbarlande brachte die italienischen Revolutionäre vollend unter Pariser Einfluß und machte das italienische Freimaurertum zu einer Filiale des französischen, das als vielbeneidetes Vorbild sich dort an der Staatskrippe mästete. Ginge jetzt das italienische Königtum in die Brüche, so würde an seiner Stelle eine Republik entstehen, die cisalpinische Republik, wie Frankreich sie wünscht und wie England sie nicht ungern sehen würde, denn Italien wäre dann aus der Reihe der Großmächte gestrichen und als Mittelmeermacht erledigt. Von einer Wiederherstellung des Kirchenstaates könnte bei alledem nicht mehr die Rede sein.

So sind die Dinge anders gelaufen als Pius IX. vor 45 Jahren dachte. Die Kurie begriff, daß sie nicht mehr auf den Zerfall des Königtums rechnen könne, vielmehr ein Interesse habe, es zu unterstützen und im Sinne der Kirche zu entwickeln. Das Verbot der politischen Betätigung wurde aufgehoben. Zunächst beschränkten sich zwar die Klerikalen darauf, die Wahl von Abgeordneten anderer, gemäßigter Richtung zu begünstigen und diese für ihre Zwecke zu verpflichten; jetzt ist aber die katholische Partei, eigens als „Unione popolare" konstituiert, hervorgetreten, und zwar mit einem nationalen Programm, das nach dem Willen Benedikts XV. ihre Anhänger verpflichtet, dem König zu gehorchen und auch im Kriegsfall ihre Pflicht zu tun. Allerdings besteht nun die Möglichkeit, daß, wenn die italienische Regierung etwa gegen Oesterreich losschlüge, die Katholiken selbst auf Befehl des Papstes gegen das Interesse der Kirche mitgehen müßten und wohl auch willig marschieren würden, da sich jeder Volksbund von nationalen Leidenschaften, wenn sie einmal entflammt sind, fortreißen läßt. Aber hiergegen gibt es kein Mittel, und um so heißer ist der Wunsch des Vatikans, daß Italien sich mit Oesterreich vertragen möge.

Diese ganze Entwicklung zeigt, wie Kurie und Königtum sich mit ihren Interessen einander genähert und zum Teil verschmolzen haben. Strittig bleibt jedoch immer noch die Hauptsorge des staatsrechtlichen Verhältnisses der beiden. Sieht das Papsttum die Hoffnung auf Wiedergewinn seiner weltlichen Macht vereitelt oder wenigstens in unabsehbare Ferne gerückt, so kann es sich doch keineswegs mit dem jetzigen Zustand versöhnen. Der Weltenbrand, in den Italien vielleicht noch hineingezogen wird, veranschaulicht die Unhaltbarkeit des Bestehenden mit einer Reihe zeitgemäßer Einzelfragen: Wie soll der Papst seine Souveränität wahren, wenn das Land ringsum im Kriege liegt? Wie könnte er die Verbindung mit dem Auslande unterhalten, wenn Post und Telegraph nicht mehr frei wären, wenn selbst die Boten, die er senden wollte oder die ihm gesandt werden sollten, nicht mehr durchkämen? Wie sollen die bei ihm beglaubigten Vertreter des Auslands mit ihren Regierungen verkehren? Und was wird aus den Gesandten derjenigen Mächte, die gegen Italien Krieg führen? Dürfen sie in der feindlichen Hauptstadt ihren Sitz behalten? Und wer leistet Gewähr für ihre Sicherheit? — Das sind Fragen, die nicht nur die Kurie, sondern auch die mit ihr verkehrenden Mächte angehen. Die italienische Regierung betrachtet ihr Verhältnis zum Papst als eine Sache rein innerer Ordnung, in die sich das Ausland nicht zu mischen habe. Daß dieser Standpunkt sich nicht durchweg wahren ließe, sahen allerdings schon die Schöpfer des sogenannten Garantiegesetzes ein, das einseitig vom italienischen Staate aus den jetzigen Zustand geschaffen hat. Im Text aber vermieden sie, um den Einspruch der beteiligten Mächte nicht herauszufordern, alles, was die auswärtigen Beziehungen des Vatikans betraf. Neuerdings hat die Regierung erwogen, wie sich das Gesetz auf den Kriegsfall zuschneiden ließe, doch abermals darauf verzichtet, weil sie die Aenderungsbedürftigkeit nicht eingestehen will. Sie würde sich bei künftigen internationalen Verhandlungen dadurch die Hände binden. Daß aber ein Friedenskongreß dereinst die Papstfrage anschneiden und vielleicht auch neu regeln wird, ist ein naheliegender Gedanke.

Italien drückt sich jetzt noch um den heiklen Punkt herum. Indessen tritt zwischen seinen Interessen und denjenigen des Vatikans wieder eine Gemeinsamkeit auf anderer Seite in den Vordergrund: für beide wäre es schlimm, wenn Rußland mit seiner serbischen Vorhut zur Adria durchbräche. Verbohrte Dreiverbandfreunde belieben zwar die Russengefahr zu leugnen, einsichtige Italiener hingegen gedenken des bekannten, gerade auf einen Fall, wie diesen, gemünzten Wortes: daß, wenn Oesterreich nicht wäre, es erfunden werden müßte, weil es für das europäische Gleichgewicht notwendig sei und sein Verschwinden für Italien ein schweres Unheil wäre. Ein Unheil zugleich auch für die katholische Kirche — für sie sogar noch ein viel schwereres.

Hamburger Fremdenblatt
2./V. 1915

II
33

VII. Rom und Byzanz.

Im vorigen Jahre hat Serbien ein Konkordat geschlossen, das die Kurie nicht wohl ablehnen konnte, obgleich sie die feindlichen Hintergedanken ihres Kontrahenten zweifellos durchschaute. Bei der großserbischen Wühlarbeit, die in den österreichischen Kronländern um sich griff, sollten die römisch-katholischen Slawen geködert werden mit einem politischen Pakt, der ihnen anscheinend die Freiheit der Religionsübung verbürgte. Es war dies schon ein vorbereitender Schritt zum Kriege und zur erhofften Eroberung der adriatischen Küste. Solange Serbien nicht durch Waffengewalt seine Grenzen sprengt und seine inneren Verhältnisse ändert, bleibt das Konkordat eigentlich nur auf dem Papier: denn Oesterreich übt die Schutzherrschaft über die Katholiken in Serbien selbst; es hat die Mittel zu fast allen kirchlichen Einrichtungen gestiftet und bewahrt das mit dem Patronat verbundene Vorschlagsrecht zur Besetzung der geistlichen Stellen, solange es eben die Oberhand behält.

Serbien selbst aber ist auf dem Schachbrett des Balkans nur eine Figur im russischen Spiel, und Rußland nimmt kirchlich eine Stellung ein, die den Zweck des serbischen Schachzuges erst klar erkennen läßt. Es hat zwar auch sein Konkordat und seinen Gesandten beim Vatikan, doch ersteres hat nie zu einem beständigen Zusammenwirken mit der Kurie geführt, und letzterer ist nur da, um zu bestimmten Zwecken einzugreifen, wenn ein Notfall eintritt, ähnlich der englischen Gepflogenheit, nur daß der Russe immer am Orte sitzt. Nelidoff, der jetzt dieses Aemtchen versieht, erklärt unumwunden, daß Rußland dem Vatikan auf politischem Gebiet zwar Zugeständnisse machen könne, auf kirchlichem aber niemals. Das heißt soviel, als daß im wesentlichen überhaupt keine Annäherung möglich ist. Für Rußland bildet die Geschlossenheit seiner nationalen Kirche eine Lebensfrage seiner Macht. Wenn es zwischen politischen und kirchlichen Zugeständnissen unterscheidet, so meint es, daß die ersteren nichts bedeuten, weil sie den Kern seiner Politik nicht berühren. Ein Beispiel dafür, wie es seine Grundsätze jetzt im Kriege anwendet, lieferte es in Lemberg, bei dessen Besetzung der Erzbischof der dem päpstlichen Stuhl untergebenen ruthenischen uniert-orientalischen Kirche sofort ins russische Innere abgeführt wurde. Auch alle Jesuiten wurden verhaftet und verschleppt. Dort, wie anderwärts, setzten die Russen eine solche Kirchenverfolgung ins Werk, daß man sich in katholischen Kreisen verwundert gefragt hat, weshalb der Papst noch nicht öffentlich gegen die russische Regierung eingeschritten ist. Vermutlich liegt das aber daran, daß die bisherigen Ereignisse dem Vatikan nur als Vorboten einer viel weiter greifenden, geschichtlich entscheidenden Aktion erscheinen, zu deren Abwehr die Kurie ihr schweres Geschütz aufspart.

Da Rußland die dem Orient gemeinsame Auffassung vertritt, daß Kirche und Nationalität eins sind, sieht es in den Landstrichen, die es für sich oder seinen Vasallenstaat Serbien beansprucht, ein künftiges Machtgebiet seiner orthodoxen Nationalkirche. Zunächst wünscht es, der Bildung eines katholischen Slawenstaates vorzubeugen für den Fall, daß die Entwicklung oder Zersetzung Oesterreichs nach dieser Seite gehen sollte; denn seine Macht fußt auf der einheitlichen Grundlage seines Kultus. Für diesen erwartet es Empfänglichkeit bei den jetzt noch katholischen Südslawen, weil seine Kultussprache das ihnen und ihm gemeinsame Altslawisch ist — im Gegensatz zum Latein der römischen Kirche. Die russische Nationalkirche zur Adria auszubreiten und ihr die Pforte des Abendlandes zu erschließen — das ist bei dem jetzigen Weltkriege das in Rußlands Eroberungsplänen einbegriffene kirchenpolitische Ziel im Westen der Balkanhalbinsel.

Der Verlust an Machtgebiet und Seelen, der der römisch-katholischen Kirche beim Gelingen der russischen Anschläge droht, ist nicht der einzige, der auf dieser Seite zu befürchten steht. Schon die in der orthodoxen Konfession gestattete Priesterehe hätte, wenn sie von einer so mächtigen Organisation, wie der russischen, ins Ausland verpflanzt würde, ihre Gefahr für die katholische Ordnung. Man entsinnt sich, welches Aergernis bereits die dem Papst unterstellten Ruthenen, deren niedere Geistlichkeit in Ehe leben darf, gegeben haben. Im eigenen Lande eingebürgert und abgeschlossen verursachte der Brauch keine Mißstände weiter; als aber ausgewanderte Ruthenen in den Vereinigten Staaten ihre Gemeinden bildeten, beschwerten sich die ihnen benachbarten römisch-katholischen Geistlichen beim Heiligen Stuhl, daß jenen das Heiraten gestattet, ihnen aber verwehrt sei; sie empfänden dies als eine drückende Ungleichheit in der Behandlung der dem Papst untergebenen, Haus an Haus wohnenden Seelsorger. Das Oberhaupt der Kirche gab darauf den Bescheid, daß kein ruthenischer Geistlicher mehr in Amerika heiraten dürfe, wenn es auch jedem, der eine Frau aus der Heimat mitgebracht, gestattet sei, sie zu behalten. Die Folge davon war, daß ein Teil der ruthenischen Gemeinden von Rom abfiel und sich den Altkatholiken anschloß. Jedes Vordringen der Priesterehe ins Herz römisch-katholischer Gebiete wirft die Frage des Zölibats mit ihrem zersetzenden Einfluß von neuem auf.

Die russisch-serbischen Pläne, die zur Adria hinstreben, bilden indessen selbst nur den Seitenzweig einer Hauptaktion, die diesmal aufs Ganze geht. Dieses Ganze ist die Erfüllung des legendären Testaments von Peter dem Großen, die Besitzergreifung von Konstantinopel und die Errichtung eines Patriarchats, das den ganzen Orient kirchlich wieder unter einem Szepter vereinigen soll: Neurom gegen Altrom. Der Patriarch, der bisher unter türkischer Herrschaft nur einen geringen Bereich der Nachbarländer in seiner Jurisdiktion hat, soll unter der Aegide des Zaren der Papst des Morgenlandes werden, der russischen Machtzwecken dient: der Phanar gegen den Vatikan. Der Weltkrieg hat den alten Traum des oströmischen Reiches von neuem angeregt und würde ihn ins Werk setzen, wenn nicht Rußlands Ansturm an der mit Oesterreich-Ungarn und der Türkei verbundenen deutschen Kraft scheiterte.

Schluß.

Indem wir die Tatsachen, die der Politik der Kurie im Weltkriege zugrunde liegen, aneinanderreihen, ist es nicht unsere Absicht, ein Urteil zu fällen oder auch praktische Schlüsse für die deutsche Politik zu ziehen. Nur zur Abrundung des Bildes sei angeführt, was eine hohe, dem Papst sehr nahestehende Persönlichkeit am Anfang des Krieges sagte: „Uns tut es leid, daß Italien nicht mit Deutschland gegangen ist. Es hätte gute Figur gemacht und auch für seinen Vorteil gesorgt. Im Kriege siegen die moralischen Kräfte, und diese liegen auf deutscher Seite."

Neue Freie Presse
3./V. 1915.

Weitere erfolgreiche türkische Angriffe.

Konstantinopel, 2. Mai.

Die Agence Télégraphique Milli berichtet:

Das Hauptquartier meldet:

Infolge unserer Angriffe, die sich zu unserem Vorteil abwickeln, gelang es dem Feinde nicht, seine gefährliche Lage an der Küste der Halbinsel Gallipoli zu ändern. Das Feuer, das unsere Batterien an der anatolischen Küste gegen den an der Spitze der Halbinsel bei Sedil Bahr stehenden Feind richten, ist von gutem Erfolg begleitet.

Gestern wurde das französische Panzerschiff „Henry IV.", das ein heftiges Feuer gegen diese Batterien eröffnet hatte, von zehn Geschossen getroffen; heute ist das Schiff nicht mehr auf dem Kampfplatz erschienen.

Ein gestern nacht von feindlichen Torpedobooten gegen die Meerenge unternommener bedeutungsloser Angriff wurde sehr leicht zurückgeschlagen.

Neue Demonstration der russischen Schwarzen-Meer-Flotte am Bosporus.

Die russische Schwarze-Meer-Flotte unternahm heute neuerlich vor dem Bosporus eine Demonstration gleich der jüngst gemeldeten und zog sich nach einer Stunde eilig in nördlicher Richtung zurück.

Untergang eines feindlichen Unterseebootes.

Heute vormittag ist wieder ein feindliches Unterseeboot, das die Meerenge passieren wollte und unter unser Feuer genommen wurde, gesunken, nachdem es auf eine Mine gestoßen war. Da es sofort in den Wellen verschwand, war es unmöglich, die Mannschaft zu retten.

An der kaukasischen Front wurden nördlich von Mylo Angriffe feindlicher Vorhuten überall mit Verlusten für den Feind zurückgeschlagen.

Am 28. April griff eine unserer Abteilungen in der Gegend des Kanals eine mit einer Mitrailleuse bewaffnete Kompagnie Meharis (Kamelreiter) an und schlug sie nach halbstündigem Kampfe in die Flucht. Wir machten dort drei verwundete Meharis zu Gefangenen und erbeuteten eine Menge Gewehre und Ausrüstungsgegenstände für Kamele.

In der Nacht vom 28. auf den 29. beschoß unsere Artillerie aus geringer Distanz eine halbe Stunde hindurch ein im Kanal liegendes Baggerschiff, das schwer beschädigt wurde. Zur gleichen Zeit wurden zwei Eskadronen feindlicher Lanzenreiter mit blutigen Verlusten für den Feind zurückgeworfen; bei diesem Kampfe hatte der Feind 60 Tote und Verwundete; er wurde durch das Feuer unserer Geschütze und Mitrailleusen verfolgt. Unsere Verluste betrugen 9 Mann.

Neue Freie Presse
3./V. 1915.

Die diplomatische Vorgeschichte des Krieges.

Eine neue Ausgabe des deutschen Weißbuches.

Berlin, 2. Mai.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt unter dem Titel: „Neue Ausgabe des deutschen Weißbuches":

Das Auswärtige Amt veranstaltete eine neue Ausgabe des deutschen Weißbuches, in das außer der bekannten Denkschrift auch die späteren Veröffentlichungen der Regierung, soweit sie auf die diplomatische Vorgeschichte des Krieges Bezug haben, mitaufgenommen wurden.

In der Neuausgabe sind vor allem die seinerzeit in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlichten Schriftstücke zum politischen Meinungsaustausch zwischen Deutschland und England enthalten, aus denen klar hervorgeht, daß Deutschlands weitgehende Anerbietungen an England zur Aufrechterhaltung des Friedens von der auf jeden Fall zum Kriege fest entschlossenen englischen Regierung schroff zurückgewiesen wurden.

Ferner finden sich in der Neuausgabe Berichte aus der Vorgeschichte des Krieges über das Zustandekommen der von Grey dem Parlament gegenüber stets abgeleugneten militärischen Abmachungen zwischen England und Frankreich. Wie sich aus dem englischen Weißbuche ergibt, waren es diese dem englischen Volke absichtlich vorenthaltenen Vereinbarungen, auf die sich stützend die französische Regierung die Waffenhilfe der Engländer schließlich mit Erfolg in Anspruch genommen hat.

Die Verhandlungen über das russisch-englische Marineabkommen, deren Darstellung diesen Berichten angereiht ist, schließen den Ring der Machenschaften der Ententemächte, die letzten Endes die Vernichtung Deutschlands und und seiner militärischen und wirtschaftlichen Machtstellung zum Ziele haben sollten.

Diesen Bestrebungen hat sich schließlich Belgien, dessen Neutralität infolge der Neigungen seiner Regierung und seiner regierenden Schichten für Frankreich und England allmählich wirklich ein Scrap of paper geworden war, nicht mehr entziehen können und wollen. Dies zeigen als Schlußstück der Neuveröffentlichung die bekannten Brüsseler Dokumente, die trotz der Ausflüchte der belgischen Regierung jeden Zweifel darüber entfernen, daß zwischen Belgien und England weitgehende, bis auf die kleinsten technischen Einzelheiten sich erstreckende Vorbereitungen des gemeinsamen Zusammenwirkens gegen Deutschland stattgefunden haben, die für Belgiens Stellung im gegenwärtigen Weltkriege und für die Haltung Deutschlands ihm gegenüber entscheidend waren.

Die neue Ausgabe des deutschen Weißbuches wird demnächst im Buchhandel erscheinen.

Italiens Schicksalsstunde.

Die Verhandlungen zwischen Wien und Rom sind, wie wir in der heutigen Abendausgabe des „Berliner Lokal-Anzeiger" mitteilten, nach monatelanger Dauer an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt, und man hält in unterrichteten Kreisen dafür, daß sie nunmehr sehr bald zu einem Abschluß kommen müssen. Der Ernst der Lage ist unverkennbar, und wir werden gut daran tun, trotzdem die Möglichkeit einer Verständigung noch nicht völlig beseitigt ist, mit dem Eintreffen inhaltsschwerer Nachrichten aus Rom zu rechnen. Der König und seine Minister sind zwar heute in der Hauptstadt geblieben, so daß Gabriele d'Annunzio in Genua der unbestrittene Held des Tages ist; aber sie haben das nur getan, um mit ungeteilter Aufmerksamkeit in das letzte Stadium der Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn einzutreten. Noch ist es möglich, daß neue Vorschläge, die in diesen Tagen von Wien nach Rom abgegangen sind und sich mit einer nach Wien gerichteten Kundgebung der italienischen Regierung gekreuzt haben, zu weiteren Erörterungen führen. Auch sie würden indessen, wie die Dinge nachgerade stehen, einen raschen Verlauf erfordern, so daß man sich wohl nur noch für wenige Tage mit Geduld zu wappnen braucht. Wir können in Ruhe abwarten, wie Italien sich entscheiden wird. Unsere militärischen Fortschritte in Ost und West sind gerade jetzt so bedeutend, daß wir mit unvermindertem Vertrauen in unsere Kraft auch mit dem etwaigen Hinzutreten eines neuen Gegners rechnen dürfen.

Ministerberatungen in Rom.

Telegraphische Meldung.

T. U. **Rom**, 5. Mai.

Der Ministerrat ist heute früh von neuem zusammengetreten und hat seine Beratungen fortgesetzt. Der Tag der Eröffnung der Kammersitzung wurde festgesetzt; über dem weiteren Verlauf der Besprechungen liegt undurchdringliches Schweigen. Politische Kreise glauben nicht, daß bereits am heutigen Tage eine endgültige Entscheidung fallen wird. Die Aufregung in Rom selbst hat sich heute etwas gelegt. Die Nachricht von dem deutsch-österreichischen Sieg in den Karpathen wirkte auf die allzu erregten Interventionisten wie ein kalter Wasserstrahl. Auch die Veröffentlichung weiterer Einzelheiten über die schwere Schlappe der Italiener in Tripolis hat die kriegerische Stimmung etwas herabgedämpft. Die Verluste sind noch größer, als zuerst angenommen wurde; 600 Soldaten, und zwar 300 Italiener und 300 Askaris sind tot, an Offizieren fielen neun, die Zahl der Verwundeten beträgt 400. Wenn auch laute Demonstrationen heute fehlen, so ist die nervöse Spannung doch aufs allerhöchste gestiegen. Lebhafte Kommentare erregt eine Veröffentlichung des Militäramtsblattes, in welcher das Kriegsministerium die Ermächtigung erhält, alle Urlaubsbewilligungen für Unteroffiziere und Soldaten zu suspendieren.

* * *

Der Turiner Stampa wird aus Rom berichtet: Wir erleben jetzt ereignisreiche Tage der Vorbereitung. Wir wohnen den verzweifelten Versuchen Deutschlands bei, den Abbruch der italienischen-österreichischen Beziehungen zu vermeiden. Gleichzeitig geht die italienische Regierung ungestört und unaufgehalten ihre Wege weiter und stellt Oesterreich vor das Dilemma, entweder die nötigen Abtretungen zu gewähren oder den Krieg zu gewärtigen. Die fortwährenden Unterredungen zwischen Bülow und Sonnino sowie die Meldung von der bevorstehenden Ankunft einer hochgestellten, mit einer wichtigen politischen Mission betrauten österreichischen Persönlichkeit in Rom beweisen, daß trotz dem in der Hauptsache negativen Ausgang der Wiener Unterhandlungen die letzte Möglichkeit für ein friedliches Abkommen noch nicht geschwunden ist. Gleichzeitig verengt sich der Kreis der Personen, die an den Besprechungen teilnehmen, indem er sich auf diejenigen beschränkt, welche berufen sind, in den sich vorbereitenden Ereignissen das letzte Wort zu sprechen. Wir stehen folglich nunmehr vor dem letzten unvermeidlichen Schritt. Die Situation wird von der unbeugsamen Willenskraft Sonninos diktiert, dessen Programm lautet: Entweder die unbedingte Annahme aller von Italien gestellten Forderungen oder der Krieg.

Die Garibaldi-Feier.

Telegr. unseres Korrespondenten.

ng. **Rom**, 5. Mai.

Schon am Vorabend der großen Feier von Quarto war es in Genua zu einer stürmischen patriotischen Demonstration gekommen. Ganz Genua war beflaggt. D'Annunzio, dem schon bei der Durchfahrt in Turin eine Ovation dargebracht worden war, traf um 9 Uhr ein und wurde von den Bürgermeistern von Genua und Quarto und von der Familie Garibaldi sowie von einer Abordnung seiner Vaterstadt Pescara empfangen, die ihm Grüße seiner alten Mutter brachte. Der Dichter stieg mit Peppino Garibaldi, der ihn zur Heimat begleitet hatte, bleich und angegriffen und in sichtlicher Erregung aus dem Zuge. Rufe: „Es leben Italien und Frankreich!" „Es lebe der Meister!" schallten ihm entgegen. Sein Automobil bahnte sich mit Mühe den Weg durch die Menge. Vor einem Hotel erwarteten ihn Garibaldiner; vom Balkon hielt d'Annunzio eine kurze Ansprache, in der er im Namen der Jugend der Hoffnung auf vollkommene Einigung des Vaterlandes Ausdruck gab. Garibaldis Wort: „Ich gehorche" müsse wieder lebendig werden, aber im Sinne der Tat, damit jeder am Vorabend von Waffentaten seine Pflicht erfülle. Auch vor einem anderen Hotel, wo Garibaldi abgestiegen war, fanden Demonstrationen statt, die durch kurze Reden Ricciotti und Peppino Garibaldis stark interventionistischen Charakter empfingen. Der Bürgermeister von Genua erließ ein Manifest, in dem er sagte, daß die Seele des ganzen Vaterlandes mit Genua schlage. „Möge das Volk durch die Feier mit dem einmütigen Gefühl des Vertrauens auf Italiens Zukunft erfüllt werden; mögen die Ueberlebenden jener Zeit des Heldenfrühlings zu Ruhmespropheten werden." Die Menge versuchte feindselige Demonstrationen gegen das österreichische Konsulat und zerwarf einige Fensterscheiben der Wagen der deutschen Straßenbahngesellschaft. Sonst verlief der Abend ohne bemerkenswerte Zwischenfälle. — D'Annunzio erklärte Ausfragern, daß er seine Rede in Rom vorgelegt habe und am Montag — also nachdem im Ministerrat bereits das Fernbleiben des Königs von der Feier in Quarto beschlossen worden war — durch ein von Tittoni ihm übermitteltes Telegramm aufgefordert worden sei, einige Aenderungen vorzunehmen, was er ohne Zögern getan habe. Seine Rede sei übrigens sehr maßvoll und könne daher nicht, wie der Messaggero zuerst behauptet habe, den Grund für das Fernbleiben des Königs abgegeben haben.

Die Denkmalsenthüllung in Quarto.

Telegr. unseres Korrespondenten.

bs. **Mailand**, 5. Mai.

Die Einweihung des Garibaldi-Denkmals in Quarto hat heute vormittag unter gewaltiger Beteiligung des Publikums ohne Störung stattgefunden. Zuerst ergriff der Bürgermeister von Genua, General Massone, das Wort. Er feierte beredt die unsterbliche Größe Garibaldis und seine Bedeutung für die Geschicke Italiens und schloß mit dem Rufe Garibaldis: „Italien und Viktor Emanuel!" Nach dem Bürgermeister verlas unter großer Begeisterung d'Annunzio seine Rede. Der Feierlichkeit wohnten Vertreter der Deputiertenkammer und des Senats sowie Abordnungen zahlreicher italienischer Städte bei. Besonders gefeiert wurden 50 Veteranen vom Zuge der „Tausend" Garibaldis, die sich im Jahre 1860 bei Quarto nach Sizilien eingeschifft hatten.

Reichspost
4./V. 1915

Rom, 3. Mai.

Die „Agenzia Stefani" veröffentlicht folgendes Communiqué:

Um 9½ Uhr vormittags trat der Ministerrat im Palais Braschi zusammen.

Der Kolonienminister teilte die Berichte mit, die ihm über die letzte Waffentat in der Syrte zugekommen sind. Auf seinen Vorschlag beschloß der Ministerrat, den Minister zu ermächtigen, erforderlichenfalls in Tripolitanien den Kriegszustand zu erklären, und faßte weiters den Beschluß, die notwendigen Verstärkungen dahin zu entsenden.

Der Minister des Aeußern berichtete über die internationale Lage. Nach Erwägung der politischen Lage anerkannte der Ministerrat die Notwendigkeit, daß kein Mitglied der Regierung Rom verlasse.

Vossische Zeitung
4.10.1915

38 H

Du wirst nicht untreu sein!

Von

Mathilde Serao.

Die berühmte italienische Schriftstellerin veröffentlicht unter dieser Ueberschrift in der Zeitschrift „Giorno" einen Aufsatz, der mit dem folgenden leidenschaftlich bewegten Rufe ihres deutschfreundlichen Herzens an ihre Landsleute schließt:

Von großen Politikern wie Pasquale Stanislao Mancini, dem hervorragenden Minister und Juristen, und dem großen Francesco Crispi, die in hohem Maße Italiens Glück förderten, die unermüdlich den Weg suchten, auf dem es zu einer glänzenden Entwickelung geführt werden könnte, habe nicht nur ich, die bescheidene Verfasserin dieser Zeilen, Deutschland als besten, ja als einzigen Freund Italiens schätzen gelernt, nicht ich allein, sondern Tausende und Hunderttausende von Italienern haben das voll festen Vertrauens getan. Tage sind verflossen, Jahre sind dahin und diese Freundschaft Deutschlands für uns hat die dauerhaftesten und mächtigsten Ausdrücke gefunden, manchmal in kräftigster, manchmal in liebenswürdigster Form; und in glorreichen Zeiten wie in Stunden der Trauer, ob wir weinten, ob wir strahlten, Deutschlands Antlitz wandte sich uns stets zu, Deutschland streckte seinen Arm nach uns aus, unser Schicksal zu teilen. Welch' unvergleichlicher Freund!

Was Italien an Schönheit birgt, die Grazie seines Volkes, die Größe seiner Denkmäler, den edlen Schimmer seiner Kunst haben allein die Deutschen verstehen, schätzen und lieben können und zwar nicht nur ihre größten Dichter und größten Künstler, nicht nur Philosophen und Gelehrte, sondern das ganze deutsche Volk, dessen höchste Sehnsucht stets die Reise nach Italien war.

Deutschland hat übrigens Italien nicht nur ob seiner Schönheit verehrt und geliebt, es lag vielmehr auch in seinem Wunsch und seiner Absicht, mit aller Kraft Italiens finanziellen Aufschwung und das Aufblühen von Industrie und Handel zu fördern, ebenso wie es uns ein Beispiel für jene Energie und wortkarge Ausdauer gab, in der es Meister ist und die sich die Italiener so hervorragend anzueignen wußten. Auch hat es uns mit seiner Hochschätzung, mit seinem Wohlwollen und sich stets gleichbleibenden Freundschaft eine echte Selbstsicherheit in unseren moralischen Fähigkeiten gegeben, ja es hat uns geholfen ein Selbstbewußtsein, das nur dumpf in uns schlummerte, zu eigenem starkem Leben zu erwecken.

Welche Wohltaten der Liebe haben wir nicht an jener physisch und moralisch gesunden deutschen Rasse genossen, die in Haus und Gesellschaft die Jugend pflegt in Glauben und Gottvertrauen und ihrem Vaterlande einen Altar geschaffen hat, auf dem kein Opfer zu schwer erscheint.

Wie viele Beispiele des ernstesten und unerschütterlichsten Patriotismus hat uns Deutschland gegeben, uns, deren Patriotismus wohl auch glühend, aber nicht immer gleichmäßig ist. Wie viele Pflichten hat es uns brüderlich gelehrt, Mannes- und Bürgerpflicht, das heißt die höchsten, die wir überhaupt zu erfüllen haben.

Alles hat Deutschland uns sein wollen, Mutter, Schwester, Freundin, und hat dafür nichts anderes verlangt, als was wir ihm dafür geben wollten und konnten, gerade wie eine Mutter sich mit dem begnügt, was ihre Kinder ihr bieten, sei es auch noch so wenig. Als Gegengabe für ihr Geschenk unbegrenzter Freundschaft hat Deutschland wahrhaftig von uns nichts anderes verlangt als Treue.

Um aller derer willen, Italien, die für dich lebten und für dich starben, die dich im Triumph der Tugend und des Glückes über allen Nationen schauen wollten, um deiner großer Toten willen und deines Volkes, das lebt und bangt für dein Schicksal, wirst du dich nicht mit dem Makel der Untreue beflecken, du unser teures Vaterland!

Die Heldentat des „U 5".

Auszeichnungen für die Bemannung des „U 5".

Se. Majestät der Kaiser hat der Bemannung des „U 5" nachstehende Auszeichnungen verliehen:

Das Ritterkreuz des Leopolds-Ordens mit der Kriegsdekoration dem Linienschiffsleutnant Georg Ritter v. Trapp;

den Orden der Eisernen Krone 3. Klasse mit der Kriegsdekoration dem Linienschiffsleutnant Hugo Freiherrn v. Seiffertitz;

die goldene Tapferkeitsmedaille dem Bootsmann-Torpedomeister Josef Margetich, dem Stabsmaschinenwärter Heinrich Grün und dem Stabselektrowärter Max Koroschetz;

die silberne Tapferkeitsmedaille 1. Klasse dem Bootsmannmaat-Torpedomeister Alois Hammer, dem Bootsmannmaat Torpedo-Instruktor Josef Balasek, den Quartiermeistern Torpedo-Instruktoren Josef Mezulianik und Alois Födinger, den Maschinenwärter Gottfried Hermann, den Maschinenmaaten Johann Straka und Karl Lang, dem Maschinenquartiermeister Josef Berger I, dem Maschinengast Erwin Jarisch, dem Elektromaat Leo Cap und dem Elektroquartiermeister Karl Retuschnik.

* * *

Se. Majestät Kaiser Wilhelm II. hat dem Linienschiffsleutnant Georg Ritter v. Trapp das Eiserne Kreuz I. und II. Klasse verliehen.

Berliner Lokalanzeiger
5. IV. 1915

Das Regiment der Blinden.

Von El-Correi.

Ich sollte vor vier Monaten meine Meinung über die Stimmung in und die Absichten von Italien äußern. Was ich aber meinen geschätzten Ausfragern erklärte, das erschien der Presse damals nicht „angebracht" (früher hätte man opportun gesagt). Mir aber erschien der Standpunkt der Presse anfechtbar, allzu behutsam, allzu rücksichtsvoll, und so kam man nicht zu dem gewünschten Einklang.

Nun aber haben die Ereignisse gesprochen — die italienischen Studenten haben sich blamiert, und die Zentralleitung der italienischen Gewerkschaften — der Sozialisten — nimmt entschlossen Stellung gegen eine Beteiligung Italiens am Kriege. . . . Die Meinung dieser Ereignisse muß gelten, wenn auch nur „beziehungsweise". Denn was heute Tatsache ist, kann morgen schon wieder Trugbild heißen. . . . Damit hat sich jedoch der Politiker und Tagesschreiber (Journalist) längst abgefunden; dem erzählenden (epischen) Verfasser fällt es dagegen schwer, sich darüber hinwegzusetzen. Der tritt allenfalls für die eigenen „Trugbilder" heiß kämpfend ein — den Trugbildern der Weltgeschichte gegenüber verhält er sich kritisch und unduldsam.

So auch ich.

Mir mißfiel durchaus die Haltung Italiens, soweit sie in der italienischen Presse zum Ausdruck kam und von unserer deutschen Presse wiedergegeben wurde. Daß die italienische Presse zurzeit eine schändliche, bestochene Hetzpresse ist, das durfte ich jedoch vor vier Monaten noch nicht so schlankweg sagen, heute kann ich's wagen. Denn die Ereignisse stehen neben mir, und man weiß, daß sich auf der welschen Halbinsel Parteikämpfe zutragen, die von großer, allgemeiner Bedeutung sind.

Und nun darf ich heute auch eine Einzelheit erzählen, wie z. B. die italienische Presse einer gewissen Richtung Stimmung gegen den „Dreibund" macht. Ein weitverbreitetes vielgelesenes Blatt brachte im Januar die aufsehenerregende Mitteilung, daß Oesterreich schon derartig an Truppenmangel leide, daß es jetzt ein Regiment von Blinden formiert und an die Front geführt habe. . . .

Ein italienischer Arzt, ein Neapolitaner, las mir voll Empörung diese Mitteilung aus seiner Zeitung vor, mit lauter Stimme, in einem kleinen italienischen Gasthof, umgeben von Handwerkern, Finanzsoldaten, Kindern, Händlern aus der lombardischen Ebene und Hirten vom Monte Baldo — letztere durchaus Analphabeten. Ich war die einzige deutsche Barbarenseele. . . . Die Wirkung der Zeitungsnotiz auf die versammelte Zuhörerschaft zu schildern, dazu gehörte eine Abhandlung über die italienische Volkspsyche, und für eine solche Abhandlung ist hier kein Raum. Nur das will ich verraten: der Jubel der Zuhörer war groß und allgemein!

Ich aber fragte den Neapolitaner, ob er als Mann von Wissenschaft und Bildung in der Tat an jenen lachhaften Unsinn glaube? Er aber zuckte nur die Achseln: „Barbari — Austriaci — cosa vuole!"

Da entfernte ich mich, nicht völlig schweigsam, aber doch maßvoll. Aber die Sache selbst nahm ich mit mir in meinem Gemüte. Ich durchforschte noch andere Zeitungen, fand auch dort die putzige Notiz und zog endlich deutsche Blätter zu Rate, und hier fand ich des Rätsels Lösung. Ich fand die Mitteilung, daß Oesterreich ein Regiment Tschechen zur Front gebracht habe.

Tschechen heißen nun auf italienisch: „Cechi", Blinde heißen „Ciechi" . . . und die italienische Hetzpresse ergriff die billige Gelegenheit, sich mittels eines Druckfehlers eine enorme Propaganda zu schaffen. . . .

Wie groß die Wirkung einer gedruckten Zeile aber sein kann, das läßt sich nur im Süden richtig ermessen. Dort muß man die erregbaren, von Chauvinismus bis zur Unpersönlichkeit durchtränkten Menschen beobachten, die sich heiß leidenschaftlich in den Streit der offenen Gassen werfen und sich von der Phrase, der Geste, der Pose hinreißen und verführen lassen. Der italienischen Frage gegenüber muß man sich immer vergegenwärtigen, daß der Italiener an sich ein gutherziger, ehrlicher, hochgesonnener und außerordentlich intelligenter Naturmensch — ungeachtet der berühmten „alten" Kultur ein Naturmensch ist. . . Daß seine Seele aber so stark vaterländisch empfindet wie sonst fast keine auf Erden. — Wir aufs Internationale gestimmten Leute des 20. Jahrhunderts, die wir mit dem Wanderstabe in der Hand in unserm Herzen unseres Deutschtums Heimat überall mitzunehmen fähig sind, die wir wie die Bienen ausschwärmen und gleichzeitig Samen austragend Ernte halten unter allen Zonen, um dann heimzukehren reich an Schätzen, die der deutschen Kultur, dem Handel, der allgemeinen Lebenskunst zugute kommen, wir müssen uns jetzt erst aufs Vaterländische recht besinnen. Jawohl! Und es gelingt nicht immer.

Oder ist es vaterländisch, wenn bei einer deutschen Feier zu Ehren des großen Hindenburg-Sieges in einer schwarz-weiß-rot beflaggten Versammlung, vor Kriegern mit dem Eisernen Kreuz, vor hohen Offizieren und Staatsbeamten und hochgebildeten Frauen ein Sänger auftritt und das Lied von den zwei französischen Grenadieren vortragen darf? —

Kein Widerspruch wurde laut! Der vaterländische Impuls wagte sich nicht hervor. Die Gesitteten lächelten nur.

Das hätte im entsprechenden Falle in Italien nicht vorkommen dürfen. Der taktlose Sänger wäre schnell vom Podium verschwunden!

Wir aber lassen es auch geschehen, daß in dieser energischen Zeit vor ausverkauftem Hause Bassermann-Egmont zu Alba sagt: „Ich kenne meine Landsleute! Zu drücken sind sie. Nicht zu unterdrücken!"

Wir stellen eben die Kunst über die Tagespolitik, und das ist gewiß großzügig, aber — die Weltklugheit und die Vaterlandsliebe gebieten doch zu verhüten, daß man uns Sehende für Blinde hält. . . .

Die Behandlung der deutschen Konsuln in Rußland.

Eine deutsche Denkschrift.

Berlin, 4. Mai.

Eine Sonderbeilage der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" enthält die Denkschrift über die Behandlung der deutschen Konsuln in Rußland und die Zerstörung der deutschen Botschaft in Petersburg.

In der Denkschrift heißt es unter anderm: Es galt bisher als selbstverständlich, daß die Vertreter eines feindlichen Landes mit der ihnen zukommenden Rücksicht behandelt werden und ihnen freie Ausfahrt gewährt wurde. Der russischen Regierung war es vorbehalten, alle bisherigen Grundsätze auf den Kopf zu stellen, indem sie die Konsulatsbeamten wie auch einige Angestellte der Botschaft in einer jeder Menschlichkeit baren Weise durch Monate hindurch in der unwürdigsten Gefangenschaft hielt, sie auf das raffinierteste quälte und vielfach dauernd an ihrer Gesundheit schädigte. Unbelästigt entkamen die Beamten des Petersburger Generalkonsulats, der Gerent des Generalkonsulats in Moskau, die Beamten des Konsulats in Wladiwostok und die des Generalkonsulats in Warschau mit einer Ausnahme. Uebrigens wurde das Warschauer Konsulatspersonal in Wilna von betrunkenen Offizieren in der pöbelhaftesten Weise beschimpft.

Alle anderen Konsulatsbeamten wurden verhaftet, die Kanzleien und Privatwohnungen durchsucht, die Akten vielfach konfisziert, die Herren selbst wie gemeine Verbrecher behandelt. Es wurden ihnen alle Sachen und ihr Geld weggenommen, und sie wurden für das Verbrecheralbum photographiert, gemessen, auch Fingerabdrücke genommen. Die Herren wurden bei jeder Gelegenheit einer herabwürdigenden Untersuchung unterworfen, vielfach mit dem gemeinsten Gesindel zusammengesperrt, teilweise per Etappe befördert, was in Rußland als das Schrecklichste gilt. Die Verpflegung war direkt gesundheitsschädlich. Die monatelange absolute Einzelhaft wirkte auf manche Organismen zerrüttend. Ein Fall von Wahnsinn ist vorgekommen. Bei dem außerordentlich niedrigen Kulturzustand der Bevölkerung ist der Aufenthalt in einem russischen Gefängnis, das durchwegs von Ungeziefer strotzt, für Menschen mit höheren Kulturansprüchen an sich unerträglich. Manche Herren sind noch jetzt mit Narben bedeckt. Die fürchterlichen Schilderungen des amerikanischen Schriftstellers Kennan treffen für diese Etappenpolizeigefängnisse auch heute noch zu. Diese Behandlung unserer Beamten wurde bis in die letzte Zeit fortgesetzt und beruhte nicht etwa auf Uebergriffen der Lokalbehörden, sondern war von der Regierung angeordnet worden. Der Konsul Freiherr v. Lerchenfeld aus Kowno und der Vizekonsul Anders aus Tiflis sind noch immer, also seit acht Monaten, im Gefängnis, wo sie auf das empörendste behandelt werden.

Baron Lerchenfeld befindet sich in der ungesunden Peter-Pauls-Festung, wo er Sträflingskleider tragen muß und nur eine Holzpritsche als Lagerstätte hat. Die gereichte Gefangenenkost ist ungenießbar. Vizekonsul Anders ist in dem als besonders ungesund bekannten Zuchthaus bei Tiflis untergebracht. Der in Warschau zurückgebliebene Hilfsschreiber Fibich wurde nach einem Kosakendorf im Gouvernement Orenburg verbannt, wo er der einzige Nichtkosake ist.

Während alle Verhandlungen wegen Austausches dieser Personen vergeblich waren, sind die anderen Beamten, nachdem sie sechs bis sieben Monate in Rußland geschmachtet haben, gegen Russen ausgetauscht worden, die man auf die Kunde von der Zurückhaltung unserer Herren noch hatte aufhalten können, die aber größtenteils in Hotels angenehm lebten. Soweit sie sich in Schutzhaft befanden, wurden sie durchaus rücksichtsvoll behandelt, während unsere Beamten, selbst wenn sie nach monatelanger Kerkerhaft auf freien Fuß gesetzt wurden, in den entlegensten Nestern des finstersten Rußland ihr Leben unter schweren Entbehrungen fristen mußten.

Ausgetauscht wurden 5 Konsuln, 6 Vizekonsuln, 13 Konsulatsbeamte und 2 Botschaftsangestellte, im ganzen 26 Personen, nachdem sie monatelang von Ort zu Ort und von Gefängnis zu Gefängnis gehetzt worden waren. Als Austauschverhandlungen eingeleitet wurden, wurden im Oktober und November eine Anzahl Beamter nach Petersburg beordert, dort in dem Untersuchungsgefängnis in der Sapalnaja eingesperrt, jedoch war der amerikanischen Botschaft zugesagt worden, daß den Konsuln jede mögliche Erleichterung gewährt werden sollte. Mit dieser Zusage ging es wie mit anderen Zusagen der russischen Regierung. Die Herren wurden vollständig als gemeine Verbrecher behandelt, sie wurden einer peinlichen Leibesvisitation unterworfen, photographiert, gemessen, es wurden Fingerabdrücke genommen, ihre ganzen Sachen, sogar die Hosenträger wurden ihnen abgenommen. Die Zimmer waren so kalt, daß man sich nicht ausziehen konnte. Es gab keine Waschgefäße, doch konnte man einmal wöchentlich baden.

Die einzige Bewegung war ein 20 Minuten langer Spaziergang in einem Käfig im Hofe, der zehn Schritt lang und an seiner breitesten Stelle drei Schritt breit war. Alle Aussicht war mit Brettern verschlagen. Während der ganzen Zeit von durchschnittlich drei Monaten sahen sie keinen Menschen. Niemand nahm sich je die Mühe nachzusehen. Die Zellen mußten sie selbst reinigen. Einige Herren hatten auch in diesem sogenannten Mustergefängnis sehr unter Ungeziefer zu leiden, das eben von den russischen Einrichtungen unzertrennlich ist.

Das war die von der russischen Regierung in Aussicht gestellte rücksichtsvolle Behandlung. Wie die russische Regierung auch sonst ihr Wort hält, geht aus den letzten Tauschverhandlungen hervor. Nachdem alles durch die betreffenden Botschaften fest verabredet worden war, ließ die deutsche Regierung ihre Gefangenen frei, während die entsprechenden deutschen Herren erst nach fünf Wochen und kräftigen Mahnungen entlassen wurden.

Sehr schwer war für die Beamten die Unterdrückung aller Briefe aus der Heimat, dabei hatten sie das entsetzliche Los der anderen vor Augen, die in Rußland vielfach dem langsamen, grausamen Tode preisgegeben waren. Die Familien wurden prinzipiell getrennt.

Mit ausgesuchter Grausamkeit wurde Konsul Schönstedt in Saratow behandelt. Trotzdem er mit einer schweren Krankheit bis zur Kriegserklärung mehrere Monate im Spital gelegen war, wurde er in schmutzigen Polizeigefängnissen herumgeschleppt, dann nach Orenburg abgeschoben. Obwohl ihm das Gehen schwer fiel, wurde ihm sein Stock nicht belassen. Dort wurde Schönstedt mit drei Kollegen in einem einfachen Raum mit Holzpritschen eingesperrt, dann wurden sie in das Gouvernementsgefängnis in ein kleines Zimmer gebracht, das ganz dunkel war. Die Gefängniskost war nicht zu genießen. In diesem Gefängnis blieb Konsul Schönstedt bis zum 28. Oktober, worauf er nach Orsk, einem kleinen Kirgisenstädtchen, von Orenburg 260 Werst per Bahn und 150 Werst per Schlittenfahrt entfernt, bei 20 Grad Kälte verbannt wurde, eine höchst unnütze, vom Gouverneur Suchomlinow angeordnete Quälerei, doppelt inhuman gegenüber einem Manne, der von monatelanger Krankheit sehr geschwächt war und doch nur wenige Wochen im Gouvernement blieb.

Am 28. November 1914 mußte er bereits die Rückreise nach Petersburg antreten, wo er bis zu seiner Entlassung in das Untersuchungsgefängnis kam. Der einzige Vorwurf, den man ihm wie den anderen Beamten machte, war, daß er dem Deutschen Flottenverein angehörte. Es ist eine ungeheure Anmaßung der russischen Regierung, daß sie es den deutschen Beamten zu einem Verbrechen anrechnen will, daß sie einem deutschen patriotischen Verein angehört haben.

Neue Freie Presse
5./IV. 1915

II.

Die Behandlung der deutschen Konsuln in Rußland

Konsul Nolte wurde in Omsk zu Fuß, wobei er seinen Koffer selbst tragen mußte, nach dem Gefängnis gebracht, in seinem eigenen Amtssitz eine besondere Rücksichtslosigkeit. Vollständig als gemeine Verbrecher wurden die Beamten in Kiew behandelt. Sie wurden am 6. August ins Gefängnis eingesperrt. Am 24. August wurden sie verschickt, und zwar Konsul Häring nach Menselinsk (Gouvernement Ufa), Kanzler Forner nach Sarapol (Gouvernement Wiatka), Aktuar Herold nach Almysch (Gouvernement Wiatka). Sie mußten die monatelange Reise in diesen rauhen Gegenden in leichten Sommeranzügen durchmachen. Während der Reise hörte jede Verpflegung auf. Sie erhielten nur Zehrgeld von 15, später 10 Kopeken.

Von einem so geringen Betrag konnten sie natürlich nur Schwarzbrot und hie und da etwas Milch kaufen. Von ihrem Gelde erhielten sie trotz aller Bitten nichts. Die Beamten wurden in einem Trupp mit Kettensträflingen, Zigeunern, Chinesen und ähnlichem Volk transportiert. In den Etappengefängnissen gab es meist keine Lagerstätten. Alle Gefangenen lagerten auf dem Boden in kalten Räumen, die von Wanzen und Läusen wimmelten. In Labucha war Konsul Haering vier Tage in einer Zelle mit fünf Russen, darunter ein völlig zerlumpter Blödsinniger und ein Wahnsinniger. Auch in Menselinsk, wo er sofort ins Gefängnis kam, erhielt er weder seine Kleider noch etwas von seinem Gelde, so daß er sich nicht einmal Tee und Zucker zu dem gelieferten heißen Wasser kaufen konnte. Sonst erhielt er nur Schwarzbrot und in einer schmutzigen Blechkanne gelieferte schauderhafte Gefängnissuppe. Am 24. November wurde er plötzlich ohne Geld und ohne Sachen auf die Straße gesetzt. In Petersburg wurde er sofort wieder ins Gefängnis gesteckt. Alle an ihn gerichteten oder von ihm geschriebenen Briefe wurden unterschlagen.

Kanzler Forner wurde über Moskau weitertransportiert. Er wurde zu groben Arbeiten herangezogen. In jedem Gefängnis wurde bei der Ankunft wie bei der Abreise eine körperliche Untersuchung in einer sehr rohen Weise vorgenommen, worüber auch verschiedene andere Beamte sehr klagten. In Perm waren die Gefangenen jeder Bewegung beraubt. Dort lag er zwischen Typhus-Rekonvaleszenten und Schwindsüchtigen.

Der Etappentransport des Aktuars Herold dauerte zwei Monate acht Tage. Während dieser Zeit war er auf Hungergeld von 10 Kopeken angewiesen, da man auch ihm sein Geld abgenommen hatte. In seinem Bestimmungsort Malmysch angelangt, wurde er sofort wieder zurückgeschickt. Er hatte sich aber die Füße wundgelaufen und wurde deshalb gefahren, was aber bei der Kälte und der unzureichenden Kleidung sehr beschwerlich war. Von Wiatka durfte er frei nach Petersburg fahren, wo er sofort wieder verhaftet wurde. Es ist klar, daß es mit dem sinnlosen Transport durch das ganze europäische Rußland nur auf die Drangsalierung und die gesundheitliche Schädigung abgesehen war.

Die Aufzählung der von den übrigen Herren erlittenen Leiden wäre zu eintönig. Es sollen nur noch die Erlebnisse des Kanzlers Wohlenberg berührt werden, der nach vierwöchiger Haft nach Tobolsk in Sibirien verschickt wurde. Die häufigen körperlichen Untersuchungen wurden in der rohesten Weise vorgenommen, auch wurden ihm in Samara während neun Stunden Handfesseln angelegt. In Tula, wo 104 Gefangene in einem Raum untergebracht waren, kamen auf jeden Gefangenen ein Kubikmeter Luft. Vor dem einzigen Fenster befand sich eine Kloake. Er wurde zu schweren Arbeiten, wie Steineklopfen, herangezogen, wovon die russischen politischen Gefangenen befreit waren. Das Handgepäck wurde ihm nie mehr zurückgegeben. Von Tobolsk mußte er noch eine sehr beschwerliche Reise in Schlitten und Booten nach dem ihm als Aufenthaltsort angewiesenen, 200 Werst entfernten Ort Demjanskoje, unternehmen, wo er an Lungenentzündung erkrankte und keinerlei ärztliche Hilfe erhielt. Auch er war während der ganzen Reise auf 10 Kopeken angewiesen.

Die Behandlung der Frauen.

Die Kultur eines Volkes läßt sich am besten aus seinem Verhalten gegen die Frauen ersehen. Am Moskauer Generalkonsulat war Fräulein Selma Meyer als Maschinschreiberin angestellt und zur Verfügung des amerikanischen Konsulats zurückgeblieben. In ihr glaubte die Polizei eine besonders wichtige Persönlichkeit entdeckt zu haben und nahm verschiedene Hausdurchsuchungen vor, natürlich ohne Erfolg. In der Nacht vom 10. auf den 11. August wurde Fräulein Meyer um halb 4 Uhr früh auf den Jansku Utschostok gebracht und dort in den am Eingang angebrachten Käfig gesteckt. Es ist dies ein 50 Zentimeter tiefer, vergitterter Raum, worin noch eine drei Personen Raum gewährende Bank angebracht ist, so daß man kaum stehen kann. Später steckten sie noch einen vollständig verkommenen Mann hinein, der seit Wochen in einer Gosse gelegen haben mußte und nicht einmal Hosen anhatte. Das Publikum sammelte sich vor dem Käfig, verhöhnte Fräulein Meyer, rief immer „Niemka“ und tanzte schließlich in hysterischer Erregung um den Käfig herum. Sie blieb dort bis halb 1 Uhr, dem Hohne des Publikums ausgesetzt, bis sie es nicht mehr aushalten konnte und mit Erfolg „wilde Frau“ spielte. Fräulein Meyer wurde dann in ein Zimmer gebracht, wo sie die ganze Nacht verblieb und längere Zeit ohne Kleider gelassen wurde; dann wurde sie in ein unglaublich unsauberes Untersuchungsgefängnis gesteckt. Am 1. November wurde sie in der dünnen Bluse, die sie bei der Verhaftung trug, per Etappe nach Wolodga gebracht. Es gelang ihr, wegen Krankheit in Wolodga zu bleiben, bis sie angeblich zum Austausche nach Petersburg gebracht wurde. Dort kam sie ins Frauengefängnis in Einzelhaft, wo sie 3¼ Monate blieb. Man versuchte wiederholt, sie für den russischen Dienst anzuwerben.

Bei diesen schmählichen Behandlungen unserer Konsuln, die durch Monate in der unwürdigsten Weise gequält wurden, hatte die russische Regierung die Stirn, sich in einem eigenen Rundschreiben über die angebliche schlechte Behandlung der russischen Funktionäre in Deutschland zu beklagen und Ausdrücke, wie Unmenschlichkeit und dergleichen heuchlerische Phrasen, zu gebrauchen. Aber was konnte trotz der Uebertreibungen und Erfindungen vorgebracht werden? Nur daß einige Leute in den ersten aufgeregten Tagen nach der Kriegserklärung einige Unbequemlichkeiten und Unfreundlichkeiten seitens des Publikums zu erdulden hatten.

Die russischen Beschwerden.

In bezug auf die Behandlung der Zivilpersonen, gegen welche die russische Regierung in einer unerhört rohen und unmenschlichen Weise vorgegangen ist, und die zu Tausenden langsamem und gräßlichem Hinsterben überantwortet worden sind und werden, werden die Behauptungen der russischen Regierung an anderer Stelle kritisch beleuchtet werden, da die Schilderung der in Rußland begangenen Untaten hier einen zu großen Raum in Anspruch nehmen würde. Besonders hebt ein Rundschreiben der russischen Regierung die schlechte Behandlung des Herrn v. Bellegarde hervor, des russischen Vertreters bei der Buchausstellung in Leipzig. Dieser ist sistiert worden, weil er durch seine wiederholte Teilnahme an nächtlichen Versammlungen in einer von einem verdächtigen Russen gemieteten Villa in Groß-Deuben sich verdächtig gemacht hatte. Er ist jedoch sofort dem regulären Verfahren unterworfen worden und nach zehn Stunden wieder freigelassen worden, während unsere Herren ohne jede Verhandlung als mit subalternen Polizisten in unwürdigsten Gefängnissen zusammen mit gemeinen Verbrechern monatelang herumgeschleppt wurden. Uebrigens sprach der Leipziger Stadthauptmann Herrn Bellegarde sein Bedauern wegen der erlittenen Unbequemlichkeiten aus und Herr Bellegarde dankte für die Freundlichkeiten und sagte: „Qu'il emportait un très bon souvenir.“ Es erscheint lächerlich, sich darüber zu entrüsten, daß ihm für die zehn Stunden Gefängnis Geld abgenommen wurde, wo in Rußland allen Verhafteten das Geld entzogen und an der Grenze allen Deutschen ihr Geld abgenommen wurde, soweit es 50 Rubel überstieg, aber ohne Quittung.

5./V. 1915

die Behandlung der deutschen Konsuln in Rußland.

Als schlecht behandelt ist auch Herr v. Knorring, früherer Ministerresident in Darmstadt, genannt. Das Mißspiel ist schlecht gewählt, da Knorring, der eine Menge Leute mitgenommen hatte, bei der Abreise den Wunsch zu erkennen gab, den Polizeiorganen im Hinblick auf die außerordentlich vornehme Ausführung der Ueberwachung eine namhafte Gratifikation zu geben, wovon er jedoch deutscherseits abgehalten wurde.

Generalkonsul Baron Schilling, der, wie der deutschen Regierung durch eine Spionageverhandlung vor dem Reichsgericht Leipzig bekannt war, an der Spitze einer weit ausgebreiteten russischen Spionageorganisation in Schlesien stand, wurde am 2. August abends in das Polizeigefängnis eingeliefert, dort abgesondert untergebracht und bereits am nächsten Mittag entlassen. Auf seinen Wunsch hatte ihn sofort der Polizeipräsident besucht.

Der Konsul in Königsberg, Poljanowski, ist wegen der in seinem Amte in sehr auffallender Weise betriebener Spionage verhaftet worden. Allein er wurde und wird in anständiger Haft gehalten und hat viele Vergünstigungen.

Die Vorgänge bei der Abreise der Botschaft von Berlin sind stark übertrieben. Der Botschafter selbst ist an den Belästigungen schuld, weil er die mit der Polizei getroffenen Vereinbarungen nicht einhielt. Die Autos sollten in den Hof einfahren, statt dessen wurden sie vor dem Hause aufgestellt und beladen, wobei Botschaftsangestellte außerordentlich herausfordernd auftraten, so daß die Erbitterung unter dem Publikum allgemein war. Als die Wagen abfuhren, allerdings unter sehr berechtigten Pfuirufen und verfolgt von einem Teile des Publikums, rückten vereinbarungsgemäß Polizeitruppen an. Uebrigens fuhren die Wagen so schnell, daß ernstere Belästigungen gar nicht stattfinden konnten. Es wurden auch keine bemerkt. Der Botschafter mit den Mitgliedern der Botschaft fuhr erst ab, als die Polizei die Straßen freigemacht hatte. Er wurde in keiner Weise belästigt. Am Bahnhof waren die Fürstenzimmer geöffnet und der Extrazug bereit. Es war auch ein Vertreter des Auswärtigen Amtes anwesend, dem gegenüber Herr Swerbejew kein Wort über die angeblichen Belästigungen fallen ließ.

Die Ermordung des deutschen Botschaftsbeamten in Petersburg.

Bei der außerordentlichen Dürftigkeit des tatsächlichen Materials, das der russischen Denkschrift zugrunde liegt, liegt die Annahme nahe, daß die ganze Denkschrift nur verfaßt worden ist, um die Aufmerksamkeit von der skandalösen Tatsache der unter den Augen und mit offenbarer Billigung der Regierungsorgane erfolgten Zerstörung des deutschen Botschaftsgebäudes abzulenken.

Der ungeheuerliche, seit dem Rastatter Gesandtenmord einzig dastehende Völkerrechtsbruch spielte sich nach den Berichten der deutschen Beamten, die innerhalb und außerhalb der Botschaft Zeugen der Vorgänge waren, folgendermaßen ab:

Am 4. August fand bereits nachmittags vor der Botschaft eine große Demonstration statt, wobei von Militärpersonen stark aufreizende Reden gehalten worden waren. Gegen 10 Uhr abends erschien eine vieltausendköpfige Menge und begann Steine gegen die Botschaft zu werfen. Dann wurde zunächst die kleine Tür nach der Moika mit Aexten erbrochen, worauf der Mob ins Gebäude eindrang und alles, soweit er es nicht mitnahm, kurz und klein schlug. Die auf dem Platze aufgestellte Polizei verhielt sich vollständig passiv, ebenso der Stadthauptmann. Einige Angestellte waren über die Dächer geflohen; der greise Hofrat Kattner konnte nicht schnell genug laufen. Er wurde auf die scheußlichste Weise ermordet. Ein anderer Herr, der schon unter einem mit einem Messer bewaffneten Hooligan lag, wurde auf wunderbare Weise dadurch gerettet, daß gerade in diesem Augenblick die elektrische Beleuchtung im ganzen Gebäude erlosch, worauf die Menge, von panischem Schrecken ergriffen, plötzlich floh, und es dem Beamten gelang, sich unter die aus dem Gebäude herausströmende Menge zu mischen. Kurz vor 12 Uhr drangen neue Horden ein und setzten ihr Zerstörungswerk fort. Um 3/4 2 Uhr setzte der inzwischen etwas abgeflaute Ansturm mit erneuter Kraft ein. Um 3/4 3 Uhr versuchte die Menge die Botschaft in Brand zu setzen, was die Polizei, die offenbar für die umliegenden Häuser fürchtete, endlich bewog, einzuschreiten. Aus der Leichtigkeit, womit es ihr gelang, in wenigen Augenblicken die Botschaft und den Platz zu säubern, geht die verbrecherische Mitschuld der Regierung klar hervor. Deutsche Beamte sprachen schon um 11 Uhr mit dem amerikanischen Geschäftsträger, der erklärte, daß er bereits das Auswärtige Amt um Schutz gebeten habe. Der österreichisch-ungarische Botschafter machte um 1 Uhr Herrn Sasonow auf die unerhörten Vorgänge aufmerksam, erhielt aber von ihm die unglaubliche Antwort: „Ils ont cassé quelques vitres." (Sie haben einige Fensterscheiben eingeschlagen.) Diese frivole Aeußerung des Mannes, der die äußeren Beziehungen des Zarenreiches leitet, findet ihre Beleuchtung im nachstehenden Befund der amerikanischen Botschaft:

The german embassy was completely wreckes by the mob, not a single article of furniture being left undestroyed. (Die deutsche Botschaft ist vom Mob vollständig zerstört worden; nicht ein Möbelstück blieb ganz.)

Man kann diese Großtat der russischen Regierung am besten mit den berühmten Worten ihres jetzigen besten Freundes und damaligen oppositionellen Polenführers Roman Dmowski kennzeichnen, der in der Dumarede, die ihm damals von der Regierung gewaltig übelgenommen wurde, sehr richtig sagte: „Das russische Volk hat manche gute Eigenschaften, aber die Regierung ist eine asiatische."

Tägliche Rundschau
6./V. 1915

Ein Brief aus Petersburg.

Die Empörung in Rußland gegen den Krieg wächst zusehends. Unruhen aller Art, Brandstiftungen und Ausstände sind an der Tagesordnung. So ist ein großer Teil der Baltischen Werft in Petersburg neulich in Flammen aufgegangen, wobei eine Menge Kriegsmaterial vernichtet wurde. Mehrere Arbeiter, die sich verdächtig gemacht hatten, wurden ohne weiteres gehängt. Zugleich wurde die Zensurbehörde verständigt, auf das strengste darüber zu wachen, daß von diesem Ereignis nichts in die Oeffentlichkeit komme. Die sozialdemokratischen Arbeiter veranstalten Kundgebungen gegen den Krieg und treten an vielen Orten in den Ausstand. Alle Unruhen werden gewaltsam unterdrückt, und die Regierung ist ängstlich bemüht, Maßnahmen zu ergreifen, daß nur ja nichts in die Presse gelange.

Die Zustände in Sibirien sind besonders geeignet, die Regierung zu beunruhigen. Schon bei der ersten Mobilisierung entstanden an verschiedenen Plätzen Sibiriens Unruhen. Die Einberufenen mehrerer Dörfer weigerten sich, der Einberufung nachzukommen und leisteten bewaffneten Widerstand, wenn sie mit Gewalt zum Gehorsam gezwungen wurden. Als dann Militär ausgesandt wurde, entbrannte eine richtige Schlacht und es gab Tote und Verwundete auf beiden Seiten. Einige Dörfer wurden den Flammen preisgegeben und viele der angesehensten und einflußreichsten Einwohner teils gehängt, teils gefangengenommen. Gegenwärtig ist die Empörung in Sibirien am weitesten verbreitet, und in den größeren Städten löst ein Ausstand den anderen ab.

Nach vollkommen zuverlässigen Nachrichten von der Front wüten Cholera- und Typhusseuchen unter den Truppen, die große Opfer fordern. Der Mangel an Arzneimitteln und Verbandsmaterial macht sich in peinlichster Weise fühlbar. Die Ausrüstung der Landwehr ist ganz mangelhaft. Offiziere, die seit zehn oder zwanzig Jahren nicht mehr im Dienst waren, werden nach sechswöchentlicher Uebung ins Feld gesandt. Der Mangel an Offizieren und Unteroffizieren ist außerordentlich. Z. B. wurden von 84 Offizieren eines Regiments 57 gefangen oder verwundet, 10 fielen, mehrere wurden vermißt; schließlich waren nur noch 11 da und es war hier, wie überall, unmöglich Ersatz zu schaffen. Es kommt vor, daß ein Leutnant zwei Kompagnien führen muß. Die Mannschaften versuchen auf alle mögliche Arten sich kriegsuntauglich zu machen, um wieder heimzukommen und den hungernden Frauen und Kindern zu helfen, deren Elend herzzerreißend ist. Alle Briefe der Frauen, die von der Not sprechen, werden vernichtet, da man befürchtet, daß die Soldaten, sobald sie die Wahrheit erfahren, desertieren und sich trotz der strengsten Strafe, die ihrer wartet, heimbegeben.

Unterschlagungen sind mehr als je an der Tagesordnung. Jeder versucht soviel als möglich an sich zu raffen.

Alle prahlerischen und großen Worte sind für Europa berechnet und stehen im schärfsten Gegensatz zur Wirklichkeit. Allmählich kommt auch die Kadettenpartei zu der Einsicht, daß ihre Träume von Glück und Freiheit für Rußland nach einem Siege über den deutschen Militarismus nichts als Seifenblasen sind. Die russische Regierung hat nichts gelernt und nichts vergessen. Die Aussage des Ministers des Innern, Makarow, daß die Regierung den Fortschrittsparteien keinerlei Entgegenkommen zeigen könne, hat viel dazu beigetragen, die Kadettenpartei zu ernüchtern.

Sollte die russische Armee nach der zweiten Niederlage bei den Masurischen Seen noch eine vernichtende Niederlage erleben, wird ganz zweifellos der allgemeine Aufruhr ausbrechen. Deshalb bringt der Gedanke, mit Deutschland Frieden zu schließen, immer tiefer in das allgemeine Bewußtsein, besonders seit die Pläne der Regierung, neue Anleihen aufzunehmen, gescheitert sind. Man glaubt, daß Rußland in einem Kriege mit den Zentralmächten nichts zu gewinnen hat, während die Aussichten nach Westen zu ein dankbareres Feld für die russischen Ausdehnungsbestrebungen bieten könnten.

*

Der Inhalt dieses Briefes aus Petersburg wird zum Teil bestätigt durch die Aussagen eines schwedischen Kaufmanns, der dieser Tage aus Petersburg zurückgekehrt ist. Er hatte Gelegenheit, von einem in Petersburg wohnhaften nichtrussischen Kaufmann, der durch besondere Umstände über die Lage und Stimmung im russischen Heere sehr gut unterrichtet ist, einige interessante Mitteilungen zu erhalten.

Der Gewährsmann war gerade von einem Besuche aus Galizien, Warschau und aus dem russischen Hauptquartier zurückgekommen. Er fand die Stimmung unter den Truppen verhältnismäßig gut, doch war der Mangel an Verbandsmaterial und Arzneimitteln so unerhört, daß die Aerzte viele Operationen einfach unterlassen mußten. Ziemlich gut war besonders die Stimmung unter den Truppen in Galizien. Ganz natürlich, da diese Truppen bisher weniger Niederlagen als die in Polen hatten.

Die größte Schwierigkeit ist der Mangel an Offizieren und an Munition. Die allgemeine Ansicht ist, daß die Niederlage bei Lodz in der Hauptsache dem Mangel an Munition für die schweren Geschütze zuzuschreiben war.

Der Zustand im Lande ist, was die Bauern anbetrifft, einigermaßen erträglich. Wohl finden sie keinen Absatz für ihre Erzeugnisse, aber sie haben — infolge des Alkoholverbots — auch keine Ausgaben. Anders ist es unter den Arbeitern. In Petersburg herrscht große Unruhe, und man befürchtet täglich einen großen Aufruhr. Das Alkoholverbot hat im Gegensatz zum Lande in den Städten keine guten Wirkungen gezeigt, und man erwartet daher immer eine Beschränkung des Verbots. Die Stimmung in Petersburg ist sehr gedrückt.

Man zweifelt auch nicht mehr, daß die Deutschen bald Warschau nehmen werden, wenn nicht von Westen, so von Norden und Osten. Die Kraft der russischen Offensive ist zu Ende, die französische bald gebrochen. Der Petersburger Gewährsmann scheint auch mit den Verhältnissen an der Westfront vertraut zu sein. Er sagt, daß alle Hoffnungen auf Kitcheners neue Truppen gesetzt werden. Aber es sei sehr fraglich, ob sie etwas ausrichten könnten.

Tägliche Rundschau
6./V. 1915.

Ein neuer Vorschlag der Zentralmächte?

Köln, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Einer Zürcher Depesche der „Köln. Ztg." zufolge berichtet eine gutunterrichtete italienische Persönlichkeit: Die Nachricht vom **Durchbruch der russischen Front in Westgalizien** sei in Rom schon Montag mittag bekanntgewesen und habe mehr als die Ereignisse in Lybien bei der Absage der Reise des Königs nach Quarto mitgewirkt. Der Einfluß **hoher italienischer Militärkreise**, die stets entschieden gegen ein Eingreifen Italiens gewesen seien, sei heute stärker als zuvor und besitze die Oberhand. Die öffentliche Meinung Italiens sei heute etwas beruhigt, wenngleich immer noch die Erörterung der aufgegebenen Reise des Königs und der Regierung nach Quarto im Vordergrund stehe. Laut Blättermeldungen müßte eine außerordentliche Tatsache den Entschluß veranlaßt haben. Angeblich handelt es sich um einen neuen Vorschlag der Zentralmächte.

Kriegskalender.

18. April. In den Waldkarpathen werden bei Nagypolany-Zellö und Telepocz russische Angriffe blutig abgewiesen; in der Gegend von Belgrad wird von unserer Artillerie serbisches Geschützfeuer erfolgreich erwidert. — Ein englischer Vorstoß bei Ypern zurückgeschlagen; in den Vogesen deutscher Erfolg bei Stoßweiß. — Die Zentrale der nordamerikanischen Arbeitergewerkschaften protestiert gegen die vom Präsidenten Wilson geduldete Waffenausfuhr.

19. April. Abflauen der russischen Offensive in den Karpathen; in Südostgalizien und Bukowina Geschützkämpfe. — Zwischen Maas und Mosel Artilleriekampf an der Bahn Ypern. — Bei Comines schwere Verluste der Engländer; bei Steinabrück in den Vogesen französische Angriffe gescheitert; der französische Fliegerleutnant Garros gefangen. — Das englische Truppentranportschiff „Manilou" beschädigt, wobei 100 Mann ertranken. — Ein türkisches Unterseeboot vernichtet. — Englisch-französische Truppentransportdampfer werden von Alexandria an die Dardanellen gebracht. — Japanische Kreuzer vor Veracruz. — Staatssekretär Grey in Kopenhagen.

20. April. Russisches Eingeständnis der Niederlage in den Karpathen; russische Flieger über ostpreußischen Orten. — Deutscher Erfolg bei Croix de Carmes; Embermenil bei Avricourt erstürmt; in der Champagne und am Hartmannsweilerkopf für die Deutschen erfolgreiche Teilkämpfe; vergeblicher Angriff der Franzosen auf die Sillacker Höhen in den Vogesen. — Feindliche Flieger über Lörrach und Kandern (Baden). — Zwei englische Torpedoboote vor den Dardanellen zerstört.

21. April. Russische Durchbruchsversuche zwischen Laborcza- und Ungtal werden nach schwersten Opfern des Feindes eingestellt. — Der russische Eisenbahnknotenpunkt Bialystok von deutschen Fliegern mit 150 Bomben belegt. — Bei Flirey ein in breiter Front ansetzender französischer Angriff abgeschlagen; eine französische Batterie auf der Kathedrale von Reims wird unter Feuer genommen; vergebliche französische Angriffe in den Vogesen bei Metzeral und bei Sondernach; französische Flieger über Colmar. — Ein englisches Unterseeboot in der Nordsee vernichtet. — Abänderung der deutschen Prisenordnung.

22. April. Russische Angriffe gegen unsere Stellungen am Uzsoker Paß brechen unter sehr schweren Verlusten zusammen. — Am La Bassee-Kanal für die Deutschen erfolgreiche Kämpfe; französische Angriffe im Priesterwalde abgewiesen. — Ein deutsches Unterseeboot bringt einen englischen Fischereidampfer von der englischen Küste nach Deutschland. — Einstellung des holländisch-englischen Schiffahrtsverkehres. — Staatssekretär Bryan lehnt die Erlassung eines Waffenausfuhrverbotes ab.

Neue Freie Presse

6./V. 1915.

Nach hier eingetroffenen Nachrichten ließ Japan China ein Ultimatum überreichen, das eine Frist von 48 Stunden stellt. Die japanische Oeffentlichkeit ist ruhig und glaubt nicht, daß ein kräftig militärisches Auftreten nötig sein wird.

London, 5. Mai.

Die „Times" melden aus Tokio vom 3. d., ihr Korrespondent habe aus bester Quelle erfahren, daß der Ton der chinesischen Antwort auf die Forderungen Japans weitere Verhandlungen unmöglich mache. China habe einige Forderungen abgelehnt und führe eine geradezu herausfordernde Sprache. Seine Haltung seit der Ueberreichung der revidierten Forderungen Japans sei entschieden weniger versöhnlich als früher, wo Japan viel mehr gefordert hatte.

Lloyd George über das Budget.

Unberechenbare Kriegsdauer.

KB London, 5. Mai.

Ueber die Ausführungen, mit denen Schatzkanzler Lloyd George das Budget im Unterhause einbegleitete, wird noch ergänzend gemeldet:

Lloyd George betonte die Schwierigkeit, einen genauen Voranschlag aufzustellen, da die Kriegsdauer unberechenbar sei. Er glaube jedoch, daß die Operationen des Sommers ein Urteil ermöglichen werden. Die Schwierigkeit, das Defizit zu decken, lasse sich nicht durch den Hinweis auf den im Lande angesammelten Reichtum beheben, da es schwer sei, fest angelegte Gelder zur sofortigen Verausgabung flüssig zu machen. Die Vereinigten Staaten von Amerika seien das einzige Land, wo solche Werte veräußerlich seien, da sie sich nicht im Kriege befänden. Immerhin bilden sie nur einen beschränkten Markt. Der Verkauf deutscher Werte dorthin habe einen großen Teil des Bargeldes in Nordamerika beansprucht. Falls der Krieg noch ein Jahr dauere, hätte England 1132 Millionen Pfd. St. aufzubringen, wovon 270 Millionen durch Steuern gedeckt werden könnten. Es blieben also 862 Millionen zu decken, wovon 200 Millionen an die Verbündeten und die Dominions ausgeliehen wurden.

Die Wirkung in England und Deutschland.

Die Wirkung des Krieges auf England und Deutschland sei verschieden. Englands Einfuhr sei gestiegen, denn es kaufe nicht nur Kriegsmaterial, sondern auch andere Erzeugnisse, weil vier Millionen der besten Arbeiter der Industrie entzogen worden seien. Zwei Millionen seien in das Heer und die Flotte eingetreten und zwei Millionen stellen nur Munition her. Daher sei die Einfuhr ganz außerordentlich gestiegen, die Ausfuhr dagegen sehr beträchtlich gesunken. Deutschland dagegen, von der Uebersee abgeschnitten, könne nichts einführen und sei auf seine eigenen Hilfsmittel angewiesen. Vom Standpunkt des Kriegsministers sei England besser daran, vom Standpunkt des Finanzministers Deutschland. Englands Schwierigkeiten seien, vom Standpunkt des Finanzministers gesehen, jetzt die größeren. Der deutsche Finanzminister habe es bei längerer Kriegsdauer weniger schwer, seine Käufe im Ausland zu finanzieren.

Der Ueberschuß der Einfuhr.

Der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr beträgt im Jahre 1915 448 Millionen Pfund gegenüber 130 Millionen in früheren Jahren. Hierin sind die Käufe der englischen Regierung und der verbündeten Regierungen im Ausland noch nicht inbegriffen. Tatsächlich haben wir die meisten Ankäufe der Verbündeten im Ausland zu finanzieren, und haben daher nicht nur die Differenz von 130 Millionen, sondern etwa 700 bis 800 Millionen zu finanzieren. Die Anlagezinsen und Frachten betragen etwa 350 Millionen; es sind also für die Finanzierung der Auslandskäufe etwa 350 bis 400 Millionen aufzubringen. Maßregeln, die unsere Ausfuhr dem Werte nach beeinträchtigen könnten, müssen, soweit es irgendwie möglich ist, vermieden werden; daher darf die Anwerbung für das Heer nicht über ein bestimmtes Maß hinausgehen. Wir stellten ein ungeheure Anzahl von Soldaten auf, aber nun ist die Zeit gekommen, wo man, rein vom finanziellen Standpunkt betrachtet, achten muß, daß die Anwerbung und die Herstellung von Munition die Ausfuhrwaren, mit denen wir unsere und unserer Verbündeten Munition bezahlen müssen, möglichst wenig beeinträchtigen. England kann nicht zugleich die See beherrschen, die Bedürfnisse der Verbündeten finanzieren und gleich den Kontinentalmächten die ganze Bevölkerung in das Heer einstellen.

Die Kriegsausgaben.

Lloyd George wendete sich sodann den Möglichkeiten zu, die für die Kriegsausgaben nötigen 1100 Millionen Pfund aufzubringen, und sagte: Die erste Möglichkeit, das Defizit zu unterdrücken, ist eine Brücke von Papier. Es klingt verführerisch, aber ein Land mit internationalem Handel kann das nicht tun, denn dann würde das Gold aus dem Verkehr verschwinden, würden die Lebensmittelpreise steigen, die Wertpapiere auf einem beschränkten Markt nur mit Verlusten verkäuflich sein und wir wären nach dem Kriege um so viel ärmer. Das richtige Mittel wäre, nur auf die Einkommen und die Ersparnisse des Landes zurückzugreifen.

Schließlich beantragte Lloyd George, die Einkommensteuer in der jetzigen Höhe zu erhalten, und fügte hinzu, wenn der Krieg länger dauere, werde es Pflicht des Parlaments sein, zu erwägen, welche weiteren Beträge die Nation aufbringen könne.

Die Munitionsfrage.

Austen Chamberlain erklärte seine Zustimmung zu den allgemeinen Ausführungen des Schatzkanzlers, betonte aber, daß keine Stärkung der finanziellen Stellung Englands die Schwäche im Felde gutmachen könne. Er kritisierte den Plan, Bier, Branntwein und Wein zu besteuern, und sagte, er wolle der Regierung keine Schwierigkeiten machen, müsse aber die allgemein herrschende Besorgnis wegen der Munitionsfrage erwähnen. Kitcheners Warnungen klingen in jedermanns Ohren. Asquiths Beruhigungstränklein, das er in einem unglücklichen Augenblick in Newcastle verzapfte, sei keine Beruhigung für das Parlament. Redner meine, daß es früher sehr an der nötigen Munitionsmenge fehlte. Auch Bonar Law wendete sich gegen Asquiths Rede in Newcastle, worin dieser kein Wort über die Alkoholfrage gesagt habe.

Die Debatte wendete sich nunmehr dieser Frage zu.

Lloyd George erklärte, man sei wohl allgemein der Meinung, daß die Regierung in dieser Sache besondere Befugnisse für Gebiete brauche, wo Munition hergestellt werde.

Die Haltung der Arbeiterpartei.

Der Arbeiterführer Henderson sagte, die Arbeiterpartei sei entschlossen, alles zu vermeiden, was die Regierung hindern könnte, den Krieg bis zum glücklichen Ende durchzuführen. Aber auch die Regierung müsse die Streitfragen ruhen lassen. Redner wies die gegen die Arbeiter gerichtete Verleumdung, als tränken sie zuviel, zurück.

Die Parlamentskorrespondenten der Blätter betrachten den Biersteuerplan als bereits abgetan.

Die Garibaldifeier in Quarto.

Mailand, 6. Mai. (Privattelegramm.) Zur Feier des gestrigen Garibalditages hatten Genua und Umgebung sowie vor allem die Garibaldistadt Quarto reichen festlichen Schmuck angelegt. Die ganze Bevölkerung, Tausende von Gästen, die Vereine mit ihren Fahnen, Hunderte von Musikbanden durchzogen vom frühen Morgen an die Stadt, in der schon am frühesten Morgen fieberhafte Bewegung herrschte. Die Massen bewegten sich einerseits nach dem Hafen, anderseits zu den zwei großen Plätzen, von welchen aus der gemeinsame Abmarsch nach Quarto erfolgen sollte. Auf der Piazza Umberti und der Via Casaregis bildete sich je ein Teil des Festzuges, von welchem der eine durch das Zentrum Genuas hindurch, der andre aber längs der Peripherie der Stadt nach Quarto gelangen sollte. Die Via Venti Settembre verband die Aufstellungsplätze der beiden Teten des Festzuges.

Auf der Piazza Umberti versammelten sich die Garibaldi- und Studentenvereine, die aus dem libyschen Feldzug heimgekehrten Veteranen, die Präsidien der Vereine Dante Alighieri, Volksuniversität, der politischen und sozialistischen Korporationen, kurz ein Gemisch aller politischen Gruppen und Parteien. Auf dem Vormarsch fand eine patriotische Kundgebung vor dem Garibaldidenkmal statt. Auch vor dem belgischen Konsulat wurden Eyviwarufe laut. Am Ende der Via Venti Settembre vereinigten sich beide Teile des Festzuges, und als die Tete Quarto erreichte, marschierte die Queue noch immer durch die Straßen Genuas. Der Zug hatte eine Länge von mehr als fünf Kilometer. Dazu kam ein dichtes Spalier von Zuschauern längs des Meeresstrandes und eine Unzahl von Schiffen, welche den Festzug bis nach Quarto geleiteten.

Um 10 Uhr begannen die Festgäste einzutreffen. Das Monument war noch verhüllt. Ricciotti Garibaldi und seine Familie waren zuerst zur Stelle und wurden mit stürmischen Ovationen begrüßt. Die fünfzig Ueberlebenden der Tausend Garibaldis legten einen Kranz zu Füßen des Monuments nieder und scharten sich noch einmal um das Standbild des gefeierten Heerführers. Indes war die Menge so ziemlich geordnet worden und umstand in weitem Halbkreis amphitheatralisch den Festplatz, während zwanzig große Schiffe und Boote aller Art den Abschluß des Arrangements bildeten. Ueberall wehen Fahnen und Wimpel, es herrscht ein buntes Durcheinander von Uniformen, Kostümen, Damentoiletten; das Gesamtbild ist faszinierend.

Nach 10 Uhr treffen die Vertreter der Behörden mit Gabriele d'Annunzio ein, der mit stürmischem Jubel begrüßt wird. Ein Aeroplan überfliegt den Festplatz und wirft aus der Luft einen Gruß an d'Annunzio herab. Nach den Vertretern der Behörden halten die Politiker ihren Einzug, und zwar die Senatoren, Vertreter der Kammer und Deputierte aller Parteien bis auf jene der offiziellen Sozialisten.

Erst um 10 Uhr 35 Minuten beginnt die eigentliche Feierlichkeit. Bürgermeister General Massone verliest ein Telegramm des Königs, welches lautet:

„Wenn auch Staatsangelegenheiten meinem Wunsche entgegen mich verhindern, an der dortigen Zeremonie teilzunehmen, werden sich heute meine Gedanken vom Felsen von Quarto doch nicht entfernen. An die schicksalsreiche Ligurische Meeresküste, auf welcher die erste Verkündigung der Einigkeit des Vaterlandes erfolgte und von wo aus der Heerführer der Tausend mit unvergeßlicher Kühnheit unsterblichem Kampfglück entgegensegelte, sende ich bewegt meinen Gruß mit derselben leidenschaftlichen Glut der Gefühle, welche meine großen Ahnen leitete. Aus der Weihe der Erinnerung schöpfe ich den Glauben an die glorreiche Zukunft Italiens. Vittorio Emanuele."

Dieses Telegramm rief tiefe Wirkung hervor und weckte stürmischen Applaus.

Dann hielt Bürgermeister General Massone eine lange Rede, in welcher er den Helden und die feierliche Stunde glorifizierte.

Dann sprach d'Annunzio. Seine Rede wurde mit größter Spannung gefolgt. Sie dauerte 40 Minuten und wurde schließlich mit stürmischem Applaus quittiert.

Dann erfolgte unter Musikklängen die Heimkehr zu Wasser und zu Lande.

Berliner Lokalanzeiger
6. V. 1915

Wien und Rom.

In den Verhandlungen zwischen Wien und Rom hat sich in den letzten vierundzwanzig Stunden kaum etwas geändert Auch die Signatur des heutigen Tages muß trotz ihres unleugbaren Ernstes nach wie vor als noch nicht geklärt angesehen werden. Daraus folgt aber, daß die Lage immer noch nicht als hoffnunglos zu gelten hat, und das auch heute noch leise Möglichkeiten fortbestehen, über die großen Schwierigkeiten hinwegzukommen, die sich in den letzten Tagen einem österreichisch-ungarisch-italienischen Ausgleich entgegengestellt haben.

Serbiens Warnung an Italien.

Telegr. unseres Korrespondenten.

c. **Haag**, 6. Mai.

Das amtliche serbische Pressebureau übermittelte der englischen Presse einen Artikel der Belgrader Zeitung „Politika", in welchem Italien davor gewarnt wird, die Hand nach reinslawischen Landesteilen am Adriatischen Meer auszustrecken. Wer immer sich der serbischen nationalen Einheit widersetze, sei ein Feind der serbischen Rasse. Serbien müsse die Sympathien, die es für Italien hege, aufgeben, wenn sich herausstellte, daß die italienischen Diplomaten nicht nur die Stärkung ihrer rechtmäßigen Interessen verfolgen, sondern auch die Interessen des Balkans duch einen Angriff gegen Serbien schädigen wollen.

Hamburger Fremdenblatt
6./V. 1915

Die italienische Sphinx.

Gestern hat in Quarto, an dem paradiesisch schönen Ufer des Golfs von Genua, die große, von der italienischen Oeffentlichkeit mit Enthusiasmus, von der politischen Welt mit einiger Spannung erwartete Feier zur Erinnerung an Garibaldi den Aelteren und immerhin etwas Größeren im Vergleich zu seinem Epigonen stattgefunden. Ueber den Geist, der über dieser Veranstaltung geschwebt haben dürfte (genauere Nachrichten liegen naturgemäß noch nicht vor), ist sich wohl von Anfang an kein Mensch im unklaren gewesen. Die Person des Festredners, dessen Dichtereitelkeit und geschwollene Rhetorik nur in romanischen Ländern vor dem gefürchteten Schritt vom Erhabenen zum Lächerlichen verschont bleiben kann, bürgt dafür, daß man alle Register gezogen hat, um Italien in den einzigen Krieg hineinzutreiben, der südlich der Alpen seit neun Monaten populär ist, in den Krieg mit Oesterreich. Bezeichnend ist, daß Vorkehrungen getroffen werden mußten, die Konsulate Oesterreich-Ungarns und Deutschlands vor den Insulten eines nationalistisch aufgehetzten Pöbels zu schützen. Immerhin — mit der Politik des offiziellen Italiens hat diese Feier nichts zu tun. Wenigstens nicht mehr. Bis vorgestern schien man in Rom nicht übel Lust zu verspüren, den gesamten offiziellen Apparat Italiens, mit dem König an der Spitze, in den Mittelpunkt einer Demonstration zu stellen, für die dann Gabriele d'Annunzios Schlachtgesang nicht mehr allein die Verantwortung getragen hätte. Erst am Montag besann man sich anders, ließ durch das offiziöse Telegraphenbüro verkünden, daß die Minister der Feier fernbleiben würden, und am Dienstag erfuhr man auch, daß der König unter keinen Umständen in der Hauptstadt abkömmlich sei. Wir lassen es dahingestellt sein, wie weit die Tatsache, daß an dem vorangegangenen Sonntag die verbündeten Truppen zwischen Weichsel und Karpathen einen vernichtenden Stoß in das Herz der russischen Stellung führten, mit diesem Entschlusse im Zusammenhang steht. Man braucht durchaus nicht anzunehmen, daß die Ereignisse in Tripolis lediglich ein Vorwand waren. Die Fernhaltung des Heiligen Kriegs von den Syrten-Ländern hat natürlich nicht im Handumdrehen die Abneigung gegen den italienischen Eroberer in Liebe verwandelt, und die Italiener werden ihre neueste und wertvollste Kolonie noch immer erst erwerben müssen, um sie zu besitzen. Aber ganz von der Hand zu weisen ist der Gedanke nicht, daß der neueste Sieg an den Karpathen die italienische Regierung nachdenklich gestimmt hat. Man mag gewisse Bedenken gehabt haben, sich durch den Haßgesang einer rasenden Dichterseele gegen Oesterreich in einer Richtung festlegen zu lassen, die zum mindesten die Freiheit politischer Entschlüsse eingeschränkt hätte. So mußten die italienischen Nationalisten, Interventionisten oder wie sie sich nennen mögen, hübsch unter sich bleiben.

Der König und seine Minister mögen auch in der Tat in diesen Stunden Besseres zu tun haben, als im Quarto die glühenden Ergüsse eines Poeten anzuhören. In Rom verhandelt man täglich und stündlich über endgültige Regelung des Verhältnisses zu dem österreichischen Nachbarn, und schon die nächsten Stunden — das dürfte auch die Auffassung maßgebender Berliner Kreise sein — können eine Entscheidung von verhängnisvoller Tragweite herbeiführen. Es ist in diesem Augenblick zwecklos, in historischen Erinnerungen herumzuwühlen, zwecklos, darauf hinzuweisen, wie sehr die heutige Stimmung Italiens in alten Gefühlen aus einer längst überwundenen Epoche wurzelt, wie stark geschichtliche und realpolitische Erwägungen Italien an die Seite der Zentralmächte drängen müßten, welche Enttäuschungen der Anschluß an den Dreiverband im Gefolge haben würde. Dazu wäre es heute zu spät, und all das ist in der deutschen Presse schon mehr als einmal zum Ausdruck gekommen. Heute fordern die Stunden und Minuten ihr Recht.

Italien (nicht etwa Deutschland und Oesterreich) steht vor einer folgenschweren Entscheidung. Seit Wochen und Monaten werden zwischen Rom und Wien unter freundschaftlicher Vermittlung des durch den Fürsten Bülow vermittelnden Deutschen Reiches Verhandlungen geführt, über die die deutsche Presse nicht zum wenigsten zur Schonung italienischer Empfindlichkeiten rücksichtsvolles Schweigen bewahrt hat. Wir werden auch heute nicht aus dieser Zurückhaltung heraustreten, zumal sich die Einzelheiten der Verhandlungen der öffentlichen Beurteilung entziehen. Wir möchten aber in diesem Augenblick darauf hinweisen, daß die politische Gesamtlage sich an einem ernsten Wendepunkt befindet und daß es zwecklos wäre, sich nicht auf alle Möglichkeiten, die eintreten könnten, vorzubereiten. Mit allem Nachdruck möchten wir erklären, daß die Meldungen der Dreiverbandspresse, die den Anschluß Italiens an den Dreiverband als vollkommene Tatsache hinstellen, falsch sind. Noch sind — das kann in dieser Stunde noch festgestellt werden — die Würfel nicht gefallen. Italien hat die Hände noch frei und ist Herr seiner Entschließung in diesem oder jenem Sinne. Falsch sind auch die italienischen Meldungen über eine Art Ultimatum Italiens an Oesterreich. Man kann hier umgekehrt sagen, daß Italien vor österreichischen Angeboten steht, die ebenso bestimmt wie loyal gemacht worden sind und Italiens Interessen im Rahmen des Erreichbaren Rechnung tragen. Wir dürfen hoffen, daß Italien diese Vorschläge in demselben freundschaftlichen Geiste würdigt, in dem sie gemacht worden sind, und daß es den vereinigten Bemühungen der beteiligten Diplomaten gelingt, Gegensätze auszugleichen, die bei nüchterner Erwägung keine irgendwie gearteten Lebensinteressen der beteiligten Reiche berühren.

Diese Hoffnung ist, das können wir ausdrücklich betonen, durchaus gerechtfertigt. Sie ist es umso eher, als auch in Italien das Gefühl für Ehre lebendig ist, die es verbietet, den Bundesgenossen von mehr als drei Jahrzehnten im Existenzkampf in den Rücken zu fallen. So wenig wir daher auch glauben, daß die italienische Regierung sich solchen Erwägungen entziehen wird, so ruhig sehen wir der Stunde der Entscheidung entgegen. Wir haben es bereits vor Monaten betont, als in Frankreich und England die Debatten über die Entsendung eines japanischen Hilfsheeres nach Europa auf dem Höhepunkt standen:

Deutschland und Oesterreich samt ihrem türkischen Verbündeten haben eine weitere Vermehrung ihrer Feinde nicht einen Augenblick aus dem Bereich ihrer Berechnung verloren, und sie sehen in wohlbegründetem Vertrauen auf die ungeheure Macht ihrer Hilfskräfte jeder Wendung, die der Weltkrieg bringen könnte, fest ins Auge. Seit dem Tage, an dem man uns zwang, das Schwert aus der Scheide zu ziehen, gibt es für uns keine Ueberraschung mehr. Die Entscheidung in Rom mag fallen, wie sie wolle: der

Dreibund der Tat, den deutsche, österreichische und türkische Truppen mit ihrem Blut besiegelt haben, ist stark genug, um auch aus neuen Fährlichkeiten schließlich als Sieger hervorzugehen.

Ablehnung des japanischen Ultimatums.

Allgemeine Mobilisierung in Japan.

Berlin, 7. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Die Petersburger „Nowoje Wremja" meldet aus Peking: Die chinesische Regierung hat dem japanischen Gesandten die Ablehnung des japanischen Ultimatums zugestellt.

Das Stockholmer „Dagblad" meldet: Das japanische Konsulat gab an die japanischen Staatsangehörigen den allgemeinen Mobilisierungsbefehl aus.

Kriegskalender.

23. April. An der Karpathenfront vereinzelt Geschützkampf. — Vorstoß der deutschen Truppen aus der Front Steenstraate östlich Langemarck gegen die feindlichen Stellungen nördlich und nordöstlich von Ypern; der Uebergang über den Ypernkanal nach hartnäckigem Kampfe von den Deutschen erzwungen; die Orte Langemark, Steenstraate, Het Sas und Pilstem genommen. — Zwischen Maas und Mosel lebhaftere Gefechtstätigkeit; Avricourt von den deutschen Vorposten geräumt. — Vorstoß der deutschen Hochseeflotte in die englischen Gewässer. — Auf eine Anfrage der nordamerikanischen Regierung erklärt Japan in bestimmtester Weise, daß sich seine Verhandlungen mit China nicht gegen die Interessen Amerikas richten.

Neue Freie Presse
7./V. 1915

Die Rede d'Annunzios.

(Telegramme der „Neuen Freien Presse".)

Mailand, 5. Mai.

„Corriere della Sera" veröffentlicht die Rede, welche d'Annunzio bei der Enthüllung des Garibaldi-Denkmals in Quarto halten wird.

Sie wendet sich nach dem ersten einleitenden Wort „Königliche Majestät", das bei dem gewaltigen Aufwande an Pathos im übrigen Teil der Rede einen um so befremdenderen Eindruck macht, ausschließlich an das italienische Volk, welches unter der Führung des Großen, dessen Züge heute hier hereinschauen, Gewaltiges vollbrachte und nun vor neuen großen Taten stehe. Bei Caltafini habe Garibaldi gesagt: „Hier schaffen wir Italien oder sterben." Und heute rufe er, von dieser Stelle den Italienern zu: „Hier wird Italien neu geboren und größer gemacht. Garibaldi will es und für ein größeres Italien müssen die Italiener alles opfern. Glücklich sind die Jugendlichen, die Gesunden, die Kräftigen, die reinen Blutes, die Hungrigen und Durstigen nach Ruhm, die sich für das größere Vaterland opfern. Glücklich die mit dem Siegeskranze Gekrönten, aus den Kämpfen Zurückkehrenden, denn sie werden das neue Rom sehen, die neugeschmückte Stirn Dantes, die siegreiche Schönheit Italiens." Mit diesen Worten schließt die Rede.

Rom, 5. Mai.

Die Rede d'Annunzios in Quarto wird von den Blättern einmütig als ein in Schönheit leuchtender wunderbarer Triumphgesang auf Italien bezeichnet. In sieben Absätze geteilt, preist die Rede das Kunstwerk des meerumbrausten Denkmals, dann die geheimnisvollen Zeichen, unter welchen Italien dem Feste entgegensah, zu welchen Zeichen der Dichter auch das Beben von Avezzano rechnet, weil es die Heimaterde und die Seele des Volkes erschütterte und alle Italiener sich um den Altar des Vaterlandes scharten.

Der letzte Absatz richtet sich an die Jugend Italiens, an das ganze Volk, daß es Habe und Blut hingebe für die Größe und das Glück Italiens.

Auf Unbeteiligte macht die Rede trotz der unvergleichlich schönen, markigen Sprache den Eindruck marmorner Kälte.

Die Zeit
7./V. 1915

„Para pacem."

Die erste Hauptversammlung des Oesterreichischen Verbandes für allgemeine Völkerverständigung „Para pacem", dessen Tätigkeit zu Anfang des Jahres 1914 mit einem Vortrag des damaligen Austauschprofessors Fullerton von der Universität Columbia, U. S., eingeleitet worden war, fand am 30. April d. J. statt und stand im Zeichen des Weltkrieges. Der leitende Vizepräsident Senatspräsident Dr. Leo Elsner hob hervor, daß die Erkenntnis der gegenseitigen kulturellen und finanziellen Abhängigkeit der verschiedenen Staaten und Völker voneinander den Ausgangspunkt der Bestrebungen des Verbandes bilde, die einerseits die unblutige Lösung von Völkerstreitigkeiten, andererseits die gemeinsame Kulturarbeit aller Nationen sich zum Ziele setzen. Sei auch durch den Weltkrieg die Verfolgung der Ziele behindert worden, so müsse doch an der Ueberzeugung festgehalten werden, daß mit der Beendigung des Krieges auch die Gehässigkeiten und leidenschaftlichen Stimmungen gegen manche Völker der Einsicht von der Solidarität ihrer Interessen weichen werden. Der Vorsitzende gab der Hoffnung Ausdruck, daß das siegreiche Ringen unserer bewunderungswürdigen Armee den Dauerfrieden vorbereite, und brachte auf den Kaiser ein Hoch aus. Generalsekretär Artur Müller erwähnte in seinem Tätigkeitsbericht, daß die Bemühungen des Verbandes, eine Korrespondenz mit den von den Russen besetzten Teilen Galiziens zu vermitteln, an der ablehnenden Haltung der russischen Regierung bisher gescheitert seien. Der mit Akklamation erfolgten Wahl des Hofrates Prof. Dr. Lammasch zum Ehrenpräsidenten des Verbandes folgte eine Diskussion über die nächsten Aufgaben des Verbandes, an der sich Sektionsrat Wellek, Fabrikant Flexer, kais. Rat Karell, Hof- und Gerichtsadvokat Dr. Josef Ritter Griez de Ronse beteiligten. Sämtliche Redner betonten die Notwendigkeit, die Eindämmung des Hasses vorzubereiten.

7.IV.1915.

Warten Japans mit der Absendung des Ultimatums.

Tokio, 6. Mai. (Reuter-Meldung.)

Wie gemeldet wird, ist das japanische Ultimatum an China den Mächten gleichzeitig mit der Rechtfertigung des Vorgehens Japans mitgeteilt worden.

In gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß die Regierung mit der Absendung des Ultimatums an China warten wolle, bis weitere diplomatische Schritte ergebnislos verlaufen sind. Die ganze Angelegenheit wird heute in einer Konferenz dem Kaiser vorgelegt werden.

7./4. 1915.

Die Ministerberatungen in Rom.

Telegr. unseres Korrespondenten.

ng. **Rom,** 6. Mai.

Der amtliche Bericht über den gestrigen Ministerrat, der über drei Stunden dauerte, führt einige mehr oder weniger gleichgültige Beratungsgegenstände an, erwähnt aber nichts von einer Diskussion über die internationale Lage. Dennoch messen ihm die Blätter größte Bedeutung bei. Corriere d'Italia schreibt unter der Ueberschrift „Italiens Stunde", daß dieser Ministerrat von größter Wichtigkeit war und fast ausschließlich über die internationale Lage gesprochen wurde. Das Blatt schreibt: „Die Entscheidung steht bevor, erwarten wir sie mit Ruhe, damit jeder Italiener, wie sie auch ausfalle, patriotisch seine Pflicht erfülle. Vorgestern forderten wir ein entscheidendes Wort, das das Land von der Nervosität und Angst dieser Tage befreie. Das Entscheidungswort wird binnen kurzem gesprochen werden. Mögen es alle schweigend anhören." — Der gestrige Tag ist in Genua und in den übrigen Städten, in denen der Gedenktag der „Tausend" gefeiert wurde, ruhiger verlaufen, als man gefürchtet hatte. Wohl fanden in vielen größeren Städten Demonstrationen statt, aber nirgends ereigneten sich ernste Zwischenfälle. Selbst in Genua, wo Rhetorik die Temperatur zur Siedehitze brachte, standen die Studenten, die vor den Konsulaten der Zentralmächte demonstrieren wollten, von ihrem Beginnen ab, als sie den Weg von Truppen versperrt fanden. Auch d'Annunzios Rede bei einem Bankett im Rathaus feierte nur die anwesenden Ueberlebenden der „Tausend" und die Freiheit, mit deutlichen Hinweisen auf zukünftige Siege. Nun ist die Rhetorik dieses Festtages verrauscht, und die ernste Diplomatie tritt wieder in ihr Recht. Das Gerücht, daß Graf Goluchowski mit unbeschränkten Vollmachten nach Rom kommt, wird immer wieder in den Blättern aller Richtungen verbreitet, ohne offiziell bestätigt oder dementiert zu werden. Es scheint sich aber auf einen wieder aufgegebnen Plan zu beziehen.

T. U. **Rom,** 6. Mai.

Auch heute vormittag fand eine Plenarsitzung des Ministerrates statt, über deren Verlauf, wie stets, das allergrößte Stillschweigen bewahrt wird. Noch vor dem Ministerrate empfing Sonnino den russischen Botschafter von Giers zu einer kurzen Besprechung. Fürst von Bülow hatte Unterredungen mit Mitgliedern der österreichischen Botschaft. Es kann von einer Entspannung nicht die Rede sein, doch hat sich die Situation zum wenigsten nicht verschlechtert. Keinerlei positive Gründe sind vorhanden, völlig an der schließlichen friedlichen Auflösung der Gegensätze zu verzweifeln. Auch die Sprache der Blätter ist um eine Schattierung gemäßigter. Im allgemeinen neigt die Presse zur Ansicht, daß auch die nächsten Tage noch keine Aenderung bringen werden. Die Bevölkerung Roms ist verhältnismäßig ruhig. Demonstrationen haben sich, soweit bekannt ist, nicht mehr ereignet.

Die aufgegebene Reise nach Quarto.

Telegraphische Meldung.

bs. **Mailand,** 6. Mai.

Dem Secolo zufolge hat der Entschluß der Regierung, sich an der Feier in Quarto nicht zu beteiligen, in Paris und London großen Eindruck gemacht. Der Pariser Vertreter meldet dem Blatte, daß die öffentliche Meinung im allgemeinen, wie auch die Kreise der Presse und der Börse einstimmig äußerst pessimistisch und überzeugt sind, daß dies Ereignis als Zeichen einer veränderten Haltung Italiens in der Frage seiner Beteiligung am Kriege sei. Politische Kreise legten indessen der Sache keine besondere Bedeutung bei. Der Londoner Vertreter des Secolo telegraphiert: Die Augen von ganz England sind heute mit unbeschreiblicher Angst und Erwartung auf Italien gerichtet. Jedermann fühlt und begreift, daß von dem Entschlusse Italiens der Ausgang des Krieges und das Schicksal Europas abhängt.

Eine Aeußerung des Papstes.

Telegr. unseres Korrespondenten.

l. **Rotterdam,** 6. Mai.

Reuter meldet aus Rom: Der Stampa zufolge habe der Papst einem Besucher gegenüber geäußert, es beständen Befürchtungen, daß nun auch Italien am Kriege teilnehmen werde. Er sei aufs tiefste erschüttert bei dem Gedanken, daß dann sämtliche größeren christlichen Völker Europas in den Krieg verwickelt wären.

Hamburger Fremdenblatt
7./V. 1915

Mahnworte eines italienischen Gelehrten.

Im Gegensatz zu den vielfach im Solde ausländischer Wühler stehenden Pressestimmen, die zur Befreiung der „unerlösten" italienischen Landesteile den Krieg Italiens an der Seite des Dreiverbandes predigen, im Gegensatz auch zu denen, die durch friedliche Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn zum wenigsten das Trentino zu erwerben anstreben, vertritt ein hervorragender, von glühender Liebe zu seinem Vaterlande beseelter Italiener, Professor Galli-Valerio an der Universität Lausanne, eine wesentlich verschiedene Meinung. Ausgerüstet mit einem staunenerregenden umfangreichen Wissen und mit stets schlagfertiger Schärfe des Denkens, ist Professor Galli-Valerio wegen der Selbständigkeit und Unbefangenheit seines Urteils, wegen der Weite seines Gesichtskreises und wegen der Lauterkeit seines Charakters allgemein bekannt und geschätzt.

In seiner soeben in Rom erschienenen Schrift „Per la giustizia e per la neutralità armata" (Für Gerechtigkeit und bewaffnete Neutralität) weist er überzeugend nach, wie unvorteilhaft oder vielmehr geradezu nachteilig die Einverleibung des Trentinos und gar von Triest für Italien sein würde. Unvorteilhaft sei das Hinzukommen des Trentinos vom wirtschaftlichen Standpunkte aus. Das Trentino ist vorzugsweise ein Wein erzeugendes Land; noch mehr Wein in Italien würde die schon seit Jahren in den Kreisen der weinbauenden Bevölkerung bestehende arge Krisis nur noch verschlimmern. Bekannt sei auch die große Auswanderungslust der Trentiner. Was hülfe Italien denn eine so wenig seßhafte Bevölkerung, da es selbst schon der Auswanderer mehr denn genügend besitze? Triest, das jetzt unter der Mitwirkung des österreichisch-deutschen Handels blüht, würde nach Angliederung an Italien in gefährliche Konkurrenz mit Venedig treten, und die Folge wäre der Niedergang einer der beiden Städte. Zur strategischen Sicherung der Nordgrenze Italiens gegen Oesterreich wäre die Einverleibung des Trentinos nur dann von Bedeutung, wenn sich die Gebietserweiterung über Bozen hinaus bis zum Brenner erstrecke. Dann aber entstehe eine andere Gefahr. Der Landstrich zwischen Bozen und dem Brenner ist deutsches Sprachgebiet. Der Widerwille der deutschen Bevölkerung gegen eine Verwelschung würde unaufhörlich zu unerwünschten Streitigkeiten, wenn nicht gar einmal zum Kriege führen.

Für die Einverleibung von Triest und des Trentinos würde als Grund zumeist das Nationalitätsprinzip geltend gemacht. Merkwürdig sei, daß dieselben Leute, die dieses Prinzip für Triest und das Trentino aufstellen, anderen italienischen Sprachgebieten gegenüber stumm bleiben, obwohl auch diese jetzt nicht zu Italien, sondern zu Frankreich und zu England gehören. Wären nicht Korsika und Nizza viel bedeutsamer für Italien als Triest und das Trentino? Und nun gar erst das in englischem Besitz befindliche Malta, das trotzig wie ein unnahbares Bollwerk das Mittelmeer beherrscht, und dessen Besitz Italien den Schlüssel zum Mittelmeer geben würde! Das Neutralitätsprinzip, allein für sich betrachtet, kann durchaus nicht überall ausschlaggebend sein. Wer denkt denn in Italien daran, Aosta mit dem herumliegenden reichen Tale an Frankreich herauszugeben? Und doch handelt es sich da um französisches Sprachgebiet. Die Schweiz umschließt vier verschiedene Sprachgebiete, indem sie Deutsche, Franzosen, Italiener und Churwelsche zu einem Staate vereint. Dieselben Leute, die auf Grund des Nationalitätsprinzips Triest und das Trentino für Italien fordern, verlangen die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich, und unzweifelhaft war und ist Elsaß-Lothringen deutsches Sprachgebiet. Auch sprechen diese Leute nicht von Finnland, das nicht Rußland zukommt, sondern Schweden; sie sagen nichts von Armenien, das doch ein Volk für sich bildet, und anderes mehr.

Um in den Besitz von Triest und des Trentinos zu gelangen, erhebt sinnlos eine gewisse Presse agitatorisch lautes Kriegsgeschrei und fordert Italiens Losschlagen gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Welches wären dann aber die Folgen eines Sieges des Dreiverbandes mit Italiens Hilfe? England, zur See und zu Lande militärisch neu gestärkt, würde nicht nur den Handel Deutschlands vernichten, sondern diktatorisch den Handel aller Völker, auch den Italiens in seinem Sinne und zu seinem Vorteile regeln. Frankreich, klerikalisch erstarkt, würde die weltliche Macht des Papstes wiederherstellen und wie vordem Italien zur Rolle eines Vasallenstaates herabdrängen. Rußland würde ein ihm williges Großserbien schaffen; und die slawische Gefahr, herangedrückt an das Adriatische Meer, würde dann nicht nur Oesterreich-Ungarn zermalmen, sondern auch Italien erdrücken.

Sind es aber wirklich nur Nützlichkeitsgründe, die Italien in seinem Verhalten und Handeln bestimmen und leiten sollen? Höher als die Rücksicht auf praktische Vorteile muß auch für Italien der Gesichtspunkt der nationalen Ehre gelten. Fürwahr, ein Verbrechen wäre es, wenn Italien, nachdem es nicht zusammen mit seinen Verbündeten in die Schranken getreten ist, jetzt, wo diese von der ganzen sie umgebenden Welt angegriffen sind, rücklings über sie herfiele. Solch meuchlerisches Vorgehen würde Italien den ewigen Haß seiner bisherigen Verbündeten und die allgemeine Verachtung der übrigen Völker eintragen.

Das sind in gedrängter Kürze nur einige der Hauptgesichtspunkte der gedankenreichen Schrift von Professor Galli-Valerio. Klar und übersichtlich bespricht er darin alle von den Gegnern wie von den Freunden des Dreiverbandes in Italien geltendgemachten Ansichten; klar und bestimmt bespricht er die Ursachen und Vorgeschichte des Krieges und zeigt, wie Deutschland bis zum letzten Augenblick bemüht gewesen, den Frieden zu wahren.

7.V.1915

Die letzten Bedenken Italiens.

Die bereits kurz im telegraphischen Auszuge gemeldete aufsehenerregende Mitteilung der „Stampa" liegt nunmehr im vollen Wortlaut vor. Die hier nicht bekanntgewordenen Ausführungen des maßgebenden Giolitti-Organs lassen die Annahme zu, daß das Fernbleiben des Königs und der Regierung von Quarto doch auf neutralistische Einflüsse und Bedenken zurückzuführen ist. Trotz allen Lärmens der Straßenpolitiker scheint es doch noch weite Bevölkerungskreise zu geben, die davor zurückschrecken, nach 33jähriger Ausnutzung des Bundesvertrages einen betrügerischen Bankerott zu erklären.

„Der heutige Tag," so berichtet die „Stampa", „war für die Herren Salandra und Sonnino sehr arbeitsreich. Minister Sonnino hat nach der ersten Unterredung mit dem König den Fürsten v. Bülow in der Consulta empfangen. Die Besprechung dauerte ungefähr eine Stunde. Am Nachmittag, unmittelbar nach der Konferenz mit dem deutschen Exkanzler, begab sich der Minister des Aeußern zum Ministerpräsidenten, mit dem er ebenfalls eine längere Besprechung hatte. Während Baron Sonnino nach der Consulta zurückkehrte, begab sich der Ministerpräsident zur Villa Ada, wo er eine einstündige Unterredung mit dem König hatte, von dort begab sich Salandra wieder zum Ministerium des Auswärtigen, offenbar, um das Ergebnis dieses Besuches beim König mitzuteilen. Das undurchdringlichste Geheimnis umgibt die Einzelheiten und die Gründe dieser schwerwiegenden Konferenzen, aber es gilt in politischen Kreisen allgemein als ausgeschlossen, daß sie sich nur auf die Festlichkeiten in Quarto bezogen hätten. Allerdings ist in letzter Stunde beschlossen worden, daß Salandra in Quarto und Genua keine Rede halten wird. Man glaubte, daß der Ministerpräsident wenigstens bei dem Bankett sprechen würde, das der Gemeinderat von Genua zu seinen und d'Annunzios Ehren am 5. Mai geben will. Aber im letzten Augenblick hat die Regierung ihre Absicht geändert, um dem bevorstehenden Feste nicht einen ausgesprochen interventionistischen Charakter zu geben.

Einige Zeitungen wußten zu melden, daß in der Villa Ada unter dem Vorsitz des Königs eine wichtige Versammlung abgehalten worden wäre, an der außer dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Auswärtigen auch der Kriegs- und der Marineminister und sogar zwei Botschafter fremder Staaten, also offenbar des Dreiverbandes, teilgenommen hätten. Dieses Gerücht von einer Konferenz, die die förmliche Vorbereitung des Krieges bedeutet hätte, wurde jedoch entschieden dementiert. Selbstverständlich wäre eine solche Konferenz ausgeschlossen, so lange die Verhandlungen zwischen Bülow und Sonnino fortdauern.

In Erwartung des Kommenden war die Aufmerksamkeit der politischen Kreise im höchsten Grade auf die möglichen Folgen der Festlichkeiten in Quarto und der damit verbundenen Demonstration gerichtet. Es zeigte sich dabei die ausgesprochene Tendenz der Regierung, dem bevorstehenden Feste den interventionistischen Charakter zu nehmen. Für diese Annahme sprechen zahlreiche Gründe, vor allem der Umstand, daß Salandra keine Rede halten wird; ferner ist dafür gesorgt worden, daß die Rede d'Annunzios nicht zu Verwicklungen diplomatischer Art Anlaß geben könnte, daß sie vielmehr nur der poetischen Verherrlichung neutraler Wünsche Ausdruck geben sollte. Diese Abdämpfung der interventionistischen Bedeutung der Festlichkeiten wurde von der Regierung wohlweislich beschlossen, um sowohl auf diplomatischem wie auf politischem Gebiete unangenehme Folgen zu verhüten. In diplomatischer Beziehung wäre es nicht ratsam gewesen, während der Besprechung mit dem Fürsten Bülow die Brücken hinter sich abzubrechen, während politische Rücksichten es als ein Gebot der Klugheit erscheinen ließen, die nicht-interventionistischen Strömungen innerhalb der Kammer nicht allzu heftig vor den Kopf zu stoßen. Alles das beweist klar und deutlich, daß die Regierung sich noch nicht für den Krieg entschlossen hat.

Eine andere Frage, die bei den Besprechungen gleichfalls berührt wurde, war die stärkere oder schwächere Beteiligung der Abgeordneten bei der Feier von Quarto. Die Teilnahme der Volksvertreter ist begreiflicherweise geeignet, die politische Bedeutung des Festes zu erhöhen oder zu verringern. Die Neutralisten zeigen sich geneigt, der Festlichkeit fern zu bleiben. Der Abgeordnete Giolitti nimmt, wie versichert wird, bestimmt nicht teil, da er im allgemeinen Festlichkeiten und Zeremonien abgeneigt ist. Auch von den bekannten Mitgliedern der Giolitti-Partei ist bisher keiner angemeldet."

Erregung in München.

München, 6. Mai. Die „Korrespondenz Hoffmann" meldet:

Angesichts der ziemlich großen Aufregung, welche die letzten Nachrichten aus Italien unter der Bevölkerung hervorgerufen haben, stellt die Polizeidirektion von München nach amtlicher Kundgebung fest, daß eine unmittelbare Gefahr des Abbruchs der Beziehungen zwischen den Zentralmächten und Italien nicht besteht. Sie empfiehlt, ruhiges Blut zu bewahren. Eine feindselige Stellungnahme gegenüber den hier wohnenden Italienern würde unserer Würde und Selbstachtung zuwiderlaufen.

Fremdenblatt
8./V. 1915

Das Ultimatum Japans an China.

Ablauf der Frist Sonntag 6 Uhr abends.

K. **Petersburg**, 7. Mai. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet aus Peking vom Heutigen:

Um 3 Uhr nachmittags hat Japan China ein Ultimatum überreicht, das am 9. d. um 6 Uhr abends abläuft.

8./V. 1915.

Vertagung der italienischen Kammer.

Bis zum 20. Mai.

K. Rom, 7. Mai. Die Agenzia Stefani meldet:

Durch königliches Dekret vom Heutigen wurde die gegenwärtige Session des Senats und der Kammer bis zum 20. Mai vertagt.

Bekanntlich sollte die Kammer am 12. Mai zusammentreten.

Italien und Serbien.

Haag, 7. Mai. (Meldung der Korr. Herz.) Das amtliche serbische Preßbureau übermittelt der englischen Presse, wie aus London gemeldet wird, einen Artikel der Belgrader Zeitung „Politika", in dem Italien davor gewarnt wird, die Hand nach rein serbischen Landesteilen im Adriatischen Meere auszustrecken. Wer immer sich der serbischen nationalen Einheit widersetze, sei ein Feind der serbischen Rasse. Serbien müßte die Sympathien, die es jetzt für Italien hege, aufgeben, wenn sich herausstellte, daß die italienischen Diplomaten nicht nur die Stärkung ihrer rechtmäßigen Interessen verfolgen, sondern auch die Interessen des Balkans durch einen Angriff gegen Serbien schädigen wollen.

Fremdenblatt
8./V. 1915

Das Ultimatum Japans an China.

Drohender Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Bereitschaft von Heer und Flotte in Japan.

K. London, 7. Mai. Das Reutersche Bureau meldet aus Tokio:

Wenn China nach Ablauf der im japanischen Ultimatum gestellten Frist die Bedingungen Japans nicht annimmt, verläßt der japanische Botschafter Peking.

Heer und Flotte erhielten Befehl, sich bereit zu halten, um sich sofort nach jedem Platz, der ihnen angewiesen würde, begeben zu können.

Kölnische Zeitung
8./V. 1915.

Der kritische Freitag.

☞ **Zürich**, 8. Mai. **(Telegr.)** Aus Mailand wird mir berichtet: Vor dem Ministerrat, der heute vormittag stattfand, wurde Kriegsminister Zupelli vom König empfangen. Ferner hatten Sonnino und Salandra eine einstündige Besprechung. Um 10 Uhr überbrachte der Sekretär des Fürsten v. Bülow Sonnino ein Schreiben. Im Ministerrat referierte Sonnino über die Lage, worauf die Vertagung der Kammer beschlossen wurde. Der Botschafter Österreich-Ungarns beim Vatikan und Fürst v. Bülow hatten heute vormittag Audienzen beim Vatikan. Nachmittags wurde Fürst v. Bülow vom König empfangen. Der deutsche Botschafter war, wie bemerkt wurde, nicht in diplomatischer Uniform, sondern im Gesellschaftsanzug. Die Unterredung dauerte eine ganze Stunde. Der Besprechung war eine Unterredung des Königs mit Sonnino vorausgegangen. In politischen Kreisen wird angenommen, die Botschafter Deutschlands und Österreichs hätten heute beim König und im Vatikan ein Handschreiben Kaiser Wilhelms und Kaiser Franz Josephs überbracht. Eine eingehende Besprechung zwischen Sonnino und dem rumänischen Gesandten wird dahin gedeutet, daß Italien mit Rumänien für den Fall des Krieges ein Bündnis geschlossen habe. In Rom verlautet, die italienische Regierung habe den Lausanner Friedensvertrag mit der Türkei gekündigt, um die Inseln im Ägäischen Archipel zu annektieren. Dies würde als erster feindseliger Akt gegen die Türkei betrachtet, dem dann die formelle Kriegserklärung folgen werde. Die Mailänder Sera meldet aus Rom, man glaube in einzelnen politischen Kreisen, Italien werde mit seinem Entscheide, höhere Gewalt vorbehalten, zuwarten, bis der König die Kammer selbst eröffnet habe. Italienische Meldungen berichten, die Regierungskrisis in Serbien sei tatsächlich eingetreten. Die Regierung werde in den nächsten Tagen demissionieren. Aus Chiasso wird berichtet, die Züge, die aus Italien dort ankommen, seien mit Deutschen und Österreichern überfüllt. Es heiße, daß sie auf Rat der Konsulen abreisen.

Die Haltung Italiens.

Telegr. unserer Korrespondenten.

g. **Basel**, 6. Mai.

Die Baseler Nachrichten geben folgenden Ausspruch einer gutinformierten italienischen Persönlichkeit wieder: „Ich bin überzeugt, daß wir keinen Krieg führen werden. Wenn wir jedoch dazu genötigt werden sollten, so würden alle, ohne Ausnahme, mitmachen; wer etwas anderes glaubt, der kennt das italienische Volk nicht. Aber ich wiederhole es, ich habe die unbedingte Zuversicht, daß wir keinen Krieg anfangen werden, mit niemand." Der Avanti schreibt: „Die gleichen Cliquen, die unter dem Vorwande eines militärischen Spazierganges seit 3½ Jahren Blut und Geld des Landes opferten, ohne etwas anderes zu erreichen als den Haß der Araber, wollen Italien wieder in einen viel schrecklicheren Krieg schleppen, Italien, an dessen Füßen das Bleigewicht Libyens hängt."

D. **Amsterdam**, 6. Mai.

In einer Besprechung über die Haltung Italiens sagt das Allgemeen Handelsblad: Wir haben in diesem Kriege schon viele sonderbare Dinge gesehen und können eigentlich über nichts mehr recht erstaunen. Wenn aber Italien an die Seite der Alliierten treten und gegen seine früheren Verbündeten kämpfen sollte, so würde dies doch im Widerstreit sein zu allem, was man erwarten konnte. Wir wollen die Berichte über die Haltung Italiens vorläufig mit äußerster Vorsicht aufnehmen, bis ein Entschluß gefallen sein wird.

Die Stampa brachte, der Neuen Zürcher Zeitung zufolge, am Dienstag in auffallender Schrift folgenden Bericht ihres römischen politischen Korrespondenten: „Am Sonnabend abend trafen aus Berlin lange chiffrierte Depeschen an Bülow ein. Daraufhin hatte Bülow am Sonntag eine äußerst wichtige Unterredung mit Sonnino, die die Gespräche Sonnino-Salandra und diejenigen zwischen dem König, Salandra und Sonnino zur Folge hatte. Die Folge des vom König, Salandra und Sonnino gefaßten Beschlusses war die heutige Sitzung des Ministerrates, welcher beschlossen hat, daß angesichts der politischen Lage kein Minister sich von Rom entfernen dürfe. Folglich hat auch der König seine Reise nach Quarto aufgegeben. Der allererste Eindruck, den man von diesen Ereignissen bekommt, ist, daß wir dem großen Entschluß näher als je stehen. Weil das Fernbleiben der Regierung und des Königs dem Eintreffen der äußerst langen Depeschen an Bülow gefolgt ist, so glaubt man, daß auf die Pression der Berliner Regierung hin, Oesterreich sich zu Abtretungen einverstanden erklärt habe, welche den italienischen Forderungen näher kommen. Was ich heute berichte, ist natürlich nicht als positiv anzusehen, da mir die nötige Kontrolle fehlt, obwohl meine Informationsquelle in den bestinformierten Kreisen liegt. Die Aufregung der hiesigen diplomatischen und politischen Kreise ist aufs höchste gestiegen." Die Mailänder Perseveranza berichtet in einem Leitartikel, daß die italienischen Forderungen sich zu dem österreichischen Angebote wie 3 zu 5 verhalten.

Serbien und Italien.

Telegr. unseres Korrespondenten.

li. **Zürich**, 6. Mai.

Das Journal des Débats unterzieht die Interessen, die Italien und Serbien an der Adria besitzen, einer eingehenden Betrachtung. Das Blatt nimmt Bezug auf Gerüchte über Verhandlungen der neutralen Mächte mit den Verbündeten. Diese Gerüchte seien Serbien bekannt geworden und hätten erhebliche Erregung verursacht. Das große Publikum sei über die Bestrebungen und Wünsche der Südslawen schlecht unterrichtet. Man müsse wissen, daß diese es vorziehen, unter österreichischer Herrschaft zu bleiben, als unter eine andere Fremdherrschaft, nämlich Italien, zu geraten. Das Verhängnis wolle es, daß der serbische Ministerpräsident sein Land gegen die Pläne einer anderen Macht verteidigen müsse, für die er immer große Sympathien gezeigt habe. Das Pariser Blatt glaubt nicht, daß Italien sich Völker auf den Hals laden wolle, die einer Annektierung unwiderruflich feindselig gegenüberstehen. Dies wäre ein politischer Fehler von unabsehbarer Tragweite. Humanité, die denselben Fragen einen Artikel, der von der Zensur auf die Hälfte zusammengestrichen ist, widmet, schreibt, man müsse sich den Ratschlägen der Vorsicht, die das Journal des Débats bezüglich des Verhältnisses zwischen Italien und Serbien den Alliierten erteilte, anschließen. Welches auch die Wünsche seien, die man für eine Intervention Italiens hege, beklagenswert sei es, daß diese eine Verletzung des Prinzips zur Folge hätte, für das sich gerade die Verbündeten schlagen. (Von einer serbischen Warnung Italiens auf dem Umweg über die englische Presse berichteten wir schon im gestrigen Abendblatt. D. Red.)

(Vgl. die Meldungen auf der 1. Seite. D. Red.)

Frankfurter Zeitung
8/V. 1915

Die Haltung Italiens.

N Berlin, 7. Mai. (Priv.-Tel. Ctr. Bln.) Ueber die neben den großen Ereignissen auf den Schlachtfeldern, die für uns einen so erfreulichen Verlauf nehmen, wichtigste oder doch am lebhaftesten behandelte Frage des Tages, ob nämlich die zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien schwebenden Verhandlungen zu einem Uebereinkommen oder zum Kriege führen werden, läßt sich auch heute nur sagen: es ist eine Entscheidung noch nicht gefallen, und es liegen auch keine ernsten und beglaubigten Symptome vor, welche mit größerer Sicherheit als bisher beurteilen ließen, nach welcher Seite die Entscheidung fallen wird. An sich schien ja in der Tatsache, daß noch weiter verhandelt wird, ein Anzeichen dafür zu liegen, daß die italienische Regierung noch zu keinem Entschluß gekommen ist und sorgfältig die ihr obliegende Entscheidung noch erwägt. Man weiß aber nicht, ob die österreichisch-ungarischen Angebote der letzten Tage, die, wie man in diplomatischen Kreisen glaubt, einige weitere Zugeständnisse enthalten, von der italienischen Regierung bereits akzeptiert worden sind, und ob sie sich überhaupt darüber geäußert hat, oder ob sie mit weiteren Gegenforderungen hervorgetreten ist. Es läßt sich daher über die Frage, ob Krieg oder Frieden, tatsächlich heute auch nicht eine in Nuancen anders gefärbte Antwort geben, als in den letzten Tagen. Es heißt abwarten, mit der Ruhe abwarten, mit der es bisher geschehen ist, und es werden sogar schon Stimmen laut, vielleicht nicht ohne Berechtigung, welche meinen, daß noch einige Tage, vielleicht bis zum Zusammentritt der italienischen Kammer, vergehen werden, ehe die Entscheidung überhaupt fällt. Das ist wohl möglich.

Das Abwarten wird dem deutschen Publikum und seinen Politikern wesentlich erleichtert durch die Fortschritte, die auf sämtlichen Kriegsschauplätzen nun ununterbrochen täglich zu verzeichnen sind. Es steht gut in Ost und West, und wie gut es steht, und wie sehr die Erfolge der deutschen und verbündeten Waffen, namentlich die in Westgalizien, auch von unseren geschlagenen Gegnern gewürdigt werden, das beweist deren keckes Leugnen. Der Versuch der russischen Regierung, auf dem Wege über die Agence Havas durch ihre Botschaft die Erfolge der deutschen und österreichischen Truppen in Westgalizien, die eine unbestreitbare, täglich sich vergrößernde Niederlage der russischen Armee darstellen, einfach zu leugnen und im Auslande die deutschen Erfolge als eine organisierte Reklame hinzustellen, ist ein beinahe noch erfreulicheres Symptom der im Lager unserer Gegner herrschenden verzweifelten Stimmung, als die Berichte über die erfreulichen, planmäßigen Fortschritte unserer Armeen in Westgalizien selbst. Dieses freche Leugnen der Russen und auch der Franzosen mit Bezug auf unsere Erfolge in der Gegend von Ypern beweist nur, wie schlecht es um die Sache derer steht, die glauben, der Wahrheit auf die Dauer den Weg verrammeln zu können, wenigstens auf so lange Dauer, bis die Entschließungen gewisser neutraler Staaten zu ihren Gunsten gefallen sind. Es ist aber kaum anzunehmen, daß man in den verschiedenen Hauptstädten und in den Kabinetten und in den Generalstäben der neutralen Staaten wirklich nicht wissen sollte, wie es auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen und wie es im Westen aussieht. Die Wahrheit bringt durch und wird schließlich auch ihren Einfluß auf diplomatische Verhandlungen nicht verfehlen, über deren Einzelheiten der Schleier des Geheimnisses noch gebreitet ist.

Dieses Geheimnis mag für gewisse Stadien, auch für lange Stadien, notwendig sein und sein Gutes haben, aber es hat auch eine sehr bedenkliche Seite. Ein Giolitti nahestehender Publizist deutet in der „Rivista Politica e Parlamentare" an, daß die italienische Volksvertretung es nicht verstehen würde, wenn die Regierung Opfer an Menschenleben und Gut des Volkes bringen würde für die Erfüllung von Forderungen, die sie unblutig ebenfalls in weitem Umfange erreichen kann. Nun sind allerdings die italienischen Forderungen in der Oeffentlichkeit genau nicht bekannt, und es ist auch nicht bekannt, was Oesterreich-Ungarn davon konzediert hat oder nachzugeben bereit ist, aber politische Persönlichkeiten, die in den letzten Stunden aus Rom gekommen sind, versichern, daß, was Oesterreich-Ungarn den nationalistischen Forderungen und Wünschen Italiens zu bewilligen sich bereit erklärt hat, sei so groß, daß es eigentlich alle berechtigten Wünsche Italiens umfasse, und daß eine Regierung, die sich auf diese Errungenschaften berufen würde, es leicht haben würde, die große Mehrheit der Nation für eine unblutige Lösung nicht nur zu gewinnen, sondern zu begeistern.

Italien vor der Entscheidung.

M Rom, 7. Mai. (Priv.-Tel. Ctr Frkft.) Zwei Blätter der Interventions-Parteien „Idea Nazionale" und „Messaggero", sprechen von der beabsichtigten oder vollzogenen Kündigung des Dreibunds durch Italien, die formell der letzten entscheidenden Entschließung vorausgehen müßte. Anläßlich des heutigen Ministerrats, von dem wichtige Beschlüsse abhängen, mahnt der „Corriere d'Italia" noch einmal, die Folgen einer kriegerischen Entscheidung reiflich zu erwägen, denn der Krieg werde nicht kurz und leicht sein und sei nur zu rechtfertigen, wenn alle anderen Möglichkeiten erschöpft seien, die nationalen Interessen zu schützen.

---

† Rom, 7. Mai. (Priv.-Tel. Indirekt. Ctr. Frkft.) Havas berichtet: Nach Meldungen von guter Quelle habe die österreichische Botschaft am Donnerstag Nachmittag auf der Consulta die letzten Vorschläge des Wiener Kabinetts bezüglich der äußersten Zugeständnisse Oesterreichs überreicht. Ueber diese Zugeständnisse wird das strengste Stillschweigen bewahrt. Die österreichisch-deutschen Kreise hätten jedoch jedes Vertrauen auf ein günstiges Ergebnis der Unterhandlungen verloren.

Ein Freudenfeuer.

† Nizza, 7. Mai. (Priv.-Tel. Indirekt. Ctr. Frkft.) Nach dem „Eclaireur de Nice" wurde nach der Einweihung vor dem Garibaldi-Denkmal auf dem Quartofelsen ein Freudenfeuer angezündet, und dort unter dem Jubel der zahlreichen Menge eine österreichische Fahne verbrannt.

Was Schweizer Blätter zu melden wissen.

y Von der Schweizer Grenze, 7. Mai. (Priv.-Tel., Ctr. Frkft.) Die „Neue Züricher Zeitung" bringt in ihrem heutigen Mittagsblatt die nachstehenden drei Informationen:

1. Mitteilung der Redaktion: Zur weiteren Bestätigung unserer Nachrichten über die Einstellung des Fracht- und Eilgutverkehrs auf den Linien, die nach Verona und Venedig führen, wird uns aus Bellinzona telegraphiert, daß auch die schweizerischen Eisenbahnbehörden von dieser Maßregel der Generaldirektion der italienischen Staatsbahnen informiert worden seien. Wie die Basler Zeitungen dagegen mitteilen, handelt es sich nur um eine Einschränkung des Güterverkehrs in der Provinz Venedig. Dagegen ist der Personenverkehr mit Italien in keiner Weise geändert worden.

2. Mitteilung aus Lugano vom 6. Mai: Heute trafen in Lugano, von Rom kommend, sämtliche Korrespondenten der deutschen Zeitungen ein, welche gestern den Rat erhielten, die italienische Hauptstadt sofort zu verlassen, da der Augenblick sehr kritisch sei. Einige Korrespondenten haben sich in Chiasso aufgehalten. Gleichzeitig brachten die Züge eine Menge deutscher Familien, worunter hauptsächlich Vertreter der Aristokratie Roms sich befinden. Laut Informationen dieser Flüchtlinge wurden in ganz Italien die deutschen Schulen geschlossen, während das Lehrpersonal nach Deutschland verreiste.

3. Privatmeldung aus Rom vom 5. Mai: Nachdem bereits dieser Tage die Jahresklasse von 1891 und 1890, sowie gestern diejenigen von 1889 unter die Waffen gerufen worden waren, erfolgte heute die briefliche Einberufung der Dienstpflichtigen von 1888, die sich innerhalb 24 Stunden zu stellen haben, sowie der Soldaten der Infanterie der Jahrgänge 1876, 77, 78 und 79, sowie 1880 auf den 15. Mai. Zuverlässigen Informationen zufolge steht die Einberufung sämtlicher Offiziere der Reserve bis zum 60. Altersjahre einschließlich unmittelbar bevor. Der Transport der bereits eingetroffenen Klassen nach der Nordostgrenze dauert ununterbrochen fort.

Andererseits melden die „Basler Nachrichten" heute Abend aus Mailand: Nach dem „Secolo" hat die

Frankfurter Zeitung
8./V. 1915

II 8
69

die Haltung Italiens.

plötzliche Abreise einiger angesehener Korrespondenten deutscher Blätter, worunter Dr. Schoener, Präsident der Vereinigung der ausländischen Presse, und Dr Barth, seit Jahren Berichterstatter des „Berliner Tageblattes" in Rom, beträchtliches Aufsehen erregt. Man betrachtet die Abreise der deutschen Journalisten und ihrer Familien als auf den Rat der deutschen Botschaft erfolgt.

Schließlich bringen die Basler Abendblätter folgendes offenbar von der schweizerischen Depeschenagentur übermittelte Telegramm aus Rom vom 7. Mai: „Heute Vormittag fand eine Ministerratssitzung statt. Alle Minister waren zugegen. Draußen wartete eine ungeheure Menschenmenge. Am Mittag dauerte die Sitzung noch fort. Eine Sonderausgabe des „Messagero" meldet, die Beamten der österreichischen und der deutschen Botschaft träfen eiligst Vorbereitungen zur Abreise."

Unter der Ueberschrift: „Oestereichischs Angebot an Italien" schreibt der Berner „Bund" in seinem gestrigen Abendblatt: „Ein aus Rom kommender zuverlässiger Politiker macht Mitteilung über die österreichischen Angebote, die es unbegreiflich erscheinen lassen, daß man immer noch von einer kriegerischen Lage sprechen kann. Oesterreich-Ungarn bietet völlige Befriedigung aller nationalistischen Wünsche Italiens inbezug auf Abtretung italienisch sprechender Gebiete, ist sogar zu weitgehender Berücksichtigung der Wünsche und Bedürfnisse der italienischen Bevölkerung in Triest bereit und erklärt sein völliges Desinteressement in Albanien. — Wenn dies zutrifft, woran bei der Zuverlässigkeit unseres Gewährsmannes nicht zu zweifeln ist, so muß man sich wundern, weshalb dies von der italienischen Regierung so ängstlich geheimgehalten wird. Es wäre kaum zu glauben, daß sich die italienische Regierung trotz dieser Angebote zur Intervention entschließen sollte, da dann das Volk um Dinge, die es auf friedlichem Wege erringen könnte, in den Krieg gestürzt würde."

---

t Genf, 7. Mai. (Priv.-Tel. Ctr. Fkft.) Die „Gazette de Lausanne" meldet aus Bellinzona, daß der italienische Transportverkehr, welcher in die Linien Verona-Venedig mündet, auf höheren Befehl vollständig eingestellt worden sei.

Vertagung des italienischen Parlaments.

Rom, 7. Mai. (W. T. B. Nichtamtlich.) Meldung der Agenzia Stefani. Durch Königlichen Erlaß von heute ist die gegenwärtige Session des Senates und der Kammer weiter bis zum 20. Mai vertagt worden. Nach den bisherigen Bestimmungen sollte die Kammer am 12. Mai wieder zusammentreten.

Hamburger Fremdenblatt
8/V. 1915.

Italien.

(Drahtbericht unseres Vertreters.)

y. **Berlin**, 7. Mai.

Auch im weiteren Verlauf des heutigen Tages ist in den Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien keine Aenderung eingetreten. Die Verhandlungen werden fortgeführt, doch ist im Augenblick noch nicht zu übersehen, wann die überall mit Spannung erwartete Entscheidung fallen wird. Ein großer Teil der deutschen Presse findet für die Tatsache, daß Italien trotz des großen Entgegenkommens der österreichischen Unterhändler sich noch immer nicht zu einem entscheidenden Schritt entschließen kann, keine andere Erklärung, als daß die Regierung in Rom bereits mit den Mächten des Dreiverbandes feste Abmachungen getroffen habe, und daß es sich bei der Fortsetzung der Verhandlungen um nichts Besseres als um ein Scheinmanöver handelt. Wir können diese Folgerung nicht als schlüssig anerkennen. Wir haben zunächst noch keine Veranlassung, Italien eine Perfidie zuzutrauen, wie sie die absichtliche Täuschung seiner Verbündeten in sich schließen würde, und wir glauben vor allem nicht, daß Italien eine weitere Hinausschiebung der Entscheidung für nützlich halten könnte. Je stärker die Wirkungen unseres neuesten Karpathensieges werden, um so günstiger gestaltet sich die militärische Lage der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen. Eine Katastrophe der russischen Beskiden-Armee, wie sie nach den neuesten Meldungen fast unvermeidlich zu sein scheint, könnte binnen einer Frist, die nur noch nach Tagen zu bemessen wäre, erhebliche Kontingente der verbündeten Zentralmächte frei machen und ihre Verwendung an anderen Punkten ermöglichen. Es wäre deshalb nicht recht einzusehen, warum Italien nicht bereits hätte losschlagen sollen, wenn es sich in der Tat schon seine Hände nach der Dreiverbandsseite zu gebunden hätte. Die einfachsten Gründe der Logik müßten gegen diese Maßnahme sprechen.

Daneben steht es natürlich außer jedem Zweifel, daß Italien in langen Verhandlungen, deren Beginn wir möglicherweise schon in die dem Weltkrieg vorangegangenen Wochen zu verlegen hätten, die Wünsche und Angebote des Dreiverbandes kennengelernt und auch Gelegenheit gehabt hat, seine eigenen Ansprüche zu formulieren. Auch in Rom haben unsere Gegner zum mindesten seit Kriegsausbruch mit Drohungen und Anerbietungen nicht zurückgehalten, und es ist anzunehmen, daß bei der Großmachtstellung Italiens die Drohungen zugunsten der Anerbietungen stark zurückgetreten sind. Man hat inzwischen Gelegenheit gehabt, die gegenseitigen Ansprüche kennenzulernen und abzuwägen, und so mag denn in den Staatskanzleien zu Rom, Paris, London und Petersburg bereits ein Eventualvertrag vorliegen, der nur der Unterschrift der beteiligten Diplomaten bedarf, um ungesäumt in Kraft zu treten. Er wird — das ist selbstverständlich — in dem Augenblick in Kraft treten, in dem sich die Unmöglichkeit herausstellt, einen Ausgleich zwischen den Forderungen Italiens und den Konzessionen Oesterreich-Ungarns zu finden. Nur wenn er heute schon in Kraft getreten wäre, hätten jene Blätter recht, die von festen Abmachungen zwischen Italien und dem Dreiverband sprechen. Das ist aber, soweit wir unterrichtet sind, nicht der Fall, und deshalb darf man immer noch annehmen, daß Italien seine Entschließungsfreiheit dazu benutzen wird, um recht aufmerksam die Vorschläge seiner nördlichen Nachbarn zu prüfen und Entscheidungen aus dem Wege zu gehen, die ihm leicht verhängnisvoll werden könnten.

Denn darüber sollten sich auch die Herren Salandra und Sonnino klar sein, daß sie ein gefährliches Spiel mit den Interessen des ihnen anvertrauten Landes spielen. Jene nationalistisch erregten Kreise, die heute dem Ministerium ihren Willen aufzuzwingen suchen, sehen in dem Krieg gegen Oesterreich nicht nur die Gelegenheit zur Mehrung der äußeren Macht Italiens, sondern auch zur Erreichung ihrer inneren politischen Ziele. In den Staatskanzleien zu Rom wird man es besser wissen als bei uns in Deutschland, daß für die zum Krieg treibenden Republikaner die Erweiterung der italienischen Grenze Hand in Hand gehen soll mit einem Sturz des Königtums und der Aufrichtung der Republik. Gegenüber solchen Strömungen im Lande bedeutet ein Krieg, dessen Ausgang man im besten Falle nicht voraussehen kann, ein doppelt bedenkliches Wagnis. Nur ein sieggekrönter König könnte wieder in die Hauptstadt seines Landes einziehen, wogegen wahrscheinlich die erste Niederlage genügen würde, um König und Monarchie hinwegzufegen.

Sind die leitenden Staatsmänner Italiens so gewiß, daß der Sieg sich an ihre Fahnen heften wird? Ein Blick auf die heutige Lage in West und Ost und auf die Entwicklungsmöglichkeiten, die sie in sich schließt, sollte die Herren lehren, daß die italienischen Heere einen schweren Gang gehen, wenn sie gegen die Zentralmächte marschieren. Dann aber wird aus dem Spiel um das Schicksal des Landes zugleich ein Spiel um Zepter und Krone. Das sind immerhin zwei Einsätze, die nach unserer Meinung des Nachdenkens wert sind. In Rom liegt heute die Entscheidung, und um Italiens Interessen wird gewürfelt, nicht um die unsrigen.

Wir warten ab, bereit, auch in Zukunft mit dem Bundesgenossen von mehr als drei Jahrzehnten die kommenden großen Entscheidungen der Weltpolitik zu beeinflussen, bereit aber auch, die Entscheidung von neuem dem Schwerte zu überlassen,

wenn man uns auch diesen Krieg aufzwingen sollte.

8/V. 1915.

Eine deutsche Kundgebung zur österreichisch-italienischen Frage.

Das „Wolffsche Büro" verbreitet heute abend folgende Nachricht:

Köln, 7. Mai. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Berlin: Der Stand der österreichisch-italienischen Frage ist auch heute unverändert. Es heißt, daß die gespannte Lage andauert, ohne daß man genötigt wäre, sie als aussichtslos zu bezeichnen.

Zum erstenmal erscheint damit im Verlauf der österreichisch-italienischen Verhandlungen eine halbamtliche deutsche Kundgebung, bei der sich bezeichnenderweise das Faustsche Wort auf die Lippen drängt: „Da steh ich nun, ich armer Tor, und bin so klug als wie zuvor." Die Hoffnung behält allerdings in dieser Kundgebung das letzte Wort, aber ob dieses mehr wiegt als die Befürchtung, wer will es sagen?

Trotzdem die „Agence Havas" auf drei Fronten dementiert und zur Ermutigung unschlüssiger Neutraler zum Eintritt in die Dreiverbandsfirma alle deutschen Siege in Flandern, in den baltischen Provinzen und in Galizien aus der Welt hinauszulügen, ja zu mißverstandenen Siegen der Franzosen, Engländer und Russen umzulügen sucht, — trotzdem hat die italienische Regierung sich zur Stunde noch nicht entschließen können, ihr Dreibundgeschäft zu liquidieren und sich den Grey, Poincaré und Nikolai zuzugesellen. Schon beginnen infolgedessen viele Leute die Lage rosiger anzusehen; auffälligerweise gerade solche Leute, die bisher sehr schwarz sahen. So neigen z. B. schweizerische Blätter, die den Krieg mit Italien schon für eine Tatsache nahmen, jetzt dazu, die Kriegsgefahr für sehr viel ferner gerückt zu halten. Wir vermögen diese Auffassung nicht zu teilen. Wir finden, daß die Haltung Italiens noch dieselben freundlichen und unfreundlichen Möglichkeiten bietet, wie vor achtundvierzig und vierundzwanzig Stunden, daß immer noch eine mächtige Strömung nach der unfreundlichen Seite drängt und daß die Regierung Salandras immer noch ein Bewußtsein davon hat, ihr und ihres Landes Schicksal in gefährlichster Weise aufs Spiel zu setzen, wenn sie dieser Strömung sich endgültig hingibt. Die „Interventionisten" sind darüber natürlich böse. So wendet sich der „Secolo" gegen die Regierung und nennt den Entschluß ihrer Nichtbeteiligung an der Feier von Quarto einen falschen Schritt, der sich nur durch die Annahme eines schimpflichen Beweggrundes, der Feigheit, erklären lasse, nachdem sich herausgestellt habe, daß der Wortlaut der Rede d'Annunzios nicht die Veranlassung gegeben haben könne. Die Rede sei literarisch gekünstelt, aber politisch gemäßigt, korrekt und inoffensiv. „Secolo" schließt mit der Mahnung: „Noch einen solchen falschen Schritt wie gestern, und verschiedene werden sich fragen, ob das Ministerium Salandra wirklich das geeignetste sei für die furchtbaren Verantwortlichkeiten, die seiner warten.

Eine nette Probe von „gemäßigter, korrekter und inoffensiver" Redeweise, das stilisierte Gekreisch Gabrieles.

Nicht ohne Interesse ist, was ein neutrales Blatt wie der „Berner Bund" über die Garibaldi-Feier von Quarto meint und schreibt:

„Der Bericht der offiziösen „Agentur Stefani" über die Einweihung des Garibaldi-Denkmals auf dem Quarto bei Genua zeichnet sich ebensosehr aus durch die lakonische Kürze, als durch gewisse Verlegenheitswendungen, wie „die feierliche Einweihung hatte einen vollen Erfolg". Man will in den offiziellen Kreisen Italiens offenbar so wenig wie möglich von der ganzen Angelegenheit reden. So scheint es tatsächlich gelungen zu sein, peinliche Demonstrationen, zu denen die Veranstaltung hätte führen können, zu vermeiden. Man hatte auch alle nur möglichen Vorsichtsmaßregeln getroffen, um unbedachte Schritte der interventionistischen Elemente zu verhindern. Die Regierung hat alles daran gesetzt, die Feier rein patriotisch zu gestalten, und daß ihr das im großen und ganzen gelungen ist, zeigt, wie stark die Hand ist, die heute Italien regiert. Sogar der lorbeergekrönte Gabriele d'Annunzio hat sich gefallen lassen müssen, daß das Manuskript eines „Gebetes" vor der Verlesung diplomatisch geprüft wurde. Er hat es dem italienischen Gesandten in Paris, Tittoni, vorgelegt, und der hat es mit einigen Streichungen genehmigt. So ist auch dieser von den Friedensfreunden gefürchtete Tag ohne Explosion verlaufen dank der Zurückhaltung des Königs und der entschiedenen Haltung des Ministeriums. Auf die weitere Entwicklung der italienischen Frage kann das nur beruhigend wirken."

Das italienische Parlament bis zum 20. Mai vertagt.

Rom, 7. Mai. (Meldung der „Agenzia Stefani".) Durch königlichen Erlaß von heute ist die gegenwärtige Sitzung des Senats und der Kammer weiter bis zum 20. Mai vertagt worden; nach den bisherigen Bestimmungen sollte die Kammer am 12. Mai wieder zusammentreten.

Kriegskalender.

24. April. Im Abschnitt des Uzsoker Passes werden vereinzelte russische Vorstöße abgewiesen; an den übrigen Frontteilen heftiger Geschützkampf. — Nördlich und nordöstlich von Ypern werden wiederholte Versuche der Franzosen und Engländer, das von den Deutschen gewonnene Gelände zurückzuerobern, zum Scheitern gebracht; westlich des Ypernkanals wird der Ort Lizerne von den Deutschen erstürmt; ein Bericht des Generals French enthält das Eingeständnis der französisch-englischen Niederlage bei Ypern. — Die „Norddeutsche Allg. Zeitung" dementiert die Gerüchte über Anbahnung von Verhandlungen über einen Sonderfrieden. — Bandenchef Sandansky durch unbekannte Täter ermordet.

25. April. Im Orawatale wird die Höhe Ostry südlich Koziowa von unseren Truppen erstürmt. Bei Zaleszczyki heftiger Artilleriekampf. — Nördlich von Ypern wird das von den Deutschen gewonnene Terrain erfolgreich verteidigt; die Ferme Solaert südwestlich von St. Julien sowie die Orte St. Julien und Kerselaere erstürmt. Auf den Maashöhen werden mehrere hintereinander liegende französische Linien genommen; zwischen Maas und Mosel Teilkämpfe. — Luneville von deutschen Fliegern mit Bomben belegt. — An der Westküste der Halbinsel Gallipoli Versuche feindlicher Truppenlandungen, die stellenweise zu heftigen, noch nicht abgeschlossenen Landkämpfen führen; gleichzeitig versucht eine feindliche Flotte vergeblich, die Meerenge zu forcieren. — Demonstration der russischen Flotte am Bosporus.

Berliner Lokalanzeiger
9/V. 1915.

Ein Stimmungsbild aus Rom.

Der römische Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung schildert in einem Briefe vom 4. Mai die politischen Vorgänge der letzten Tage und ihre Aufnahme in der italienischen Hauptstadt folgendermaßen: Politiker und Journalisten, saßen wir gerade im Café Aragno beisammen und diskutierten über die interventionistische Bedeutung des Tages von Quarto, da kam ein Redakteur des Giornale d'Italia mit der Nachricht, König und Minister würden an der patriotischen Feier nicht teilnehmen. Natürlich schenkte niemand diesem verspäteten Aprilscherz irgendwelchen Glauben. Aber bald darauf erschien das Extrabulletin mit dem offiziellen Communiqué, laut welchem der Ministerrat angesichts der politischen Lage die Notwendigkeit anerkennt, daß kein Mitglied der Regierung sich von Rom entferne. Selten habe ich eine so allgemeine Verblüffung beobachten können wie in diesem Augenblick. Alles sprang auf, schrie und gestikulierte. Ueberall bildeten sich Gruppen um die, welchen es gelungen war, ein Bulletin zu erhaschen, und die nun mit lauter, vor Erregung bebender Stimme vorlasen. Der Abgeordnete Tasca di Cutò, der zufällig gerade das Café betrat, wurde aufgefordert, das Wort zu ergreifen. Er begnügte sich aber damit, ein „Viva la guerra!" zu rufen, in das die Anwesenden sofort begeistert einfielen.

Ueber die Bedeutung dieser plötzlichen Frontveränderung kreuzen sich die entgegengesetztesten Hypothesen. Die Erklärungen der offiziösen Presse sind absolut nichtssagend. Wenn das Giornale d'Italia glaubhaft machen mochte, diese Entscheidung gehe nicht auf neue schwere Komplikationen der Lage zurück, sondern erkläre sich einfach aus der Notwendigkeit, die laufenden Unterhandlungen nicht zu unterbrechen, so will das auch gar nichts heißen; denn diese Intensität der diplomatischen Aktion dauert nun schon seit mehr als einer Woche, und man hätte wahrlich zu diesem Rückzug nicht den letzten Augenblick abwarten müssen, wo alles schon zur Feier bereit war. Völlig naiv ist, was die Tribuna vorbringt, nämlich es hätten sich viele Republikaner Einladungen für die Enthüllungsfestlichkeiten zu verschaffen gewußt, so daß man von dieser Seite peinliche Kundgebungen gefürchtet habe. Unhaltbar ist auch die Ansicht, das Ministerium habe erst gestern Angaben über den Text der Rede d'Annunzios erhalten und angesichts deren vehementer Sprache sei die Anwesenheit von König und Regierung als inopportun erachtet worden. Es ist doch wirklich nicht anzunehmen, daß die Regierung eine Kundgebung von solcher Bedeutung aufs Geratewohl inszeniert habe, ohne sich über deren Tragweite genaue Rechenschaft gegeben zu haben. Lägen nicht besondere schwerwiegende Gründe vor, so müßte man die Regierung unverzeihlicher Leichtfertigkeit bezichtigen.

In erster Linie haben zu dem überraschenden Entschluß wohl die schweren Nachrichten mitgewirkt, welche aus Tripolitanien eingetroffen sind. Die Kolonne Miani hat offenbar infolge des unerwarteten Abfalles der Eingeborenentruppen in der Gegend der kleinen Syrte eine sehr schwere Niederlage erlitten. Die Ziffern von über 200 Toten und doppelt so vielen Verwundeten (zum großen Teil Italiener) und, was symptomatischer ist, von Zerstreuten (lies Gefangenen) heben dieses Gefecht über die Bedeutung der täglichen Scharmützel hinaus. Die Verkündigung des Kriegszustandes in Tripolitanien und die Notwendigkeit von Verstärkungen sind bezeichnend genug für den Ernst der dortigen Lage.

Aber selbst diese Erklärung scheint noch nicht genügend, um den raschen Szenenwechsel vollkommen verständlich zu machen. — Der römische Mitarbeiter der N. Zürcher Zeitung führt dann nach Zurückweisung verschiedener Möglichkeiten die Gründe an, die nach seiner Ansicht für die Aufgabe der Königsreise nach Quarto maßgebend gewesen sind.

* * *

9./V. 1915

Kriegschronik.

1. Mai.
Der russische Dampfer „Svorono" an der Westküste Irlands von einem deutschen U-Boot versenkt.
Ein englischer Vorstoß auf Ari Burnu von den Türken auf Kaba Tepe zurückgeworfen. Die Stellungen der bei Seddul Bahr gelandeten englisch-französischen Truppen von den türkischen Batterien auf der asiatischen Küste beschossen. Das australisch-englische U-Boot „A. e. II" von den Türken in Grund geschossen.

2. Mai.
Ypern und Poperinghe von der bürgerlichen Bewohnerschaft geräumt. Mehrere Tausend Flüchtlinge aus Dünkirchen in Calais.
Gute Fortschritte bei Le Four de Paris in den Argonnen.
Deutsche Spitzen südwestlich von Mitau.
Der englische Dampfer „Edale" bei den Scillyinseln von einem deutschen U-Boot versenkt.
Der englische Panzer „Vengeance" an den Dardanellen beschädigt. Untergang eines englischen U-Bootes durch Mine.
Meldung von Gefechten am Suezkanal am 28. und 29. April.

3. Mai.
Einnahme der Gehöfte von Fortuin bei St. Julien.
Neue Beute und weitere Gefangene bei der Verfolgung der Russen auf Riga und Mitau.
Schwere Niederlage der Russen bei Skiernewice.
Durchbrechung der ganzen russischen Front in Westgalizien durch die verbündeten Truppen unter Führung v. Mackensens. Der Uebergang über den unteren Dunajec erzwungen.
Vernichtung des englischen Torpedobootszerstörers „Recruit" durch ein deutsches U-Boot bei Galloper-Feuerschiff.
Bei der Versenkung des Fischdampfers „Columbia" zwei deutsche Torpedoboote durch eine englische Zerstörerdivision in Grund gebohrt.
Die englischen Fischdampfer „Litydate", „Fulgent", „Sunray" und noch andere, die norwegischen Dampfer „Lajla" und „American", der französische Dampfer „Europe", der schwedische Dampfer „Ellida" von deutschen U-Booten torpediert.
Der amerikanische Dampfer „Gulflight", durch Torpedo oder — wahrscheinlicher — durch Mine beschädigt, weggeschleppt.
Kriegszustand für Tripolis im italienischen Ministerrat beschlossen, nachdem in einer Schlacht am 29. April die Italiener mehrere Hundert Tote verloren.

4. Mai.
Einnahme von Zevenkoote, Zonnebeke, Westhoek, vom Polygoneveld-Wald und Nonne Bosschen in Flandern.
Russische Angriffe bei Kalwarja, Augustow und Jedwabno abgeschlagen.
Deutsche Flieger über Nancy, Lunéville, Epinal, Remirémont, Dünkirchen, Riga.
Schleuniger Rückzug der Russen in Westgalizien. Bisher 30000 Gefangene, 22 Geschütze, 64 Maschinengewehre und unübersehbares Kriegsgerät erbeutet.
Vernichtung eines englischen Unterseebootes durch ein deutsches Marineluftschiff.
Beschädigung eines englischen Linienschiffes der „Formidable"-Klasse durch deutsche Fliegerbomben am 26. April im Westdiep.
Die englischen Fischdampfer „Martaban" und „Mercury" und andere, der russische Kohlendampfer „Kerry", der norwegische Dampfer „Baldwin", der schwedische Dampfer „Valadid", der englische Dampfer „Minterne" von deutschen U-Booten versenkt.
Englischer Vorstoß bei Ari Burnu. Das Panzerschiff „Agamemnon" durch türkische Granaten beschädigt.
Verurteilung der aus dem englischen Gefangenenlager entflohenen deutschen Offiziere Andler und von Sandersleben zu 28 Tagen Haft ohne Zwangsarbeit.
Im Verlauf der diplomatischen Verhandlungen in Rom über Italiens Forderungen an Oesterreich erfolgt die Ankündigung, daß der König und die Regierung nicht an der Einweihungsfeier für das Garibaldi-Denkmal in Quarto teilnehmen.

5. Mai.
Eroberung von Ferme Vanheule, Esternest, Schloßpark von Herenthage und Het Pappotje-Ferme in Flandern.
Abweisung russischer Angriffe bei Rossienie, sowie bei Kalwarja, Suwalki und Augustow.
Durchbrechung der dritten befestigten russischen Stellung in Westgalizien nördlich der Waldkarpathen. Rückzug der Russen im Westabschnitt der Karpathenfront.
Neun englische Fischdampfer von deutschen U-Booten versenkt.

6. Mai.
Die Franzosen aus ihrer Stellung im Ailly-Walde geworfen. 2000 Gefangene. — Kampf um ein deutsches Grabenstück bei Flirey.
Erlaubnis zur Heimkehr der Bewohner nach Festung Toul.
Kämpfe südwestlich Mitau, südlich Szadow und östlich Rossienie. Die Festung Grodno mit Bomben belegt.
Ueberschreitung der Wisloka durch die Verbündeten. Einnahme des Duklapasses. Fortschritte an der Lupkowpaßstraße. Tarnow wieder in österreichischem Besitz.
Der englische Fischdampfer „Stratton" durch ein deutsches U-Boot versenkt. Seit 2. Mai mindestens 16 Fischdampfer durch U-Boote vernichtet.
Der dänische Dampfer „Arthay" auf eine Mine gestoßen und gesunken.

7. Mai.
Der Kaiser auf der Durchreise nach Westgalizien in Berlin.
Scheitern eines Angriffes der Engländer auf Höhe 60 südöstlich von Zillebeke.
Niederlage der Russen bei Szadow und Rossinie. Voller Erfolg der Verbündeten und Rückzug der Russen am unteren Dunajec. Teile des rechten Flügels der Heeresgruppe v. Mackensen stoßen auf westlich vom Lupkowpaß aus den Karpathen weichende russische Kräfte.
Der Cunarddampfer „Lusitania" beim Vorgebirg Old Head of Kinsale durch ein deutsches U-Boot torpediert und untergegangen.
Der englische Dreimastschoner „Earl of Latham" und der Fischdampfer „Merry Islington" von einem deutschen U-Boot in Grund gebohrt.
Besetzung von Karibib, Johann Albrechts-Höhe und Wilhelmstal an der Eisenbahn von Swakopmund nach Windhuk durch Botha.
Vertagung von Senat und Kammer in Italien bis zum 29. Mai.
Ultimatum Japans an China mit Frist bis 9. Mai abends.

8. Mai.
Vor Zeebrügge ein feindlicher Zerstörer durch unsere Küstenbatterien in Grund gebohrt.
Besetzung von Libau durch deutsche Truppen.
Uebergang der Vortruppen der Heeresgruppe von Mackensen über den Wislok. Durch gemeinsames Handeln aller Heeresteile Abschneiden russischer Kräfte. Bis jetzt 70000 Russen gefangen, 38 Geschütze, darunter 9 schwere, erbeutet.
Ein Westindienfahrer durch deutsche Fliegerbomben versenkt.
Bei Seddil Bahr die Landungstruppen von den Türken bis zur Landungsstelle gedrängt.
China nimmt laut „Reuter" Japans Forderungen mit Ausnahme von Gruppe fünf an.

9./V. 1915

Die Torpedierung der „Lusitania".

Ganz England und Amerika steht heute unter dem Eindrucke der Katastrophe, der der Riesendampfer der Cunard Line „Lusitania", Kapitän Turner, an der Südspitze der irischen Küste zum Opfer gefallen ist. Das ungeheure Schiff hatte an Passagieren und Besatzung zusammen 1900, nach andern Berichten 1978 Personen, darunter 290 Passagiere erster und 662 Personen zweiter Klasse an Bord. Unter denselben befanden sich viele vornehme Passagiere, so der bekannte Petroleumkönig F. S. Pierson und der im 36. Lebensjahre stehende Alfred Gwynne Vanderbilt, der jüngere Bruder des jetzigen Chefs der Familie Kornelius Vanderbilt und Bruder der Gräfin Gladys Szechenyi-Vanderbilt, die sich nun, wie aus Budapest gemeldet wird, in bitterster Sorge um das Schicksal ihres Bruders befindet. Das Schiff hatte eine Ladung von vielen Millionen Wert an Bord und außerdem Goldbarren in der Höhe von 400 Millionen. Der Bauch des Schiffes war gespickt mit Quantitäten von Kriegsmaterial aller Art: mit Unterseebootbestandteilen, schweren Geschützen und weiter mit Mengen von Personen- und Lastautomobilen sowie Kupfer, die alle für die englische und die französische Armee bestimmt waren.

In den letzten sechs Monaten hatte die „Lusitania", die zu einem Hilfskreuzer umgewandelt und die mit Kanonen armiert worden war, jedesmal eine gewaltige Menge Kriegsmaterial aus Amerika nach England geführt. Die Folge war, daß diesmal schließlich von deutscher Seite in der alleroffiziellsten Form vor der Abfahrt der „Lusitania" aus dem New-Yorker Hafen gewarnt wurde, und zwar derart, daß der deutsche Botschafter in Washington Graf Bernstorff im Auftrage seiner Regierung diese Warnung am 1. Mai nicht nur in den amerikanischen Blättern publizieren, sondern sie auch den hervorragendsten Passagieren der „Lusitania" direkt zugehen ließ. Die Erklärung besagte, daß die deutsche Regierung die Passagiere amerikanischer Nationalität warne, Schiffe unter der Flagge Englands oder seiner Bundesgenossen zu Reisen im Atlantischen Ozean zu benützen, da diese Schiffe Gefahr liefen, torpediert zu werden. Daneben gingen ähnlich klingende Warnungen einer ganzen Anzahl von Personen auch direkt aus Europa zu. Eine solche Depesche hat, wie aus Berlin gemeldet wird, auch Herr Vanderbilt erhalten, und zwar mit dem Wortlaute: „Haben die Nachricht, daß Torpedierung droht, besser, Sie machen die Reise rückgängig." Aber die Warnung wurde in den Wind geschlagen, und vielleicht spielte hier, sofern es die englischen Passagiere der „Lusitania" betraf, ein psychologisches Moment mit:

Die „Lusitania" und ihr Schwesterschiff, die „Mauretania", waren ein Stolz Englands. Sie trugen abwechselnd „das blaue Band des Ozeans", die Rekordleistung der schnellsten Ueberfahrten, und für sie wurde der Ehrenname geprägt: „Greyhounds of the Sea" — die „Windhunde der Meere". Und ein U-Boot sollte diesen stolzen Rennern gefährlich werden? Man erinnert sich ja noch, wie, den Warnungen vor Treibeis zum Trotz, auch die „Titanic" ihre wilde Rekordjagd über den Ozean bis in ihren Tod hinein fortgesetzt hat.

Und so wurde denn das Riesenschiff, wie gesagt, — am Freitag nachmittags 2 Uhr 33 Minuten, nahe der südirischen Küste, von einem dort lauernden deutschen Unterseeboot torpediert. Ein Teil der Passagiere (bisher unbekannt wie viele) konnten in 20 Booten gerettet und zum Teil nach Queenstowe, zum Teil nach Kinsale gebracht werden.

Nachstehend die Meldungen über die Katastrophe des Riesenschiffes, die natürlich in England die größte Aufregung hervorgerufen hat:

An 1000 Personen ertrunken.

London, 8. Mai. (Reutermeldung.) Die Torpedierung der „Lusitania" erfolgte gestern nachmittags um 2 Uhr 33 Minuten, nach einer andern Meldung um 2 Uhr 15 Minuten. Das Schiff blieb noch 20 Minuten flott. Die Passagiere und die Besatzung zählten zusammen 1900, nach einem andern Bericht 1978 Personen, und zwar 290 Passagiere erster, 662 zweiter und 361 dritter Klasse sowie 665 Mann Besatzung. 20 Boote konnten ins Wasser gelassen werden.

Nach einer Meldung der Admiralität wurden 500 bis 600 Ueberlebende in Queenstown an Land gebracht. Viele mußten ins Krankenhaus gebracht werden, mehrere sind gestorben.

Auch in Kinsale wurden eine Anzahl von Passagieren gelandet. Der Hafenadmiral von Queenstown sandte eine Anzahl kleiner Fahrzeuge an die Stelle, wo der Dampfer gesunken ist.

* * *

London, 8. Mai. (Reutermeldung.) In Queenstown sind noch 45 Ueberlebende von der „Lusitania" durch einen Fischdampfer gelandet worden.

Weitere Mitteilungen über den Untergang.

London, 8. Mai. (Reutermeldung.) Der Journalist Cowper aus Tolento, ein Ueberlebender der „Lusitania", der in Queenstown über den Untergang des Dampfers befragt wurde, erklärte:

„Als sich der Dampfer Irland näherte, wurde scharfer Ausguck gehalten. Ich sprach gerade mit einem Freunde, als ungefähr um 2 Uhr in einer Entfernung von 1000 Yards die Kommandobrücke eines Unterseebootes sichtbar wurde. Gleich darauf konnte man die weiße Schaumlinie eines Torpedos sehen. Die „Lusitania" wurde am Vorderschiff getroffen. Es erfolgte eine laute Explosion. Teile des aufgerissenen Schiffskörpers flogen in die Luft. Bald darauf traf ein zweiter Torpedo das Schiff, das sich nach Steuerbord zu neigen begann. Die Besatzung ging sofort daran, die

Neues Wiener Tagblatt
9./V. 1915

II

77

Die Torpedierung der „Lusitania".

Passagiere in die Boote zu bringen. Alles spielte sich in Ordnung ab. Ein sechsjähriges Mädchen bat mich, es zu retten. Ich brachte es in ein Boot, befürchte aber, daß die Eltern umgekommen sind. Ich selbst bestieg das letzte Boot. Einige Boote konnten infolge des Ueberneigens des Schiffes nicht niedergelassen werden und mußten, als das Schiff sank, abgeschnitten werden. In der zweiten Klasse befanden sich viele Frauen. Ferner befanden sich ungefähr 40 Kinder im Alter von weniger als einem Jahr an Bord."

Obwohl die genauen Zahlen nicht festzustellen sind, ist es bereits sicher, daß weniger als sechshundert Personen gerettet wurden. Wie verlautet, ertrank auch der amerikanische Millionär Vanderbilt. Die Ueberlebenden erklären, daß viele Passagiere durch die Torpedos getötet oder verwundet wurden. Auf dem Schiffe befanden sich 188 Amerikaner, 956 britische Untertanen und 109 Personen andrer Nationalität.

Das Preßbureau meldet, daß insgesamt 658 Personen gerettet und 45 Leichen gelandet wurden. Auf dem Dampfer befanden sich 2160 Personen.

Nichtamtlich wird mitgeteilt, daß in Queenstown noch 22 Ueberlebende gestorben sind. Von den Offizieren wurde nur Kapitän Turner gerettet.

Nach einer weiteren Meldung des Preßbureaus sind nur wenige Passagiere erster Klasse gerettet worden. Man glaubt, daß die Passagiere dachten, das Schiff bleibe flott; doch sank das Schiff in 15 bis 20 Minuten. Die Ankunft dreier Fischdampfer, die hundert Leichen an Bord haben sollen, wurde signalisiert. Unter den Passagieren zweiter Klasse befanden sich drei Holländer.

Die Passagiere und die Besatzung. — Von den Ueberlebenden.

London, 8. Mai. (Reutermeldung.) Die Torpedierung der „Lusitania" erfolgte gestern nachmittags um 2 Uhr, 33 Minuten, nach einer andern Meldung um 2 Uhr 15 Minuten. Das Schiff blieb noch zwanzig Minuten flott. Die Passagiere und die Besatzung zählten zusammen 1900, nach einem andern Bericht 1978 Personen, und zwar 290 Passagiere erster, 662 zweiter und 361 dritter Klasse, sowie 665 Mann Besatzung. 20 Boote konnten ins Wasser gelassen werden.

Nach einer Meldung der Admiralität wurden 500 bis 600 Ueberlebende in Queenstown an Land gebracht. Viele mußten ins Krankenhaus gebracht werden, mehrere sind gestorben.

Auch in Kinsale wurde eine Anzahl von Passagieren gelandet. Der Hafenadmiral von Queenstown sandte eine Anzahl kleiner Fahrzeuge an die Stelle, wo der Dampfer gesunken ist.

Der Eindruck in London und auf die amerikanischen Kreise.

In London macht die Torpedierung der „Lusitania" tiefen Eindruck. Auch an der New-Yorker Börse herrscht große Aufregung; alle Kurse fielen. In Washington schlug die Nachricht wie eine Bombe ein. In amtlichen Kreisen ist man eifrig bestrebt, zu erfahren, ob auch Amerikaner ums Leben gekommen seien.

Gräfin Gladys Vanderbilt-Szechenyi über das Schicksal ihres Bruders.

Budapest, 8. Mai. (Privattelegramm.) Durch das kurze Telegramm, welches über die Katastrophe des Dampfers „Lusitania" Mitteilung macht, wurde die Gemahlin des Grafen Ladislaus Szechenyi, geborne Gladys Vanderbilt, in die größte Aufregung versetzt. Der Bruder der Gräfin, Alfred Vanderbilt, befand sich unter den Passagieren des Dampfers, und es wurden im Wege des amerikanischen Konsulats sofort Erkundigungen eingezogen, was mit ihm geschehen ist.

Die deutsche Warnung.

Berlin, 8. Mai. Das Wolffsche Bureau meldet: Der Cunarddampfer „Lusitania" ist einer Reutermeldung zufolge gestern durch ein deutsches Unterseeboot zum Sinken gebracht worden. Die „Lusitania" war selbstverständlich, wie neuerdings die meisten englischen Handelsdampfer, mit Geschützen armiert. Außerdem hatte sie, wie hier einwandfrei bekannt ist, erhebliche Mengen Munition und Kriegsgerät unter ihrer Ladung. Ihre Eigentümer waren sich daher bewußt, welcher Gefahr sie ihre Passagiere aussetzten. Sie allein tragen die volle Verantwortung für das, was geschehen mußte. Deutscherseits ist nichts unterlassen worden, um wiederholt und eindringlich zu warnen. Der kaiserliche Botschafter in Washington machte noch am 1. d. in einer öffentlichen Bekanntmachung auf diese Gefahren aufmerksam; die englische Presse verspottete damals diese Warnung unter Hinweis auf den Schutz, den die britische Flotte dem transatlantischen Verkehr sichere.

* * *

Die Maße der „Lusitania".

Die Daten über die Größe des untergegangenen Riesendampfers sind in englischen Fußen angeführt und geben deshalb für uns nicht so ohne weiteres ein Bild der gigantischen Verhältnisse. Rechnet man die Dimensionen, und zwar Länge 797 englische Fuß, Breite 88 Fuß und Höhe der Docks 80 Fuß in Meter um, so erhält man, da ein englischer Fuß 0·304797 Meter beträgt, eine Länge von 240·8 Meter, eine Breite von 26·8 Meter und eine Höhe von 24·4 Meter. Das Wiener Rathaus hat eine Länge von 152·5 Meter! Die Länge der „Lusitania" entspricht aber nahezu der Länge des Grabens, dem das Schiff auch in der Breite gleich kam, während die Höhe der unsres Sparkassegebäudes gleichkam. Der allen Wienern wohlbekannte Heinrichshof hat eine Länge von 94·8 Meter, die „Lusitania" war also fast dreimal so lang als der Heinrichshof. Vergegenwärtigt man sich diese Verhältnisse, so bekommt man wohl eine Vorstellung von den riesigen Dimensionen des zugrunde gegangenen Dampfers

Die Unterredungen der Minister mit Giolitti und dessen wahrscheinliche Audienz beim König.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Rom, 10. Mai.

Schatzminister Carcano besuchte Giolitti in später Stunde.

In parlamentarischen Kreisen wird für morgen eine Unterredung Giolittis mit Salandra und eine Audienz Giolittis beim König im Quirinal mit Bestimmtheit angekündigt.

Noch keine Entscheidung Italiens.

Keine Verschlechterung der Lage.

~ **Berlin,** 9. Mai. (Telegr.) Die diplomatischen Verhandlungen werden fortgeführt. Heute läßt sich der Gesamteindruck der Lage dahin zusammenfassen, daß seit gestern keine Verschlechterung eingetreten ist. Wenn auch die Ungewißheit und der krisenhafte Zustand fortdauern, so besteht doch auf der andern Seite die Tatsache, daß die diplomatischen Verhandlungen weitergeführt werden.

Fürst Bülow beim König.

Zürich, 9. Mai. (Telegr.) Die Ungewißheit über Italiens Entscheidung dauert an, doch ergeben die letzten Meldungen, daß keine Verschlimmerung der Lage eingetreten ist. Besondere Beachtung verdient unter den heute eingehenden Meldungen ein Bericht der römischen Tribuna, die erklärt, genaue Nachrichten über den Besuch des Fürsten Bülow beim König geben zu können. Fürst Bülow begab sich danach am Samstag um 2½ Uhr nachmittags in den Quirinal, um dem König ein Telegramm des deutschen Kaisers zu überreichen, das in chiffrierter Sprache durch die Schweiz nach der deutschen Botschaft in Rom gesandt wurde. Das Telegramm sei in freundschaftlichem Tone gehalten. Der Kaiser bitte darin den italienischen König, ihn doch in seinen Bemühungen, die Verständigung zwischen Italien und Österreich-Ungarn zustande zu bringen, zu unterstützen. Die Tribuna fügt bei, das Telegramm kündige die Ankunft eines Handschreibens des Kaisers an den König von Italien an. Dieses Schriftstück werde heute noch in Rom eintreffen. Beachtenswert ist ferner, daß eine Anzahl italienischer Blätter die Notwendigkeit erkennen, sich scharf gegen die Arbeit der neutralitätsfreundlichen Politiker zu wenden. Diese Blätter stehen jetzt der Regierung das alleinige Recht zu, über die Haltung Italiens zu entscheiden. Es sei geradezu vaterlandsfeindlich, daß jetzt noch auf König und Regierung im Sinne der Neutralität eingedrungen werde. Man könne kaum annehmen, daß Giolitti diese Bemühungen billige oder unterstütze. Corriere della Sera berichtet aus Rom, Deutschland und Österreich-Ungarn hätten die Absicht, den Papst zu bewegen, daß er im Falle des Krieges Rom verlasse und sich in Spanien niederlasse. Der Papst werde aber, fügt das Mailänder Blatt bei, klug genug sein, zu erkennen, daß, möge seine Abreise von Rom auch einige Verlegenheiten bereiten, doch beim Friedensschluß eine Rückkehr nach Rom völlig ausgeschlossen sei. Die Mailänder Italia bekräftigt das Gerücht, daß Italien den Lausanner Friedensvertrag mit der Türkei gekündigt habe. Es sei, bemerkt das Blatt, klar, daß ein Bruch mit der Türkei auch den Bruch mit den Zentralmächten herbeiführen werde. Stefani und Osservatore Romano dementieren entschieden den angeblichen Besuch Bülows beim Vatikan.

Fürst Bülow beim Papst?

Zürich, 8. Mai. (Telegr.) Die heutigen Meldungen aus Italien bringen nichts wesentlich Neues; man beschränkt sich in den italienischen Zeitungen auf eine Besprechung der gestrigen Ereignisse und Beschlüsse. Im Vordergrund der Erörterung steht die Audienz des Fürsten Bülow beim Papst. Die gut unterrichtete Sera und Giornale d'Italia berichten, die Audienz habe wirklich stattgefunden; auch der österreichische Botschafter sei vom Papste empfangen worden. Deutsche, Österreicher und Türken reisen in verstärktem Maße ab, wie es heißt, auf Ratschlag der betreffenden Konsuln. Der päpstliche Stuhl habe auch den österreichischen und deutschen Geistlichen und den Zöglingen der Priesterseminare empfohlen, das Land zu verlassen. Sie reisten gestern und heute in starken Gruppen ab. Von den zahlreichen deutschen und österreichischen Journalisten sind nur zwei Deutsche und ein Österreichischer in Rom geblieben. Über die Vertretung der Zentralmächte beim Vatikan verlautet, der Papst werde sie selbst ersuchen, um einen längern Urlaub einzukommen; damit würden alle Schwierigkeiten vermieden. Gutunterrichtete italienische Persönlichkeiten erklären indes, es sei anzunehmen, daß der Papst nicht von sich aus diese Lösung befürworten, sondern abwarten werde, welche Schritte Italien zu tun gedenke. Die Ankunft Giolittis in Rom wurde für heute angesagt, er wird aber voraussichtlich erst Sonntagmorgen in Rom eintreffen. Über seine Haltung gehen die verschiedensten Gerüchte um. Man spricht auch davon, daß Giolitti die Absicht hege, mit aller Entschiedenheit für die Neutralität zu wirken, und bereits Maßnahmen in diesem Sinne getroffen habe. Popolo Romano behauptet, die politische Lage habe sich in den letzten vierundzwanzig Stunden erheblich gebessert.

WTB **Basel,** 8. Mai. (Telegr.) Dem Schweizer Landesdienst zufolge ist der italienische Militärattaché Major Repele nach Petersburg abgereist, um sich als amtlicher Vertreter Italiens ins russische Große Hauptquartier zu begeben. Bisher hatte Italien als Dreibundmacht keinen Offizier zur russischen Feldarmee gesandt.

Merkwürdige „Enthüllungen".

✕ **Lugano,** 9. Mai. (Telegr.) Der Mailänder Avanti erklärt in einem Leitartikel unter dem Titel „Die parlamentarische Auflehnung gegen das Ministerium", daß in Deputiertenkreisen eine lebhafte Bewegung herrsche, deren Zweck sei, Italien vor dem Krieg zu bewahren. Das Blatt fügt hinzu, daß die große Mehrheit des Senats und der Kammer für die Erhaltung der Neutralität sei, und das die ungeheure Mehrheit des Landes den Frieden wolle. Diese Tatsache sei auch der Regierung bekannt, die ihr jetziges Verhalten nur auf die bewußte Zweideutigkeit ihrer Erklärungen vom vorigen Dezember und das darauf erfolgte Votum der Kammer gründe. Über die diplomatischen Verhandlungen und die Politik der Regierung glaubt der Avanti folgendes enthüllen zu können: Als in der vergangenen Woche die letzten Zugeständnisse Österreichs als nicht genügend erachtet wurden, habe die Regierung sofort mit dem Dreiverband abgeschlossen; danach aber seien die Botschafter Deutschlands und Österreichs mit neuen Zugeständnissen hervorgetreten, die für Italien annehmbar waren. Die Regierung könne aber jetzt nicht mehr von ihrem Vertrag mit dem Dreiverband zurück und schiebe die Verantwortung dafür der Diplomatie der Zentralmächte zu, die zu spät gekommen sei. Der Avanti enthüllt ferner die Absicht der italienischen Regierung, in den Krieg nicht durch direkten Bruch mit Österreich und Deutschland, sondern auf einem Umweg einzutreten, indem sie gegen die Türkei vorgehe unter dem Vorwand, daß diese den Vertrag von Lausanne nicht erfüllt habe. Dieser Winkelzug wird als eine Eingebung des Kolonialministers Martini bezeichnet. Wenn diese Angaben des Avanti richtig sind, so hätte sich das Ministerium Salandra in eine sehr mißliche Lage versetzt, und drohend scheint jetzt Giolitti aus seiner bisherigen Zurückgezogenheit aufzutauchen.

Englische Drohung an Italien.

Berlin, 9. Mai. (Telegr.) Zu welchen Mitteln England greift, um Italien in den Krieg zu treiben, zeigt folgendes krasse Beispiel. Das Giornale d'Italia hat, wie aus Rom gemeldet wird, unter seinen allabendlichen Lichtbildern einen Satz erscheinen lassen, worin gesagt wurde, England zwinge Italien zum Kriege durch Vorenthaltung von Kohlen, die es nur noch an Englands Verbündete liefere. Aus Kohlenmangel würden in sechs Tagen alle Industrien, Eisenbahnen usw. in Italien stillstehen. Die Ankündigung des Giornale d'Italia wurde alsbald von dem englandfreundlichen Messaggero in einer angeblich amtlichen Londoner Meldung bestätigt. Dieser Einschüchterungsversuch ist so plump und dumm, daß es unbegreiflich wäre, wenn er in Italien verfangen sollte, denn es ist in den italienischen Interessentenkreisen bekannt genug, daß Italien Kohlen aus Deutschland erhielt und auch weiter erhalten kann.

Serbische gegen italienische Ansprüche.

WTB **Petersburg,** 9. Mai. (Telegr.) Serbische Diplomaten beklagen sich in Tönen voll höchster Erregung, daß Italien weitgehende Zugeständnisse in Dalmatien gemacht würden. Diese Gebiete und außerdem Bosnien und die Herzegowina betrachte Serbien als ureigenstes Interessengebiet. Die Lebensinteressen Serbiens verlangten einen weitgehenden Zugang zum Adriatischen Meere und die Einverleibung der Bevölkerung in Großserbien. Durch die Italien gemachten Zugeständnisse verringerten sich die serbischen Aussichten ungemein. Rjetsch erklärt demgegenüber, wenn das italienische Eingreifen die Dauer des Krieges um einige Monate abkürze, so würde dadurch allein das serbische Lebensinteresse so sehr gefördert werden, daß man übermäßigen Forderungen entsagen müsse. Serbien müsse eine im Verhältnis zu seinen Kriegsopfern stehende Entschädigung erhalten.

Hamburger Fremdenblatt
10./V. 1915

Das schwankende Italien.

Die unangebrachte Furcht vor Englands papierner Seeherrschaft.

wb. **Köln**, 9. Mai. Die „Köln. Ztg." berichtet über die Haltung Italiens:

Die Sachverständigen Italiens wußten längs, daß der Zweibund dem Dreiverband militärisch überlegen war. Sie konnten kaum darüber im Unklaren sein, daß ein treues Festhalten Italiens an seinen bisherigen Bundesgenossen dem Kriege ein schnelles, auch für Italien mit einem wesentlichen Machtgewinn verbundenes Ende bereiten würde, sein Kampf an der Seite der Ententemächte aber nichts weiter als ein Aufschub für deren Niederlage bedeuten würde. Man muß mithin nach einer anderen Erklärung für das Schwanken Italiens suchen. Die wahrscheinlichste ist wohl jene, die sich in der „Newyork Times" vom 1. April findet. Der amerikanische Professor John Burges schreibt dort, daß Italien sich allein von der Furcht vor Englands Seemacht bestimmen lasse. Die Annahme mag richtig sein oder nicht, jedenfalls setzt sie bei den Italienern Erwägungen voraus, die, falls sie berechtigt wären, dem Zusammengehen mit England einen für Italien recht bitteren Beigeschmack geben würde. Die täglich neu bewiesene Unfähigkeit Englands, seine Kriegs- und Handelsflotte vor deutschen Angriffen zu schützen, zeigt freilich ganz klar, wie es in Wirklichkeit mit der militärischen Herrschaft über die Meere steht. Schließlich bezeichnet der Artikel Englands drohende Gebärden als Blendwerk: seine Vormacht habe sich schon längst vom Wasser auf das Papier zurückgezogen.

Plumpe englische Drohung.

wb. **Köln**, 9. Mai. Die „Köln. Ztg." meldet aus Berlin, 9. Mai, unter der Ueberschrift: „Englische Drohung an Italien":

Zu welchen Mitteln England greift, um Italien in den Krieg zu treiben, zeigt folgendes krasse Beispiel: „Giornale d'Italia" ließ, wie aus Rom gemeldet wird, unter seinen allabendlichen Lichtbildern (über dem Redaktionsgebäude) einen Satz erscheinen, worin gesagt wird, England zwinge Italien zum Kriege durch Vorenthaltung von Kohlen, die es nur noch an Englands Verbündete liefere; aus Kohlenmangel würden in sechs Tagen alle Industrien, Eisenbahnen usw. in Italien stillstehen. Die Ankündigung des „Giornale d'Italia" wurde alsbald von dem englandfreundlichen „Messagero" in einer angeblichen amtlichen Londoner Meldung bestätigt. Dieser Einschüchterungsversuch ist so plump und dumm, daß es unbegreiflich wäre, wenn er in Italien verfangen sollte; denn es ist in italienischen Interessentenkreisen bekannt genug, daß Italien Kohlen aus Deutschland erhielt und auch weiter erhalten kann.

Italiens zweiseitige Verhandlungen.

Mb. **Köln**, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der „Köln. Ztg." zufolge erklärt der Mailänder „Avanti", in Deputiertenkreisen herrsche lebhafte Bewegung, um Italien vor dem Krieg zu bewahren. Die große Mehrheit des Senats und der Kammer sei für Erhaltung der Neutralität, die ungeheure Mehrheit des Landes wolle Frieden. Diese Tatsache sei auch der Regierung bekannt.

Als in der verflossenen Woche die letzten Zugeständnisse Oesterreichs als nicht genügend erachtet wurden, habe die Regierung sofort mit dem Dreiverband abgeschlossen. Danach seien die Botschafter Deutschlands und Oesterreichs mit neuen Zugeständnissen hervorgetreten, die für Italien annehmbar seien. Die Regierung könne aber jetzt nicht mehr von ihrem Vertrag mit dem Dreiverband zurück, und schiebe die Verantwortung dafür der Diplomatie der Zentralmächte zu, die zu spät gekommen sei.

Wie weit diese Meldung des Mailänder Sozialistenblattes auf Tatsachen, wie weit sie auf Vermutungen beruht, läßt sich heute noch nicht sagen. In Berliner maßgebenden Kreisen glaubt man bekanntlich zu wissen, daß Italien nach wie vor die Freiheit seiner Entschließungen habe. Sollte es anders sein, so wäre der Versuch, Deutschland und Oesterreich die Schuld daran zuzuschreiben, selbstverständlich von Grund aus verfehlt.

Neues Wiener Tagblatt
11./V. 1915.

Die Rückkehr des österreichisch-ungarischen und des deutschen Gesandten nach Teheran.

Aus Teheran wird gemeldet: Der k. u. k. Gesandte Graf Logothetti ist zugleich mit dem kaiserlich deutschen Gesandten Prinzen Reuß am 26. April in Teheran angekommen. Die beiden Diplomaten hatten die Reise auf ihre Posten auf dem Landwege über Konstantinopel und Bagdad vor längerer Zeit angetreten und haben sie nach Ueberwindung großer Beschwerden glücklich vollendet. Bei ihrem Eintreffen in Kermanschah wurden sie von der Bevölkerung mit nicht endenwollendem Jubel als Befreier begrüßt. Diese Stimmung der Bevölkerung veranlaßte die Konsuln Rußlands und Englands in dieser Stadt, bei dem Eintreffen der beiden Gesandten die Flucht zu ergreifen. Persische, unter russischem Kommando stehende Kosaken desertierten zu den beiden Gesandten der verbündeten Zentralmächte. Die englisch-indische Konsularwache flüchtete ins türkische Konsulat und stellte sich dem Grafen Logothetti und dem Prinzen Reuß als Ehrenescorte zur Verfügung. Ein von russischer Seite gegen den Einzug der beiden Gesandten in die persische Hauptstadt unternommener Anschlag wurde von der Polizei vereitelt, da persische Offiziere der russischen Kosakenbrigade von demselben Wind erhalten und bei dem persischen Ministerium die Anzeige erstattet haben.

Japan und China.

K. **Petersburg**, 10. Mai. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet aus Tokio:

Der japanische Gesandte in Peking ist beauftragt, eine Entente mit China vorzubereiten, die voraussichtlich in der Woche vor Beginn der außerordentlichen Session des Parlaments abgeschlossen werden wird.

11./V. 1915

Telegramme.

Italien.

Audienz Giolittis bei König Viktor Emanuel.

K. **Rom,** 10. Mai. (Meldung der Agenzia Stefani.) „Giornale d'Italia" meldet: König Viktor Emanuel empfing um 9 Uhr 10 Minuten vormittags Giolitti. Die Audienz währte 50 Minuten.

Das Blatt fügt hinzu, es wird versichert, daß Ministerpräsident Salandra und Giolitti nachmittags eine Unterredung haben werden.

K. **Rom,** 10. Mai. (Meldung der Agenzia Stefani.) Den Blättern zufolge begab sich Giolitti nachmittags zum Ministerpräsidenten Salandra und hatte mit ihm eine lange Konferenz.

Wie die „Tribuna" erfährt, hat die Audienz Giolittis beim König ungefähr eine Stunde gedauert.

Nachher empfing der König den Ministerpräsidenten Salandra.

Keine Abreise unseres Botschafterpersonals beim Vatikan.

K. **Rom,** 10. Mai. (Meldung der Agenzia Stefani.) „Osservatore Romano" schreibt: Einige Blätter kündigten die Abreise des Personals der österreichisch-ungarischen Botschaft beim Heiligen Stuhl von Rom an.

Wir haben Erkundigungen eingezogen, aus denen hervorgeht, daß nicht nur kein einziges Mitglied der Botschaft Rom verlassen hat, sondern daß sie in einigen Tagen noch um einen neuen Sekretär vermehrt werden wird.

Die Kohlenlieferungen an Italien.

K. **Köln,** 10. Mai. Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Berlin vom 9. d. unter der Ueberschrift: „Englische Drohung an Italien".

Zu welchen Mitteln England greift, um Italien in den Krieg zu treiben, zeigt folgendes krasse Beispiel:

„Giornale d'Italia" ließ, wie aus Rom gemeldet wurde, unter seinen allabendlichen Lichtbildern (über dem Redaktionsgebäude) einen Satz erscheinen, worin gesagt wurde: „England zwinge Italien zum Kriege durch Vorenthaltung von Kohlen, die es nur noch an Englands Verbündete liefere. Aus Kohlenmangel würden in sechs Tagen alle Industrien, Eisenbahnen usw. in Italien still stehen."

Die Ankündigung des „Giornale d'Italia" wurde alsbald von dem englandfreundlichen „Messaggero" in einer angeblich amtlichen Londoner Meldung bestätigt.

Dieser Einschüchterungsversuch ist so plump und dumm, daß es unbegreiflich wäre, wenn er in Italien verfangen sollte; denn es ist den italienischen Interessentenkreisen bekannt genug, daß Italien Kohlen aus Deutschland erhielt und auch weiter erhalten kann.

Kundgebungen in Oberitalien.

Berlin, 10. Mai. **(Tel. d. „Fremden-Blatt".)** Der „Lokalanzeiger" meldet aus Mailand: Nach dem „Avanti" veranstalteten Reservisten bei ihrer Abfahrt von Cesena, Oneglia, Montagnana und Rimini Kundgebungen gegen den Krieg. In Montagnana durchschnitten die Demonstranten die Telegraphendrähte und durchzogen mit Fahnen und den Rufen Nieder mit dem Krieg die Stadt. Polizei und Kavallerie machten den Kundgebungen ein Ende. In Oneglia beteiligten sich viele tausend Personen an den Kundgebungen. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die Verhafteten mußten aber, damit größere Aufreizungen verhindert werden, wieder freigelassen werden.

Der „Avanti" veröffentlicht die Berichte über die großen Kundgebungen am 1. Mai in fast allen großen und kleinen Orten Italiens und bemerkt, daß diese Kundgebungen trotz ihrer Großartigkeit von der übrigen Presse Italiens verschwiegen werden.

Kein Besuch der Botschafter Bülow und Macchio beim Papste.

K. **Rom,** 9. Mai. Der „Osservatore Romano" schreibt: Trotz unseren Dementis halten einige Blätter an ihrer Behauptung fest, daß der deutsche Botschafter Fürst Bülow und der österreichisch-ungarische Botschafter beim Quirinal Freiherr v. Macchio den Papst oder doch den Staatssekretär des Heiligen Stuhles besucht hätten. Wir sind zu der neuerlichen Erklärung ermächtigt, daß diese von jedem Gesichtspunkte aus unwahrscheinlichen Besuche niemals stattgefunden haben. Jene Behauptungen entbehren demnach jeder Begründung.

Konferenzen des italienischen Botschafters in Konstantinopel.

K. **Konstantinopel,** 9. Mai. Der italienische Botschafter Marquis Garroni hatte gestern nachmittags Unterredungen mit dem Großwesir Prinzen Said Halim Pascha und mit dem Minister des Innern Talaat Bey.

11./V. 1915.

Aus Italien.

tu. **Zürich**, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Wie aus Lugano gemeldet wird, sind auch viele Deutsch-Schweizer nach der Heimat zurückgekehrt; sie erklären, daß das Leben in Italien für jeden, der die deutsche Sprache spricht, durch die Haltung des Pöbels einfach zur Unmöglichkeit gemacht worden ist.

In den Industrieorten Oberitaliens macht sich die Abreise der zahlreichen Deutschen, die als technische Leiter und Vorarbeiter in den Fabriken schwer ersetzlich sind, stark fühlbar.

Der Brief- und Postverkehr nach Italien ist fast völlig normal. Als ein bemerkenswertes Zeichen der Lage ist dagegen anzusehen, daß seit vergangenen Freitag der Kohlenexport von Deutschland nach Italien durch die Schweiz fast völlig ins Stocken geraten ist. Es schwirren andauernde Gerüchte von Bombenattentaten umher, die auf italienischen Strecken auf Züge verübt worden sein sollen.

Schweizer Blätter bringen heute Berichte ihrer Korrespondenten aus Rom über die dortige Lage und Stimmung, die nicht ganz so pessimistisch lauten, wie die der letzten Tage. Merkwürdigerweise wird unter den Blättern, die von einer Besserung der Lage sprechen, auch der „Popolo Romano" angeführt. Das Blatt, das bekanntlich extrem interventionistisch ist, soll in einer heute früh erschienenen Note erklären, daß sich die politische Lage in den letzten 24 Stunden erheblich gebessert habe.

Vor der Entscheidung?

Berlin, 10. Mai. (Drahtbericht unseres Berliner Büros.) Nach einem Telegramm des „Lok.-Anz." aus Lugano wird der Unterredung zwischen dem König und dem Ministerpräsidenten Giolitti in der italienischen Presse so große Bedeutung beigemessen, daß man bereits heute mit einer endgültigen Entscheidung rechnet.

Pester Lloyd.
11/V. 1915

Die Haltung Italiens.

(Telegramm des „Pester Lloyd".)

Lugano, 11. Mai.

Unverkennbar gewinnt die Friedensliebe im italienischen Parlament an Boden. Die Turiner „Stampa" stellt fest: Da immer noch keine Entscheidung getroffen sei, habe sich die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens belebt. Ein Hinausziehen des schicksalsschweren Entschlusses lasse die Deutung zu, daß noch nach einer friedlichen Lösung gesucht werde.

Die sozialistische Fraktion, die heute zusammentritt, wird eine Tagesordnung gegen den Krieg beschließen.

(Telegramm des „Pester Lloyd".)

Zürich, 11. Mai.

Der Mailänder Korrespondent der „Neuen Züricher Zeitung" äußert die Ueberzeugung, daß es nicht zum kriegerischen Eingreifen Italiens kommen werde. Das italienische Volk habe die Tiraden der Interventionisten nie sehr ernst genommen. Die große Menge des Volkes wolle den Krieg nicht, vor allem nicht der Kaufmannsstand, die Industriellen und die Arbeiter.

(Telegramm des „Pester Lloyd".)

Lugano, 11. Mai.

Eine Anzahl von Senatoren und Abgeordneten, darunter der Exminister Chimirri, der Vizepräsident des Senats Blaserna, bekanntlich ein intimer Freund des Fürsten Bülow, statteten diesem lange Besuche in der Villa Malta ab. Ebenso der Abgeordnete Cirmeni, den Bülow zum Frühstück zurückbehielt.

Heute halten die Sozialisten im Montecitorio eine Beratung ab. Drastisch klingt es wenn „Avanti" erklärt, eine Regierung, die Italien heute in den Weltkrieg stürzte, gehöre sofort ins Irrenhaus.

Die Konfusion ist nach wie vor sehr groß. Einerseits gewinnt die neutralistische Bewegung unleugbar an Boden, denn den ruhigeren Elementen fällt die Binde von den Augen und sie erkennen, vor welchem Abgrund das Land steht.

(Telegramm des „Pester Lloyd".)

Rom, 11. Mai.

Der Abgeordnete Merloni, Sekretär der offiziellen sozialistischen Partei, erklärte namens der Partei sein Bedauern darüber, daß die Herren Abgeordneten es vorziehen, zu Hause zu sitzen, statt nach Rom zu eilen und die Regierung über die Stimmung in den Wahlkreisen aufzuklären. Aber die in Rom zusammentretenden Sozialisten würden laut verkünden, daß das Land in übergroßer Mehrheit vom Kriege nichts wissen wolle. Es genüge, die heutigen Kriegskundgebungen mit jenen vor dem Tripoliskriege zu vergleichen, um die Wahrheit zu erkennen.

12./V. 1915.

Das Scheitern des englischen Aushungerungsplanes.

Berlin, 11. Mai.

Nach der Verordnung des Bundesrates vom 25. Januar waren Städte und Landgemeinden verpflichtet, zur Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch einen Vorrat von Dauerware zu beschaffen und deren Aufbewahrung sicherzustellen. Durch eine amtliche Veröffentlichung im „Reichsanzeiger" ist diese Verordnung jetzt vom 8. d. an außer Kraft gesetzt. Dazu bemerkt die „Vossische Zeitung": Die Aufhebung dieser zur Sicherstellung der Ernährung getroffenen Maßnahmen kann als neuer Beweis gelten, daß der Aushungerungsplan Englands gescheitert ist.

12./V. 1915.

Graf Bernstorff bei Bryan.

Washington, 11. Mai. (Reuter-Meldung.)

Botschafter Graf Bernstorff suchte den Staatssekretär Bryan auf und sprach ihm sein tiefes Bedauern darüber aus, daß die Kriegsereignisse zum Verlust so vieler amerikanischer Menschenleben geführt haben.

Die Meinung des Präsidenten Wilson.

Philadelphia, 11. Mai. (Reuter-Meldung.)

Präsident Wilson sprach hier vor 4000 naturalisierten Amerikanern und machte hiebei die erste Andeutung über die wahrscheinliche Haltung der Vereinigten Staaten in der Frage der Versenkung der „Lusitania". Der Präsident sagte, obwohl die Vereinigten Staaten den Frieden aufrechterhalten würden, würden sie versuchen, Deutschland vom Unrecht dieser Tragödie zu überzeugen.

12./V. 1915.

Eine Note der deutschen Regierung an Amerika und die Neutralen.

Berlin, 11. Mai.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika sowie den Regierungen der neutralen Mächte in Europa wurde durch die bei ihnen beglaubigten kaiserlichen Vertreter eine Mitteilung folgenden Inhalts gemacht:

Die kaiserliche Regierung bedauert aufrichtig den Verlust von Menschenleben durch den Untergang der „Lusitania", muß jedoch jede Verantwortung ablehnen.

England hat Deutschland durch seinen Aushungerungsplan zu entsprechenden Vergeltungsmaßregeln gezwungen und das deutsche Anerbieten, für den Fall des Aufgebens des Aushungerungsplanes den Unterseebootkrieg einzustellen, mit verschärften Blockademaßnahmen beantwortet.

Englische Handelsschiffe können schon deshalb nicht als gewöhnliche Kauffahrteischiffe behandelt werden, weil sie gewohnheitsmäßig armiert sind und wiederholt durch Rammen Angriffe auf unsere Schiffe unternahmen, so daß schon aus diesem Grunde eine Durchsuchung ausgeschlossen ist. Der englische Parlamentssekretär erklärte noch jüngst auf eine Anfrage Lord Beresfords, daß nunmehr so gut wie alle englischen Handelsschiffe bewaffnet und mit Handgranaten versehen seien.

Uebrigens gibt die englische Presse offen zu, daß die „Lusitania" mit einer gefährlichen Geschützstärke ausgerüstet war. Der kaiserlichen Regierung ist ferner bekannt, daß die „Lusitania" auf den letzten Reisen wiederholt große Mengen Kriegsmaterial beförderte, wie überhaupt die Cunard-Dampfer „Mauretania" und „Lusitania" infolge ihrer Schnelligkeit als besonders geschützt gegen Unterseebootangriffe betrachtet und mit Vorliebe zum Transport von Kriegsmaterial benützt wurden. Die „Lusitania" hatte auf ihrer jetzigen Reise erwiesenermaßen 5400 Kisten Munition an Bord; auch die sonstige Ladung war größtenteils Konterbande.

Vor Benützung der „Lusitania" war, abgesehen von der allgemeinen deutschen Warnung, noch durch den Botschafter Grafen Bernstorff gewarnt worden. Die Warnung fand jedoch seitens Neutraler keine Beachtung, seitens der Cunard-Linie und der englischen Presse sogar frevelhafte Verhöhnung. Wenn England auf diese Warnung hin jede Gefährdung des Schiffes bestritt, das Vorhandensein ausreichender Schutzmaßnahmen vortäuschte und die Reisenden so zur Mißachtung der deutschen Warnungen sowie zur Benützung des Schiffes verführte, das nach Armierung und Ladung der Versenkung verfallen war, trifft die Verantwortung für den von der kaiserlichen Regierung aufs tiefste beklagten Verlust von Menschenleben ausschließlich die großbritannische Regierung.

12./V. 1915

Die Vorgänge in Italien.

Noch keine Entscheidung.

Im ungarischen Abgeordnetenhause richtete heute Abg. Stefan Rakovszky unter Hinweis auf gewisse Erklärungen der Minister Lloyd George, Ribot, Pasic u. a. an den ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza die Bitte, er möge das Haus über die internationale Lage unterrichten, falls ihm dies möglich sei.

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza erhob sich darauf und sagte: „Ich erwidere, daß ich den gegenwärtigen Zeitpunkt weder zu einer Regierungserklärung, noch zu einer Erörterung der auswärtigen Lage im Abgeordnetenhause für geeignet halte." In einer Besprechung der Vorgänge in Italien in der ungarischen Regierungspartei, an der auch Mitglieder der Regierung teilnahmen, wurde heute folgende Mitteilung gemacht: „Wir haben noch immer die Hoffnung, daß es den diplomatischen Bemühungen gelingen wird, die dauernde Freundschaft mit Italien zu erhalten."

Die Schlacht von Gorlice-Tarnow.

(Tel. des k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

Berlin, 11. Mai. Aus dem Großen Hauptquartier erhält das Wolffsche Bureau über den Fortgang der Durchbruchsschlacht in Westgalizien, die den Namen „Schlacht von Gorlice-Tarnow" tragen wird, folgende weitere telegraphische Mitteilung:

Am Abend des 4. d. war der taktische Durchbruch vollendet. Trotz des Einsatzes namhafter Reserven und trotz aller vorbereiteten zweiten, dritten und vierten Linien war der Feind geschlagen und in vollem Rückzuge über die Wisloka. Wie der offizielle russische Bericht selbst zugibt, war die Truppe vor allem durch die außerordentliche Wirkung der schweren Artillerie der Verbündeten stark erschüttert.

Am Morgen des 5. Mai meldeten Flieger, die durch ihre Unermüdlichkeit und durch ihre ausgezeichneten Meldungen die Führung außerordentlich unterstützten und deren Tätigkeit durch die warme, unverwüstliche Maiensonne ganz wesentlich begünstigt wurde, den Rückzug des Feindes auf allen von Jaslo nach Osten und nach Norden führenden Straßen. Sie waren sämtlich von in großer Unordnung abziehenden Kolonnen bedeckt. Die Straßenbrücken bei Jaslo brannten. Die Eisenbahnbrücken über die Ropa und Wisloka waren gesprengt.

Nun war kein Zweifel mehr, daß der Feind nicht mehr die Kraft besaß, die Wislokalinie zu verteidigen. Der Verzicht auf die Behauptung dieser Linie mußte aber von der weitesttragenden Bedeutung für die russische Nachbararmee werden, deren Stellungen im nördlichsten Zipfel Ungarns nunmehr unhaltbar wurden. Die strategische Wirkung des Durchbruches mußte sich jetzt fühlbar machen, und die Aufrollung der russischen Karpathenfront bis zum Lupkowsattel als Frucht des gelungenen Durchbruches dem Sieger in den Schoß fallen. Zögerte der Feind mit dem Abzuge, dann würden ihm die rückwärtigen Verbindungen verlegt und seine im Gebirge stehenden Truppen abgeschnitten. Tatsächlich brachte der Telegraph von der benachbarten Armee des G. d. J. Boroevic v. Bojna schon am frühen Morgen die Kunde, daß der vor ihr gewesene Feind in der Nacht vom 4. auf den 5. Mai den Abmarsch nach Norden angetreten habe und daß er sich nahezu vor der ganzen Front in eiligem, teilweise fluchtartigem Rückzuge befände.

Die dritte österreichisch-ungarische Armee folgte dem Feinde auf dem Fuße. Um diesem aber womöglich noch die Rückzugsstraße zu verlegen, ließ der den rechten Flügel der Armee Mackensen befehligende General v. Emmrich seine Truppen, die bei Smigrod dank dem eiligen Abzug der Russen die Wislokabrücke noch unversehrt gefunden hatten, in einem Gewaltmarsch bis zur Jasiolka nördlich von Dukla vorrücken, so daß seine Kanonen am Abend dieses Tages die Stadt Dukla und die von dem gleichnamigen vielgenannten Paß heranführende Gebirgsstraße unter Feuer nahmen.

Während Hannoveraner und Bayern Wacht gegen die Karpathen hielten, damit aus ihnen nichts nach Norden entschlüpfe, stand im Rücken der deutschen Truppen noch schanzender Feind. Im übrigen rückten die Mitte und der linke Flügel der Armee Mackensen an diesem Tage, gegen feindliche Nachhuten kämpfend, an die Wisloka heran.

Am 6. Mai vollzog die Masse der Armee den Uebergang über den Fluß. Der Feind versuchte, den preußischen Garderegimentern die östlichen Uferhöhen streitig zu machen, wurde aber angegriffen und ließ 15 Feldkanonen sowie zwei schwere Geschütze in der Hand des Siegers. Die Gardetruppen hatten bis dahin allein 12,000 Gefangene gemacht, drei Geschütze und 45 Maschinengewehre erbeutet.

In engster Zusammenarbeit mit Mackensen überschritt die Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand am 6. d. mit ihrem rechten Flügel die Wisloka. Die zehnte österreichisch-ungarische Division, die sich unter Führung ihres Kommandanten General v. Mecenseffy während der sämtlichen bisherigen Kämpfe ganz besonders ausgezeichnet hatte, setzte sich am 7. d. nach erbittertem Straßenkampf in todesmutigem Sturm in Besitz der Stadt Brzostek, welche die Russen hartnäckig verteidigt hatten.

Die Mitte und der linke Flügel der österreichisch-ungarischen Armee warfen den Feind aus verschiedenen zäh verteidigten Nachhutstellungen und setzten ihren Vormarsch fort. Die erzherzogliche Armee hatte bis zum Abend dieses Tages 16,000 Gefangene gemacht, 6 Geschütze und 31 Maschinengewehre erbeutet.

Neues Wiener Tagblatt
12/5. 1915

* (**Behandlung österreichischer und ungarischer Staatsangehöriger bei der Heimkehr aus Rußland.**) Laut Ukas vom 15. November a. St. 1914 dürfen bei der Ausreise aus Rußland Bargeld und Wertpapiere, Gold, Silber und Platin nur bis zum Höchstbetrage, beziehungsweise Wert von insgesamt fünfhundert Rubel per Person ausgeführt werden. Wie dem Ministerium des Aeußern aus einigen Mitteilungen bekannt geworden ist, wurde dementsprechend unsern Nationalen gelegentlich ihrer Heimkehr seitens der russischen Behörden an der Grenze das den obbezifferten Wertbetrag übersteigende Bar- und Papiergeld abgenommen. Da das Ministerium des Aeußern Gewicht darauf legt, in Erfahrung zu bringen, inwieweit die obenerwähnte Vorschrift österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen gegenüber in jedem einzelnen Falle seitens der russischen Behörden zur Anwendung gebracht wurde, beziehungsweise welche Beträge und Werteffekten den einzelnen Repatrianden belassen und abgenommen wurden, werden die Interessenten eingeladen, diesem Ministerium bezügliche Daten unter genauester Angabe des Ortes und des Zeitpunktes ihres Grenzübertrittes bekanntzugeben. Hiebei wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei eventuellen Reklamationen der Name der betreffenden Partei der russischen Regierung selbstverständlich mitgeteilt werden müßte.

Berliner Lokalanzeiger
12/V. 1915

Mehr Ruhe bei der Regierung und im Lande!

Telegr. unseres Korrespondenten.

ng. **Lugano**, 11. Mai.

Die interventionistischen Zeitungen überschütten Giolitti und seine Anhänger, weil sie in letzter Stunde den Versuch machen, ihrem Lande die Schrecken eines Krieges zu ersparen, mit wütenden Vorwürfen. Diese Politiker werden wie Landesverräter behandelt. Die Sprache übersteigt alle Schranken des Anstandes. Der Secolo schreibt zum Beispiel: „Keine politische Idee, keine Ueberzeugung leitet diese Bande von politischen Piraten, dieses liebloſe und schamloſe Pack, das mit dem Fremden buhlt, sich des revolutionären Sozialismus bedient und Italien an den Rand des Abgrundes und des Bürgerkrieges treibt." In einem bemerkenswerten Artikel tritt die Tribuna diesen Angriffen entgegen, die von dem Gedanken ausgehen, daß die Regierung bereits gegen den Krieg entschieden habe, und deutet dabei auch auf das seltsame Treiben des Giornale d'Italia hin, das in seinen Leitartikeln immer zur Ruhe ermahnt, und in seinen anderen Spalten Nachrichten, Eindrücke und Artikel veröffentlicht, die so gefärbt sind, als sei Italien bereits mitten im Kriege. Es schreibt: „Die Regierung verhandelt und jene Blätter drücken ihr Vertrauen aus, aber in höchst seltsamer Weise, nämlich so, als ob die Arbeit der Regierung unvermeidlich zum Kriege führen müsse. Solches Vertrauen ist kein Vertrauen, sondern nichts anderes als eine Einschüchterung. Ihnen behagt es, anzunehmen, daß die Regierung nur zu dem Zweck verhandelt, ohne Rücksicht auf das Ergebnis der Verhandlungen, um jeden Preis den Krieg herbeizuführen. Wir weisen den Gedanken von uns, daß die Regierung diese Idee des Krieges um des Krieges willen zu der ihrigen gemacht hat, daß sie den Krieg auch will, wenn die nationalen Forderungen auch mit anderen Mitteln durchgesetzt werden können. Das sind literarische Phantasien, die, in die Wirklichkeit übertragen, für das Irrenhaus reif wären. Wir wissen, daß die Regierung verhandelt, das beweisen die ununterbrochenen diplomatischen Unterredungen, und wir können diese Verhandlungen nur in dem Sinne verstehen, daß sie mit Besonnenheit alle ihre Energie aufwendet, um die nationalen Interessen zu schützen, ohne dem Lande schmerzliche Opfer aufzuerlegen, die lange Jahre hindurch fühlbar wären. Wir wiederholen Oftgesagtes, wenn wir aussprechen, daß jede Regierung, bevor sie darauf verzichtet, die nationalen Interessen durch diplomatische Mittel zu sichern, das Bewußtsein haben muß, alles versucht zu haben, was in ihrer Macht stand, um eine friedliche Lösung zu finden." Dieser Artikel erschien unter der Ueberschrift: „Mehr Ruhe bei Regierung und im Lande!"

Kölnische Zeitung
12./V. 1915

Italien und Oesterreich-Ungarn.

Der Vorwand.

◎ **Von der französischen Grenze,** 11. Mai. (Telegr.) Wie schon ein römisches Blatt andeutete, so hat jetzt auch der Berichterstatter des Matin in Rom erfahren, daß für das Kabinett Salandra-Sonnino die Zwischenfälle in Tripolitanien den Vorwand zum Eintreten in den Krieg abgeben sollen. Der Kolonialminister Martini, so meldet er, habe als Ergebnis seiner über diese Vorfälle angestellten Untersuchung mitgeteilt, daß zahlreiche türkische Offiziere zu der Bildung der Aufrührerbanden beigetragen und den Verrat gegen die italienischen Truppen angestiftet hätten. Diese „Feststellungen" würden die Kündigung des Lausanner Vertrages gegenüber der Türkei begründen und zugleich einen der Gründe für die Kündigung des Dreibundvertrages und des Bruchs mit den Zentralmächten abgeben. Man muß sich hierzu erinnern, daß französische Blätter — ebenfalls auf Grund angeblicher italienischer „Feststellungen" — auch deutsche Offiziere als Anstifter und Anführer der aufrührerischen Bewegung in Tripolitanien bezeichneten, und der Temps und das Journal des Débats sogleich diese angebliche Tatsache als „Grund" für Italien zum Bruch mit Deutschland verarbeiteten. Von den deutschen Offizieren ist jetzt nicht mehr die Rede. Die amtliche Untersuchung des Kolonialministers hat sie offenbar doch nicht zu entdecken gewagt. Diese französischen Verleumdungen kennzeichnen aber auch zugleich die andere, daß türkische Offiziere die Anstifter eines solchen Anschlags gegen Italien seien, der unter den obwaltenden Umständen für die Türkei selbst statt von irgend welchem Vorteil heller Wahnsinn wäre. Wenn man die verzweifelten Hilferufe sieht, die man aus Frankreich in den letzten Wochen an Italien gerichtet hat, und die Mittel, die man seit Monaten schon aufwandte, um nach dem gescheiterten Einwirken auf Griechenland Italien in den Krieg zu drängen, so kann es keinem Zweifel unterliegen, von wo in Wirklichkeit die Wühlereien ausgegangen sind, die jene tripolitanischen Rebellen mit der nötigen Unterstützung an Waffen und Munition zu dem Zweck in Bewegung gebracht haben, damit Italien und den italienischen Interventionisten den gesuchten Grund zum Bruch und zum Kriege zu liefern. Sie sind von da ausgegangen, wo man sich seit langem auf solche Machenschaften versteht, um den Vorwand zu lange geplanten Unternehmungen zu schaffen und die Lunte an das Pulverfaß zu legen: von dem französischen Tunesien aus.

Kriegsmaterial für Italien.

◎ **Von der französischen Grenze,** 11. Mai. (Telegr.) Wie man hier zuverlässig erfahren hat, ist schon vor einigen Wochen viel neues Artilleriematerial, Geschütze und Munition, aus Frankreich nach Italien gegangen, das den Weg durch den Mont Cenis genommen hat. Die französische Regierung, die für den eigenen Bedarf an Artillerie und Munition sonst alles in Beschlag genommen hat, würde diese Lieferungen wohl kaum zugelassen haben, wenn sie nicht von dem Kabinett Sonnino-Salandra Bürgschaften erhalten hätte, daß dieses Artilleriematerial Frankreich und seinen Verbündeten zustatten kommen würde.

Französische Wertung von Italiens Eingreifen.

⏀a **Berlin,** 11. Mai. (Telegr.) Ein Leitartikel Paolo Scarfoglios im Mattino vom 3. Mai führt folgendes aus:

Wir Italiener täuschen uns, wenn wir auf Frankreichs Erkenntlichkeit und Dankbarkeit bauen. Wir haben gar nicht Frankreich vor dem Untergang gerettet, da unser Heer im August nicht kampfbereit war. Auch war man in Frankreich schon nach wenigen Tagen unserer Neutralität sicher. Frankreich ist weit entfernt davon, sich Italien verpflichtet zu fühlen, nimmt vielmehr unsere Intervention als ein natürliches Ereignis hin, das sich bisher nur verzögert hat. Der Wunsch nach unserer Intervention ist bei dem Dreiverband überhaupt gar nicht so lebhaft. England und Rußland schätzen unsere militärische Hilfe nicht hoch ein. Auch die Franzosen haben keine richtige Vorstellung von dem Wert und der Stärke unseres Heeres. Das französische Publikum sieht in seinen Haßgefühlen völlig von Österreich ab und steht schon deshalb einem österreichisch-italienischen Kriege gleichgültig gegenüber. Ja, es fürchtet infolge unserer Intervention die Möglichkeit eines deutschen oder österreichischen Friedensschlusses mit Rußland und erwartet so die Intervention mit gewisser Besorgnis, wenn es sie auch mehr aus Höflichkeit zu ersehnen scheint. Von stürmischer Erwartung kann keine Rede sein. Die Franzosen treffen überdies alle moralischen Vorkehrungen gegen eine Lösung, die auch nur im geringsten das Machtverhältnis zwischen Italien und Frankreich im Mittelmeer verringern könnte. Wir dürfen uns nicht über die Franzosen beklagen, da wir selbst diese Lage geschaffen haben. Ein Beweis für die geringe Begeisterung, die Frankreich über unser Eingreifen empfindet, ist der Mangel an Zugeständnissen, welche sich im Grunde doch nur auf unbedeutende Grenzberichtigungen in Libyen beschränken. — Diese rückschauenden Betrachtungen, die freilich nichts mehr an den Tatsachen ändern, zeigen doch, welchen unersetzlichen Schaden die sogenannte moralische Vorbereitung mit ihren Auswüchsen und ihrer fanatischen Parteinahme unsern diplomatischen Vorbereitungen zugefügt hat.

Hamburger Fremdenblatt
12. V. 1915

Unterredung Giolittis mit Macchio und Bülow.

tu. Rom, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der allgemeine Eindruck ist heute etwas günstiger. Die zuversichtlichere Stimmung gründet sich auf die Tätigkeit der Neutralisten, die sich weder durch das Geschrei der Kriegspresse, noch durch die offene Drohung der Interventionisten von der Festsetzung ihrer Friedensbestrebungen abschrecken lassen. Heute nachmittag soll eine Zusammenkunft zwischen Giolitti und Baron Macchio im Beisein des Fürsten Bülow stattfinden. Die Friedensfreunde knüpfen große Erwartungen an die Konferenz, deren Tragweite man aber nicht übertreiben darf, da Giolitti keine offizielle Vollmacht besitzt. Das erste Anzeichen eines Erfolges der neutralistischen Bemühungen würde sich zweifellos in einer Ministerkrise äußern, über deren Möglichkeit in Rom andauernd Gerüchte laufen.

Viel kommentiert wird ein Leitartikel des „Osservatore Romano", der im Gegensatz zu dem bisher in vatikanischen Kreisen zur Schau getragenen Pessimismus eine etwas hellere Seite aufweist. Das Blatt schreibt: „Die Möglichkeit des Krieges ist wohl vorhanden, man bewahrt aber trotzdem die Hoffnung, daß die Männer, die in dieser Stunde das Ruder in der Hand halten, dafür sorgen werden, Italien die Schrecken des Krieges zu ersparen."

Der Finanzminister verfertigt einen Gesetzentwurf zur Sicherstellung der Familien von Lehrern und Beamten, die zum Heeresdienst eingezogen worden sind.

12. IV. 1915.

Italien und die Südslawen.

Italien setzt seine militärischen Rüstungen unaufhaltsam fort, trotzdem seine verantwortlichen Staatsmänner noch schwanken und zögern, die Krise im Sinne einer Aufgabe der Neutralität und des Friedens zu beenden. Die Verhandlungen über die letzten Vorschläge Oesterreich-Ungarns dauern fort, und scheinen immer noch nicht völlig hoffnungslos geworden zu sein, wenn auch für irgendwelche Besserung der Lage keinerlei Anzeichen vorliegen.

Wie nun aber auch die endgültige Entschließung über Krieg oder Frieden gegen die bisherigen Verbündeten ausfallen möge, eine für die habsburgische Monarchie sehr günstige dauernde politische Wirkung hat das Verhalten Italiens seit dem Ausbruche dieses Krieges auf alle Fälle gehabt: sie hat allen Südslawen, die sich durch den zweiten Balkankrieg noch nicht belehren ließen, die Augen darüber geöffnet, daß **der Anspruch Rußlands auf die Rolle einer Schutzmacht für alle Slawen ein Schwindel** ist und alle russischen oder dreiverbändlerischen Anschwärzungen Oesterreich-Ungarns als einer slawenfeindlichen Macht nur dazu dienen sollten, den Glauben an diesen Schwindel zu nähren.

Auch die **Serben**, diese verblendeten Schrittmacher des im Mantel des Panslawismus auftretenden russischen Imperialismus, wissen jetzt, daß sie für die Petersburger Machthaber nie für mehr eingeschätzt worden sind, denn als Bauern auf dem Schachbrett moskowitischer Gewaltpolitik. Der frühere serbische Ministerpräsident **Storianowitsch** und Professor **Bjelitsch** haben sich nach Petersburg begeben, um für ihr Land an russischen Zuneigungen zu retten, was zu retten ist. Sie haben sich bemüht, die leitenden russischen Staatsmänner darüber zu belehren, daß die Ueberlassung Dalmatiens an Italien die wichtigsten Interessen Serbiens berühren, und als sie merkten, daß sie damit tauben Ohren predigten, haben sie gewagt, damit zu drohen, daß Serbien unter solchen Umständen sich bewogen fühlen könnte, eine Aussöhnung mit Oesterreich-Ungarn zu suchen.

Dabei sind sie aber bei ihren ehemaligen Gönnern in den höchsten Kreisen der russischen Gesellschaft schlecht angekommen. Man hat ihnen nach dem „**Rjetsch**" zu verstehen gegeben, daß Rußland Serbien für einen solch „wahnwitzigen Schritt" zu strafen wissen werde; es habe sich gegebenenfalls auf die „schwersten Folgen" einer derartigen Neuorientierung gefaßt zu machen. Die serbischen Delegierten haben sich von der russischen Diplomatie an die slawophilen Vereine gewandt, begegneten aber, wie der „Retsch" versichert, auch dort keiner Sympathie. Sie mußten eben erfahren, daß die ganze panslawistische Bewegung in Rußland nichts als ein künstliches Erzeugnis ist, das der russischen Gewaltpolitik ihre wahren Zwecke verschleiern soll und sich als ein in sich selbst kraftloses Gebilde erweist, sobald die russische Diplomatie seiner nicht mehr bedarf.

Man erinnert sich jenes Aufsehen erregenden Leitartikels der „**Times**", worin dieses für die öffentliche Meinung in England maßgebende Blatt zugab, daß der Vorwand Englands, es habe nur die Neutralität Belgiens durch seine Kriegserklärung an Deutschland retten wollen, eine leere Phrase gewesen sei; in Wirklichkeit würde England in den Krieg auch dann eingegriffen haben, wenn die deutschen Truppen belgisches Gebiet gar nicht berührt hätten. Mit demselben Zynismus erklären jetzt die russischen Diplomaten den in Petersburg weilenden Vertretern Serbiens, **daß sich Rußland um die sogenannten Lebensinteressen ihrer südslawischen Brüder nur solange zu kümmern hätten, wie es den russischen Staatsinteressen entspricht.** Kläglicher sind wohl die Vorwände großer kriegführender Mächte noch nie als Schwindel entlarvt worden, als die englischen und russischen in diesem Kriege. Rußland unternahm angeblich nur um der Abhängigkeit Serbiens willen jene Mobilmachungen, die Deutschland und Oesterreich-Ungarn schließlich zwangen, dasselbe zu tun. Jetzt läßt die russische Diplomatie kein Mittel unversucht, Italien auf Kosten Serbiens Vorteile zu sichern, nur um die Hilfe dieser Macht zur Fortsetzung des Krieges zu gewinnen, der natürlich jeden Sinn verloren hätte, wenn Rußland ihn wirklich jemals um Serbiens willen führen wollte.

Frankfurter Zeitung
12/V. 1915

Die Verhandlungen in Rom.

N Berlin, 11. Mai. (Priv.-Tel. Ctr. Bln.) Aus den Nachrichten, die in den letzten 24 Stunden aus Rom eingelaufen sind, läßt sich als sicher nur das eine erkennen, daß noch weiter verhandelt wird, und daß Giolitti von der Stunde seiner Ankunft in Rom an sich an diesen Verhandlungen beteiligt mit dem Gewicht, das ihm seine alte staatsmännische Autorität und eine starke, noch nicht erschütterte Anhängerschaft verleiht. In welcher Richtung sich diese Verhandlungen und die Einflußnahme Giolittis bewegen, ist aus dem vorliegenden Material nicht deutlich zu erkennen. Man kann sich vorstellen, daß der ehemalige Ministerpräsident, der den jetzigen gemacht hat, nach einer Lösung sucht, die diesen aus einer, wie seit einer Woche schon scheint, nicht mehr abzuändernden Situation doch herausführt, so daß also durch ein Zusammenwirken Giolittis mit Salandra eine Lösung des Gegensatzes zwischen Oesterreich und Italien gefunden würde. Man kann sich auch vorstellen, daß Giolitti nach einer eigenen Lösung sucht. Es ist aber zur Zeit zwecklos und unter Umständen sogar nicht nützlich, wenn man zu viel an dieser ernsten und verworrenen Situation in Italien herumanalysiert. Die Zurückhaltung, welche die deutsche Presse in dieser Beziehung übt und schon seit langer Zeit übt, ist ein Beweis ihrer politischen Reife, auch des Wunsches, die Verhandlungen nicht zu stören, schließlich aber auch ein Beweis der ruhigen Zuversicht, mit der man in Deutschland allen Eventualitäten entgegensieht.

Was äußerlich in Italien vorgeht, entspricht genau dem Bilde eines Staates, der unmittelbar vor einem Kriegsausbruch steht. Der Krieg ist aber erst da, wenn die Gewehre und Kanonen losgegangen sind, und das ist bis jetzt nicht der Fall. So läßt sich zur Zeit gewissenhafter Weise nicht mehr sagen, als was in den letzten Tagen mehrfach wiederholt ist: Man muß in Ruhe abwarten, wie diese schwierige und ernste Situation sich lösen wird, und ob es dem angesehensten Staatsmanne Italiens wirklich noch gelingen sollte, durch Beibehaltung der Neutralität eine andere Lösung zu finden, als sie Salandra und Sonnino offenbar schon seit einiger Zeit vorschwebt.

Die überaus wichtige Frage, ob etwa die italienische Regierung sich schon durch ein Abkommen mit der Tripel-Entente gebunden hat, ist noch offen. In politischen Kreisen neigt man aber neuerdings wieder der Ansicht zu, daß ein wirklicher Vertragsabschluß noch nicht stattgefunden hat, und daß das, was französische Blätter angedeutet und die „Nowoje Wremja" vom 1. Mai sogar paragraphenweise über dieses Abkommen Italiens mit der Tripel-Entente geschrieben hat, vielleicht ein Vertragsentwurf, aber noch nichts Vollzogenes ist, ein Entwurf, der hauptsächlich Wünsche der Entente enthalten würde. Dafür, daß noch keine festen Abmachungen bestehen, spricht ja auch das lange Zögern, die Tatsache, daß noch weiter verhandelt wird, und die Beteiligung Giolittis. Es ist ja überhaupt in der uns feindlichen Presse schon seit geraumer Zeit vieles, was ihren Interessen und Wünschen entsprach, keck als schon vollendete Tatsache hingestellt worden.

So hat man auch bereits von einem festen Abkommen zwischen Italien und Rumänien gesprochen, das ungefähr darauf hinauslaufen würde, daß, wenn Italien den Augenblick zum Losschlagen für gekommen hielte, Rumänien nicht zurückbleiben werde. Wir glauben nicht, daß ein solches Abkommen besteht, und wir glauben, daß gewisse militärische Vorgänge in Rumänien, von denen die „Morning Post" aus Bukarest sich berichten läßt, sich auch anders erklären lassen. Daß von den abwartenden neutralen Staaten jeder mit scharfem Blick auf die Aktionen des anderen sieht, ist natürlich und entspricht der Lage der Dinge. Aber die Auffassung dieser neutralen Staaten und ihre Entschlüsse sind aus ebenso natürlichen Gründen beeinflußt durch die weitere oder nähere Entfernung von den Kriegsschauplätzen, auf denen unsere und Oesterreichs Waffen im Vorteil sind.

Unterredungen.

o Mailand, 11. Mai. (Priv.-Tel., Ctr. Frkft.) Salandra war heute Morgen um 9 Uhr zum Vortrag beim König, begab sich dann auf die Konsulta zu einer Besprechung mit Sonnino und empfing um ½11 Uhr Fürst Bülow im Palazzo Braschi.

o Mailand, 11. Mai. (Priv.-Tel. Ctr. Frkft.) Nach Mitteilungen, welche Giolittis Organ, die Turiner „Stampa" macht, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Besprechungen, welche Giolitti gestern mit dem König und Salandra hatte, die Regierung zur Umkehr auf dem von ihr bisher betretenen Pfade veranlassen, welcher zum Kriege hätte führen müssen. Von besonderer Wichtigkeit ist die ausdrückliche Erklärung der „Stampa", daß bisher Italien keinerlei bindendes Abkommen mit der Entente getroffen hat und daher noch frei seine Politik wählen kann. Ferner ist bedeutungsvoll, daß Giolitti seinen Freunden erklärt hat, wenn die Liste der österreichischen Konzessionen, die dieser Tage in der italienischen Presse veröffentlicht wurde (danach würde der italienische Teil des Trentino, Görz und ein Teil von Gradisca sowie einige Inseln an der Ostküste der Adria abgetreten, Triest würde freie Stadt mit Dispens vom Militärdienst für die Italiener) auf Tatsachen beruht, sie ihm für Italien annehmbar erscheint.

Die Unterredung Giolittis mit Salandra war von Salandra veranlaßt, wie auch die Audienz Giolittis beim König auf Einladung des Monarchen erfolgte. Sowohl vor dem Monarchen wie vor dem Ministerpräsidenten setzte Giolitti rückhaltlos seine Ueberzeugung auseinander, welche seit Beginn des Krieges beständig und unverändert für eine friedliche Lösung eintritt. Alle Gerüchte, daß Giolitti zur Kriegspartei übergetreten wäre oder gar, wie die „Daily Mail" behauptete, den Krieg als unvermeidlich erklärt hätte, werden heute ausdrücklich von der „Stampa" Lügen gestraft. Die Bedeutung der gestrigen Unterredung besteht nun darin, daß Giolitti seinen Standpunkt unmittelbar vor dem König auseinandersetzen konnte, infolgedessen auch unmittelbar nach der Audienz der Ministerrat zu einer neuen Sitzung einberufen wurde, von welcher man nunmehr die endgültige Entscheidung über Italiens Politik erwartet. Daß es für eine friedliche Lösung noch nicht zu spät sei, wird ausdrücklich von dem Abgeordneten Cirmeni in der Turiner „Stampa" betont. Auf alle Fälle wird der Ministerrat mit den Ansichten Giolittis offiziell vertraut gemacht werden, um sie bei der Beschlußfassung verwerten zu können.

Drei Möglichkeiten stehen nunmehr offen: erstens die Regierung verharrt in ihrer Kriegspolitik und stellt die Kammer vor die vollzogene Tatsache des Krieges; zweitens, die Regierung tritt zurück, da sie die Mehrheit des Parlaments nicht hinter sich hat; drittens, die Regierung erklärt am 20. Mai der Kammer ihre Ansicht, daß Italien intervenieren müsse, und überläßt der Kammer die Entscheidung. Die Kriegspartei im Lande und in der Kammer ist über die Möglichkeit der friedlichen Lösung, welche nach der letzten Reise Giolittis fast unverhofft wieder aufgetaucht ist, äußerst erregt und droht mit Revolution, andererseits hat die sozialistische Fraktion beschlossen, den Politiker in der Kammer und im Lande zu unterstützen, welcher die Regierung übernimmt und den Krieg vermeidet. Die oft als unmittelbar bevorstehend ange-

Frankfurter Zeitung
12./V. 1915

II 2

99

die Verhandlungen in Rom.

kündigte endgültige Entscheidung wird nun wohl von der nächsten Kabinettssitzung gefaßt werden.

Gerüchte und Kombinationen.

M Rom, 11. Mai. (Priv.-Tel. Ctr. Frkft.) Heute Vormittag konferierte Salandra mit dem König und dann mit Sonnino. Darauf empfing Sonnino den Besuch des Fürsten Bülow, mit dem er eine Stunde verhandelte. Giolitti hatte Unterredungen mit mehreren Parlamentariern. Ueber seine gestrigen Verhandlungen mit dem König und Salandra wollen Gerüchte wissen, daß der König sich darauf beschränkt habe, die Meinung Giolittis anzuhören und Fragen zu stellen. Salandra sei für den Krieg eingetreten. Giolitti habe versichert, daß er der Regierung keine parlamentarischen Schwierigkeiten machen werde.

Alle diese Gerüchte, sowie auch Kombinationen über eine Kabinettskrise durch die Demission von Sonnino, Martini und Orlando sind unkontrollierbar oder verfrüht. Alles, was man mit einiger Sicherheit sagen kann, ist, daß Regierung, König und Giolitti in letzter gewissenhafter Prüfung der Lage begriffen sind. Es ist Tatsache, daß der heutige Ministerrat verschoben wurde und die Zeit zu seiner Einberufung noch nicht feststeht. Das beweist aber und ist zugleich ein Zeichen dafür, daß man nunmehr die letzte Entscheidung fassen will. Das ist auch die Meinung aller bedeutender Blätter und Parlamentarier. Die meisten billigen, daß die Regierung loyal in Verhandlungen mit Giolitti als dem Führer der Mehrheit der Kammer eingetreten ist, und betonen, daß dessen Gutachten dem Lande die Sicherheit gebe, daß die Entscheidung, wie immer sie auch falle, notwendig ist.

Tägliche Rundschau

12. IV. 1915

Ein russisches Angebot an Italien.

Die Petersburger „Nowoje Wremja" behauptet zu wissen, was der Dreiverband Italien als Preis für sein Eingreifen in den Krieg angeboten hat; sie behauptet auch, daß Italien dieses Angebot schon in bindender Form angenommen habe. Das Blatt erzählt:

Aus maßgebendster diplomatischer Quelle erfahre ich, daß am 26. April zwischen den Dreiverbandsmächten und Italien ein Vertrag unterzeichnet worden ist, der alle diejenigen Entschädigungen im einzelnen enthält, welche die römische Regierung für ihren Beschluß, gegen Oesterreich zu marschieren, erhalten muß.

Entsprechend den dort aufgeführten Daten verbürgen Rußland, Frankreich und England den Italienern die Erfüllung ihrer Wünsche hinsichtlich des dalmatinischen Küstenstriches bis zur Stadt Spalato mit Einschluß dieser Stadt selbst und des Hafens. Sodann erhält Italien Triest mit den an der Küste gelegenen Ortschaften, Trient und Istrien. In Kleinasien darf Italien den von ihm geplanten Eisenbahnbau nach Adalia ausführen. Außerdem hat sich die römische Regierung Valona mit einem gewissen Stück Hinterlandes ausbedungen. In dieser Vereinbarung werden auch alle Ansprüche Italiens auf die Inseln des Dodekanes befriedigt.

Seinerseits stellt Italien seine gesamte Flotte und 1 200 000 Mann seiner Armee zur Verfügung der Verbündeten. Als Basis der Operationen zur See ist Antivari in Aussicht genommen, wohin bereits ein Sonderabgesandter des italienischen Marineministeriums abkommandiert ist. Das Hauptquartier der italienischen Armee wird sich in Bologna befinden.

Man wird ja sehr bald sehen, was an dem ist. Vorläufig klingt es noch reichlich unglaublich, daß verantwortliche italienische Staatsmänner um einen solchen Preis das Blut Italiens sollten verkaufen wollen.

Kriegskalender.

26. April. Nach erfolglosen russischen Angriffen auf die Höhe Ostry erfolgreiche Gegenangriffe unserer Truppen, die den bisherigen Raumgewinn der Unseren noch erweitern. — Erfolglose feindliche Angriffe bei Ypern; in den Offensivkämpfen bei Ypern von den Deutschen bisher 45 Geschütze erbeutet und 5000 Gefangene gemacht; Wiedereroberung des Hartmannsweilerkopfes. — Neuer Angriff bei den Dardanellen. Landungen englisch-französischer Streitkräfte auf Gallipoli; die Landungsdetachements bei Teke Burun und bei Ari Burun ins Meer gedrängt, bei Kum Kaleh an die Küste zurückgeworfen; das britische Schlachtschiff „Triumph" durch türkische Granaten beschädigt. — Demonstration der russischen Flotte am Bosporus. — Annahme der Landsturmvorlagen im ungarischen Abgeordnetenhause. — Unruhen in Moskau wegen Teuerung der Lebensmittel.

27. April: Die russischen Angriffe gegen unsere Stellungen Uzsoker Paß eingestellt; an den übrigen Frontteilen vereinzelte Geschützkämpfe. — Scheitern heftiger Angriffe der Engländer in Flandern, auf den Maashöhen Fortschritte der deutschen Angriffe; heftige französische Angriffe im Aillywalde sowie am Hartmannsweilerkopf abgewiesen. — Der französische Panzerkreuzer „Leon Gambetta" wird im Jonischen Meere vom k. u. k. Unterseeboot 5 (Kommandant Linienschiffsleutnant Georg Ritter v. Trapp) torpediert und versenkt. — Der englische Fischdampfer „Recolo" in der Nordsee torpediert. — Der Schweizer Bundesrat erklärt nach einer besonderen Beratung über die internationale Lage, zu neuen besonderen Maßnahmen keine Veranlassung zu haben.

28. April: In den Karpathen und in Russisch-Polen Geschützkampf. — Erfolgreiche Angriffe der Deutschen nordöstlich und östlich von Suwalki. — Erfolglose und verlustreiche englische Vorstöße bei Ypern; in der Champagne nördlich von Le Mesnil eine umfangreiche französische Befestigung von den Deutschen genommen und siegreich behauptet; zwischen Maas und Mosel heftige Artilleriekämpfe. — Die Angriffe gegen die Dardanellen zu Wasser und zu Lande mißglückt. — Annahme der Landsturmvorlagen im Magnatenhause. — Der Heeresausschuß der französischen Kammer beschließt die im Hilfsdienste und sonstigen inneren Dienste Verwendeten zum Frontdienste heranzuziehen. — Ueberreichung der neuen japanischen Forderungen an China.

29. April: In den Karpathen und in Russisch-Polen Geschützkampf; im Oportale ein feindlicher Nachtangriff abgewiesen. — Das Dorf Kowale bei Kalwarja von den Deutschen genommen; ein russischer Stützpunkt bei Dachowo (Sochaczew) genommen. — Vergebliche englische Vorstöße bei Ypern; die Zahl der erbeuteten Geschütze steigt auf 63; französische Nachtangriffe bei Le Mesnil abgewiesen; Nancy mit Fliegerbomben belegt.

30. April: Im Orawa- und Oportale scheitern russische Nachtangriffe. Die Eisenbahnlinie Dünaburg—Libau von den Deutschen erreicht; siegreiche Kämpfe der Deutschen bei Szawle; russische Angriffe bei Kalwarja abgewiesen. — Dünkirchen unter deutsches Artilleriefeuer genommen; ein französischer Gegenangriff bricht bei Steenstraate zusammen; bei den Kämpfen auf den Maashöhen 4000 Franzosen gefangen. — Zeppelin-Angriff auf Ipswich und Whitton (Grafschaft Suffolk). — Die englisch-französischen Landungstruppen durch die Türken bei Kum Kale und auf der südlichen Gallipolihalbinsel völlig vom Land vertrieben, bei Kapa Tepe und Gallipoli nahe an die Küste zurückgedrängt. Scheitern eines Landungsversuchs in der Bucht von Saros; Beschädigung des englischen Linienschiffes „Majestic" und des französischen Panzerkreuzers „Jeanne d'Arc".

Neue Freie Presse
13./V. 1915.

Glückwunschtelegramm des Sultans an den Kaiser.

Konstantinopel, 11. Mai.

Ghazi Sultan Mehmed V. richtete an Kaiser Franz Josef folgendes Telegramm:

„Ich beeile mich, Eurer Majestät meine herzlichsten Glückwünsche zu dem großen Siege auszudrücken, welchen die k. u. k. Armeen soeben über die Russen errungen haben, und bitte Eure Majestät, als Andenken an meine tiefgefühlte Freundschaft die Imtiaz-Kriegsmedaillen entgegennehmen zu wollen.

Ich freue mich, Eurer Majestät zur Kenntnis zu bringen, daß ich aus diesem glücklichen Anlasse dieselben Kriegsmedaillen Ihren k. u. k. Hoheiten dem Erzherzog-Thronfolger Karl Franz Josef und dem Feldmarschall Erzherzog Friedrich verliehen habe.

(Gez.:) Mehmed."

Vossische Zeitung
13/V. 1915

eitung. 1915
13. Mai

Ein Schützengraben vor Berlin.

Man wird in den nächsten Tagen vielleicht in den „Times“ oder im Pariser „Matin“ etwa folgende Notiz lesen:

„Der große Schwindel, den die boches über ihre „Siege“ im Osten und Westen in der Welt verbreiten, beginnt kläglich zusammenzubrechen. In tödlicher Angst rüstet sich Berlin zum Empfang der russischen und französischen Armeen! Um den äußersten Gürtel der Stadt wird Schützengraben an Schützengraben gelegt!! In den frühesten Morgenstunden schon keucht die Zivilbevölkerung (Damen nicht ausgenommen!) hinaus, brutal vorwärtsgestoßen durch Kolbenstöße der wenigen und fast ausnahmslos verkrüppelten Soldaten, um bis in den sinkenden Abend zu schanzen und zu graben!!! Die große Offensive der Verbündeten usw. usw.“

Und mit dieser aufregenden Nachricht würde es sich genau so verhalten, wie mit den meisten, die in London und Paris über unser armes Berlin gedichtet werden: es ist etwas Wahres daran. Mannschaften vom Ersatzbataillon des Charlottenburger Königin-Elisabeth-Regiments haben im Westender Gelände einen Schützengraben, mit allem was dazu gehört, angelegt. Es dürfte auch stimmen, daß die Zivilbevölkerung von heute ab in Scharen hinauskeucht, so daß es von 10 Uhr morgens bis abends 7 Uhr da draußen wimmeln wird. Aber man wird für den Aufenthalt in diesem Schützengraben ein Eintrittsgeld erheben. Denn trotz der verschiedentlichen „großen Offensiven“ unserer verehrten Feinde sind auf deutschem Boden und für den deutschen Bürger Schützengräben noch immer eine Sehenswürdigkeit, und wenn auch Millionen von uns sich in Frankreich und Rußland mit aller Inbrunst dem Studium der feindlichen Gräben widmen, so gibt es im Lande noch immer zahlreiche gesunde und kräftige Menschen, die einen Schützengraben leider nur kennen lernen können, wenn man ihn gegen ein kleines Silberstück in aller Gemütsruhe besichtigen darf.

Die Gelegenheit ist da. Hinter dem Reichskanzlerplatz, vor einem Kiefernwaldstück, dehnt er sich, im Zickzack springend, über 250 Meter Länge aus. Bauherr des Grabens ist die Stadt Charlottenburg, leitender Architekt der Kommandeur des Ersatz-Bataillons der Elisabether, Major Beckers, ausführender Architekt ein Feldwebel-Leutnant und Bauführer ein Unteroffizier.

Leuchtend bestrahlte die Frühsonne die kriegerische Anlage, auf deren Böschungen phantastische alte Bajonettiergewehre sich drohend gegen die neue schöne Wagenhalle des Kaiserlichen Automobilklubs richteten. Steht man nur zwanzig Meter vor dem Graben, so ist nichts mehr von ihm zu sehen. Verrieten nicht die bösartigen Drahtverhaue, die man nicht vergessen hat, daß sich hier Außergewöhnliches verbirgt, so würde man ahnungslos in die Wolfsgruben und in die Maschinengewehre hineinlaufen. Aber man schießt ja hier nicht. Liebenswürdige Offiziere führen uns in den Graben, lassen uns in die Unterstände und zu den weit ins Gelände vorgeschobenen Horcherposten kriechen, ermuntern uns zu einem Blick durch das merkwürdige Ding, das sich Periskop nennt, erläutern die breiten Schulterwehren, die den Graben in Abständen von einigen Metern gegen Seitenfeuer schützen und machen auf die metallenen Schutzschilde aufmerksam, hinter denen die Schützen den Kolben an die Backe pressen.

Oben auf den mit Rasenstücken, als „Mimicry“, verdeckten Böschungen steht die Mannschaft, die dieses Kunstwerk als Uebung für den harten Ernst geschaffen hat. Sie lächelt stolz auf die Besucher nieder. Es war ein Stück Arbeit, in dem sandigen

Frankfurter Zeitung
13./V. 1915

Das österreichische Angebot.

o Mailand, 12. Mai. (Priv.-Tel. Ctr. Bln.) In der Turiner „Stampa" schreibt der Abgeordnete Cirmeni: „Die österreichische Regierung hat der italienischen in freundschaftlicher Form folgendes Angebot gemacht: Abtretung des italienischen Teils von Tirol, des sogenannten Trentino; Abtretung am Isonzo mit Einschluß Gradiscas; vollständige Autonomie für Triest nebst Gewährung einer italienischen Universität und eines Freihafens, Desinteressement Oesterreichs zugunsten Italiens in Südalbanien nebst sofortiger Anerkennung des Besitzes von Valona. Endlich Prüfung der Abtretung der Stadt Goerz sowie einiger Inseln nahe der dalmatinischen Küste."

Der gestrige italienische Ministerrat.

Telegr. unseres Korrespondenten.

m. **Rom**, 12. Mai.

Der heutige Ministerrat dauerte zweieinhalb Stunden. An ihm nahmen alle Minister teil. Im Anschluß daran werden amtlich einige Beschlüsse über laufende Geschäfte üblicher Art mitgeteilt. Das Giornale d'Italia erklärt, wie man annimmt, halbamtlich, die Regierung habe beschlossen, die Entscheidung des großen Problems dem Parlament vorzubehalten. Da die Kammer erst am 20. d. M. zusammentritt, so würde, wenn diese Angabe richtig ist, die Lage bis dahin unentschieden bleiben.

Das Angebot Oesterreichs.

Telegr. unseres Korrespondenten.

bs. **Chiasso**, 12. Mai.

In der Turiner Stampa schreibt der Deputierte Cirmeni, bekanntlich ein Freund Giolittis, folgendes: „Oesterreich hat der italienischen Regierung in freundschaftlicher Form folgendes Angebot gemacht: Abtretung des italienischen Teiles von Tirol, des sogenannten Trentino, Abtretung von Gebieten am Isonzo mit Einschluß von Gradiska, völlige Autonomie der Stadt Triest, Gewährung einer italienischen Universität und einige Freiheiten, Desinteressement von Oesterreich zugunsten Italiens in Südalbanien nebst sofortiger Anerkennung des Besitzes von Valona. Oesterreich-Ungarn und Deutschland erklären sich mit dem Vorsatz, ein völliges Einvernehmen mit Italien zu erreichen, bereit, die Forderungen Italiens zu untersuchen, insbesondere jene, welche die Abtretung der Stadt Goerz und einige Inseln in der Nähe der dalmatinischen Küste betrifft." Cirmeni bemerkt, nachdem diese Vorschläge offiziell gemacht worden seien, sei kein Grund mehr vorhanden, sie geheimzuhalten. Es sei nötig, daß das Land sie kenne, nachdem die Kriegshetzer behauptet hätten, Oesterreich wolle keinen Baum seines Landes zugestehen.

Vorwürfe gegen Giolitti.

Telegr. unserer Korrespondenten.

ng. **Lugano**, 12. Mai.

Der gestrige Tag war in der römischen Hauptstadt ein Tag höchster Nervosität. Der Gegensatz zwischen Giolitti und seinen Anhängern einerseits und der Regierung und den Interventionisten andererseits verschärfte sich bis zu offener Feindseligkeit. Eine Tagesordnung sämtlicher interventionistischer Parteien erklärte Giolitti als Spießgesellen ausländischer Mächte und Feind des Vaterlandes. Ein Artikel des Giornale d'Italia rechnet dem früheren Ministerpräsidenten alle seine Sünden vor und verurteilt aufs schärfste, daß er zuerst durch seinen Brief an Peano die Verhandlungen der Regierung erschwert habe, weil er dadurch in Wien die Hoffnung auf eine Nachgiebigkeit der italienischen Regierung belebt habe, und daß er nun vor der entscheidenden Stunde wieder ein Beispiel politischer Disziplinlosigkeit gebe, die so notwendige Einheit der Nation durchbreche, seine dem Krieg abholde Meinung ins Volk schleudere und so unermeßlichen Schaden anrichte, indem er die diplomatische Aktion der Regierung schwäche und Zweifel in vielen Bürgern erwecke, die schon bereit gewesen seien, ihre patriotische Pflicht zu tun. Auch dem Abgeordneten Barzilai öffnet das Giornale d'Italia seine Spalten zu einem Artikel; darin erklärt der Führer der Republikaner, daß die Zugeständnisse Oesterreichs unannehmbar seien, wenn sie nicht alle irredentistischen Gebiete umfaßten. Keine italienische Regierung könne sich auf magere Abschlagszahlungen einlassen. — In den Chor der Presse stimmte der Chor der Straße ein. Interventionistische Horden durchzogen die Straßen Roms und Mailands, und schon übertönte der Ruf: „Nieder mit Giolitti!" die feindseligen Rufe gegen Oesterreich und Deutschland.

bs. **Chiasso**, 12. Mai.

In den Wandelgängen des Montecitorio ist es gestern unter den sehr zahlreich in Rom eingetroffenen Abgeordneten sehr lebhaft zugegangen, und bei mehreren Gelegenheiten hätte wenig gefehlt, daß es zu Handgreiflichkeiten gekommen wäre. Die Erregung unter den Interventionisten war aufs äußerste gestiegen und Giolitti und seine Freunde wurden offen des Verrats am Vaterlande aus purer Herrschsucht bezichtigt. Der Deputierte Colajanni kündigte im Café Aragno dem dort versammelten interventionistischen Publikum an, daß er eine Anfrage an den Ministerpräsidenten gerichtet habe, ob er unbeschadet der moralischen Seite der Frage es für vereinbar mit dem kürzlich erlassenen Gesetz für die Verteidigung des Staates halte, daß Senatoren und Deputierte häufige und intime Zusammenkünfte mit Gesandten von Mächten haben, die morgen unsere Feinde sein können. Am Nachmittag legte sich die Erbitterung der Kriegshetzer etwas, als sie erfuhren, daß das Ministerium fest bei seiner bisherigen Haltung bleibe.

Was Giolittis Freunde sagen.

Telegr. unseres Korrespondenten.

bs. **Chiasso**, 12. Mai.

Nach dem Avanti sind die Freunde Giolittis aufs höchste entrüstet über die Haltung des Ministeriums, wie sie in den persönlichen Angriffen der ministeriellen Presse zum Ausdruck kommt. Einer von ihnen habe geäußert, die Urheber derartiger Beschimpfungen bezeugten damit ihre Doppelzüngigkeit; sie beklagten sich wegen der Ankunft Giolittis in Rom, während sie selbst sie gewollt hätten in der Hoffnung, Giolitti für ihre wahnsinnigen Projekte zu gewinnen. Giolitti sei aber überzeugt, daß es weder weise noch patriotisch ist, ein Land in den Krieg zu stürzen, das diesen nicht wünscht. Die Verhandlungen mit Oesterreich seien von Sonnino niemals unterbrochen worden, und andererseits hat die Regierung keineswegs gegenüber dem Dreiverbande die Verpflichtungen übernommen, von denen berichtet worden ist. Nichts steht also dem entgegen, die Verhandlungen mit Oesterreich fortzusetzen. Dazu kommt noch, daß auch das angebliche Abkommen Italiens mit Rumänien keineswegs getroffen worden ist und die Schwierigkeiten mit Serbien weiterbestehen. Italien läuft also Gefahr, im Kriegsfalle Rumänien nicht im Gefolge zu haben, und was noch schlimmer ist, mit dem von Rußland unterstützten Serbien in Konflikt zu kommen. Giolitti und seine Freunde seien entschlossen, nötigenfalls ein Manifest an das Land zu richten, um es über die wahre Lage aufzuklären.

Die nächste Nummer erscheint am Freitag, 14. Mai, morgens.

Die Demonstrationen in Mailand.

Telegr. unseres Korrespondenten.

c. **Haag**, 12. Mai.

Aus Mailand melden englische Blätter, daß dort große Demonstrationen stattfanden, wobei die Menge das Lied sang: „O Triest, das mir am Herzen liegt. Wir kommen, dich zu befreien". Der italienische Abgeordnete Canepa erklärte, es sei in Rom ein offenes Geheimnis, daß Italien vor dem 20. Mai den Krieg erklären würde.

Hamburger Fremdenblatt
13./V. 1915

~~Italien~~ische Stimmen gegen und für den Frieden.

Zürich, 12. Mai. (Telegr.) Die interventionistische italienische Presse ist über die Haltung Giolittis überaus empört. Der Corriere della Sera wirft ihm vor, er habe die Frage der Beziehungen Italiens zu Österreich-Ungarn verkleinert, so daß es scheine, als handle es sich nicht mehr um ein Volk, seine Zukunft und seine Ehre, sondern einfach um eine Ware. Es sei nötig, festzustellen, daß die Mitteilungen des Abgeordneten Erzberger über die Zugeständnisse Österreich-Ungarns großenteils unrichtig seien, und daß die unbedeutenden Abtretungen Österreich-Ungarns erst nach dem Kriege stattfinden sollen. Der Secolo nennt Giolitti den Hochverräter und verlangt mit der Idea Nazionale ein kräftiges Vorgehen Italiens, durch das allein seine Großmachtstellung erhalten werden könne. Der Corriere d'Italia hebt hervor, daß die Regierung das Vertrauen der Kammer erst gewann, nachdem zwischen Giolitti und Salandra völlige Übereinstimmung hergestellt war. Um einen Krieg führen zu können, wie den heute drohenden, sei es wesentlich, daß das ganze Volk begeistert sei. Von einer solchen Begeisterung könne indes heute nicht gesprochen werden. Es sei falsch, wenn die Regierung durch ein Beharren auf ihrem frühern neutralitätsfreundlichen Beschluß eine Schmälerung ihres Ansehens befürchte. Der Avanti erklärt, die Kammer werde dem Treiben der Regierung, die das Land in den Krieg stürzen wolle, ein Ende machen. Aus sicherer Quelle werde indes bekannt, daß die Regierung mit einer fertigen Maßnahme vor die Kammer treten wolle, um ihr die Freiheit des Entschlusses zu nehmen. Es sei heute unbestätigt, daß ein Abkommen mit Rumänien getroffen sei, und auch die Frage mit Serbien sei noch nicht gelöst. Es wäre daher verbrecherische Torheit, das Land in einen Krieg zu stürzen, von dem man nicht wisse, ob nicht Italien dabei allein bleiben werde. Wenn die Angriffe auf Giolitti fortdauerten, so sei eine Kundgebung seiner Anhänger an das Volk zu erwarten, worin völlige Aufklärung über die wirkliche Lage gegeben werde. Aus Bern wird der Zürcher Post von unterrichteter Seite mitgeteilt, die italienische Krise habe seit 24 Stunden eine Erleichterung erfahren. Das Kabinett Salandra-Sonnino scheine in Schwierigkeiten geraten zu sein, weil es durch zu weitgehende Forderungen über die österreichisch-ungarische Interessensphäre hinaus in die balkan-slawische hinübergegriffen habe und dabei auf Widerstand derjenigen Mächte gestoßen sei, die ihm in einem Krieg mit Österreich-Ungarn als Rückendeckung dienen müßten. Diese Schwierigkeit habe Giolitti meisterhaft benutzt, um seinen Einfluß geltend zu machen. Gelinge es ihm, sich durchzusetzen, so werde er Italien vor einer schweren Krise und einer noch schwerern Enttäuschung bewahrt haben. Ein erstes Zeichen der wirklichen Entspannung wäre eine Umbildung des italienischen Kabinetts. Die Verbände der interventionistischen Parteien nahmen gestern eine gemeinsame Tagesordnung an, worin Giolitti als Bundesgenosse der Ausländer und Feind des Vaterlandes erklärt wird. In Rom, Mailand und andern Städten wurden Kundgebungen für den Krieg veranstaltet. Der klerikale Corriere d'Italia in Rom, dem man die Verantwortung überlassen muß, gibt die tatsächlichen Zugeständnisse Österreich-Ungarns wie folgt an: Abtretung des Trentinos bis Bozen und Meran, neue Grenzlinie am Isonzo nördlich bis Goerz dieses inbegriffen, südlich bis nach Nabresina, wenig entfernt von Triest. Freie Hand Italiens in Albanien, namentlich Südalbanien. Die Abtretung dieser Gebiete solle unmittelbar erfolgen.

Hamburger Fremdenblatt
13./V. 1915

13
107

Berlin und Wien in russischer Beleuchtung.

Wieder einmal sind die russischen Heere nach dem kläglichen Scheitern der großen Offensive in den Karpathen in eine wenig aussichtsreiche Defensive gedrängt, die weder der ungekrönte Gewaltherrscher noch der gefürstete Napoleonschenko (so hieß Radko Dimitrijew, als er noch eine ehrenvolle Stellung in der bulgarischen Armee bekleidete) aufhalten können. Die innern Schwierigkeiten der Geldbeschaffung, Rüstungsergänzung, Lebensmittelversorgung und Feldbestellung wachsen von Tag zu Tag. Trotz alledem findet die russische Hetzpresse noch Zeit, sich eingehend mit vermeintlichen Mißständen und Nöten des feindlichen Auslandes zu beschäftigen. Die Überschriften über den neuesten Telegrammen, die meistens aus Kopenhagen, Zürich, Genf und Venedig datiert sind, lauten fast immer: Hunger in Deutschland, Verzweifelte Lage in Österreich, Unruhen in Tschechien usw. So finden sich in der Nr. 14 048 vom 21. April (4. Mai) der Nowoje Wremja folgende Schauermeldungen:

In Deutschland.

Kopenhagen. In Berlin herrscht Mangel an Pferden, auf den Straßen sieht man Ochsen. Die Regierung hat alle Vorräte an Metallen eingefordert. In Wien erfolgten viele Verhaftungen und Beschlagnahmungen wegen Hinterziehung von Kornvorräten.

Unhaltbare Lage in Österreich.

Kopenhagen: Die Unzufriedenheit in Österreich wächst. Die Soldaten verwünschen die Einberufung. Das Volk zehrt seine Ersparnisse auf. Die feindliche Stimmung gegen die Deutschen, die einem Friedensschlusse im Wege stehen und mit einer Zerstörung ganz Tschechiens drohen, wird stärker. Nach telegraphischen Mitteilungen amtlicher Agenturen fürchtet man für das Leben des Kaisers Franz Joseph und des Thronfolgers. Die Ochrana (politische Polizei) hat umfassende Maßnahmen getroffen. Der Kaiser ist vor kurzem nach Ischl abgereist, wo seine strenge Bewachung leichter durchgeführt werden kann.

Stockholm. Nach Blättermeldungen aus Basel wird die Lage in Österreich infolge der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit jedem Tage ernster. Es sind Maßnahmen getroffen worden zum Schutze des Schönbrunner Schlosses. Es laufen sogar Gerüchte um, daß die Übersiedlung des Hofes nach Ischl bevorstehe.

Die Nowoje Wremja ist trotz ihres patriotischen Gebarens in Wirklichkeit immer gleichgültig gegen die innern Nöte ihres Landes und die traurige wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Lage weiter Schichten des russischen Volkes gewesen. Anstatt wie andere große russische Blätter fortschrittlicher Gesinnung wie die Rußkija Wjedomosti und Rjetsch ernstlich den großen Fragen der innern russischen Politik nachzugehen, hat sie durch ihre phrasenreichen Haushistoriker große Politik gemacht und sich schon im Frieden mit großer Unverfrorenheit in die innern Angelegenheiten ihrer Nachbarländer gemischt, die sie gar nichts angingen. Sie hätte auch jetzt, wo alle ernsten russischen Staatsmänner und Volkswirtschaftler sich um die Lösung des Rätsels, wie in einem von der Natur so reich bedachten Lande eine täglich wachsende Teurung entstehen konnte, bemühen, wirklich besseres zu tun, als ihren Lesern solche Schauergeschichten aufzutischen, die den Stempel der Erfindung oder Übertreibung an der Stirn tragen, Geschichten, die in weiten Kreisen Rußlands die gefährliche Täuschung aufkommen lassen, als ob Deutschland und Österreich vor dem Zusammenbruch ständen, und die überall im feindlichen und neutralen Ausland, wo man über die wahre Lage der Dinge unterrichtet ist, nur ein mitleidiges Lächeln erregen. Es wäre wirklich viel angebrachter, wenn die Nowoje Wremja sich statt mit den Kundgebungen, welche, nach einer andern Meldung, die Frauen in Prag vor den Lebensmittelgeschäften veranstalteten, mit den Teurungskrawallen beschäftigte, die vor kurzem in Moskau vorgekommen sind. Wie die Stimmung in der böhmischen Landeshauptstadt ist, hat erst vor einigen Tagen der Telegrammwechsel zwischen dem Bürgermeister Gros und dem Generalissimus Erzherzog Friedrich bewiesen, welcher der „loyalen Bevölkerung" für die „patriotischen und herzlichen Worte" seinen Dank aussprach, bewiesen. Wie aber die Dinge in Moskau stehen, erhellt aus dem Umstande, daß der Gehilfe des Stadthauptmannes, Oberst Modl, und der Polizeimeister, Generalmajor Solotarew, noch immer an den Wunden daniederliegen, die sie beim Sturm der erbitterten Menge auf die Lebensmittelstände erhalten haben.

„Die Unzufriedenheit in Österreich wächst. Die Soldaten verwünschen die Einberufung." Diese beiden Sätze treffen zu, wenn man statt Österreich das Wort Rußland setzt. Auch der Nowoje Wremja wird trotz des Kriegsgeschreis, das bezahlte Kundgeber oder kollegschwänzende Studenten auf dem Newski Prospekt erheben, die wahre Stimmung im russischen Volke, die seit langem von der Kriegsbegeisterung der ersten Monate sehr weit entfernt ist, und von der schwache Anzeichen auch zu uns gedrungen sind, nicht entgangen sein. Die Unzufriedenheit und die Gestellungsunlust würden dortzulande noch stärker zu Tage treten, wenn das russische Volk wie seine französischen und englischen Verbündeten nicht so schmählich über die Lage auf den Kriegsschauplätzen getäuscht würde. Wie in Rußland die Einberufung von statten geht, ist schon oft geschildert worden. Auf den Dörfern werden die Bauern wie eine Herde Schafe zusammengetrieben, in den Städten sorgt der Dwornik, der Hausmeister, für die Gestellung der wehrpflichtigen Hausbewohner. Von Kriegsbegeisterung ist da wenig zu merken. Die meisten können ihren Militärpaß nicht einmal lesen und wissen gar nicht, wofür sie sich totschießen lassen. Sie glauben das russische Heer noch immer auf dem siegreichen Vormarsch auf Berlin und wissen, an die Front gekommen, vielfach gar nicht, daß sie sich in Russisch-Polen, wovon sie nie etwas gehört haben, noch auf vaterländischem Boden befinden. Auch die französischen Blätter schrieben 1870, in Preußen mache die Mobilmachung große Schwierigkeiten, viele Einberufene weinten und müßten gewaltsam in die Waggons gesteckt werden. Auch in Frankreich glaubte man damals an die Uneinigkeit zwischen Nord- und Süddeutschland, ähnlich wie man jetzt in Rußland auf die Unstimmigkeiten zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn rechnet. Daß auch die Nowoje Wremja dies tut, ist um so unverständlicher, als sie Wien offenbar zu Deutschland zählt. Die Russen sollten durch die empfindlichen Hiebe, die ihnen jetzt wieder von polnischen, tschechischen, kroatischen und ungarischen Regimentern versetzt worden sind, endlich darüber belehrt worden sein, daß die alte Monarchie der Habsburger noch eine erstaunliche Lebensfrische zeigt. Es ist weltbekannt, mit welcher Treue und Verehrung alle Völker des vielsprachigen Reiches an ihrem greisen Kaiser und König Franz Joseph hängen. Sein Thron steht fester als der des russischen Zaren. Wer länger in Rußland gelebt hat, weiß, welche ängstlichen Vorsichtsmaßregeln wochenlang vorher getroffen werden, wenn der Herrscher aller Reußen seine Winterresidenz in Zarskoje Selo oder seinen Sommersitz in Peterhof verläßt. Die Ochrana, die nach der Meldung des Petersburger Blattes umfassende Maßnahmen für die Sicherheit des Kaisers Franz Joseph getroffen haben soll, gibt es in Österreich-Ungarn weder dem Namen noch der Art nach, ebensowenig wie bei uns in Deutschland. Der Erzherzog-Thronfolger fährt von einer Front zur andern, überall von den Truppen und der Bevölkerung begeistert begrüßt.

Allen diesen törichten Meldungen die Krone auf setzt aber die Nowoje Wremja mit den Worten: „In Berlin herrscht Mangel an Pferden, auf den Straßen sieht man Ochsen." So viele Pferde wie in Petersburg und Moskau sieht man allerdings in Berlin nicht, so viele hat es dort auch in Friedenszeiten nicht gegeben. Wir leben im Zeitalter der Technik, die Pferdekraft ist in unsern Großstädten zum großen Teil längst durch Straßenbahnen und Kraftwagen ersetzt, und diese sind nach Ausbruch des Krieges in weitem Umfange für Zwecke der Heeresverwaltung eingezogen worden. Wir waren nicht in der glücklichen Lage wie die Russen, welche die vielen schönen Autos, die deutschen Firmen und Privatleuten gehörten, „requirierten". Aber gerade deshalb, weil uns die Automobile knapp geworden sind, — dies ist fast die einzige Veränderung, die vorurteilsfreie Berichterstatter aus dem neutralen Auslande im Straßenbilde der deutschen Reichshauptstadt wahrgenommen haben —, sieht man jetzt in Kriegszeiten verhältnismäßig mehr Pferdegespanne in den Straßen. Wir würden wohl noch mehr sehen, wenn wir die vielen erbeuteten Kosakenpferde für solche Zwecke verwerten könnten, und sie nicht den ostpreußischen Bauern überlassen hätten, denen die Russen alles fortgenommen haben. Jedenfalls brauchen wir noch lange nicht für Transport- oder Verkehrsverhältnisse in unsern Großstädten auf Ochsen zurückzugreifen. Da muß der neutrale Gewährsmann der Nowoje Wremja sich entschieden versehen haben, so dankbar wir ihm auch auf der andern Seite für diese Feststellung sind. Denn wenn wir noch Ochsen als Zugtiere verwenden können, wird wohl auch die Nowoje Wremja endlich von ihrer fixen Idee, daß wir vor dem Verhungern ständen, abkommen.

Vossische Zeitung
14./V. 1915

Zwischen Parlament und Straße.

Der Beschluß des italienischen Ministeriums, dem König sein Entlassungsgesuch zu überreichen, ist, wie es scheint, einigermaßen aus dem Stegreif gefaßt worden. Unmittelbar vorher war der Ministerrat übereingekommen, den politischen Tatbestand den am 20. Mai zusammentretenden Kammern mitzuteilen und ihnen die Entscheidung zu überlassen. Daß der Ministerpräsident Salandra den Verhandlungen der Volksvertretung und ihrem Ergebnis zuvorkommt, wird allenthalben überrascht haben, in Italien selbst wie außerhalb seiner Grenzen. Es ist aber dankbar zu begrüßen, daß die Regierung, wenn auch nicht über den nächsten Anlaß, so doch über die inneren Gründe, die zu ihrem Schritte geführt haben, nicht im Unklaren läßt.

Das Ministerium entbehrt nach der Note der „Agenzia Stefani" hinsichtlich der Richtlinien in der auswärtigen Politik „der Eintracht und der Zustimmung der konstitutionellen Parteien, die angesichts des Ernstes der Lage erforderlich wäre". Diese Fassung läßt zweierlei Deutung zu. Der Mangel an Eintracht kann auf das Ministerium bezogen werden, woraus denn zu schließen wäre, daß nicht alle Mitglieder des Kabinetts das Verlangen des Ministers des Auswärtigen, Sonnino, nach einem kriegerischen Eingreifen zustimmen; es ist aber auch die Auslegung möglich, daß es nicht der Regierung, sondern den konstitutionellen Parteien an der nötigen Eintracht fehle. Bei der einen wie der anderen Auffassung aber bleibt der schon allein ausschlaggebende Umstand bestehen, daß die Regierung sich bewußt geworden ist, sie habe die Mehrheit der konstitutionellen Parteien nicht auf ihrer Seite, habe nicht mit deren Billigung für die Maßregeln zu rechnen, die nach der Ansicht des Barons Sonnino, und anscheinend auch des Ministerpräsidenten Salandra der Ernst der Lage erheischt.

Italienische Blätter, insbesondere die Turiner „Stampa", wollen wissen, daß die weit überwiegende Mehrheit des Senats und wenigstens dreihundert Mitglieder der Kammer bereits ausdrücklich ihr Einverständnis mit den Ansichten Giolittis, die denen des Ministeriums entgegengesetzt sind, bekundet haben. Der Senat zählt gegenwärtig 390 Mitglieder, unter ihnen eine Reihe der hervorragendsten Staatsmänner und verdientesten Würdenträger des Landes. Die Zusammensetzung der Kammer ist die folgende: Von ihren 508 Mitgliedern wurden nach den November-Wahlen 1913, die nach der Wahlreform Giolittis vollzogen wurden, als ministerielle Konstitutionelle bezeichnet 291, als konstitutionelle Opposition 22, als unabhängig Konstitutionelle 5, als Katholiken 24, als Radikale 70, als Republikaner 16, als reformistische Sozialisten 23, als Syndikalisten 3, als unabhängige Sozialisten 3 und als Sozialdemokraten schlechthin 51, außerdem als Republikaner 16. Jedenfalls hätte Giolitti, wenn es sich bestätigt, daß schon jetzt dreihundert Abgeordnete ihn unterstützen, eine erhebliche Mehrheit für sich und seine Politik.

Der König, der jederzeit eine streng verfassungsmäßige Haltung beobachtet hat, ist zu einer Entschließung über den Ministerwechsel noch nicht gelangt. Er hat den Präsidenten der Kammer empfangen und wird mit anderen erprobten Politikern Rats pflegen. Er ist über den Ernst der Lage ebenso unterrichtet wie die Regierung und kennt auch die Ansichten Giolittis, des Mannes, der bis zur gegenwärtigen Krisis allgemein als der bedeutendste Parteiführer Italiens galt. Daß er jetzt, da er blutigen Abenteuern widerstrebt, von den Kriegshetzern und den Söldlingen Englands und Frankreichs mit Schmutz beworfen wird, wen will es wundernehmen? Aber so wild diejenigen Gruppen toben, die Italien um jeden Preis in den Krieg zerren wollen, so geflissentlich sie jede Regierung unter die Diktatur der Straße stellen möchten, so tiefen Eindruck muß auf alle ernsthaften und besonnenen Vaterlandsfreunde jenseits der Alpen die Veröffentlichung der weitgehenden Anerbietungen Oesterreich-Ungarns gewirkt haben. Mit Recht werden sie sich fragen, ob das wenige, was Italien darüber hinaus allenfalls noch wünscht, die furchtbaren Opfer wert wäre, die ein Krieg unter allen Umständen mit sich brächte.

Der Verlauf und der Ausgang der Krisis werden von den Völkern, die mehr als ein Menschenalter hindurch mit Italien verbündet waren, gelassen abgewartet. Sie wissen, daß auch heute der „Ernst der Lage" andauert. Sie wissen nicht minder, daß ihre Feinde es an keinem verzweifelten Versuch fehlen lassen, eine Entscheidung zugunsten der Beibehaltung der Neutralität und des Friedens zu hintertreiben. Auch läßt sich nicht verkennen, daß das Ministerium Sonnino-Salandra eine große Reihe Anordnungen getroffen hat, die es verhindern oder mindestens erschweren sollen, das kriegerische Eingreifen im Dienste Frankreichs und Englands zu unterlassen. In der Tat, im Dienst und zum Besten dieser Mächte, nicht Italiens, das den Gegnern Deutschlands und Oesterreich-Ungarns seine Söhne als Kanonenfutter verkaufen soll, während Italien, wenn es diesen Handel ablehnt, den wertvollsten Gewinn machen kann, ohne einen einzigen Mann vor den Mund der Geschütze zu schicken.

Es ist ein schicksalsschwerer Entschluß, vor dem Italien steht. In dieser Stunde braucht es einen ebenso einsichtigen wie tatkräftigen Ministerpräsidenten, der die Interessen des Landes wahrzunehmen und die öffentliche Ordnung nachdrücklich aufrechtzuerhalten weiß. Die Entscheidung steht nahe bevor.

14.5.1915.

Einmarsch Bothas in Windhuk.

London, 13. Mai.

Das Reutersche Bureau verbreitet nachstehende amtliche Meldung aus Kapstadt: General Botha ist gestern mittag in Windhuk einmarschiert, ohne Widerstand zu finden, und hat die englische Flagge auf dem Rathaus gehißt. Ungefähr 3000 Europäer und 12.000 Eingeborne wurden in der Stadt angetroffen.

Die Ausschreitungen gegen die Deutschen in England.

(Tel. des k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.)

London, 13. Mai. Die Ausschreitungen gegen die Deutschen, die am Dienstag in London begannen, wurden gestern mit vermehrter Gewalttätigkeit fortgesetzt. Ihr Schauplatz waren insbesondere zahlreiche Stadtviertel im östlichen und nördlichen London. Hunderttausende Menschen nahmen daran teil oder waren mit den Ausschreitungen sympathisierende Zuschauer. In einigen Seitenstraßen der Commercial Road ist kaum ein Laden verschont geblieben. Der angerichtete Schaden wird auf 20,000 Pfund Sterling geschätzt. Der Mob war nicht zufrieden damit, Türen und Fenster einzuschlagen, sondern verwüstete auch das Innere der Häuser. Treppen wurden in Stücke zerhackt, Wände und Zimmerdecken zerstört und Läden gänzlich ausgeplündert, ehe die Polizei erschien.

Alle bewegliche Habe, Pianos, schwere Möbel, Betten, Bilder, selbst Kleider wurden geraubt und in Wagen, Handkarren und Kinderwagen fortgeschafft. Man stürmte mit einem Steinhagel Läden und Häuser und schlug Türen in kürzester Zeit ein. Oft war ein Haus innerhalb zehn Minuten vollständig ausgeraubt. Es wurde kein Unterschied zwischen deutschen Staatsbürgern und Naturalisierten gemacht. Auch viele englische Läden wurden geplündert. Die Polizei war anfangs machtlos, niemand hinderte die Plünderer, mit ihrem Raub abzuziehen. Tausende von Männern, Frauen und Kindern zogen von Laden zu Laden. Erst der berittenen Gendarmerie gelang es, die Aufrührer zu zerstreuen.

Nachts wurden die Angriffe im Osten Londons erneuert. Ein Laden soll dort in Brand gesteckt worden sein. Unter den Plünderern im nördlichen London befand sich eine beträchtliche Zahl Soldaten des Army Service-Corps.

In Liverpool wird der an den Gebäuden angerichtete Schaden auf 40,000 Pfund Sterling geschätzt. Nachmittags wurden 150 Deutsche behufs Internierung in Haft genommen.

In Newcastle fanden ebenfalls Ausschreitungen statt. Die Londoner Polizeigerichte verurteilten die meisten der verhafteten Exzedenten zu Geldstrafen und verpflichteten sie, sich künftig dem Gesetze gemäß zu verhalten. In einem Falle wurde eine kurze Haftstrafe mit Zwangsarbeit verhängt.

Auch im Süden und Südwesten Londons kam es zum Aufruhr gegen die Deutschen. Großen Anteil an den Zerstörungen und Plünderungen hatten Frauen und Kinder.

„Daily News" ist das einzige Blatt, das den Mut besitzt, mit aller Schärfe die Pogroms gegen die Deutschen zu verurteilen. Sie macht die Hetze eines Teiles der Presse dafür verantwortlich. Diese sei eine öffentliche Gefahr und dürfe von der Regierung nicht geduldet werden. Das Blatt erklärt die Internierung aller Deutschen für unmöglich.

Die Internierungen in England.

London, 13. Mai. Der Parlamentskorrespondent der „Daily News" meldet, daß das Kabinett beschlossen habe, alle den feindlichen Staaten angehörenden Männer zu internieren. Frauen und Kinder sowie Naturalisierte sollen nicht interniert werden.

Berner Bund
14.IV.1915

Deutschland und die amerikanische Ausfuhr von Kriegsmaterial

Wie gemeldet, hat die deutsche Regierung der amerikanischen eine Note überreichen lassen, die in außergewöhnlich scharfen Wendungen Klage führt über eine ungleiche Behandlung der Kriegführenden durch die Vereinigten Staaten. Es wird darin der Union vorgeworfen, sie gebe sich nicht genug Mühe, dafür zu sorgen, daß die amerikanischen Lebensmittel für die deutsche Zivilbevölkerung ihren Bestimmungsort erreichen. Auf der anderen Seite aber bestehe sie auf dem Rechte, den Gegnern Deutschlands täglich Kriegsmaterial, Waffen und Munition, zukommen zu lassen. Die deutsche Regierung läßt in ihrer Note erkennen, daß sie erwartet hatte, Amerika würde mit aller Energie von den Verbündeten verlangen, daß man seinen Schiffen mit Lebensmitteln für die Zivilbevölkerung keinerlei Schwierigkeiten in den Weg lege. Eine direkte Drohung, Deutschland werde nun auch die Waffentransporte zu hintertreiben suchen, enthält die Note nicht, doch ist, wie gesagt, ihre Tonart sehr entschieden und auch die deutschen Preßkommentare reden eine deutliche Sprache. So weist ein Berliner Telegramm der „Frankfurter Zeitung" darauf hin, daß es völkerrechtlich ohne Zweifel zulässig wäre, die amerikanischen Waffensendungen, wenn sie von deutschen Kriegsschiffen betroffen würden, zu vernichten. Die Vereinigten Staaten könnten allerdings formell geltend machen, sie seien nicht verpflichtet, den Waffenhandel ihrer Staatsangehörigen zu verbieten, sie ließen ihn ja nicht nur den Verbündeten, sondern auch jedem anderen Staate gegenüber zu. Dagegen macht der genannte Korrespondent geltend: „Unstreitig ist, daß Amerika das Recht freien Handels mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn hat, insofern es sich nicht um Konterbande, sondern z. B. um Lebensmittel handelt. Wenn nun Amerika für das Recht des illegitimen Handels seiner waffenfabrizierenden Staatsbürger mit unseren Feinden eintritt, so hätte es doch jedenfalls viel mehr die Pflicht, für seinen legitimen Handel mit uns, also für den Handel mit Lebensmitteln, nachdrücklich einzutreten."

Aus all diesen Reibungen ist nun in den letzten Wochen in Deutschland eine gewisse Erbitterung gegen die Vereinigten Staaten herausgewachsen. Sie äußert sich auch in der im gestrigen Abendblatt mitgeteilten Resolution des deutsch-amerikanischen Wirtschaftsverbandes, einer Vereinigung, die gegründet wurde zur engeten wirtschaftlichen Angliederung der beiden Länder. In dieser Resolution werden zwar englische Gerüchte von einem bevorstehenden deutschen Boykott gegen amerikanische Waren dementiert, es steht aber doch darin auch der nicht ohne bestimmte Absicht redigierte Satz: „Daß im deutschen Volk die bisherige faktische Unmöglichkeit der Unionsstaaten, den neutralen Handel aufrecht zu erhalten, starkes Befremden und die Lieferung von Waffen an die Feinde Deutschlands steigende Erbitterung erregte, entspricht den Tatsachen."

Es soll nicht verschwiegen werden, daß die amerikanische Waffen- und Munitionszufuhr auch in neutralen Ländern viel besprochen worden ist. Man sagt mit Recht, der Krieg würde früher zu Ende kommen, wenn diese Lieferungen nicht einträfen. Auch aus schweizerischen Kreisen sind uns Proteste zugegangen, in denen u. a. verlangt wird, die Schweiz solle an die Spitze einer großen Protestbewegung der Neutralen treten.

Vor kurzem ging übrigens eine „Times"-Meldung durch die Presse, die zeigt, daß in Amerika selbst sich Widerstand gegen die Waffensendungen erhebt. Die Meldung stammt aus Washington und wird in den deutschen Blättern wie folgt wiedergegeben:

Verschiedene Zeitungen, darunter auch bekannte ententefreundliche Blätter, wie die „New York Times" und der „Philadelphia Ledger", bringen in Form eines Inserates einen Aufruf, in welchem die Forderung erhoben wird, daß die Ausfuhr von Munition und Waffen nach den kriegführenden Ländern eingestellt wird. Der Aufruf ist von 400 Herausgebern nicht-englischer Zeitungen und Zeitschriften, die in den Vereinigten Staaten erscheinen, unterschrieben; er wendet sich an das ganze amerikanische Volk, besonders aber an die Arbeiter, die Munition anfertigen, und protestiert gegen die Ablieferung amerikanischen Pulvers, amerikanischer Kanonen und Schrapnells, die dazu dienen, das Leben von Angehörigen eines großen Teiles der Leser dieser Blätter zu vernichten. Von den Unterzeichnern sind die meisten Herausgeber italienischer Blätter, dann folgen der Zahl nach jüdische, polnische und ungarische Blätter, weiter sind fast alle neutralen Länder vertreten, sogar französische, japanische und russische Herausgeber fehlen nicht.

Berliner Lokalanzeiger
14./V. 1915.

Eine bewegte Sitzung des französischen Ministerrats.

Telegr. unseres Korrespondenten.

s. **Genf**, 14. Mai.

Ein durch die italienische Kabinettskrisis veranlaßter französischer Ministerrat nahm einen so bewegten Verlauf, daß abends die Redaktionen der Pariser Blätter sehr zahlreiche Anfragen erhielten, ob eine Umgestaltung des Kabinetts Viviani bevorstehe. So weit sind indessen die Dinge nicht gediehen. Richtig ist, daß Kriegsminister Millerand auf die Nötigung zu umfassenden Maßnahmen auch in gewissen vom Krieg unberührt gebliebenen Teilen Frankreichs hinwies und daß Delcassé fünfmal das Wort nehmen mußte, um seine von den italienischen Vorgängen völlig überraschten Kollegen zu beschwichtigen. Delcassé verließ völlig erschöpft vor seinen Kollegen den Beratungssaal und eilte an den Journalisten vorüber, denen später der Rat erteilt wurde, den gegen Giolitti angeschlagenen schroffen Ton zu ändern. Noch verlautet aus dem Ministerrat, daß Ribot über die andauernden Schwierigkeiten der Eskomptierung der sogenannten Nikolausbonds infolge der russischen Niederlagen Bericht erstattete.

Der Beschluß des Ministeriums Salandra.

Wie wir bereits in einem großen Teil unserer heutigen Morgenausgabe meldeten, hat das Ministerium Salandra sich gestern abend entschlossen, dem Könige seine Entlassung anzubieten. Darüber erhielten wir folgende Drahtberichte:

Rom, 13. Mai. **Die Agenzia Stefani gibt bekannt: Der Ministerrat hat in Anbetracht, daß er in bezug auf die Richtlinien der Regierung in der internationalen Politik der Eintracht und der Zustimmung der konstitutionellen Parteien entbehrt, die angesichts des Ernstes der Lage erforderlich wäre, beschlossen, dem König seine Demission zu überreichen. Der König hat sich seinen Beschluß vorbehalten.**

Chiasso, 13. Mai, 11 Uhr 35 Min. nachts. (Von uns. bs.-Korrespondenten.) **Um 3 Uhr heute nachmittag berief Salandra plötzlich telephonisch einen Ministerrat auf 3½ Uhr ein. Die Sitzung dauerte um 6 Uhr noch an. Die Nachricht davon erregt sehr großes Aufsehen.**

Bis heute mittag lagen zunächst folgende telegraphische Ergänzungen dieser ersten Nachrichten vor:

Rom, 13. Mai. **Meldung der Agenzia Stefani. Als Ministerpräsident Salandra heute vormittag gelegentlich der Unterzeichnung von Dekreten durch den König mit den Ministern zusammentraf, berief er plötzlich einen Ministerrat auf 3½ Uhr nachmittags. Dieser Ministerrat beschloß die Demission des Ministeriums. Salandra teilte diesen Entschluß dem König um 7 Uhr abends mit.**

Rom, 13. Mai. **Eine Sonderausgabe des Giornale d'Italia meldet: Der Präsident der Kammer, der heute abend in Rom angekommen ist, hatte von 9½ Uhr ab eine einstündige Besprechung mit dem König. Morgen wird der König außer dem Ministerpräsidenten noch andere Persönlichkeiten befragen.**

Danach darf man erwarten, daß schon die allernächsten Tage eine weitere Klärung der Lage bringen, obwohl die definitive Entscheidung erst bei dem Zusammentritt der Kammer fallen wird. Man wird daher guttun, sich nach wie vor von Optimismus freizuhalten, da man nicht übersehen kann, nach welcher Richtung hin die Ansichten der politischen Persönlichkeiten, die der König zu Rate ziehen will, sich neigen werden. Das eine steht jedoch schon in diesem Augenblick fest, daß König Viktor Emanuel seinem Volke zeigt, daß er ein wahrhaft konstitutioneller Monarch ist und sein will. Es wäre ihm ein leichtes gewesen, sich, wie Bismarck sagte, hinter die „ministerielle Bekleidung" zu stellen und sein Ministerium, das ja von der Kammer unbegrenzte Vollmacht erhalten hatte, ganz frei gewähren zu lassen. In dem Augenblick aber, als Zweifel auftauchten, ob das Vorgehen Sonninos wirklich den Absichten der Mehrheit des Parlaments und damit des Volkes entsprach, zögerte der König nicht, alles aufzubieten, um die wahre Meinung des Landes zu erforschen. Das war auch der Hauptgrund der Entbietung Giolittis zur Audienz. Er hat damit nicht nur seinem Lande, sondern auch dem ganzen Parlamentarismus einen großen Dienst geleistet, zumal grade die sogenannten parlamentarischen Musterstaaten England und Frankreich das parlamentarische Prinzip auf das schwerste bloßgestellt haben. Als das englische Volk über Krieg und Frieden entscheiden sollte, hatte es keine Wahl mehr, ebensowenig wie die französische Kammer, abgesehen davon, daß sie von den führenden Männern in gröblichster Weise getäuscht worden waren. Welchen Lauf nun auch immer die Dinge in Italien nehmen werden: die Verantwortung übernimmt das italienische Volk durch seine gesetzlichen Vertreter in Kammer und Senat. Wir sehen den kommenden Ereignissen in Italien mit größtem Interesse, aber mit Ruhe und Festigkeit, entgegen. Italiens Schicksal liegt in seines Volkes Hand, und es wäre müßiges Bemühen, in diesem Augenblick den Propheten spielen zu wollen. Wir sollten aber meinen, daß ein Krieg ums Dasein, von welchem Volk auch immer, nur dann mit Aussicht auf Erfolg geführt werden kann, wenn gefährdete Lebensinteressen des Staates alle Bürger ohne Unterschied der Parteien in patriotischer Begeisterung zu einem einigen und einheitlichen Ganzen zusammenfassen, wenn ein Gedanke, ein Gefühl alle und alles beherrscht. Hat aber erst der nagende Zweifel an der Notwendigkeit eines solchen Kampfes ums Dasein weite, anerkannt patriotische Kreise des Volkes erfaßt, dann fehlt eben die elementarste Vorbedingung für einen Volkskrieg im edlen Sinne des Wortes.

Trotzdem ist anzunehmen, daß die italienische Kriegspartei, Interventionisten genannt, noch lange nicht geneigt sein wird, das gefährliche Spiel als verloren aufzugeben und sich ohne weiteres in die neu geschaffene Lage zu finden. Insbesondere gilt das wohl von den Vertretern englischer und französischer Interessen und denjenigen, die das italienische Volk in eigennützigster Weise auf den Kriegspfad treiben und sein Gut und Blut für die eigene verlorene Sache geopfert sehen wollten. Gerade von dieser Seite hat die Welt noch eine Reihe von Versuchen aller Art, die Situation in letzter Stunde für ihre Zwecke zu retten, zu gewärtigen. Alle, die daher einem friedlichen Ausgleich das Wort reden — und zu diesen gehört ja gerade die überwiegende Mehrheit des italienischen Volkes — werden sich auch weiter in Ruhe und Geduld zu fassen und etwaige von entgegengesetzter Seite künstlich hervorgerufene Zwischenfälle — sei es an den Grenzen des italienischen Reiches, sei es im Innern — von Hause aus lediglich als Rückzugsgefechte nach verlorener Schlacht einzuschätzen haben. Nur so wird man dem weiteren Verlauf der Ereignisse kalten Blutes entgegensehen dürfen. Denn nunmehr hat das italienische Volk das Wort! Und dieses kann und wird nur eine solche Entscheidung treffen, die den Interessen des Königreiches vollauf entspricht.

Oesterreich-Ungarn und Italien.

Die Haltung Italiens.

Xg **Lugano,** 13. Mai. (Telegr.) Aus italienischen Blättern geht über den Verlauf der Ereignisse das Folgende hervor: Sonnino hat gleichzeitig mit den Zentralmächten über die Erhaltung der Neutralität Italiens und mit dem Dreiverband über seine Teilnahme am Krieg verhandelt. Am vorigen Freitag (7. Mai) verlangte er im Ministerrat eine Entscheidung über den endgültigen Abbruch der Verhandlungen mit Wien und den förmlichen Abschluß mit dem Dreiverband, fand aber keine einmütige Zustimmung. Nach einer Mitteilung des Avanti soll er sogar mit seinen Vorschlägen in der Minderheit geblieben sein. Die Folge war der Beschluß, das Parlament bis zum 20. Mai zu vertagen und Giolitti nach Rom zu berufen. Daß dieser berufen wurde, erklärt er selbst in einem Brief an die Tribuna. Da nun Giolitti sowohl dem König wie Salandra gegenüber kein Hehl daraus machte, daß er ein friedliches Abkommen mit Österreich-Ungarn dem Kriege vorziehe, da mehrere seiner Anhänger, wie der Schatzminister Carcano, im gegenwärtigen Kabinett sitzen und es mindestens zweifelhaft ist, ob die Mehrheit der Kammer die Politik Sonninos billigt, so bleibt der Regierung nichts übrig, als ihre Entschließungen von dem Urteile der Volksvertretung abhängig zu machen. So erklärt sich die Lage, und wie der Avanti es ausdrückt, räumt die Diktatur der kriegslustigen Minderheit das Feld vor dem Recht und den Befugnissen der Mehrheit des Parlaments. Die Presse der Kriegspartei räumt das Feld allerdings noch nicht, sondern überbietet sich in den wildesten Drohungen und Beschimpfungen der Neutralisten und der Deutschen. Die Regierung fährt inzwischen mit militärischen Rüstungen fort. Der Avanti wirft dem Kabinett Salandra vor, daß es die Kundgebungen der Kriegspartei ermutige und denen der Neutralisten Schwierigkeiten mache. Dasselbe Blatt berichtet über eine große neutrale Kundgebung in Turin, die von Truppen zerstreut wurde, und meldet wieder aus zahlreichen Orten Kundgebungen gegen den Krieg. Beim Ausmarsch der Reservisten in Mailand und Rom kamen gestern kriegerische Kundgebungen vor.

Die österreichisch-ungarischen Zugeständnisse.

☞ **Zürich,** 12. Mai. (Telegr.) Die letzten italienischen Meldungen befestigen die Meinung, die Neutralität Italiens könne erhalten bleiben. Man scheint damit rechnen zu können, daß die Mehrheit des Parlaments für Annahme der weitgehenden österreichischen Zugeständnisse ist. Die österreichischen Zugeständnisse umfassen der Stampa zufolge: Die Abtretung des Trentino und des Küstenlandes bis zum Isonzo einschließlich Gradisca, die Autonomie Triests und die Errichtung einer italienischen Universität, den Verzicht auf Albanien und Walona zugunsten Italiens und eine Prüfung der Abtretung von Görz und einigen dalmatischen Inseln. Der Abgeordnete Cirmeni schreibt in der Stampa, diese Zugeständnisse seien Italien amtlich von Österreich-Ungarn mitgeteilt worden. Heute morgen fand ein Ministerrat statt.

Ein Brief Giolittis.

☞ **Zürich,** 13. Mai. (Telegr.) Aus Mailand wird mir telegraphiert: Die Stampa erklärt, die frühern Minister, wie Luzzatti, Bertolini, Sacchi, Facta, Schanzer, Raineri, stimmten der Auffassung Giolittis zu, wonach eine Abstimmung in der Kammer eine starke Mehrheit gegen den Krieg ergeben würde. Giolitti wird in der interventionistischen Presse nach wie vor überaus heftig angegriffen. Die römische Tribuna veröffentlicht nun einen Brief Giolittis, in dem dieser ausführt: „Ich lese in den römischen Blättern, daß ich in einer Versammlung der Reformsozialisten als Vaterlandsfeind erklärt worden bin, weil man mich der unstatthaften Einmischung und des Druckes auf die verantwortliche Regierung beschuldigt. Alles das, weil ich nicht aus eigener Initiative, sondern auf Anfrage, meiner Pflicht nachkommend, meine Auffassung in Übereinstimmung mit meiner mehrmals kundgegebenen Meinung vertreten habe. Es ist mir unbegreiflich, wie Parteien, welche die Grundsätze völliger Freiheit vertreten, die Ansichten anderer so wenig achten." — Die Beschlüsse der gestrigen Ministerberatung sind unbekannt, doch verlautet, die Regierung werde die ganze Frage vor die Kammer bringen und dort ein Vertrauensvotum verlangen. In gut unterrichteten politischen Kreisen wird behauptet, die Regierung werde der Kammer einige unbekannte Tatsachen vorlegen, was, wie sie hoffe, ihr die Mehrheit der Kammer sichere. — Die englische Botschaft in Rom teilt mit, England gestatte die Kohlenausfuhr von England nach Italien.

Kundgebungen in Rom.

WTB **Rom,** 13. Mai. (Telegr.) Gestern abend fanden nicht unerhebliche Kundgebungen gegen Giolitti statt, die sich natürlich auch gegen Österreich-Ungarn und Deutschland richteten. Nachdem schon am Nachmittag ein kleiner Trupp von Studenten versucht hatte, in der Nähe von Giolittis Wohnung eine Kundgebung zu veranstalten, sammelten sich gegen 7 Uhr abends auf Grund einer anonymen Aufforderung durch Flugblätter etwa 100 Unruhestifter, darunter viele Studenten, auf der Piazza Colonna vor der österreichisch-ungarischen Botschaft. Die Kundgeber wurden sehr rasch durch das auf dem Corso Umberto zur Abendstunde schlendernde Publikum um Neugierige vermehrt. Bald ertönten aus der Menge Rufe wie: Nieder mit Giolitti! Nieder mit den Landesverrätern! Nieder mit Österreich!, und auch der vereinzelte Ruf: Nieder mit dem König! wurde laut. Carabinieri schritten rasch ein und sperrten die Piazza Colonna und ihre nähere Umgebung ab. Darauf zogen die Kundgeber durch die Via del Praetore, dann am Collegio Germanico vorbei, wo heftige Pereat-Rufe gegen Deutschland ausgestoßen wurden, nach der Via Cavour, wo sich die Wohnung Giolittis befindet. Dort wurden sie aber rasch durch Carabinieri und Militär zerstreut und abgedrängt, ohne daß es zu ernsthaften Zwischenfällen gekommen wäre. Nach Zeitungsmeldungen bestanden die Lärmmacher vorwiegend aus Radikalen und Nationalisten mit einigen Liberalen. Der Abgeordnete Labriola hielt eine kriegshetzerische Ansprache. — Auch in Mailand kam es gestern zu Kundgebungen, die bedeutend gewesen zu sein scheinen und sich im Anschluß an die Versenkung der Lusitania mit ausgesprochenem Haß gegen Deutschland richteten.

✡ **Wien,** 12. Mai. (Telegr.) Trotz der Freigabe der Erörterung des Verhältnisses zu Italien machen die Blätter von dieser Freiheit doch nur sparsam Gebrauch. Sie betonen, daß die italienische Regierung noch keine Entscheidung getroffen habe, daß diese zwar in den häufigen Beratungen der Minister untereinander und mit Giolitti als dem Führer der Neutralisten und in Audienzen beim König vorbereitet werde, daß aber noch kein Anzeichen dafür vorhanden sei, ob sie für oder gegen den Krieg gegen Italiens bisherige Verbündete fallen werde. Giolittis Eingreifen wird wohl als eine leichte Besserung der Aussichten einer friedlichen Entwicklung aufgefaßt, doch wird davor gewarnt, aus der durchaus dreibundfreundlichen Vergangenheit dieses Staatsmannes voreilige Schlüsse zu ziehen, da auch sein bekannter Brief an Prano trotz der darin ausgesprochenen Überzeugung, daß manches ohne Krieg erreicht werden könne, und trotz der scharfen Verurteilung eines um bloßer Gefühle willen unternommenen Krieges die Zustimmung zu einem als unerläßlich erkannten Kriege in Aussicht stellte, also den Krieg nicht unbedingt ausschloß. An die Möglichkeit einer Aufgabe der italienischen Neutralität zugunsten der bisherigen Verbündeten denkt natürlich hier kein Mensch. Im Gefühle der unbedingten Hilfsbereitschaft Deutschlands und in der auch von Deutschland geteilten Überzeugung, Italiens Wünschen bis zur äußersten Grenze entgegengekommen zu sein, sieht man aber auch der ungünstigsten Möglichkeit mit Seelenruhe entgegen.

☾ **Sofia,** 11. Mai. (Telegr.) Von dreiverbandfreundlicher Seite wird hier betont, daß in Italien die Entscheidung gegen die frühern Dreibundgenossen gefallen sei und daß Italien den Dreiverband mit Heeresmacht unterstützen werde. Bulgarische leitende Personen haben daraus zunächst den Schluß gezogen, daß der Dreiverband aus eigner Macht den verbündeten Kaiserreichen nicht gewachsen sei. Daher bemühe er sich, neben den australischen Maori auch andere Helfershelfer, wo immer es möglich sei, zu suchen. In dieser Auffassung bestärken die Bulgaren die Nachrichten von unserm siegreichen Fortschreiten gegen die russische Hauptmacht, deren Zusammenbruch sich zu vollenden scheint. Die Gerüchte über ein russisches Vorgehen gegen die türkisch-europäische Küste am Schwarzen Meer sind auch bis jetzt nicht bestätigt.

Z **Von der schweizerischen Grenze,** 12. Mai. (Telegr.) (Havas.) Den Pariser Blättern wird aus Rom gemeldet: Die Gesandten von Bulgarien und Rumänien begaben sich nach der Consulta und besprachen sich mit Sonnino. [Havas ist als Lügenquelle bekannt.]

14./V. 1915.

Die italienische Spannung.

Das Parlament soll entscheiden.

Parteistreit. — Fortdauer der Verhandlungen.

M Rom, 12. Mai. (Priv.-Tel. Ctr. Frkft.) Nachdem auch der heutige Ministerrat keine Klarheit in die Situation gebracht hat, ist es schwerer denn je, den Ausgang dieser Krise vorauszusagen, die immer mehr einen inneren Charakter annimmt. Bis gestern konnte man noch glauben, daß eine Einigung zwischen der Regierung und Giolitti möglich sei. Nach dem gestrigen heftigen Angriff des „Giornale d'Italia" auf Giolitti ist jedoch klar, daß der Gegensatz unüberbrückbar ist. Dieser Artikel wird allgemein auf Sonnino zurückgeführt und dient heute allen Blättern der Kriegsparteien als Leitmotiv zu den stärksten Ausfällen auf Giolitti und dessen Aktion, so daß sich dieser genötigt sieht, in einem Brief an die „Tribuna" dagegen zu protestieren, daß er in einer Versammlung der Reformsozialisten als Feind des Vaterlandes in Acht erklärt worden sei, während er doch nur das Bürgerrecht der freien Meinungsäußerung ausgeübt habe.

Die Aenderung, die in der Lage seit gestern eingetreten ist, besteht darin, daß die Interventionsfrage, welche bisher nur von der Regierung behandelt wurde, nun zum Gegenstand von Parteikämpfen geworden ist. Die Regierung hat dem offenbar Rechnung getragen, indem sie beschloß, die Entscheidung dem Parlament zu überlassen.

Unterdessen werden die diplomatischen Verhandlungen weitergeführt. Zwar sind die Anträge Oesterreich-Ungarns an Italien jetzt amtlich bekannt gegeben und auch im ganzen durch die Presse veröffentlicht worden. Es bleibt jedoch für Verhandlungen noch Raum, da einige Zugeständnisse nur allgemein benannt, aber nicht fixiert sind. Daneben dauern aber auch Unterredungen mit den Botschaftern der Entente an. Der neue russische Botschafter von Giers, der heute angekommen ist, wurde sofort von Sonnino empfangen.

Die Mehrheit des Parlaments für den Frieden. — Die Argumente der Kriegspartei. — Kundgebungen.

o Mailand, 13. Mai. (Priv.-Tel. Ctr. Frkft.) Die Erregung in Italien ist auf den höchsten Grad gestiegen. Welche Beschlüsse der gestrige Ministerrat gefaßt hat, ist hier nicht bekannt, jedoch weiß man, daß die Besprechung der internationalen Lage, sowie die Berichte des Kriegsministers und des Marineministers über ihre Vorbereitungen den Gegenstand der Sitzung gebildet haben.

Aus dem offiziösen „Giornale d'Italia" geht hervor, daß das Kabinett noch auf dem Kriegsstandpunkt verbleibt, während die Mehrheit der Kammer und des Senats, wie das selbst die Interventionspresse zugeben muß, einem friedlichen Ausgleich zugeneigt ist. Die Argumente, welche die Kriegspartei gegen die friedliche Verständigung auf Grund der österreichischen Vorschläge vorbringt, deren Ausdehnung nur eine rhetorische Bekämpfung auf sentimentaler Basis erlaubt, gipfeln darin, daß Italien die versprochenen Abtretungen nicht realisieren könne, wenn Oesterreich-Ungarn Sieger bleibe, während im andern Falle die Entente den Italienern nicht erlauben würde, kampflos und opferlos in den Besitz der abgetretenen Gebiete zu kommen.

Die Erregung des Volkes gibt sich in unaufhörlichen Straßen-Kundgebungen kund. D'Annunzio ist gestern, nachdem eifrigst Reklame für ihn gemacht worden war, bei seiner Ankunft am Bahnhof in Rom von einer Riesenmenge empfangen worden. Er beglückte vom Balkon seines Hotelzimmers herab die Menge mit einer seiner gewohnten rhetorischen Fanfaren. Großen Umfang nahmen die Kriegskundgebungen an, zu welchen die Interventionisten von der Regierung ermutigt werden, damit die Regierung die Hilfe der „Piazza" gegen das Parlament habe. Auf den Himmelfahrts-Nachmittag ist wieder eine große Kundgebung im Parke von Mailand angesagt. In Turin kamen gestern auf den Straßen heftige Zusammenstöße zwischen Neutralisten und Kriegshetzern vor.

Das sozialistische Zentralorgan „Avanti" wendet sich heftig gegen die Regierung, weil sie die Kriegskundgebungen der Minderheit des Volkes unterstütze und kündigt eine energische Gegenaktion der sozialistischen Partei an.

Der Demissionsbeschluß des Ministerrates.

K. Rom, 13 .Mai. (Meldung der Agenzia Stefani.) Heute vormittags berief Ministerpräsident Salandra, als sich die Minister bei ihm zwecks Unterzeichnung von Dekreten durch den König zusammenfanden, für halb 4 Uhr nachmittags einen Ministerrat ein. Dieser Ministerrat beschloß die Demission des Kabinetts.

Salandra machte von dem Beschlusse um 7 Uhr abends dem König Mitteilung.

K Rom, 13. Mai. Die Agenzia Stefani meldet:

Der Ministerrat hat in Erwägung, daß es bezüglich der Richtlinien der Regierung in der internationalen Politik an jener Eintracht und Uebereinstimmung der konstitutionellen Parteien, wie sie der Ernst der Lage erheischen würde, mangelt, beschlossen, dem König die Demission des Kabinetts zu unterbreiten.

Der König hat sich die Beschlußfassung vorbehalten.

Berufungen zum König.

K. Rom, 13. Mai. „Giornale d'Italia" meldet in einer Mitternachts erschienenen Extraausgabe:

Kammerpräsident Marcora ist abends in Rom eingetroffen und begab sich um halb 10 Uhr zu einer Besprechung mit dem König, die eine Stunde währte.

Morgen wird der König die Präsidenten der Kammern und andere Persönlichkeiten befragen.

Neue Freie Presse
14./V. 1915

Internierung aller den feindlichen Staaten angehörenden Männer in England.

London, 13. Mai.

Der Parlamentskorrespondent der „Daily News" meldet, daß das Kabinett beschlossen habe, alle den feindlichen Staaten angehörenden Männer zu internieren. Frauen und Kinder sowie Naturalisierte sollen nicht interniert werden.

Neues Wiener Tagblatt
14./V. 1915.

Der Gegensatz zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland.

Unter diesem Titel veröffentlicht Doktor Alexander Redlich eine längere politische Arbeit, die im Verlage der Deutschen Verlagsanstalt (Stuttgart und Berlin 1915) erschienen ist. Das Buch des Verfassers bringt vieles mehr, als sein Titel besagt. Außer einer Analyse der Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns und Rußlands und dem Nachweis, daß der Konflikt dieser beiden Staaten seinen Ursprung in erster Linie den russischen Ausdehnungsbestrebungen nach der Balkanhalbinsel verdankt; außer einer Charakteristik der gegenseitigen Beziehungen dieser Staaten und der Beziehungen andrer Mächte am Vorabend des Krieges finden wir darin eingehende Widerlegung von Ansichten, die den Blick für den wahren Inhalt des jetzigen Kampfes leicht trüben können. Und eben dieses macht den ganz besonderen Wert dieser Arbeit aus. Dr. A. Redlich huldigt nicht der namentlich in Deutschland sehr verbreiteten Anschauung, als ob der englisch-deutsche Antagonismus die ursprüngliche und grundsätzliche Ursache des gegenwärtigen Krieges wäre, als ob England die Haupttriebfeder gewesen wäre. Er beweist im Gegenteil in sehr beredter und überzeugender Weise, daß sich die Sache ganz anders verhalte, daß der wirkliche Anstifter des Krieges Rußland ist und daß gegen diese Macht die vereinte Abwehr des kultivierten Europa sich richten sollte.

Der Autor meint: „Wenn ich Rußland mit seiner unersättlichen Eroberungssucht, mit dem Tiefstande seiner Kultur und mit der vollkommenen Skrupellosigkeit seiner Führer (auch dem eigenen Volke gegenüber) als eine eminente Gefahr betrachte, so will ich damit keineswegs leugnen, daß auch die Vorherrschaft Englands, seine diktatorische Beherrschung der Meere und seine geschäftsmäßige, grausam berechnende Politik nicht ebenfalls eine große Gefahr sind. Beide mit einem Schlage aus der Welt zu schaffen halte ich für unmöglich. Dies scheint mir aber auch überflüssig, weil der zwischen ihnen selbst bestehende Gegensatz zwar vertagt, nicht aber aufgehoben worden ist. Es wird die Zeit kommen, wo der eine von ihnen den andern vernichten wird, und unser Interesse wird es dann sein, die Vernichtung des Stärksten, Gefährlichsten und unserm Wesen Gegensätzlichsten zu wünschen und zu fördern.

Mir scheint es nun, daß in Wirklichkeit Rußland die größere Gefahr bedeutet. Denn eine stärkere Waffe als Klugheit, Geld und Kolonien, die von verschiedenen Völkern und Rassen bewohnt sind und oft nur durch das Bewußtsein von Englands Macht niedergehalten werden können, ist ein zahlloses unverbrauchtes Volk in den Händen einer kleinen, skrupellosen, ehr- und gewinnsüchtigen Kaste. Rußland darf nicht nach den allbekannten Anzeichen seiner inneren Korruption beurteilt werden. Das hat der Krieg schon jetzt gelehrt. Dieses Land steht erst vor der Entwicklung seiner nationalen Kräfte. Es hat gewissermaßen sein Leben vor sich, und es hat eben erst begonnen, eine politische Rolle in Europa zu spielen. Wenn England bisher imstande war, Inder und Neger zu beherrschen, so besitzt Rußland die Kraft und Brutalität, um Europäer zu unterjochen. Das letzte Ziel der englischen Kriegführung ist die Verteidigung, auch wenn sie sich genötigt glaubt, einen gefürchteten Gegner womöglich niederzuschlagen und zu zerstückeln. Rußland aber ist ausgesprochener Angreifer und führt einen reinen Eroberungskrieg. Beginnt es erst zu siegen, so schwillt es wie die rollende Lawine an und wird mit jedem Tag unüberwindlicher. Englands Sieg würde zweifellos Deutschland schwächen und in die zweite Reihe zurückdrängen, Englands Sturz aber, wenn er nicht von einer völligen Zurückdrängung Rußlands begleitet ist, würde in erster Linie diesem zugute kommen und seine Weltherrschaft fast unaufhaltsam machen.

Das Sinken der englischen Macht würde zweifellos die freie Entwicklung mancher Völker bedeutend fördern. Es würde Zustände beseitigen, die längst als drückend empfunden wurden, und es würde Deutschland von einer Drohung befreien, die seine Politik seit langem beeinflußt hat. Die Niederwerfung Rußlands aber würde zweifellos ganz Europa vor einem Unheil wahren, dessen Tragweite es noch gar nicht kennt, weil es noch nichts davon zu spüren hatte. Nur der engste Nachbar und gehaßteste Gegner Rußlands, Oesterreich-Ungarn, hat das Wesen des Russentums am eigenen Leib erfahren. Die viel zu wenig bekannte Leidensgeschichte der Monarchie aber ist ein Beweis dafür, daß Rußland, wenn es erst seine Ziele erreicht hätte, zu einer Geißel für die kultivierte Welt würde."

Der Verfasser ist folgender Ansicht: „In gewisser Hinsicht bildet Europa unter sich ein Ganzes; es besteht aus Völkern, deren Kulturentwicklung größtenteils von ungefähr gleicher Dauer und paralleler Richtung ist und die in kultureller Hinsicht durch unendlich verzweigte Wechselwirkungen fast unlöslich miteinander verknüpft sind. . . . In diesem tiefsten Sinn gehört Rußland nicht zu Europa. Was es an europäischem Wesen angenommen hat, ist 200 Jahre alt gegenüber den zwei Jahrtausenden, in denen dieses europäische Wesen in gemeinsamer Arbeit der andern Nationen geschaffen wurde. . . . Für unser Empfinden ist der Kulturzustand Rußlands ein außerordentlich fragwürdiger, und eine russische Invasion Europas würde die Vernichtung fast aller Werte bedeuten, die uns zu Kulturvölkern machen. Siegt Rußland endgültig, dann bricht ein völlig neues Zeitalter herein, und die Spuren der bisherigen Kulturperiode müssen verwischt werden, um neuen Anfängen Platz zu machen."

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet Doktor Redlich den russisch-österreichischen Konflikt und beweist, daß der Kampf gegen Rußland der wichtigste in diesem Kriege ist.

Ungarisches Abgeordnetenhaus.

Die Lage in Bosnien und der Herzegowina.

* Wien, 13. Mai.

Aus Budapest wird uns berichtet:

Der Abg. Szmrecsanyi brachte in der Mittwochsitzung des Abgeordnetenhauses eine Interpellation ein, in der er sich mit der Lage in Bosnien und der Herzegowina befaßte. Er führte in Begründung seiner Interpellation aus: Bereits am 15. Juli, nach dem Morde von Sarajevo, habe er in einer Interpellation bewiesen, daß die großserbische Propaganda einen bedeutenden Teil der annektierten Provinzen sowie einzelne südliche Teile der Monarchie infiziert habe. Der vollständig unberechtigte Systemwechsel in den annektierten Provinzen, die Indolenz, Unfähigkeit und Kopflosigkeit der zur Verwaltung und zur Kontrolle berufenen Organe seien Schuld gewesen, daß das Attentat gelungen ist. Solange dieses Regime dort herrsche, werden konsolidierte Zustände nicht eintreten können. Hoffentlich werde der neue gemeinsame Finanzminister Dr. v. Koerber Wandel schaffen. In ganz Ungarn habe es aber peinliches Aufsehen hervorgerufen, daß an der verantwortlichen Regierung Bosniens und der Herzegowina kein Ungar beteiligt sei.

Er habe bereits im Juli dargelegt, daß die verantwortlichen Organe der bosnischen Verwaltung sich anläßlich der Ermordung des Thronfolgers schwere Pflichtversäumnisse zuschulden kommen ließen. Entweder wußten sie nämlich nichts von den verbrecherischen Umtrieben oder sie wußten davon und unterließen die notwendigen Verfügungen. Die beiden Personen, die sich nichts zuschulden kommen ließen, der Zivildadlatus Mandic sowie der Chef der Verwaltungssektion Zurovic, wurden abgesetzt. Dagegen wurde der Chef der Präsidialsektion Baron Collas, der den Feldzeugmeister Potiorek über alles informieren sollte, nicht nur nicht bestraft, sondern sogar ausgezeichnet. Baron Collas hat ferner den wichtigen Posten eines Polizeichefs in Sarajevo Dr. Gerde anvertraut, der nie exekutive Dienste geleistet hat und keine polizeilichen Erfahrungen besaß. Für das Sarajevoer Attentat wurde bisher niemand zur Rechenschaft gezogen, der die Verantwortung darüber zu tragen hat.

Verhaftungen in Südungarn.

Der Interpellant besprach hierauf die Zustände in Kroatien und Slawonien, wo ebenfalls gewisse politische Strömungen herrschen. Die kroatische Gesellschaft steht allerdings an patriotischer Opferwilligkeit und Patriotismus der ungarischen Gesellschaft in nichts nach. Redner besprach sodann die Maßnahmen, die gegen die Spione und politisch Verdächtigen in Südungarn getroffen wurden, und erklärte, leider hätten sich in einzelnen Gegenden die behördlichen Organe dabei von politischen Standpunkten leiten lassen. So wurden die Ujvideker Advokaten Stephan Adamovics und Konstantin Hadzsi, vollkommen korrekte, politisch verläßliche und einwandfreie Männer, ohne Grund interniert. Der erste ist noch jetzt in Debreczin interniert, während Hadzsi bedingungsweise nach Ujvidek gelassen wurde. Hier versprach er in einem Brief an den Obergespan, in Hinkunft andere politische Wege gehen zu wollen, worauf die Internierung aufgehoben und er sogar in die Munizipalvertretung gewählt wurde.

Redner richtete schließlich an den Ministerpräsidenten die Anfrage, ob er geneigt sei, seinen verfassungsmäßigen Einfluß in Bosnien und der Herzegowina auszuüben, und ob er gegen jene Organe, die auch jetzt im Dienst der Parteipolitik gegen anständige Bürger Hetzjagden veranstalten, vorgehen wolle.

Die Antwort des Grafen Tisza.

Ministerpräsident Graf Tisza führte in Erwiderung auf die Interpellation aus: Bei Ausbruch des Krieges in den ersten Mobilisierungstagen stellte es sich heraus, daß die Militärbehörde einseitig massenhafte Verhaftungen durchführte. Es wurden sogenannte politische Verdächtige in Haft genommen. Diesem Verfahren gegenüber mußte pflichtgemäß Stellung genommen werden, da in jenen Fällen, in denen es sich nur um einen gewissen generellen Verdacht handelte, der sich auf die politische Haltung des Betreffenden bezieht, nur die politische Behörde zur Beurteilung zuständig ist. Dieser Standpunkt ist dann auch voll zur Geltung gekommen. Während der Zeit der darüber schwebenden Verhandlungen fanden Verhaftungen in größerer Anzahl statt.

In Ujvidek war die Lage durch den Umstand kompliziert, daß die Stadt im unmittelbaren Rayon der Festung Petervarad liegt. Nachdem ich erfahren hatte, daß die dortige Militärbehörde die Verhaftung von 34 Bürgern wegen politischer Verdächtigkeit forderte, ersuchte ich den zu den südlichen Streitkräften als Regierungskommissär delegierten Baron Bela Tallian sich in dieser Angelegenheit mit den Militärbehörden ins Einvernehmen zu setzen. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß der Regierungskommissär der Verhaftung zweier Personen zustimmte, in 17 Fällen konnten die Betreffenden auf freiem Fuß in Ujvidek bleiben. Bei den übrigen hielt der Regierungskommissär die Verhaftung nicht für notwendig, das Militär erklärte aber, die Betreffenden auf eigene Verantwortung zu verhaften. Es wurde dann vereinbart, daß jene, die sich freiwillig unterwerfen, in einer Stadt im Innern des Landes interniert werden, und nur die, die sich der Internierung nicht unterwerfen wollten, verhaftet werden.

Abg. Szmrecsanyi: Man drohte ihnen mit dem Galgen! Da wären sie Narren gewesen, zu bleiben und sich verhaften zu lassen! Es ist nur natürlich, daß sie sich entfernt haben!

Graf Tisza: Aber nicht der Obergespan hat gedroht. Siebzehn Personen haben sich der Internierung unterworfen und wurden nach Debreczin, Budapest, Czegled und Szeged gebracht. Adamovics hätte nach Ujvidek zurückkehren können, wenn er sich der polizeilichen Aufsicht unterworfen hätte. Da er dies nicht tat, wurde er in Oedenburg interniert, und ihm dann gestattet, nach Budapest zu übersiedeln. Im März konnte er nach Ujvidek zurückkehren.

Die Zustände in Bosnien.

Bezüglich der Zustände in Bosnien führte der Ministerpräsident aus, er wolle sich der auf ihn fallenden Verantwortung für die bosnische Verwaltung nicht entziehen. Seine Verantwortung erstrecke sich aber nicht auf administrative Verfügungen, wie Ernennung von Beamten. Redner nimmt Baron Collas in Schutz, der ein Stockungar sei. Neben ihm stünde noch ein zweiter Ungar im Vordergrund der Verwaltung, Unkelhäusser. Bezüglich der Politik in Bosnien glaube er, daß es hier nur eine Politik gebe, die darin besteht, daß man dort keine Politik machen darf. Die Aufgabe ist, Bosnien gegen den äußeren Feind zu verteidigen und die Ordnung, die Herrschaft des Gesetzes zu wahren, gleiches Recht walten zu lassen, ohne Unterschied der Religion, der Rasse und der Nationalität. Nach dem Krieg wird die Zeit kommen, um in Bosnien Politik zu machen. Die erste, unbedingt zu lösende Aufgabe wird sein, dem gegenwärtigen Provisorium ein Ende zu bereiten und Bosnien aus seiner heutigen Zwitterstellung herauszuheben, die ein Uebel für die Struktur der Monarchie, jedenfalls aber ein solches für die inneren bosnischen Zustände bedeute. Daran, daß die bosnische Lage sich in so wenig günstiger Richtung entwickelt hat, ist nicht zum geringsten Teil die Unsicherheit schuld, in der die Bevölkerung Bosniens vor der Frage steht, wie sie sich ihre Zukunft vorzustellen hat.

Die Zeit
14./V. 1915

II

Ungarische Abgeordnetenhaus.

Ueber die äußere Politik.

Zum Schluß der Sitzung begründete Abg. Rakovszky eine Interpellation über die auswärtige Situation. Er verwies darauf, daß Graf Tisza auf die Anfrage des Grafen Karolyi erwidert hätte, er sei augenblicklich nicht in der Lage, Aufklärungen über auswärtige Fragen zu geben, und auch nicht die Verpflichtung übernehmen wollte, dies auch noch während der jetzigen Tagung des Hauses zu tun. Diese Erklärung sei mit Rücksicht auf das parlamentarische Kontrollrecht absolut unannehmbar, sei unbegreiflich, warum er nicht wenigstens im großen allgemeine Aufklärungen geben wolle.

Der Wechsel im Ministerium des Aeußern.

Redner fuhr dann fort: Warum die große Geheimtuerei? Sind nicht wichtige Ereignisse geschehen, über die wir seit unserer letzten Tagung Aufklärung verlangen können? Es gab von heute auf morgen eine Krise im Ministerium des Aeußern aus Gründen, die uns nicht bekannt sind. Das allein wäre schon sehr beunruhigend. Wir setzen von dem Grafen Leopold Berchtold nicht voraus, daß ihn ausschließlich Bequemlichkeitsgründe geleitet hätten; er besaß Patriotismus und Opferwilligkeit genug, um in dieser schweren Zeit sein Amt weiter zu führen. Gab es kleinliche Intrigen? Ich kann nicht voraussetzen, daß er in so großen Zeiten wegen solcher geschieden wäre! Hat er Fehler begangen? Solche Fehler können hier mitgeteilt werden, und wenn sie im Parlament mitgeteilt werden, so würde das nur Beruhigung hinsichtlich der Führung der auswärtigen Politik schaffen können. Es gäbe noch eine Möglichkeit: Systemwechsel. Aber wenn das geschehen wäre, so würden wir die Spuren im inneren Regiment fühlen, denn ein Richtungswechsel in der Auslandspolitik ist nicht denkbar ohne einen Richtungswechsel in der inneren. Warum also werden wir im dunkeln gehalten?

Das ist um so auffallender, als die führenden Männer in England, Frankreich, sogar in Serbien über die auslandspolitische Situation Erklärungen abgegeben haben. Die Duma spricht von der Eroberung Konstantinopels und schert sich nicht darum, daß das in dem verbündeten England und Frankreich Mißfallen erregt. Heute lesen wir in den Zeitungen, daß in Italien die Minister die einflußreichen Abgeordneten zu Konferenzen einladen, um die auslandspolitische Lage zu besprechen. Und bei uns besteht keinerlei Berührung mit den parlamentarischen Parteien, wir werden nur einberufen, um über die Zentrale der Finanzinstitute und über kleine Spiritussteuervorlagen zu beraten, nicht aber über die großen Fragen. Wenn der Ministerpräsident im Hause sich über diese Fragen nicht äußern will, so hätte er jedenfalls die Pflicht, den führenden Männern der Parteien die Richtungsprinzipien mitzuteilen.

Die Patrouille für Serbien.

Abg. Sztankovanszky: Der Krieg hat in jeder Richtung die Politik des Herrn Ministerpräsidenten gerechtfertigt! (Lärm.)

Abg. Stephan Rakovszky: Namentlich die Patrouille, die in Serbien Ordnung gemacht hat. (Lärm rechts. Rufe: Der Ministerpräsident hat das nie gesagt.) Ich kann nichts dafür, daß dem Ministerpräsidenten nahestehende Zeitungen das so gebracht haben. Auch das wäre kein Unglück, wenn der Herr Ministerpräsident das gesagt hätte. Ein Fehler ist es, daß die Zeitungen so etwas schreiben konnten... (Lärm und Unruhe.)

Graf Tisza: Ich hätte das gesagt? Ich habe das in keiner einzigen Zeitung gesehen.

Abg. Stephan Rakovszky: ...und ein noch größerer Fehler ist es, daß man diese Worte dem Herrn Ministerpräsidenten zugemutet hat. Zu einer Zeit, wo in sämtlichen Parlamenten Aufklärungen erteilt werden, wo man überall Berührung mit den parlamentarischen Parteien sucht, geschieht bei uns in dieser Hinsicht gar nichts. Bei uns erklärt der Herr Ministerpräsident, er kann nicht sagen, ob er in der Lage sein wird, sich jetzt zu äußern.

Unser Verhältnis zu Italien.

Das fällt um so schwerer ins Gewicht, weil unser Verhältnis zu Italien, wie es scheint, eine kleine Veränderung erlitten hat. Noch vor zwei Tagen war es bei uns den Zeitungen verboten, auch nur den Namen Italiens zu erwähnen, und demjenigen, der die Zeitungen seit Beginn des Krieges genau liest, fällt es auf, daß sozusagen seit Dezember unsere Zeitungen über Italien keine politischen Nachrichten brachten. Man wollte unser Publikum nicht über Dinge aufklären, die man im Auslande offen bespricht. Das Berliner Tageblatt hat seit Anfang Mai einen beunruhigenden Artikel um den anderen veröffentlicht. Ich will nur eine solche Mitteilung verlesen: „Heute nachmittags wurde Fürst Bülow vom König in Audienz empfangen. Die Unterredung dauerte etwa eine Stunde. Es ist sehr möglich, daß auch diese Meldung wieder Anlaß zu optimistischen Kommentaren geben wird. Wir können nur wiederholen, was wir gestern abends und heute früh, im Anschluß an die Nachricht über die Verschiebung der Parlamentssitzungen gesagt haben: Es liegt kein Anzeichen dafür vor, daß das Kabinett Salandra-Sonnino seiner Politik eine friedlichere Wendung zu geben gedenke."

In derselben Nummer ist folgende Meldung enthalten:

„Einstellung des Güterverkehrs in Oberitalien. Die schweizerischen Eisenbahnbehörden wurden davon verständigt, daß der Fracht- und Eilgutverkehr auf den Linien nach Verona und Venedig eingestellt wurde. In Lugano sind gestern und heute viele der in Italien ansässigen Deutschen eingetroffen."

Von Tag zu Tag veröffentlichen die ausländischen Blätter über Italien beunruhigende Nachrichten, nur bei uns durfte bis vor zwei Tagen nicht ein Wort geschrieben werden. Auch vorgestern wurden nur solche Nachrichten veröffentlicht, die vollständig irrelevant waren. Außer den Namen Italiens enthielten sie nichts. Wozu diese Geheimtuerei? Glaubt der Herr Ministerpräsident nicht, daß dadurch der Eindruck erweckt wird, man dürfe unserem Volke die Wahrheit nicht mitteilen?

Redner richtet schließlich folgende Interpellation an den Ministerpräsidenten:

„Da der Herr Ministerpräsident auf meine gestrige Anfrage betreffend die auswärtige Lage jede Orientierung verweigert hat, richte ich an ihn die Anfrage, welche spezielle Ursachen den Herrn Ministerpräsidenten dazu veranlassen, uns selbst allgemein gehaltene Aufklärungen zu verweigern."

Die Interpellation wurde an den Ministerpräsidenten geleitet.

Berner Bund
15./V. 1915

Schweizer. freisinnig-demokratischer Parteitag

Sonntag, 16. Mai in Bern

Zum ersten Mal seit dem Ausbruch des europäischen Krieges wird das Schweizervolk in den nächsten Tagen eine durch die Weltereignisse ihm auferlegte große, positive, politische Aufgabe zu lösen haben. Den durch die Behörden getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen zum Schutze unseres vom größten Krieg der Geschichte umbrandeten Landes muß der nötige finanzielle Rückhalt gegeben werden. Es gilt darüber hinaus, den Bund lebenskräftig zu erhalten in einer Zeit, da seine Kraft allein uns vor gegenwärtigen und kommenden Gefahren zu schirmen vermag. Bundesrat und Bundesversammlung haben das ihre getan.

Jetzt geht der Ruf ans ganze Volk!

*

Darum wird der Parteitag vom nächsten Sonntag ein eidgenössischer Volkstag sein und sich jenen großen, freien Landsgemeinden anreihen die in der Geschichte der schweizerischen Demokratie noch immer den Schicksalsjahren ihren Stempel aufgedrückt haben. Aber wenn es früher um politische Fortschritte und kulturelle Eroberungen ging, so gilt es heute das Errungene zu verteidigen. Schwerer als alle Bürger ist der Bund von den wirtschaftlichen Rückschlägen getroffen und das in einer Zeit, in der ihm die militärischen Rüstungen außerordentliche Lasten auferlegen. Wenn die Greuel dieses ungeheuerlichen Krieges an unsern Grenzen Halt machten, so dankt das jeder einzelne von uns der Eidgenossenschaft, die ein kampfbereites Heer gebildet, bewaffnet und unter die Fahnen gerufen hat. A[illegible] für einen! Der Staat hat keinen Augenblick gezögert, das Wort zur Wahrheit zu machen und er wird seine Pflicht erfüllen, so lange er kann, das heißt so lange die Bürger den andern Teil des nationalen Losungswortes ebenso heilig hält: Einer für alle!

Wenn der Bund nicht durch außerordentliche Mittel gestützt würde, so müßte er unter der Last seiner Aufgabe zusammenbrechen und unser Land läge bald als feile Beute zwischen den kriegführenden Großmächten. Die schweizerische Demokratie, die den Bund auf- und ausgebaut hat, muß heute bereit sein, ihn mit ganzer Kraft, wenn nötig mit der letzten Anstrengung, aufrecht zu erhalten. Wir stehen wieder im Schicksalsjahr. Es wird den Wert unserer ganzen staatlichen Entwicklung seit hundert Jahren erproben.

Die Behörden haben ihre Pflicht getan. Das Volk hat das Wort.

*

Es war im Mai 1815 — im letzten europäischen Krieg. Schon war die „ewige Neutralität der Schweiz" von den europäischen Mächten grundsätzlich anerkannt; da wurde unser Volk widerstandslos in einen ruhmlosen Krieg hineinmanövriert. 1848 erhoben die kontinentalen Garantiemächte den Anspruch auf Bevormundung unseres Landes in innerpolitischen Angelegenheiten, und sie stützten sich dabei auf die gleiche Neutralitätsakte, die heute noch die rechtliche Grundlage unserer internationalen Stellung bildet. Wie war das möglich? Es fehlte die Zusammenfassung der Kräfte des Volkes zum einheitlichen Staatswillen. Das hatten die Schweizer von damals erkannt und deshalb erkämpften sie sich mit bewaffneter Hand und ertrotzten sie sich, ungeachtet des Zorns mächtiger Nachbarn, jene Bundesverfassung, auf deren Fundamenten das Gebäude steht, das uns heute sturmfestes Obdach gewährt.

Eine Mahnung und Warnung: Laßt das Haus nicht zerfallen!

Heute wieder, und heute mehr als je, ergeht der Ruf „die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu erhalten und zu fördern". Hört den Ruf und gebt ihn weiter, von Stadt zu Land und von Dorf zu Dorf, bis sie aufstehen in deutschen und welschen Gauen und Hand anlegen ans gemeineidgenössische Werk!

Denn in der Volksherrschaft sind alle berufen und auserwählt und jeder ist verantwortlich vor der Vergangenheit und für die Zukunft des Landes. Es ist nicht mehr an der Regierung, es liegt nun am einzelnen Bürger, ob die Schweiz stark oder schwach sein soll in einer Zeit, die im Zeichen der Gewalt steht.

Darum ist nächsten Sonntag in der Bundesstadt das eidgenössische Banner aufgepflanzt.

Sammlung! Schart euch unter dem nationalen Wahrzeichen, um in großer, freier Volksgemeinde mit den Vertretern des schweizerischen Bundesrates zu erwägen, was dem Lande nottut.

*

Landmann, wenn du Sonntags durch die sprießenden Saaten stadtwärts wanderst, dem eidgenössischen Volkstag zu: wirf einen Blick zurück auf das satte Wachstum deiner Kulturen. Du hast die Aecker bestellt, mit mehr Mühe wohl, als in andern Jahren, aber doch im Frieden. Denn draußen an der schweizerischen Landesmark stand der eiserne Zaun unserer Bajonette, damit wir in ruhiger Erwartung der Ernte säen mögen.

Aber bis sich die Aehren neigen, kann alles anders geworden sein . . . Wer weiß, welche Prüfungen noch über den Bund der Eidgenossen kommen? Er wird sie mannhaft bestehen, wenn sich jeder Schweizer, ob in oder hinter der Front, mit gutem Gewissen sagen darf: an mir soll's nicht fehlen.

Darauf wollen wir uns am Sonntag in Bern das Wort geben.

15./V. 1915

Der vollständige Sieg Japans.

E. F. Der chinesischen Regierung hat es nichts genützt, daß sie allerlei Versuche gemacht hat, den harten Forderungen des starken Nachbarlandes zu entrinnen, auch der letzte, nämlich die runde Ablehnung der Gesamtbedingungen, die ihr offenbar durch die nordamerikanische Regierung anheimgegeben war, hat die Notwendigkeit nicht abgewandt. Japan hat nicht nur über China gesiegt, sondern über sechs europäische Großmächte und eine amerikanische. Es hat seine Zeit wahrgenommen und sich durch die Lockungen Frankreichs und Rußlands, vielleicht auch Englands, nicht irren, nicht kirren lassen, es ist geradeswegs auf sein Ziel losgegangen, anstatt den es anbuhlenden europäischen Mächten, ein Heer zur Beseitigung Deutschlands zu senden. Wir kennen die Beweggründe der japanischen Staatsmänner nicht genau, weil sie sich niemals darüber ausgesprochen haben, aber es sollte uns nicht wundern, wenn sie gedacht hätten: Wir haben gar keine Veranlassung, den Streit in Europa zu beenden, denn dann haben wir damit zu rechnen, daß uns nachträglich die siegreichen Verbündeten noch in den Arm fallen; je länger sie sich das Gleichgewicht halten, desto unumschränkter können wir in Ostasien walten, desto eher kann Japan seine finanziellen und kriegerischen Hilfsmittel auf eine Höhe bringen, die es im Besitze der neuen Errungenschaften schürft.

Deutschland hat Grund zu bitteren Klagen über Japans Verhalten, aber es wird mit der Anerkennung nicht zaudern, daß die neue Großmacht klug, folgerichtig und entschlossen gehandelt hat. Sie hat sich Bedingungen erobert, die ihr gestatten, das an Volkszahl ungefähr siebenmal so große chinesische Reich auszubeuten. Es ist eine Art Verhältnis wie zwischen England und Indien, nur daß den Japanern China vor der Tür liegt, während Englands Verbindung mit Indien auf einem weiten Seewege beruht, der keineswegs gegen alle Gefahren geschirmt ist. England hat seit siebzig Jahren in Indien ziemlich vollständigen Freihandel walten lassen; ob es darin fortfahren wird, weiß man noch nicht. Japan wird diesem Beispiele wahrscheinlich nicht folgen, jedenfalls wird es handelspolitisch China so behandeln, wie es ihm am vorteilhaftesten zu sein scheint. Da der Zug der Zeit jetzt allgemein nach dem Schutzzoll geht, so wird wahrscheinlich auch Japan „auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege" den Handel Europas und Nordamerikas möglichst zurückzudrängen suchen.

Darunter wird der am meisten leiden, dessen Handel am meisten in Blüte steht, und das ist England; desgleichen seine Schiffahrt. China ist mit Steinkohlen außerordentlich gesegnet, der Abbau ist aber erst in seinen Anfängen; Japan wird schon dafür sorgen, daß so rasch wie möglich Zechen angelegt werden und Bahnen, die das Erzeugnis nach geeigneten Häfen bringen, von wo sie ausgeführt werden können, nicht nur nach den chinesischen und japanischen Bedarfsplätzen, sondern nach allen Häfen des Stillen Ozeans, wo sie konkurrenzfähig sein werden. Es ist zu vermuten, daß der Kohlentransport nicht gerade die englischen Schiffe bevorzugen wird. Auch werden die englischen Kohlendampfer, wenn sie einen Teil ihrer pazifischen Kundschaft an die japanische Schiffahrt verlieren, das besonders beklagen, weil das wohl die weitesten Reisen waren, die sie zu machen hatten, folglich die höchsten Frachten abwarfen. Auch der angebliche Handel mit Hongkong wird in Mitleidenschaft gezogen werden, denn im Grunde beruhte er nur auf dem Absatz nach China, ausgenommen den Kohlenhandel, der die Schiffahrt versorgte; dieser aber wird aus den angedeuteten Gründen viel an den chinesischen Kohlenbergbau verlieren.

Tu l'as voulu, Georges Dandin! England hat es für in seinem Interesse liegend erachtet, Japan emporzubringen, erst gegen Rußland, dann gegen Deutschland. Das Emporkommen ist nun eine vollendete Tatsache, England muß die Folgen tragen: Japan ist auch an Macht gegenüber seinem Verbündeten gewachsen, und es versteht sie mit so viel Geriebenheit auszunutzen, daß es die materiellen Vorteile des Handels mit China auf sich zu lenken wissen wird. Wie kommt es doch, daß Japan in Australien so bitter gehaßt wird? Es wird gefürchtet, und zwar besorgt man, daß es sich die Einwanderungsfreiheit nach Australien (auch Britisch-Kolumbien) erzwingen wird, und das Eindringen der anspruchslosen, geschickten, anstelligen Japaner fürchten die hochgelohnten Australier und Nordamerikaner sehr. Japan hat in Zukunft auch gewissermaßen für die Chinesen mit zu sorgen. Ihr Wohlstand wird ihm lieb sein, weil sie dann am kaufkräftigsten sein werden. Kommt es einst zum Ringen um Australien, so wird es Japan von großem Werte sein, wenn auch dort ein Stamm Chinesen sitzt, der von Japanern geleitet wird.

Rußland wird viel weniger bedroht. Es hat schon gelernt, auf die Südmandschurei zu verzichten; das Klima der Nordmandschurei ist aber den Japanern so wenig zuträglich, daß sie darauf wenig Wert legen. Ostchina und die Mongolei stehen durch die hohen Transportkosten, auch wiederum durch das Klima, unter einem russischen Schutzzoll, so daß die Japaner und ihr Handel dort nur langsam eindringen werden; viel mehr Wert werden sie darauf legen, mit Rußland zu freundschaftlichen Beziehungen zu kommen, damit sie an ihm einen Halt haben, wenn der Streit um die Länder des Stillen Ozeans losgeht, und sie werden den Russen eine gute Stütze bieten können, wenn der natürliche russisch-englische Gegensatz wieder aufbricht, wenn sie auch den Kampf mit den Engländern um Indien und Persien wieder aufnehmen werden. Kurz, auch von dieser Seite betrachtet, haben sich die Dinge zu Englands Nachteil verschoben.

Das Verhalten der Vereinigten Staaten ist schwer zu verstehen. Ihr Handel mit Ostasien ist noch nicht sehr groß, aber sie selbst haben seine Entwicklungsfähigkeit sehr hoch veranschlagt. Mit großem Stolze haben sie stets hervorgehoben, daß der Panama-Kanal nicht den Seeweg von Europa nach Japan und China abkürzen werde, wohl aber den von Neuyork, Boston, Baltimore und Neu-Orleans. Der Binnenschiffahrtskanal von Chikago nach dem Mississippi sollte die Industriegegend von Ohio und Pennsylvanien mit dem Seehafen Neu-Orleans verbinden, und ist damit eine sehr verbilligte Absatzgelegenheit nach den volkreichsten Ländern der Welt geschaffen. Es wird den Amerikanern nicht lieb sein, wenn ihr Handel fortan auf Vorzugszölle zugunsten

Hamburger Fremdenblatt
15./V. 1915

der vollständige Text folgt.

japanischer Waren stößt. Die Staatsmänner von Washington haben einst eine großartige ostasiatische Zukunftspolitik im Auge gehabt: die Philippinen sollten ihnen ein Stützpunkt für ihre Handels- und Kriegsinteressen in jenem Teil der Erde sein; Hawai eine stark befestigte Zwischenstation, der Panama-Kanal ein gewaltig geschützter, im Kriege nur ihnen offenstehender Richtweg, den ihre Flotte benutzen sollte, wenn Japan einst eine mit amerikanischen Interessen nicht vereinbare Politik treibe. Alle diese Befürchtungen haben nun eine greifbare Unterlage bekommen, zumal wenn Japan sich durch Chinas unerschöpfliches Menschenmaterial verstärkt.

Daß auch Deutschland zu den durch den Sieg Japans benachteiligten Ländern gehört, ist nie bestritten worden. Wie sollte unser Handel von den Schäden freibleiben, denen der englische und amerikanische ausgesetzt ist? Beruht er doch auf denselben Grundlagen! Und auch wir können nicht eher auf Wandlung hoffen, als bis die Mächte der weißen Rasse wieder so einig sein werden, wie einst gegenüber den Gewalttaten der Boxer. Dazu kommt für uns der Verlust Kiautschaus, der vorerst – freilich nur vorerst — Tatsache ist. Hierüber hat Japan mit der chinesischen Regierung Abkommen getroffen, die an der Spitze und am Schluß des Vergleichs stehen. Japan erwartet einen Friedensvertrag mit Deutschland, der die „Rechte, Vorteile und Gerechtsamen, die Deutschland kraft von Verträgen, Vereinbarungen oder anderswie im Verhältnis zu der Provinz Schantung besaß", betrifft und, was nicht ausdrücklich gesagt ist, an Japan überantwortet. Wenn das geschehen, erklärt sich Japan bereit, Kiautschau unter gewissen Bedingungen an China zurückzugeben. Die Bucht wird als Handelshafen eröffnet; Japan erhält das Recht zu einer Handelsniederlassung. Auf Verlangen der Mächte wird eine allgemeine internationale Vereinbarung eintreten. Und endlich werden Japan und China sich über die Verwendung der deutschen fiskalischen Gebäude und Grundstücke verständigen.

Also Japan erkennt an, daß ohne Verzicht Deutschlands eine Vereinbarung zwischen ihm und China nicht rechtskräftig ist.

Kölnische Zeitung
15./5.1915

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

Wirtschaftliche Fragen.

♀ **Berlin**, 15. Mai. (Telegr.) In der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages wurden zunächst militärische Fragen besprochen. Über die Behandlung der Mannschaften klagt ein fortschrittliches Mitglied. Es seien in der Regel nicht die aktiven Offiziere, die sich Verstöße zuschulden kommen ließen, sondern Offiziere des Beurlaubtenstandes. Der Kriegsminister erwidert, daß noch vor wenigen Tagen ein Erlaß herausgegeben worden sei, der vorschriftsmäßige Behandlung der Mannschaften den Vorgesetzten zur ernsten Pflicht mache; unter keinen Umständen könne eine vorschriftswidrige Behandlung geduldet werden. Auf weitere Beschwerden erklärte der Kriegsminister, daß alle Anstrengungen gemacht werden, um auch den sittlichen, geistigen und gesundheitlichen Stand des Heeres auf der alten Höhe zu halten. Eine ungleichmäßige Behandlung nach Konfessionen bei der Verteilung von Lesestoff usw. finde nicht statt. (Es handelt sich da um Zurückweisung von Schriftenautos.) Über Mängel der Seelsorge in Lazarettzügen seien bisher Klagen nicht laut geworden. Der Kriegsminister teilte mit, daß die Heeresleitung die Unsittlichkeit entschieden bekämpft und durchgreifende Maßnahmen gegen die Prostitution getroffen hat. Die Geschlechtskrankheiten haben im Heere lange nicht die Verbreitung, von der manchmal gesprochen wird. Auch Generalarzt Schultzen gab Auskunft über die Bekämpfung der Prostitution in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten feindlicher Staaten. Der Kriegsminister gab auf Beschwerden über die ärztliche Untersuchung bei der Aushebung entgegenkommende Erklärungen. Anträge, die bei Beurlaubungen aus dem Felde freie Hin- und Rückreise gewähren wollen, wurden angenommen.

Die Kommission beriet dann die Denkschrift über die wirtschaftlichen Maßnahmen. Hierzu lag ein fortschrittlicher Antrag vor, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, unverzüglich eine Verordnung zu erlassen, durch welche die Gemeinden allgemein ermächtigt werden, über die Abgabe der von ihnen beschafften oder hergestellten Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände an die Bevölkerung Anordnungen zu treffen, deren Übertretung strafrechtlich verfolgt wird. Eine nationalliberale Resolution ersucht den Reichskanzler, bei der Aufstellung des Kriegswirtschaftsplanes für das Erntejahr 1915—16: 1. zum Zweck einer wohlfeilen Kartoffelversorgung der weniger bemittelten Bevölkerungsschichten eine ausreichende Menge Kartoffeln sicherzustellen; 2. soweit hierzu Beschlagnahme erforderlich ist, vorzugsweise die Betriebe über zehn Hektar heranzuziehen; 3. der Enteignungspreis darf 150 Prozent des Durchschnitts des letzten Friedensjahrfünfts nicht überschreiten.

Ein fortschrittlicher Redner führte aus, daß die Maßnahmen zur Fleischbeschaffung durch die Städte, die Abschlachtung der Schweine u. a. im März vom Reichstag einstimmig gefordert wurden. Wenn sich diese Maßnahmen jetzt zum Teil als unnötig herausgestellt haben, so sei das sehr erfreulich, aber die Vorsorge sei doch gut und nach der damaligen Sachlage erforderlich gewesen. Auch die Kartoffelfrage müsse mit Bedacht und Vorsicht beurteilt werden. Ein Beweis dafür, daß im Juni und Juli genügend Vorräte da sein werden, sei nicht erbracht. Die Behauptung, daß die aufgespeicherten Fleischvorräte dem Verderben ausgesetzt seien, sei durchaus falsch. Die von interessierter Seite ausgestreuten Gerüchte waren unbegründet und sind bald wieder verstummt. Der Höchstpreis für Frühkartoffeln (10 ℳ) sollte herabgesetzt werden, er sei zu hoch und reize dazu an, die Kartoffeln zu früh zu ernten. Es werde gesagt, die Städte sollten ihre Fleischvorräte auf den Markt bringen, aber bis zum 1. Juni sei ja der Verkauf untersagt; es müßte also die entsprechende Verfügung aufgehoben werden. Die Gemeinden seien vielfach noch nicht im Besitz der Konserven, könnten sie also nicht dem Konsum zuführen. Nur wenn solche Bestimmungen erlassen würden, könnte man den Kleinhandel an dem Verkauf beteiligen. Die Klagen über die Konkurrenz der Städte würden dann verschwinden. Die Vorschläge über den Kriegswirtschaftsplan, wie sie in der nationalliberalen Resolution enthalten sind, fanden bei diesem Redner soweit Billigung, als sie die Aufrechterhaltung der bestehenden Kontrolle des Konsums beabsichtigen. Die Höchstpreise müßten wirklich durchgeführt und jeder Überschreitung streng entgegengetreten werden. Teilweise würden ganz offen grobe Verstöße gegen gesetzliche Anordnungen betrieben, ohne daß dagegen eingeschritten werde. Die Kriegsgetreidegesellschaft habe sich im allgemeinen bewährt. Die geplante Zentralausgleichsstelle sei in der vorgeschlagenen Form nicht zweckmäßig. Ein anderer Redner forderte, daß den Angehörigen der Kriegsteilnehmer der Ankauf von Kartoffeln durch Kreditgewährung aus öffentlichen Mitteln leichter gemacht werde. — Am Nachmittag gehen die Beratungen weiter.

Die verstärkte Budgetkommission des Reichstags setzte nachmittags die Beratung über die Denkschrift, betreffend die wirtschaftlichen Maßnahmen, fort. Man wies auf die Notwendigkeit einer Preisregulierung sofort nach der neuen Ernte hin, damit die Vorversorgung in der wünschenswerten Weise erfolgen könne, und zwar in erster Linie bei den Kartoffeln. Für das Einbringen der neuen Ernte müßten schon jetzt Arbeitskräfte besorgt werden. Waldarbeiter, Bauarbeiter und andere müßten der Erntearbeit zugeführt werden, dürften jedoch hierbei Lohneinbußen nicht erleiden. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter tadelte den Widerstand landwirtschaftlicher Kreise gegen die Vorraterhebungen und gegen die Durchführung von Höchstpreisen. Die Kriegsgetreidegesellschaft habe sich nach und nach in ihre Aufgabe eingearbeitet, ihr Ersatz durch eine neue Organisation sei nicht wünschenswert. Notwendig erscheine es, Zusatzbrotmarken für die körperlich schwer arbeitenden Bevölkerungsschichten einzuführen; dazu könnten die Reservevorräte herangezogen werden, die man nicht in das neue Erntejahr hinüber zu nehmen brauche. Trotz der Möglichkeit, mehr Weizenmehl zu verwenden, dürfe das Nachtbackverbot nicht aufgehoben werden. Die Höchstpreise für Kartoffeln müßten herabgesetzt und in Zukunft die Verwendung von Kartoffeln zur Erzeugung von Spiritus eingeschränkt werden. Dieser Redner streifte auch die Wildschäden.

Der Staatssekretär des Innern stellte von neuem fest, daß heute mehr Kartoffeln auf den Markt kommen, als wir brauchen. Höchstpreise setzen eine Beschlagnahme voraus, die bei den Kartoffeln unmöglich sei. Der Versuch, durch Festsetzung höherer Preise die Verfütterung zu vermindern, sei nicht wirkungslos geblieben. Die Reports für Kartoffeln seien vielleicht noch nicht hoch genug, um den Anreiz zu geben, daß die Kartoffeln von den Produzenten konserviert werden. Wenn die Lage auch besser sei als man befürchtet habe, so sei doch Sparsamkeit nach wie vor geboten. Ein konservativer Redner wies auf die Neigung der Landwirte hin, Kartoffeln in übergroßer Menge auf den Markt zu bringen und begründete dies mit dem Arbeitermangel, der eine genügende Pflege der Kartoffeln verhindere. Ein Zentrumsabgeordneter äußerte Bedenken dagegen, daß die Vorräte ausschließlich durch die Kommunalverbände verwaltet werden sollen. Es müsse für einen Austausch der einzelnen Getreidequalitäten gesorgt werden. Die bestehenden Organisationen litten vielleicht unter einem Übermaß an Sachverständigen. In der Festsetzung der Höchstpreise müsse eine Mäßigung eintreten. Ein nationalliberaler Redner betonte die großen Schwierigkeiten der landwirtschaftlichen Bestellung. Gleichwohl sei durch geeignete Maßnahmen in Zukunft eine Verbilligung der Ernährung zu erreichen. Der Redner begründete die von seiner Partei eingebrachte Resolution, die ausreichende Kartoffelversorgung der weniger Bemittelten bezweckt, für den Fall einer Beschlagnahme der Ernteprodukte vorzugsweise die über 100 Hektar großen Betriebe heranziehen und das Höchstmaß der Enteignungspreise auf 150 Prozent des Durchschnitts aus dem letzten Friedensjahrfünft begrenzen will. Weiter führte dieser Redner aus, daß in den sachverständigen Beiräten die Landwirtschaft im allgemeinen ausreichend vertreten, der bäuerliche Besitz aber gegenüber dem Großgrundbesitz benachteiligt sei.

Der Staatssekretär des Innern verteidigte die Zusammensetzung des Beirats der Reichsstelle für Kartoffelversorgung. Er verwahrte sich sehr entschieden dagegen, daß ihm etwa die Absicht einer Vernachlässigung des kleinen Besitzes zugeschrieben werde. Ausführlich behandelte ein sozialdemokratischer Redner noch einmal die Frage der Höchstpreise, die von vornherein unrichtig angefaßt worden sei. Hohe Preise im Interesse der Landwirtschaft und billige Preise im Interesse der Verbraucher vertrügen sich nicht miteinander. Das Ziel, die ärmere Bevölkerung wohlfeil zu versorgen, sei nicht erreicht worden. Wenn auch im Anfang Mißgriffe unvermeidlich waren, so müßten sie jetzt verschwinden. Die Beschaffung großer Vorräte zur jetzigen Zeit würde die augenblicklich hohen Preise auf lange Zeit hinaus aufrecht erhalten.

Darauf besprach ein Regierungsvertreter einige in der Auseinandersetzung erwähnte Dinge: Bei der Dauerware, die bereits vor dem 1. Juni auf den Markt gebracht werden solle, handle es sich nicht um Gefrierfleisch und Konserven. Die hohen Schweinepreise erklärten sich aus der starken Nachfrage der Gemeinden. Alle Mittel gegen das Steigen der Schweinepreise versagten. Jetzt werde jedenfalls eine Erleichterung eintreten. Der Mißbrauch mit der Verwendung von Bezugsscheinen ließe sich auf dem Wege des fortschrittlichen Antrags (Ermächtigung der Gemeinden zu strafrechtlich geschützten Anordnungen für die Lebensmittelversorgung) nicht beseitigen. Eine Bundesratsverordnung würde genügen, die einen derartigen Mißbrauch strafbar mache. Die Festsetzung der Höchstpreise für die Endprodukte müsse den Gemeinden bleiben und lasse sich nicht zentral regeln.

Die weitere Beratung der Denkschrift über die wirtschaftlichen Maßnahmen vertagte die Kommission auf Dienstagvormittag.

Kölnische Zeitung
15./V. 1915

Rumäniens Freiheit des Handelns.

H **Bukarest,** 15. Mai. **(Telegr.)** Die gesamte öffentliche Meinung steht unter dem Eindruck der Nachricht des Entlassungsgesuches der italienischen Regierung, weil deren Beschlüsse als auch für Rumänien gewissermaßen richtunggebend bezeichnet wurden. Von hiesiger dreiverbandfreundlicher Seite war als ganz bestimmt verbreitet worden, das Übereinkommen Italiens mit dem Dreiverband sei fix und fertig, und der Eintritt Italiens in den Krieg nur noch eine Sache von einigen Tagen. Demgegenüber sticht vorteilhaft ab die Zurückhaltung der leitenden rumänischen Kreise, die kürzlich in einem vielbemerkten Aufsatz der halbamtlichen Independance Roumaine von überstürzten Handlungen der neutralen Staaten warnten. Aus der Haltung der rumänischen Regierung gewinnt man den bestimmten Eindruck, daß sie heute vollständige Handlungsfreiheit gewahrt hat, und man geht auch nicht zu weit, wenn man annimmt, daß die Stellungnahme des Kabinetts Bratianu gegenüber dem europäischen Kriege demnächst greifbarere Formen annehmen wird, und zwar in einem der Lage auf militärischem und international-politischem Gebiete entsprechendem Sinne. Schon jetzt weiß man in allen einsichtigen politischen Kreisen der Regierung Dank für die umsichtige Haltung allen so schwierigen Phasen des Krieges gegenüber und erhofft daraus günstige Folgen für Volk und Land.

(| **Kopenhagen,** 15. Mai. **(Telegr.)** Das führende Blatt Politiken schreibt, die Siege der verbündeten deutschen und österreichisch-ungarischen Heere im Osten hätten die friedensfreundliche Richtung in Italien mächtig gestützt. Ohne einen ernsten Konflikt mit Serbien könne Italien die erwünschte Ordnung in Albanien nicht erreichen, weshals Italiens Platz eher an der Seite der Zentralmächte als bei den Dreiverbandsmächten zu sein scheine.

Berliner Lokalanzeiger
15./V. 1915

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

Zensur und Immunität.

Die Budgetkommission des Reichstags erörterte gestern zunächst Zensurbeschwerden, die aus dem Bereich des 7. Armeekorps und aus Elsaß-Lothringen vorlagen. Staatssekretär Dr. Delbrück gab zu, daß hier und da die Zensur in zu scharfer Weise gehandhabt worden sei. Die Zensur habe vornehmlich den Zweck, Mitteilungen zu verhindern, die uns bei Uebernahme durch die ausländische Presse Schaden verursachen könnten. Er versprach, sich mit den vorgetragenen Beschwerdefällen näher zu befassen.

Sodann wurde der Ausweisungsbefehl gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Peirotes besprochen. Aus der Kommission wurde erklärt, daß dem Abgeordneten Gründe für die Ausweisung, auch auf sein Ersuchen nicht, nicht mitgeteilt worden seien. Auch habe man bezüglich der Wahl des Aufenthaltsortes kein Entgegenkommen gezeigt, ihn vielmehr besonders scharf behandelt. Staatssekretär Dr. Delbrück verbreitete sich über die Tragweite des § 31 der Reichsverfassung, die auf jede Art von Strafverfahren Anwendung finde, und meinte persönlich, daß auch der Fall der Schutzhaft durch diesen Paragraphen ergriffen werde. Dies sei allerdings streitig. Im Fall Peirotes sei inzwischen die Verfügung der Militärbehörde aufgehoben. Bezüglich einer gegen den Abg. Liebknecht verhängten Untersuchung erklärte der Staatssekretär, daß der zuständigen militärischen Instanz vom Kriegsminister mitgeteilt worden sei, daß Herr Liebknecht durch seine Immunität als Abgeordneter vor dieser Untersuchung geschützt sei.

Ein Zentrumsmitglied führte Beschwerde darüber, daß katholischen Soldaten verboten worden sei, einer stillen heiligen Messe beizuwohnen, wenn sie von einem polnischen Geistlichen gelesen werde. Der Kriegsminister bestritt, daß es sich dabei um eine allgemeine Anordnung von höherer Stelle handle.

In sehr eingehender Aussprache wurde dann eine Reihe von Hemmungen und Verhinderungen in der Beförderung von Briefen in nichtdeutscher Sprache zur Kenntnis der Regierung gebracht, die erklären ließ, daß ein abschließendes Urteil erst nach eingehender Untersuchung möglich sei; solche Maßnahmen seien zum größten Teil aus militärischen Gründen notwendig. Gegenüber dem Vorwurf, daß die kulturellen, zivilrechtlichen und völkerrechtlichen Gesichtspunkte nicht gewahrt worden seien, stellte der Staatssekretär Delbrück fest, daß für diese Behauptung ein klarer Beweis bisher nicht erbracht worden sei, und verwies auf die großen Schwierigkeiten, denen man gegenüberstehe. Gegenüber Beschwerden über den vorgeschriebenen Gebrauch der deutschen Sprache in den okkupierten Gebieten betonte der Staatssekretär, daß es sich hier nur um ein Interimistikum handele, für das diese Maßnahme aus militärischen Gründen geboten sei. Der Kriegsminister sagte zu, erwägen zu wollen, ob nicht über eine bestimmte Grenzstation Briefe in polnischer Sprache befördert werden könnten; der allgemeinen Zulassung solcher Briefe stehe der Mangel an sprachkundigen Kräften entgegen.

Nach der Mittagspause wandte sich die Besprechung der Frage der

Vossische Zeitung
15./V. 1915

Ein Kabinett Marcora?

Die Entscheidung des Königs von Italien über die Bildung des neuen Ministeriums steht vorläufig noch aus. Aber die „Tribuna", die zu italienischen Bankkreisen Fühlung hat, und das „Giornale d'Italia", dessen Hauptbesitzer Sonnino ist, wissen bereits übereinstimmend zu melden, daß der König den Kammerpräsidenten Giuseppe Marcora mit der Zusammenstellung des neuen Ministeriums betraut habe. Entschieden hat sich Marcora bis zur Stunde noch nicht, er hatte aber gestern Konferenzen mit Salandra und Giolitti, die für seine Entschließungen zweifellos von Wichtigkeit sein werden. Es ist ja klar, daß das kommende Kabinett nur ein Kabinett Giolitti sein kann. Denn es würde allem parlamentarischen Brauch widersprechen, wenn nicht der, der ein Ministerium zum Sturze bringt, die führende Persönlichkeit im neuen Ministerium wäre. Ob Giolitti daher die formelle Verantwortung im kommenden Kabinett tragen wird oder ob er sich mit irgend einem Portefeuille begnügt, wie schon oft in früheren Fällen, ändert an der Tatsache nichts, daß die Führung in der Hand Giolittis bleiben wird. Immerhin ganz bedeutungslos ist es nicht, daß Giolitti zunächst einen anderen für sich als Ministerpräsidenten fungieren läßt. Dieser erfahrene Staatsmann weiß gut genug, daß er in Italien den Ruf eines Diktators genießt und seine Ministerpräsidentschaft könnte bei der Kammer den Eindruck erwecken, daß ihr der Giolittische Wille aufgezwungen werden solle. Giolitti möchte auch den Schein vermeiden, als ob er der freien Entschließung der Kammer, die am 20. Mai zusammentritt, vorgreifen will. Er hat persönlich nie ein Hehl daraus gemacht, daß er einen Krieg für verhängnisvoll hält, doch will er aus einem gesunden konstitutionellen Empfinden heraus die Erwählten des Landes über die schwerste Entscheidung, die Italien seit seiner Einigung zu treffen hat, unbeeinflußt abstimmen lassen.

Unter diesen Umständen ist natürlich die Persönlichkeit des neuen Ministerpräsidenten von doppeltem Gewicht. Marcora, der heute im 74. Lebensjahre steht und seit langem das allgemeine Vertrauen als Präsident der Kammer genießt, ist, wie er bei früheren Vorfällen auch durch seine Worte eingestanden hat, stets der Ansicht gewesen, daß das Trentino zu Italien gehört. Er hat deshalb bisher als Anhänger der Kriegspartei gegolten. Aber niemand weiß, ob er den Krieg, wie es bei Sonnino den Anschein hat, auch noch dann will, wenn auf dem Wege friedlichen Ausgleiches die Forderungen, die auch er vertritt, von Oesterreich-Ungarn erfüllt werden. Wenn die Straße augenblicklich sich bemüht, Giolitti in den Verdacht zu bringen, er sei geneigt, den Krieg selbst unter Opfern zu vermeiden, so wagen sich an Marcona solche Verdächtigungen sicher nicht heran. Marcoras Einfluß wird deshalb, wenn er will, imstande sein, das italienische Volk davon zu überzeugen, daß nicht nur mit Waffengewalt der Vorteil und die Ehre Italiens gewahrt werden können.

Zur Stunde kommt neben Marcora — außer Giolitti selbst — nur noch Salandra als Ministerpräsident in Frage. Ein Kabinett Salandra ohne Sonnino und mit Giolitti als Minister des Innern, würde jedenfalls auch als ein Ministerium gelten können, das für eine Verständigung günstig wäre.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird übrigens als Minister des Aeußern im zukünftigen Kabinett Tittoni fungieren, der bisher Botschafter des Königs von Italien bei der französischen Republik war. Tittoni ist sicher kein Freund Deutschlands, aber man braucht durchaus nicht anzunehmen, daß er sich deshalb unbedingt der Kriegspartei verschrieben habe. Es kann im Gegenteil nur günstig sein, wenn im gegenwärtigen Moment die auswärtige Politik Italiens von einer Persönlichkeit gelenkt wird, die die gegenwärtigen Zustände in Frankreich so intim kennt wie Tittoni. Ihn können sicher die überschäumenden Aeußerungen der italienischen Presse in seinem Urteil nicht beeinflussen, denn „er kennt die Weise, er kennt den Text, er kennt auch die Verfasser."

Nach alledem darf man noch immer nicht jede Gefahr als endgültig beseitigt ansehen. Nur die eine Gewähr scheint gegeben: Ueberlegte Männer werden das, was sie für richtig befunden haben, vor der Kammer vertreten, vor allem Männer, die des Vertrauens der Deputierten sicher sein können. Die Basis für die mögliche Verständigung geben die Zugeständnisse Oesterreich-Ungarns, die ja selbst nach Giolittis Urteil sehr weit gehen. Es ist begreiflich, daß es Oesterreich-Ungarn sehr schwer geworden ist, gerade inmitten des siegreichen Vordringens seiner und unserer Truppen das unleugbar große Opfer zu bringen, das in seinen Zugeständnissen gesehen werden muß. Sicher konnte es andererseits gerade jetzt in seinen Zugeständnissen weiter gehen, als es in einer kritischeren Situation möglich gewesen wäre. Auf diese Weise hat Oesterreich-Ungarn die militärische Waffenbrüderschaft, die wir ihm bei der Befreiung Galiziens geleistet haben und noch leisten, durch einen nicht minder wichtigen Akt politischer Treue vergolten. Das wird der verbündeten Monarchie in Deutschland nicht vergessen werden. Wenn, wie wir heute sicher zu hoffen berechtigt sind, der große Wurf ganz gelingt, so wird bei der daraus sich ergebenden Neuordnung der Dinge in Europa Oesterreich-Ungarn auf unsere Nibelungentreue rechnen können.

15./V. 1915

Rom, 14. Mai.

Die Agenzia Stefani meldet:

Gemäß einem Beschlusse des heutigen Ministerrates hat Ministerpräsident Salandra an die Präfekten ein Zirkulartelegramm gerichtet, in welchem er sie ermächtigt, wenn sie es für notwendig erachten, der Militärbehörde die Leitung des öffentlichen Sicherheitsdienstes und den Schutz der öffentlichen Ordnung zu übertragen.

Durch diese Maßnahme, heißt es in der Zirkulardepesche, bekundet die Regierung ihren Entschluß, sich mit unbeugsamer Festigkeit aller gesetzlichen Mittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu bedienen. Gleichwohl hegt sie das Vertrauen, daß es dem Geiste wachsamer Verantwortlichkeit des italienischen Volkes besser entspreche den unberechenbaren Schaden von sich fernzuhalten, den in einem Augenblicke wie dem gegenwärtigen das Schauspiel bürgerlicher Zwietracht und ungestümer Zügellosigkeit der politischen Leidenschaften verursachen könnte.

Die Außerachtlassung der Achtung gegenüber Ausländern ist ein Schandfleck für die Zivilisation eines Landes und schon der Verdacht, einen Druck auf die öffentlichen Gewalten ausüben zu wollen, trübt deren Verantwortlichkeit und schwächt ihr Ansehen, was, schon an sich stets beklagenswert, unter den heutigen Umständen das Wohl des Staates schädigen könnte.

Das italienische Volk, das in schwierigeren Tagen seiner Geschichte sich seiner Pflicht gegenüber dem Vaterlande würdevoll bewußt war, wird es auch jetzt nicht daran fehlen lassen wollen und Gewalttätigkeiten jeder Art, die gleich tadelswert sind, von welcher Seite sie kommen und zu welchem Zwecke sie dienen mögen, den Damm der Würde und gesitteten Disziplin entgegenzusetzen wissen.

Rom, 14. Mai.

Fremdenblatt
15./V. 1915.

Amtlich befohlener Vandalismus.

K. **Berlin,** 15. Mai. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt unter dem Titel: „Ein amtliches Armutszeugnis für russische Kultur und Kriegsmacht":

Vor einiger Zeit fiel der folgende Befehl des russischen Generals der Infanterie v. Sievers, des Führers der in der masurischen Winterschlacht vernichteten Armee, in deutsche Hände:

„Infolge des außergewöhnlich feindlichen Verhaltens der deutschen und jüdischen Bevölkerung ist diese beim Rückzug der deutschen Truppen aus dem Operationsgebiet zu entfernen. Für die geringste feindselige Haltung sind die schwersten Kriegskontributionen aufzuerlegen. Wegen der bekannten deutschen Hinterlist ist äußerste Vorsicht geboten. Hausdurchsuchungen sind abzuhalten. Das Verlassen der Häuser bei Eintritt der Dunkelheit ist zu verbieten. Eigentum von Privatpersonen, die feindselige Handlungen begehen, ist unverzüglich zu zerstören. Eigentum des Deutschen Reiches ist, wenn Abbeförderungen nötig sind, sofort zu vernichten. Um die deutsche Industrie zu schädigen, die zum Wohlstand des Landes mit beiträgt, sind die Maschinen in staatlichen und Privatbetrieben durch Pioniere auf das nachhaltigste zu zerstören.

Gez. Sievers, General der Infanterie."

Das ist ein amtlich befohlener Vandalismus, der jeder gesitteten Kriegführung Hohn spricht. Der schwache Versuch, die russische Zerstörungswut durch den Hinweis auf die Bedeutung der Industrie für den Wohlstand des Feindes zu verschleiern, wird von niemand ernst genommen werden. Bezeichnend ist dagegen das militärische Armutszeugnis, das aus dem Bestreben spricht, an Stelle des feindlichen Heeres Hilfsmittel friedlicher Arbeit zu vernichten. Vielleicht erklärt sich aus diesem Bewußtsein der kriegerischen Ohnmacht auch der ungewöhnliche Scharfblick, womit der russische General die Abbeförderung seiner Truppen so richtig vorausgeahnt hat. Ueberraschend wird freilich selbst für einen Mann mit so bedeutender Sehergabe die Schnelligkeit gewesen sein, womit diese Beförderung dank der deutschen Umsicht und Tatkraft sich vollzogen hat. Auch daß der Transport größtenteils nach dem Inneren Deutschlands gehen würde, sah der kulturbringende russische Prophet wohl kaum vorher.

Marcora mit der Kabinettsbildung betraut.

K. **Rom,** 14. Mai. (Meldung der Agenzia Stefani.) Wie „Giornale d'Italia" und die „Tribuna" melden, hat der König den Präsidenten der Kammer Marcora mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut. Marcora behielt sich seine Antwort für morgen vor. Marcora konferierte mit Salandra und sodann abends mit Giolitti, worauf er sich zum Könige begab, um ihm Bericht zu erstatten.

15./V. 1915

Die Internierung der Ausländer.

K. London, 13. Mai. (Unterhaus.) Premierminister Asquith teilte mit, daß sich noch 40.000 Ausländer, darunter 24.000 Männer, aus den feindlichen Ländern in England frei bewegen. Die Regierung beantrage, alle erwachsenen männlichen Personen wegen der Sicherheit des Landes zu internieren, oder, wenn sie das militärische Alter überschritten haben, nach der Heimat zurückzuschicken. Frauen und Kinder würden, wenn die Umstände es gestatten, nach Hause geschickt werden. In vielen Fällen würde es ein Gebot der Gerechtigkeit und Menschlichkeit sein, ihnen zu gestatten, im Lande zu bleiben. Es werde eine besondere Kommission gebildet werden, um die Ansprüche auf Befreiung von der Repatriierung zu erledigen. Man denke nicht daran, die Naturalisierten, etwa 8000 Mann, zu internieren. Ausnahmsfälle würden besonders behandelt und die Möglichkeit geschaffen werden müssen, in Fällen der Notwendigkeit und der Gefahr zu internieren.

Bonar Law hieß die Vorschläge der Regierung gut und sagte, es sei klar, daß das Land erregt sei und daß man leicht die Kontrolle über dasselbe verlieren könnte. Niemand wünsche, ungerecht mit den Feinden zu verfahren, aber das Land müsse fühlen, daß die Frage behandelt werde.

16./V. 1915

Rumäniens Haltung.

Mb. **Köln**, 15. Mai. (Eig. Drahtber.) Der Bukarester Korrespondent der „Köln. Ztg." drahtet:

Von dreiverbandsfreundlicher Seite war als ganz bestimmt verbreitet worden, das Uebereinkommen Rumäniens mit dem Dreiverband sei fix und fertig. Davon sticht vorteilhaft die Zurückhaltung der leitenden rumänischen Kreise ab, die kürzlich in einem vielbemerkten Aufsatz der halbamtlichen „Independence Rumaine" vor überstürzten Handlungen der neutralen Staaten warnten. Aus der Haltung der rumänischen Regierung gewinnt man den bestimmten Eindruck, daß sie bis heute ihre vollständige Handlungsweise bewahrt hat. Man geht nicht zu weit in der Annahme, daß die Stellungnahme des Kabinetts Bratianu gegenüber dem europäischen Kriege demnächst greifbarere Formen annehmen wird, und zwar in einem der Lage auf militärischem und international-politischem Gebiete entsprechenden Sinne.

Die Ministerkrise.

N **Berlin**, 15. Mai. (Priv.-Tel., Ctr. Bln.) Es liegen zur Stunde aus Rom und Italien, abgesehen von den Berichten über Straßentumulte, keine sachlichen Mitteilungen vor, aus denen auf die Neu- oder Umbildung des Ministeriums sicherere Schlüsse als bisher gezogen werden könnten. Die Betrachtungen der Blätter gehen im allgemeinen dahin, daß, wenn im neuen Ministerium auch Giolitti nicht an der Spitze stehen dürfte, es doch in seiner Zusammensetzung der parlamentarischen Mehrheit entsprechen dürfte, die bisher hinter Giolitti stand. Da die Entscheidung des Königs in allernächster Zeit fallen muß, so erübrigen sich bis dahin weitere Betrachtungen.

Beim König.

Rom, 15. Mai. (W. T. B. Nichtamtlich.) Meldung der „Agenzia Stefani". Der König hat im Laufe des Vormittags nacheinander Marcora, Carcano und Salandra empfangen.

Die Entente.

M **Rom**, 15. Mai. (Priv.-Tel. Ctr. Frkft.) Sonnino hatte Besprechungen mit dem französischen und dem englischen Botschafter.

Der Eindruck in Frankreich.

y **Von der Schweizer Grenze**, 15. Mai. (Priv.-Tel., Ctr. Frkft.) Die Demission des Ministeriums Salandra hat in Paris eine derartige Ueberraschung hervorgebracht, daß die Zensur den gestrigen Morgenblättern überhaupt nicht gestattete, die Nachricht dem Publikum zu unterbreiten, obwohl die Agence Havas die entsprechende Mitteilung der Agenzia Stefani rechtzeitig vor der Drucklegung der Morgenblätter ausgeben konnte. Die Zeitungen bringen nur lange Telegramme über die am Abend in Rom von d'Annunzio geleitete Kundgebung und versichern aufs neue, daß ganz Italien zum Vorgehen gegen Oesterreich entschlossen sei. Erst die gestrigen Pariser Abendblätter teilen die Demission mit und geben dabei ihre Ueberraschung zu. Sie halten mit ihrem Urteil zurück, und selbst der „Matin" erklärt bescheiden, er wolle nicht den Eindruck erwecken, als ob er sich in die inneren Angelegenheiten Italiens einmischen möchte. Was das zu bedeuten hat, ergibt sich aber bereits aus den Anspielungen, die der „Temps" in seinem Leitartikel macht, indem er von dem einmütig bekundeten Willen des italienischen Volkes nach einem Bruch mit Oesterreich spricht und den König Viktor Emanuel wiederholt an seine Verantwortung erinnert.

In Rom, wo man nicht nur die offiziellen, sondern auch die privaten Beziehungen kennt, die von Frankreich aus mit Italien unterhalten werden, wird man sich nicht wundern, wenn die französische Presse in den nächsten Tagen die bereits bei den vorgestrigen Kundgebungen in Mailand angeschlagene revolutionäre oder republikanische Note aufnimmt und verschärft. Der „Temps" setzt sich auch bereits über die Beachtung des von ihm selbst in Frankreich proklamierten Burgfriedens der Parteien hinweg und denunziert Giolitti als das Spielzeug der klerikalen Partei. Die Schmeicheleien, die die französische Presse, von der nationalistischen Rechten bis zur äußersten Linken, seit Beginn des Krieges an Italien verschwendet hat, werden also in den nächsten Tagen einer wütenden und planmäßigen Hetze gegen alle verantwortlichen Personen in Italien Platz machen, die ihr Land nicht blindlings in einen verhängnisvollen Krieg stürzen möchten zur Freude Frankreichs und Englands.

Kriegshetze und wahre Volksstimmung.

⌣ **München**, 15. Mai. (Priv.-Tel., Ctr. Frkft.) Aus italienisch-sozialistischen Kreisen wird der „Münchener Post" geschrieben, daß die Friedenspropaganda in jeder Weise erschwert werde. Zu dem Mittel, die warnende Stimme der Vernunft zu unterdrücken, zählt die Unterschlagung von ganzen Auflagen des „Avanti" und die Verzögerung seiner Auslieferung in der Provinz durch Agenten der interventionistischen Parteien. Mit den verwerflichsten Mitteln suchten diese Agenten weiter die Volkswut gegen die „Barbaren" aufzubauschen. Da werde zum Beispiel als „das wirksamste Mittel interventionistischer Propaganda" im „Popolo d'Italia" eine Ansichtskarte angeboten, die unter der Ueberschrift „Kultur" das Bild eines unglücklichen belgischen Kindes zeige, das seine verstümmelten Arme jammernd zum Himmel erhebt, „Tausend Stück 10 Lire, für Bemittelte ist die gleiche Darstellung in Bronze- und Marmorstatuetten in verschiedenen Preislagen zu haben." Wie besessen tobt sich der Parteiverräter Mussolini gegen die Zentralmächte aus. Im „Popolo d'Italia", diesem zuchtlosen, vom Dreiverband üppig genährten Hetzblatt, verkündet er, daß es die höchste Zeit sei, daß Italien seine Ehre an die Spitze seiner Bajonette hefte. Nur eine schwache Minderheit des Volkes gruppiere sich um die verbrecherischen Abenteurer, die den Krieg um des Krieges willen von der Regierung fordern. Das Volk wolle ihn vermeiden, wenn dem Vaterlande nationale Fortschritte zugestanden und ihm sichere Garantien für eine friedliche Entwicklung gegeben würden. Unter der Führung der hervorragendsten Köpfe der Partei organisiert sich eine Massenbewegung des Volkes gegen die Kriegsschürer. Sozialistische Zeitungsartikel und Aufrufe gegen den Krieg würden in der Masse verbreitet und große Volksversammlungen einberufen.

Kundgebungen.

„Enthüllungen" d'Annunzios.

M **Rom**, 15. Mai. (Priv.-Tel. Ctr. Bln.) Gestern Abend fand eine große Kundgebung im Teatro Costanzi statt, wobei d'Annunzio feierlich Giolitti des Hochverrats anklagte. Er versicherte, zu wissen, daß am 4. Mai Italien Oesterreich-Ungarn den Bund gekündigt habe und daß darauf mit der Entente schwere endgültige Verpflichtungen mit militärischen Abmachungen eingegangen worden seien. Italien habe bereits Offiziere des Heeres und der Marine nach Paris geschickt, um technische Fragen zu besprechen. All dies hätten der König und Giolitti gewußt.

Diese Enthüllungen werden eifrig verbreitet, um ein fait accompli herzustellen. Dagegen bestreiten Blätter wie die „Tribuna" und der „Corriere d'Italia", daß Abmachungen getroffen worden seien, die das Land und das kommende Kabinett binden würden.

Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß Italien allmählich unter Militärgewalt gestellt wird, wie ein Erlaß der Regierung vorsieht. Am notwendigsten aber erscheint die rasche Lösung der Ministerkrise.

Absonderliche Zeremonien.

o **Mailand**, 15. Mai. (Priv.-Tel. Ctr. Frkft.) Einen besonderen Charakter nahmen die Kundgebungen in Palermo an, wo viele Geschäfte geschlossen wurden, die an den herabgelassenen Läden die Aufschrift trugen: „Geschlossen wegen Nationaltrauer." Von vielen Häusern, auch öffentlichen Gebäuden, wehten Fahnen auf Halbmast. Studenten trugen in Prozession unter Begleitung von Kerzenträgern einen Sarg, auf dem geschrieben stand: „Hier ruht mit Giolitti die Würde Italiens!" Der Sarg wurde auf einem öffentlichen Platze niedergestellt, worauf mehrere Redner auftraten. Die Menge durchbrach die Truppenkordons und drang vor das österreichische Konsulat. Plötzlich ertönten Schüsse. Die auf den Balkons stehenden Personen zogen sich zurück und schlossen alle Fensterläden. Mit Mühe wurde endlich die Ruhe wiederhergestellt.

o **Mailand**, 15 Mai. (Priv.-Tel., Ctr. Bln.) Die Kriegskundgebungen waren gestern so zahlreich, daß eine Aufzählung unmöglich ist, und trugen ausgesprochen fremdenfeindlichen Charakter.

Die Drohungen gegen die Monarchie mehren sich. Nicht nur verkünden republikanische Organisationen die Alternative: Krieg oder Republik, sondern auch die vereinigten Interventions-Ausschüsse Mailands, denen auch Monarchisten angehören, erklären die Monarchie für verfallen, wenn sie nicht den Krieg erklärt. Andererseits erklärten Mailänder Sozialisten den Generalstreik zum Protest gegen die Kriegshetze.

Die Abreise der Deutschen aus Italien scheint vollendet zu sein. Die Gotthardzüge verkehren fast leer. Dagegen sind dieser Tage die letzten italienischen Arbeiter aus Deutschland zurückgekehrt.

Rom, 15. Mai. (W. T. B. Nichtamtlich.) Der Gouverneur von Erythräa legte sein Amt nieder und kehrte nach Italien zurück.

Wien, 15. Mai. (Priv.-Tel., Ctr. Frkft.) Die italienischen Vorgänge werden ohne verfrühten Optimismus besprochen. Auf die Aktion der Neutralisten folgt eine Gegenaktion der Entente, die alle Minen springen läßt. Trotzdem ist unleugbar, daß sich die Lage gegen Wochenanfang gebessert hat.

Frankfurter Zeitung
16./V. 1915

Amerikas Stimmung gegen Deutschland.

Dem Brief eines amerikanischen sozialdemokratischen Schriftstellers an einen deutschen Freund, der uns zur Verfügung gestellt worden, entnehmen wir folgende Mitteilungen:

Das Problem der amerikanischen Stimmung gegen Deutschland, welches Du in Deinem Briefe anschneidest, ist so außerordentlich verwickelt, daß nur derjenige eine sichere Aussage über den wahrscheinlichen Gang dieses Gefühls machen kann, der neben der Kenntnis allgemeiner Grundtatsachen auch noch über intime und in der Regel nur dem Eingeweihten zugängliche Informationen verfügt. Ich stimme natürlich mit Dir überein, daß die Sprachen- und Kulturgemeinschaft zwischen England und Nord-Amerika nicht genügt, um die überwiegende Stimmung im Lande gegen Deutschland zu erklären. Ebenso habe auch ich öffentlich die Ansicht vertreten, daß die amerikanischen Kapitalisten im allgemeinen mehr von der englischen als von der deutschen Konkurrenz zu fürchten haben, namentlich seit sich England und Japan im Pazifischen Ozean und in Asien zur Vernichtung des deutschen Einflusses zusammengeschlossen haben. Es fehlt auch nicht an hervorragenden Stimmen, welche diese Ansicht in der amerikanischen Tagespresse vertreten, namentlich hat sich Hearst in dieser Hinsicht, besonders seit Ausbruch des Krieges, hervorgetan. Der Gegensatz zwischen englischem und amerikanischem Kapital hat sich in den andauernden mexikanischen Wirren mehrfach bis zur akuten Spannung verschärft; aber merkwürdigerweise schritt Präsident Wilson nicht eher mit der Marine und der Armee in Mexiko ein, als bis England drohte, seine Interessen in Tampico und Mexiko City selbst zu verteidigen. Wilson rührte sich also erst, als die englischen Oelquellen und Bergwerke von Carranza so stark bedroht wurden, daß weiteres Zögern seinerseits die berühmte Monroedoktrin gefährdet hätte. Wenigstens war das die Parteientschuldigung für die Intervention. Tatsächlich aber verkroch sich Wilson nur deshalb hinter der Monroedoktrin bei seinem Einschreiten in Mexiko, weil ihm englische Interessen mehr am Herzen lagen als gewisse amerikanische. Er scheint namentlich auf die Rockefellers in letzter Zeit schlecht zu sprechen zu sein. Er ließ daher auch die Rockefellerschen Oelquellen ohne Schutz in Mexiko, ebenso wie die Besitzungen Hearsts. Für Guggenheims Bergwerke in Mexiko brauchte er deshalb nicht zu sorgen, weil Villa die Interessen dieses amerikanischen Kapitalisten sehr scharf vertritt, sogar gegen seine eigenen Peons. Für die amerikanischen wie für die englischen Interessen lag mehr Gefahr in einem Siege Carranzas als in einem Siege Villas, und diese Tatsache, zusammen mit Wilsons und Bryans Verschwägerung mit englischen Kapitalisten und Armeekreisen, erklärt die Haltung der amerikanischen Regierung in der mexikanischen wie in der europäischen Kriegsfrage genügend. Dazu kommt noch, daß die demokratische Partei der Südstaaten, von der Wilson und Bryan natürlich für ihre politischen Geschicke abhängen, sowohl aus Geschäftsrücksichten wie aus historischen Gründen und aus Familienverhältnissen überwiegend pro-englisch ist.

Trotzdem dachte ich auch wie Du, daß die Majorität der Amerikaner gegen England scharf werden würde, wenn die englische Marine so unverschämt wie bisher mit dem Festhalten und Untersuchen amerikanischer Handelsschiffe fortfährt. Das kann auch wirklich so kommen, aber aus verschiedenen schwerwiegenden Gründen, welche ich gleich anführen werde, erwarte ich einen solchen Umschwung nicht sehr rasch, namentlich wenn die deutsche Marineleitung auch scharf vorgeht und vielleicht gar Fehler macht, welche den etwa eingeleiteten Umschwung der öffentlichen Meinung wieder rückgängig machen und der englischen Preßmeute wieder Oberwasser geben.

Zunächst ist die mächtigste amerikanische Nachrichtenagentur, „The American Preß Association", vollständig in den Händen pro-britischer Elemente. Schon seit den Tagen des Burenkrieges hat das Auswärtige Amt Englands an der Organisation des öffentlichen Nachrichtendienstes eifrig mitgearbeitet, im Bunde mit den englischen und englisch-amerikanischen Finanzfürsten, welche auch gleichzeitig, wie Du weißt, die Hauptdirektoren der großen amerikanischen Trusts sind. Soweit Deutsche und Deutsch-Amerikaner an hervorragenden Stellen dieser internationalen Finanz- und Nachrichtentrusts stehen, sind sie heute ganz und gar unter britischem Einfluß. Die wenigen wirklich deutsch denkenden Leiter dieser Organisation wurden bei Ausbruch des Krieges sofort kalt gestellt. Das amerikanische Oberhaupt dieser Organisation ist Morgan. Daher war Morgan bei Ausbruch des Krieges sofort bereit, an Frankreich und England große Anleihen zu machen. Wilson vetierte diesen Schritt pro forma, aber in der Tat ist sicher, daß England von Morgan finanziell ebenso unterstützt wird, wie seine Fabriken an England und Frankreich Kriegsmaterial liefern, ohne Einspruch der Washingtoner Regierung . . . Leider haben die kleinen Exporteure nur verhältnismäßig wenige und unbedeutende Tageszeitungen zu ihrer Verfügung, weil eben die große amerikanische Tagespresse unter Morgans Nachrichtentrust steht und fortwährend pro-britische Nachrichten gegen das Geheul dieser kleinen Leute lanziert. Ebenso arbeiten auch die Senatoren und Kongreßleute, die Majorität der Demokraten und Republikaner unter der Parteifuchtel, zugunsten der englischen, mit Morgan verbrüderten Regierung. Diese Speisung des amerikanischen Lesepublikums mit englischer und Morganscher Diät ist schon seit dem Burenkriege im Gange, und die Stimmung gegen Deutschland ist auf diesem Wege schon jahrelang vorbereitet worden, nicht nur in der Tagespresse, sondern auch in den Monatsschriften (Everybodys Magazine, Mac Clures Magazine, Century, Outlook, Metropolitan (angeblich sozialistisch), Ladies, Home Journal, Delineator usw. usw.). Du weißt ja auch, daß Benett vom „New York Herald", Reid u. Nachf. von der „Tribune" usw. enragierte Anglophilen sind, denen die American Preß Association ganz und gar zu Munde redet.

Wenn nun also Wilson und Bryan öffentlich eine strikte Neutralität markieren, aber privatim beide Augen zu Gunsten Englands zudrücken, so bellt eben diese längst auf pro-britisches Denken eingeschulte Preßmeute genau so, wie es Morgan und die britische Diplomatie haben wollen. Wieweit diese Kontrolle der öffentlichen Meinung in Amerika durch englische Literatur geht, zeigt sich z. B. recht nett in dem kürzlich erschienenen Buche „King Albert's Book", einer Sammlung autographischer Lobhudeleien des belgischen Königs und belgischen Volkes durch alle diejenigen Romanschreiber, Pfaffen, Diplomaten usw., welche schon seit Jahren die Lieblinge des amerikanischen Lesepublikums sind, wie Conan Doyle, H. G. Wells, Hall Caine, W. J. Locke usw. Jack London ist leider auch mit darunter. Dann alle beliebten Zeichner, wie Christy, Maxfield Parriesh usw. Das ist der natürliche Kulturbund zwischen England und Amerika, der hier unter Morganscher Preßkontrolle zu Gunsten der wirtschaftlichen Allianz der englischen und amerikanischen Finanzkönige arbeitet, und mit beutehungriger Gier nach der Vernichtung der deutschen Wirtschaftskraft strebt, immer unter dem Deckmantel der erhabensten ethischen Kulturbestrebungen. Das dumme Publikum saugt das arglos ein, und die gegnerische (unparteiische oder pro-deutsche) Preßorganisation ist zu schwach, um jetzt dagegen aufzukommen. Die deutsche Regierung sucht jetzt zu spät nachzuholen, was sie seit zwei Dezennien versäumt hat. In der Eile läßt sich nun durch Dernburg und Bernstorff nicht eine wirksame Preßkampagne organisieren, weil alles, was sie und ihre Assistenten nun sagen können, ganz offenbar pro-deutsch ist, während die pro-englische Kampagne schon seit Jahrzehnten unter der Verhüllung von Nachrichten und feiner Literatur geführt worden ist und weiter geführt wird. Dazu kommt noch, daß die hiesigen leitenden Deutsch-Amerikaner nun im Drange der Not oft über die Schnur hauen, und statt weiser Diplomatie eine recht plumpe Kampagne zur offenen Parteinahme der Vereinigten Staaten für Deutschland in Szene setzen, ja, daß sie mit politischer Vergeltung bei den Wahlen drohen, wenn unsere amerikanische Regierung fortfährt, die Engländer unter der Maske einer heuchlerischen Neutralität zu begünstigen. Dagegen kommt die pro-englische Preßorganisation mit Leichtigkeit an. Besser wäre es, wenn die deutsche Regierung mit Hilfe freundlich gesinnter Zeitungsbesitzer durch Aufdeckung der englisch-Morganischen Verschwörung an die wirtschaftlichen Interessen der großen Masse kleiner Exporteure und Importeure appellieren würde, um die Schädigung

Frankfurter Zeitung
16./IV. 1915

II
138

Amerikan. Stimmung gegen Deutschland.

dieser Interessen durch die japanische, englische und Morgansche Allianz klar zu beweisen durch die wirklichen Tatsachen, wie sie sich entwickeln. Nur dadurch, daß die Schädigung dieser kleinkapitalistischen und Volksinteressen durch einen englisch-japanischen Sieg klipp und klar bewiesen und durch tausend Beispiele ad oculos demonstriert wird, kann ein Umschwung der öffentlichen Meinung gegen England bewirkt werden.

An der Pazifischen Küste haben wir noch mehr „unabhängige" Tageszeitungen als im Osten und Mittelwesten dieses Landes, und auch mehr unabhängige Kapitalisten, das heißt, solche, welche noch nicht vollständig unter dem Banne der großen Trustdirektoren stehen. Natürlich ist die pro-britische Stimmung auch hier noch sehr stark, und wird auch von vielen Zeitungsbesitzern regelrecht genährt. Im allgemeinen aber wird es an der pazifischen Küste leichter sein, die Stimmung gegen England zu wenden, namentlich wenn sich die Japaner noch mehr an dieser Küste mausig machen, als bisher und wenn sie ihre Pläne in China erst ordentlich in Gang bringen werden. Dann wird es den Deutschen sehr leicht werden, den Amerikanern zu sagen: „Das habt Ihr Euren lieben Engländern zu verdanken." Und daß dabei die Engländer selber mit ins Gedränge kommen und von ihren teuren japanischen Bundesgenossen mit echt englischer Perfidie belohnt werden, ist sicher. Das können wir ruhig abwarten, als Sozialdemokraten sowohl wie als Deutsche.

Es fügt sich nun auch gerade, daß namentlich in den pazifischen Staaten und in den nördlichen Staaten des Mittelwestens die Stimmung gegen die englisch-kanadische Regierung und gegen die Engländer in Kanada nicht besonders freundlich ist, ja, daß die eingeborenen Kanadier nicht gut auf ihre englischen Herren und Gebieter zu sprechen sind. Es bedarf hier nur eines deutschen Entscheidungssieges auf einer Front und weiterer Störungen des amerikanischen Handels durch die Engländer, um eine starke anti-britische Stimmung ins Leben zu rufen, an der auch viele Kanadier mit Freuden teilnehmen werden.

Inzwischen aber arbeitet die Morgansche Kontrolle der großen amerikanischen Zeitungen unter Volldampf mit großem Erfolge. Wilson hat noch zwei Jahre im Amte, und Bryan wird wohl, wenn nicht die Parteiverhältnisse sich ganz unerwartet und gewaltig verändern, ebenso lange mit am Ruder sein. Von dieser Regierung, hinter der die demokratische Kongreßmajorität mit der American Preß Association und dem englisch-amerikanischen Finanztrust stehen, hat die deutsche Sache nichts Gutes zu erwarten.

Sicherlich hat Morgans Haß gegen Deutschland, namentlich gegen die deutsche Regierung, einen reellen wirtschaftlichen Untergrund. . . . Nach Morgans Tode hat sein Sohn die väterliche Politik getreulich weiter geführt, wenn möglich noch englischer als der Alte. Von der englischen Konkurrenz hat Morgan nichts zu fürchten, wohl aber von der deutschen, und seinetwegen kann der ganze übrige Handel Amerikas zum Teufel gehen. Sein Vater hat schon dafür gesorgt, daß es für sein Geschäft ganz gleich ist, ob eine republikanische oder eine demokratische Regierung in Washington sitzt, er hat sie alle unter der Fuchtel. Und so hat er auch durch seine Nachrichtentrusts die öffentliche Meinung vergewaltigt, obschon die historische Tradition der Vereinigten Staaten anti-britisch ist. Was bedeutet aber die koloniale Tradition, wenn Geld, Geschäft und Heirat pro-britisch wirken? Denke nur einmal an die vielen amerikanischen Millionärstöchter, die an englische und französische Diplomaten und Offiziere verheiratet sind, und es wird leicht verständlich, warum die öffentliche Meinung in Amerika zu Gunsten Englands geformt wird. Kommen nun noch Spannungen zwischen den großen Trustdirektoren vor, wie z. B. zwischen Morgan und Rockefeller, bei denen es sich darum handelt, ob der englische Einfluß Morgans über die amerikanischen Interessen Rockefellers siegen soll, wie z. B. in Mexiko, so fällt sofort ein Licht auf die neuerliche amerikanische Diplomatie, welches vieles erklärt, was sonst ein Mysterium bliebe . . .

Auf alle Fälle ist die beste Antwort auf Morgans Angriffe ein so entscheidender Sieg auf beiden Fronten für Deutschland, daß es den Krieg direkt nach England hinübertragen kann. . . . Diese Entwicklung ist auch für die Sozialdemokratie aller Länder im allgemeinen die am meisten versprechende. Sie scheint mir auch in der Linie des wahrscheinlichsten nächsten Ausganges der Dinge zu liegen. Auf jeden Fall wird die deutsche Sozialdemokratie, welche das Vaterland verteidigt hat, nicht mehr die entrechtete und verfolgte sein, welche sie vor diesem Kriege war. Das muß schließlich uns allen zugute kommen, wenn Deutschland als Sieger aus diesem Weltkampfe hervorgeht, wozu ja die beste Aussicht besteht.

Frankfurter Zeitung
16./V. 1915

Italien.

Marcora und Carcano lehnen ab.

o **Mailand**, 15. Mai. (Priv.-Tel. Ctr. Frkft.) Der Kammerpräsident Marcora sowie der bisherige Schatzminister Carcano haben die ihnen angetragene Bildung eines Ministeriums abgelehnt.

Kundgebungen.

Straßenkundgebungen sind eine geläufige Erscheinung in der Geschichte der romanischen Länder und schon in den frühesten Zeiten ihrer Geschichte zu beobachten. Ursprünglich eine Art von primitiver Volksvertretung gegenüber dem Absolutismus der Herrscher darstellend, hat sich die Gepflogenheit der manifestierenden Straße dort auch in eine Gegenwart hinübergerettet, in der die Einrichtung einer von Gesetzes wegen funktionierenden Volksvertretung ihr die Existenzberechtigung entzieht. In der italienischen Chronik des Mittelalters sowohl wie der Neuzeit sind eine Menge von Volkstumulten verzeichnet, von denen man daher füglich annehmen kann, daß die italienische Regierungskunst sie längst in ihre Rechnung eingestellt hat und sich nicht über Gebühr von ihnen verblüffen läßt. Die Nachrichten, die von den gegenwärtigen Unruhen in den italienischen Städten zu uns dringen, braucht man umsoweniger tragisch zu nehmen, als sie in eine Zeit hochgradiger nervöser Spannung fallen, die nach dem Bedürfnis der meridionalen Natur einer geräuschvollen Entladung bedarf, und die italienische Nation darf sich glücklich preisen, wenn sie als einziges unter den mit den Würden der Großmacht ausgestatteten Völkern Europas die Last der tragischen Zeitläufte nur auf diese im Vergleich recht milde Art zu fühlen bekommt.

Immerhin bleibt noch etwas Rätselhaftes in dieser anscheinend von größeren Volksmengen kundgegebenen Begierde nach einem Krieg der überall sonst als ein nationales Unglück aufgefaßt wird, das man nur aus den unabweisbarsten Gründen auf sich zu nehmen bereit ist. Gewiß ist die Notlage, durch die ein großer Teil der italienischen Bevölkerung durch den Rückschlag des kriegerischen Zustandes in Europa geraten ist, an sich schon geeignet, eine Erregung der Gemüter hervorzurufen, die sich nun auf irgend eine Weise zu äußern sucht. Und es darf nicht zu sehr Wunder nehmen, wenn die Wallungen einer aufgeregten und durch die Ungunst der Zeiten verbitterten Menge sich nicht durchaus in der Richtung der Logik bewegen, die ihr gerade die Abneigung gegen einen Krieg eingeben sollte, durch den ihre gegenwärtige Not ja nur noch erhöht werden kann. Solcher Entgleisung der volkstümlichen Denkungsweise aber ist zweifellos durch künstliche Mittel nachgeholfen worden, die der Dreiverband mit einem Erfolg angewendet hat, der vielleicht bedeutend geringer ist, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Im heutigen Abendblatt ist nach der „Neuen Zürcher Zeitung" von dem schroffen Widerspruch berichtet worden, der zwischen der wirklichen Stimmung in Florenz und der angeblichen Kriegsbegeisterung besteht, die von den im Dienst der Entente stehenden Blättern von dort gemeldet wurde. Aehnlich dürften die Dinge noch in mancher anderen Stadt Italiens stehen. Und auf jeden Fall macht eine kreischende Minderheit leicht einen größeren Eindruck als eine Mehrheit, die sich ruhig verhält, weil sie der Meinung ist, daß es nicht der Würde des Landes entspricht, den gesetzlichen Gewalten durch das Mittel des Straßenlärms ihre Entschließungen diktieren zu wollen. Den Leuten der Entente scheint solche Achtung vor der Würde der italienischen Nation nicht eigen zu sein, doch wird dieser Umstand den mit der Wahrnehmung der italienischen Ehre und Unabhängigkeit Betrauten ohne Zweifel nur einen weiteren Grund liefern, ihre Handlungen nicht durch den Lärm der Straße bestimmen zu lassen.

*

o **Mailand**, 15. Mai. (Priv.-Tel., Ctr. Frkft.) Der Stadtrat beschloß, die Begräbniskosten des bei der Kundgebung von Donnerstag Nacht durch einen Revolverschuß getöteten Jungen Angelo Gadda auf die Gemeindekasse zu übernehmen und zum Zeichen der Trauer die Sitzung der Stadtverordneten ausfallen zu lassen.

Die Mache der Kriegshetzer.

M **Rom**, 15. Mai. (Priv.-Tel. Ctr. Frkft.) Die Besprechungen wegen der Neubildung des Ministeriums dauerten gestern Nachmittag fort. Der König beriet sich zum zweiten Male mit Salandra und Giolitti. Neben vielen haltlosen Kombinationen erhält sich das Gerücht, daß Salandra mit der Neubildung beauftragt werden würde. Viel umstritten ist die Frage, ob Giolitti persönlich oder durch Vertrauensmänner am Kabinett teilnehmen werde. Zum Schutz der Hauptstadt wurden große Truppenmassen beordert. Die Hetze gegen Giolitti nimmt groteske Formen an. So schließt „Idea Nazionale" einen Artikel mit der Frage, welche Summe er wohl von Oesterreich und Deutschland erhalten habe. Auf der Straße werden fortgesetzt Exzesse gegen die Neutralisten verübt. Die Fenster am „Popolo Romano" und an der deutschen Buchhandlung von Loescher wurden eingeworfen. Nach dem Gebaren der Kriegspresse hat diese die Hoffnung nicht aufgegeben, daß ein Kriegskabinett gebildet werde. „Idea Nazionale" fordert die italienische Jugend auf, nach Rom zu strömen, um den Krieg zu erzwingen. Die Entente-Botschafter hatten heute eine gemeinschaftliche Unterredung. Ihre Diplomatie versucht durch Ausstreuung von Gerüchten die öffentliche Meinung zu verwirren. So wird von London verbreitet, daß der Interventionsvertrag zwischen Italien und England im Namen der Entente abgeschlossen sei, was unwahr ist. In dasselbe Gebiet gehört die Meldung des „Corriere della Sera", daß Italien zum 4. Mai den Dreibundvertrag in Wien gekündigt habe, daß ein späterer Angriff der Zentralmächte auf Italien ausgemachte Sache sei und andere Märchen mehr. Im ganzen hat man jedoch den Eindruck, daß an dem normalen politischen Ablauf der Krise nur unvorhergesehene Ereignisse etwas ändern könnten.

Gegen die Kriegshetzer.

o **Mailand**, 15. Mai. (Priv.-Tel., Ctr. Frkft.) Der von der Mailänder Arbeitskammer und den offiziellen Sozialisten zum Protest gegen die Kriegshetzer proklamierte Generalstreik ist trotz der Opposition des kriegerischen Flügels der Sozialisten im vollen Gange. Der Betrieb ruht in den meisten Fabriken; auch die Trambahnen verkehren nicht. Die Turiner „Stampa" wendet sich heute trotz aller Anfeindungen unter der Ueberschrift: „Wen will man betrügen?" nochmals gegen die Kriegspartei. Weder die diplomatische, noch die militärische Lage böten für Italien Anlaß zum Kriege. Weder die russische Dampfwalze, noch Kitcheners Heer hätten die angekündigten Wirkungen erzielt. Die Aktion gegen die Dardanellen erweise sich alle Tage als schwieriger. Wo Fortschritte auf den Kriegsschauplätzen eingetreten seien, seien sie zu Gunsten der Zentralmächte eingetreten. Nirgends sei man Italiens Ehre zu nahe gekommen. Warum also solle Italien den Dreibundsvertrag für unklare und unbestimmte Interessen zerreißen? Nochmals hebt die „Stampa" hervor, daß alle inaktiven Staatsmänner, sowie die Mehrheit der Kammer und des Senats gegen den Krieg seien.

Berliner Lokalanzeiger
16./5. 1915.

Schwierigkeiten der italienischen Kabinettsbildung.

Telegr. unseres Korrespondenten.

ng. **Lugano**, 15. Mai.

Wie vorauszusehen war, hat Marcora die Bildung des Kabinetts nach dem ersten Versuch abgelehnt. Der König soll darauf Carcano mit der Bildung betraut haben, der Finanzminister im zurückgetretenen Ministerium und Anhänger Giolittis ist, aber auch er soll nach kurzem Zögern den Auftrag abgelehnt haben, worauf der König Salandra empfing. Die Krisis wird darum heute gewiß nicht gelöst werden. Die Zwischenzeit benutzen die interventionistischen Parteien, um durch wilde Straßendemonstrationen und Resolutionen ihrer politischen und wirtschaftlichen Vertretungen, durch Drohung mit Proklamierung der Republik den König so einzuschüchtern, daß er dem meistgeschmähten Bürger Italiens, Giolitti, die Bildung des Ministeriums nicht überträgt. Popolo Romano vergleicht darum das, was gestern in Rom vorging, mit den Ereignissen, die sich 1870 in Paris zutrugen und zur Einrichtung der Kommune führten. Das ist ohne Zweifel eine arge Uebertreibung. Denn bis jetzt ist die Herrschaft über Rom noch durchaus nicht im Besitze der so heterogenen revoltierenden Elemente der Bevölkerung, sondern die müssen sich mit der Zerstörung von Fensterscheiben und wildem Gebrüll begnügen. Aber lange darf dieser anormale Zustand nicht mehr dauern, wenn sich Italien nicht selbst um alle Chancen bringen will, die ihm der europäische Konflikt bietet.

Ein Aufruf zur Revolution.

Telegr. unseres Korrespondenten.

bs. **Chiasso**, 15. Mai.

Popolo d'Italia veröffentlicht einen Aufruf zur Revolution, der mit den Worten endigt: „Das Vaterland steht vor dem furchtbarsten Scheidewege seiner Geschichte. Entweder groß vor den vielen Völkern Europas, oder für immer hinabgestürzt in den Abgrund der Schmach und Schande als Mitschuldiger der deutschen Barbarei. Volk, du hast das Wort. Volk von Mailand, besetze die Straßen und Plätze. Dein Ruf sei Krieg oder Republik!" Unterzeichnet sind für die republikanische Sektion Mailands die Abgeordneten Chiesa, Cappa und Pirolini, eine Gruppe bekannter Republikaner, der syndikalistische Abgeordnete von Parma de Ambris und Mussolini. Die Lage in Mailand ist zweifellos sehr kritisch. Die interventionistischen Heißsporne spielen ihre letzte Karte aus, aber ihre Macht ist nur schwach und gilt nur, solange sie die versteckte Hilfe der Regierung haben. Die Arbeiterschaft und die große Mehrheit der Bürgerklasse ist gegen den Krieg. Die Arbeiterschaft hat gestern abend einmütig in Versammlungen der Arbeiterkammer, der sozialistischen Vereine sowie des Gewerkschaftsbundes den Generalstreik erklärt, der so lange dauern soll, bis das Volk nicht Garantien besitzt, daß es nicht wider seinen Willen in ein kriegerisches Abenteuer gerissen wird. In demselben Aufruf wird die Arbeiterschaft zur Massenbeteiligung an dem Begräbnis des vorgestern abend getöteten Arbeiters Gadda aufgefordert. Da nun anderseits die Kriegshetzer die Schuld am Tode des Arbeiters den Sozialisten zuschreiben, so wird das Begräbnis heute zum Gelegenheitsobjekt des Ausdruckes der widersprechenden Kampfstimmung werden. — Während der Kundgebung der Interventionisten gestern abend in Mailand zerschlugen die Demonstranten unter anderem das Firmaschild von Siemens-Schuckert. Aus einem Fenster des Geschäftshauses wurden mehrere Revolverschüsse abgefeuert, worauf die Menge auseinanderstob, aber zurückkehrte, als sie bemerkte, daß niemand getroffen worden. Es wurden darauf noch mehrere Revolverschüsse gewechselt, aber ohne weitere Folgen. Während des Umzuges kam es mehrfach zu Handgemengen mit Neutralisten und unbewaffneten Soldaten, die „Nieder mit dem Krieg!" gerufen hatten. In Florenz wurde vorgestern abend die Demonstration der Kriegshetzer durch die Neutralisten auseinandergetrieben. Fünf Interventionisten wurden verwundet ins Hospital gebracht. Der Avanti berichtet über zahlreiche Demonstrationen der einberufenen Reservisten wider den Krieg. In Campo Bisenzio rissen die Frauen die Schienen auf und verhinderten trotz des Eingreifens von 100 Karabinieri die Abfahrt der Reservisten.

Ein Kabinett Marcora?

Nach neuester Lesart würde die Lösung der Kabinettskrisis weder durch eine Rückkehr Salandras, noch durch eine Berufung Giolittis versucht werden, sondern durch die Bildung eines Kabinetts mittlerer Linie unter Führung des bisherigen Kammerpräsidenten Marcora. Es wird darüber gemeldet:

Rom, 14. Mai. Nach „Giornale d'Italia" und „Tribuna" soll der König den Kammerpräsidenten Marcora mit der Kabinettsbildung beauftragt haben. Marcora habe sich die Antwort vorbehalten, habe sodann mit Salandra und am Abend mit Giolitti eine Besprechung gehabt und sich darauf wieder zum Könige begeben, um ihm Bericht zu erstatten.

Wie gesagt, das würde ein Kabinett der mittleren Linie bedeuten. Nicht als ob Marcora kein Gefühl für die Herzenswünsche der „Unerlösten" hätte. Man erinnere sich des Jubels, als Marcora, der im Jahre 1904 zum ersten Male zum Kammervorsitzenden gewählt worden war, im Juli 1905 vom Präsidentensitz aus in einem Nachruf auf den Abgeordneten Socci die Wendung „unser Trient" gebrauchte. Graf Goluchowski, der damalige k. u. k. Minister des Auswärtigen, konnte nicht umhin, wegen dieser Aeußerung Vorstellungen in Rom zu erheben. Die italienische Regierung sprach daraufhin ihr Bedauern über den Vorfall aus und versicherte, das Marcora keine irredentistischen Absichten damit verfolgt habe. Heute, da nach Herrn Cirmeni Oesterreich das heißersehnte Trentino abtreten will, darf Herr Marcora von „unserem Trient" gesprochen haben, ohne dadurch als Haupt eines Kabinetts der Vermittlung unmöglich zu sein. Den „Patrioten" freilich dürften mit seiner Berufung nicht genügt sein.

*

Zürich, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der „Anzeiger" meldet aus Rom: Die Fraktionsvorstände der Kammer sind gestern in Rom zusammengetreten. Ihre Stellungnahme ergab eine überraschend große Mehrheit für eine Friedenspolitik der Regierung.

Zürich, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Luzerner „Tagesanzeiger" meldet aus Venedig vom 13. Mai: Der Stadtrat von Venedig gibt durch Anschläge bekannt, daß die Fremden ungehindert in Venedig bleiben können. Der Stadtrat habe zuverlässige Mitteilung erhalten, daß eine unmittelbare Kriegsgefahr nicht mehr bestehe.

Mailand, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer römischen Meldung der Turiner „Stampa" war nicht nur das Ministerium, sondern auch die Krone abgeneigt, bei der im Parlament und im Lande herrschenden Stimmung die Verantwortung für den Krieg auf sich zu nehmen.

Die Aufregung in Rom.

Rom, 14. Mai. Der ganze gestrige Tag bis in die ersten Morgenstunden des heutigen Tages war erfüllt mit zum Teil maßlosen Kundgebungen, die sich gegen Giolitti und die Neutralitätsidee richteten. Schon in den Morgenstunden gingen die Leute zu Tätlichkeiten über. Der Abgeordnete und frühere Minister Bertolini wurde, als er in einen Straßenbahnwagen stieg, in schwerer Weise beleidigt. Man warf Fensterscheiben des Straßenbahnwagens ein, spie dem Abgeordneten in das Gesicht und versuchte, ihn aus dem Wagen herauszuzerren, doch gelang es einigen Offizieren, den Freund Giolittis schließlich aus seiner gefährlichen Lage zu befreien. Auch die Abgeordneten Facta, Grazia Dei, Valenzani und Sacchi, alles Anhänger Giolittis, wurden beschimpft und bedroht. Ein deutscher Zeitungsvertreter wurde nach Bekanntwerden der Abdankung des Ministeriums im Pressesaal des Telegraphenamts unter den Rufen „Nieder mit Bülow! Nieder mit Deutschland!" aus dem Saal herausgedrängt. Gegen ein Automobil des Fürsten v. Bülow wurden Steine geworfen. Schilder deutscher Geschäfte, darunter das der deutschen Bierhalle Gambrinus und der Hamburg-Amerika-Linie, wurden unter Pereat-Rufen auf den Fürsten v. Bülow vollständig zertrümmert.

Der „Popolo Romano" von heute morgen weist unter Anführung der Strafbestimmungen gegen Straßenunruhen und Belästigung von Personen darauf hin, wie bezeichnend es sei, daß sich, bevor das Kabinett Salandra-Sonnino seine Abdankung einreichte, nirgends ein Polizist gezeigt habe, der die Abgeordneten und den Exminister gegen Ausschreitungen geschützt hätte.

In später Nachtstunde kam es nach der Abdankung des Ministeriums im Hauptquartier der Kriegshetzer, dem Café Aragno, zu erneuten Kundgebungen, wobei ein Teil der Menge „Hoch die Republik! Nieder der König!" schrie. Die nationalistischen Kriegshetzer jedoch antworteten auf diese Rufe mit Pfeifen und bekundeten damit den grundsätzlichen Gegensatz, der zwischen den beiden kriegshetzerischen Parteien besteht. Villa Malta war bis in die frühen Morgenstunden durch ein starkes Truppenaufgebot bewacht. Fürst v. Bülow unternahm auch heute mehrere Ausfahrten.

*

Köln, 14. Mai. Die „Köln. Volkszeitung" meldet aus Lugano:

Bei dem Aufruhr am gestrigen Abend wurde der in Rom weilende deutsche Reichstagsabgeordnete Erzberger im Automobil mit Steinen beworfen.

„Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!"

Rom, 14. Mai. (Meldung der „Agenzia Stefani".) Nach einem Beschluß des Ministerrats richtete Salandra heute ein drahtliches Rundschreiben an die Präfekten, in dem er sie ermächtigt, für den Fall, wo sie es für notwendig erachten sollten, den militärischen Behörden die Leitung des öffentlichen Sicherheitsdienstes und den Schutz der öffentlichen Ordnung zu übertragen.

Das Rundschreiben hebt hervor, daß die Regierung durch diese Maßnahme ihren Entschluß kundgebe, mit unbeugsamer Festigkeit alle gesetzlichen Mittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu gebrauchen. Das Ministerium habe indessen das Vertrauen, daß es für den Geist umsichtiger Verantwortlichkeit des italienischen Volkes besser wäre, den unschätzbaren Schaden abzuwenden, den in einem Augenblick wie dem gegenwärtigen der Anblick von bürgerlicher Zwietracht und heftiger Zügellosigkeit der politischen Leidenschaften hervorrufen könnte. Ein Mangel an Achtung gegenüber Ausländern sei ein Fleck auf der Zivilisation eines Landes. Der bloße Verdacht, einen Druck auf die Behörden ausüben zu wollen, trübe deren Verantwortung und schwäche ihr Ansehen, was immer bedauernswert sei und heute das Staatswohl gefährden könnte. Das italienische Volk, das seine Pflicht gegen das Vaterland in schwereren Tagen seiner Geschichte edel empfunden habe, werde nicht jetzt in dieser Hinsicht fehlen wollen und werde es verstehen, die Zügel der Würde und der bürgerlichen Ordnung den Ausbrüchen von Gewalttätigkeit anzulegen, die alle gleich tadelnswert seien, gleichviel von welcher Seite sie herrührten und welchem Zweck sie dienten.

Die Haltung der italienischen Presse.

Die Presse ist durch den Rücktritt des Kabinetts Salandra völlig überrascht worden. Man hatte sich schon so in die Vorstellung eingelebt, daß Herr Barrère, Gabriele d'Annunzio und der Gassenpöbel die Führung Italiens endgültig in die Hand genommen hatten, daß man einen so starken Rückschlag im Sinne Giolittis gar nicht mehr in Betracht zog. So bilden die Zeitungsartikel jetzt ein buntes Gemisch von Bestürzung, Ueberraschung, Wut und Genugtuung in allen Spielarten. Hier einige Proben:

Der „Corriere della Sera" schreibt in seinem Leitartikel unter der Ueberschrift: „Wohin gehen wir?", daß Giolitti und seine Freunde, mehr aber noch Bülow triumphiert hätten. Bülow habe es durchgesetzt, die Regierung zu stürzen, die Italien zum Kriege führte. Giolitti und seine Partei hätten ihm dabei geholfen, Salandra und seine Kollegen nachgegeben, da sie sich nicht stark genug fühlten, den Kriegsbeschluß vor dem Parlamente zu vertreten. Diese Krise werfe das Land in die schwerste Lage, die es je durchgemacht habe. Sie werde eine Entrüstungsbewegung im ganzen Lande hervorrufen. Zur Geschichte der Verhandlungen fügt der „Corriere" hinzu, daß Oesterreich seine letzten Zugeständnisse gemacht habe, nachdem Italien den Bündnisvertrag mit Wirkung auf Oesterreich gekündigt habe. Das Blatt fragt sich dann angsterfüllt, ob Italien nicht schon mit dem Dreiverbande Verträge geschlossen habe, die es verpflichten, gegen Oesterreich zu marschieren. Der „Corriere" hätte gewünscht, daß die Regierung die vollzogene Tatsache der Kriegserklärung vor die Kammer gebracht hätte. Der Artikel schließt mit dem Wunsche, daß Salandra zurückkehre.

„Secolo" und „Popolo d'Italia" lassen sich ähnlich vernehmen. „Secolo" nennt den Rücktritt eine Demütigung Italiens, welche das Land auf die Stufe der südamerikanischen Republiken stelle. — Der „Popolo d'Italia" schließt seinen Leitartikel mit den Worten: „Die Majestät in Italien ist nicht dieselbe wie in Griechenland. Sie wird ihre Wunder erleben! Inzwischen: Evviva la republica!"

Der sozialdemokratische „Avanti" frohlockt, daß die Verschwörung der Desperados, die im Auftrag Englands und Frankreichs Italien ruinieren wollten, so schmählich gescheitert sei. Alle Bürger Italiens, alle Mütter von Italienern, deren Gewissen nicht verkauft, deren Geist nicht vergiftet ist, begrüßen den Sturz des Ministeriums als den Beginn einer klareren, festeren politischen Lage, die die Nation einer besseren Zukunft entgegenführe. — Die sozialistische Kammerfraktion veröffentlicht einen Aufruf gegen die Kriegshetzer, die Italien in ein nationales Unglück stürzen wollen.

Die Turiner „Stampa" schreibt, durch den Rücktritt Salandras sei der Krieg, die größte der dem Lande drohenden Gefahren, beschworen. Dem nachfolgenden Kabinett komme es zu, das Land zwischen allen anderen noch bestehenden Klippen hindurchzusteuern. Interessant ist, daß Cesare Soverero, der römische Korrespondent der „Stampa", andeutet, auch der König habe den Kriegsplänen Salandras die Zustimmung nicht geben können, da das Parlament und der größere Teil der Partei im Lande für eine friedliche Lösung sei. Die aus vielen Städten Italiens einlaufenden Berichte stellen aber eine zunehmende Gärung im Volke fest, so daß man der Entwicklung der Dinge immerhin mit Sorge entgegensehe.

Kriegschronik.

8. Mai.
Eroberung von Krosno. — Oestlich Lupkow der Karpathengrenzkamm nördlich Telepocz, Zelloe und Nagypolani erstürmt.
Zahlreiche Deutsche verlassen Italien.

9. Mai.
Bei Ypern der Feind aus starken Stellungen zwischen den Straßen Fortuin—Wieltje und Gheluvelt—Ypern geworfen, Frezenberg und Verlorenhoek genommen.
Ausweichen vorgeschobener deutscher Abteilungen vor starken russischen Kräften bei Mitau. — Zerstörung der Bahn Wilna—Szawle nordöstlich Kowno.
Uebergang v. Mackensens über den Wisłok. Zurückweichen der Russen auf Mielec und über die Weichsel. Die Linie Uzsoker Paß—Komancza—Krosno—Debica—Szczucin von den verbündeten Truppen überschritten.
Russischer Angriff bei Ottynia. — Erstürmung des Brückenkopfes Zaleszczyki durch die Oesterreicher.
Die englischen Dampfer „Don" und „Touro" und der Fischdampfer „St. Louis" durch deutsche U-Boote versenkt.
Meldung von der gegenseitigen Beschießung zweier englischer Geschwader bei Bergen vom 7. zum 8. April.
Eintreffen Giolittis in Rom.

10. Mai.
Der Kaiser auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz.
Großer französisch-englischer Angriff südwestlich Lille. Eindringen der Feinde in unsere Stellungen zwischen Carency und Neuville.
Der Stobnica-Abschnitt, die Brzezanka und der untere Wisłok von der Armee v. Mackensen erreicht. Von Süden her die Linie Dvernik—Baligrod—Bukowska erreicht.
Southend und Westcliff an der Themsemündung durch deutsche Marineluftschiffe mit Bomben belegt.
In den Landungskämpfen auf Gallipoli ein viermaliger Angriff der Engländer bei Ari Burnu abgeschlagen.
Ankunft der Restmannschaft der „Emden" in Damaskus.

11. Mai.
Kampf um die Loretto-Höhe, Ablain und Carency. Ein englisches Flugzeug heruntergeschossen.
Erstürmung einer feindlichen Stellung südlich La Ville-au-Bois bei Berry-au-Bac.
Durchbrechung der gegen die Verfolgung Widerstand leistenden russischen Linien bei Besko, Brzozow, Lutcza und Debica. Russischer Angriff von Sanok her zurückgeschlagen. **Rückzug der Russen von der Nidafront.** Nach Sieg bei Baligrod Uebergang von Vortruppen über den San bei Dwernik. **Die russische 8. Armee zwischen Lupkow und Uzsok in die Niederlage verwickelt.**
Sitzungen des verstärkten Haushaltsausschusses des Reichstags zur Beratung über das Militärhinterbliebenen- und Versorgungsgesetz.
Mitteilung der deutschen Regierung über die Versenkung der „Lusitania" an die Vereinigten Staaten von Amerika und die europäischen neutralen Mächte.
Die „Lusitania" war bewaffnet und hatte wie schon öfter Kriegsmaterial, 5400 Kisten Munition und Konterbande an Bord.
Wegen der Versenkung der „Lusitania" Ausbruch von deutschfeindlichen Ausschreitungen (Mißhandlung, Plünderung, Zerstörung) in Liverpool und London, später auch in Kapstadt und Johannesburg.

12. Mai.
Erstürmung einer wichtigen Höhe bei Ypern.
Scheitern eines französischen Angriffs auf den Hartmannsweilerkopf.
Kampf bei Szawle.
Der San zwischen Sanok und Dynow von den verbündeten Truppen überschritten, die Gegend von Rzeszow—Mielec erreicht. Rzeszow, Dynow, Sanok und Lisko im Besitz der Verbündeten. Rückzug der russischen Karpathenfront bei Turka, im Orawa- und Oportale.
Vorstoß russischer Kräfte auf Horodenka.
Mitteilung der Cunardlinie, daß die „Mauretania" ihre auf den 29. Mai festgesetzte Ausreise nicht antritt.
Einstellung des französischen Reiseverkehrs nach Amerika auf 8 Tage vom 16. Mai an.
Das Angebot Oesterreichs an Italien in der „Stampa" veröffentlicht.

13. Mai.
Dorf Carency und der Westteil von Ablain von den Deutschen geräumt.
Starker französischer Angriff bei Croix des Carmes abgeschlagen.
In Mittelgalizien die Gegend Dubiecko—Kolbuszowa, in Südpolen von der Armee v. Woyrsch Kielce genommen. Eroberung der Höhen östlich des oberen Stryjtales durch die Armee v. Linsingen.
In den Verfolgungskämpfen bisher 143500 Russen gefangen, 100 Geschütze und 350 Maschinengewehre erbeutet.
An den Dardanellen Vernichtung des englischen Linienschiffes „Goliath", Beschädigung des Kreuzers „Implacable".
Besetzung von Windhuk durch Botha.
Rücktrittserklärung des italienischen Ministeriums Salandra.

14. Mai.
Geländegewinn in Richtung Hooge zwischen Menin und Ypern.
Abweisung der feindlichen Angriffe südwestlich Lille, bei Berry-au-Bac und im Priesterwald.
Bei Hagenau ein feindlicher Doppeldecker zum Landen gezwungen.
Fünfmaliger russischer Ansturm westlich Prasznysz zurückgeworfen.
Die Vortruppen der Armee v. Mackensen vor Przemysl und links des unteren San. Die Höhen bei Dobromil und Stary Sambor erreicht. Vordringen über Turka und Skole in Richtung Stary Sambor-Dolina. In Südpolen weiterer Abzug der Russen von der Linie Polaniec—Kielce—Inowlodz.
In der Schlacht in Südostgalizien Vordringen der Russen bis über Obertyn bis nördlich Sniatyn und bis Nahala.
Unruhen und Kundgebungen für den Krieg in Rom, Mailand und anderen italienischen Städten.
Die Verhaftung aller Staatsangehörigen feindlicher Länder im Alter von 17 bis 45 Jahren in England beschlossen.

15. Mai.
Bei Ypern seit 22. April 110 Offiziere, 5450 Mann unverwundet, 500 Verwundete gefangen.
An der Lorettohöhe die meisten feindlichen Angriffe niedergehalten, einer verlustreich für den Feind abgeschlagen.
In den Kämpfen bei Szawle der Vormarsch starker russischer Kräfte zum Stehen gebracht. Heranführung von russischen Verstärkungen südlich des Njemen.
Weiteres Vordringen der Verbündeten an der Front von Nowe Miasto, an der Pilica bis südlich des Dnjestr. Am San Erstürmung von Jaroslau, von Rudnik und Lozajec. Das ungarische zehnte Korps vor den Toren von Przemysl. Dobromil, Stary Sambor, Borysław genommen. Die Höhen von Dolina erreicht.
Der russische Angriff nördlich Kolomea abgeschlagen.
Weitere russische Angriffe am Pruth.
Verhaftung aller erwachsenen männlichen Untertanen feindlicher Staaten in Südafrika beschlossen.

Vossische - Zeitung
16./6. 1915

Kündigung des Dreibunds?

Eigener Drahtbericht.

Zürich, 15. Mai.

Wie aus Rom gemeldet wird, wird wahrscheinlich noch vor Eröffnung der Kammer ein Grünbuch ausgegeben werden. Aus diesem seien besonders zwei Tatsachen wichtig:

1. Das Kabinett Salandra habe am 4. Mai den Dreibundvertrag gekündigt.

2. Am 6. Mai habe das Kabinett mit dem Dreiverband ein Abkommen getroffen, welches die Bedeutung eines Bundesvertrages besitze.

Lugano, 15. Mai.

Die Anhänger Giolittis weisen die Behauptung, daß der Dreibund bereits gekündigt sei und bindende Abmachungen mit dem Dreiverband vorlägen, entschieden zurück. Die „Tribuna" erklärt, vermutlich von Giolitti ermächtigt, daß diesem nichts von solchen unabänderlichen Abmachungen bekannt ist. Unmöglich könne das Kabinett ohne Befragung des Parlaments soweit gegangen sein, was auch aus der Begründung des Rücktritts mit mangelnder Einmütigkeit der Verfassungsparteien hervorgehe. Wahrscheinlich liegen tatsächlich verpflichtende Abreden Salandras und Sonninos mit den Diplomaten des Dreiverbandes vor, aber bisher ohne die Unterschrift des Königs. Für das „Giornale d'Italia", den „Corriere della Sera", „Secolo", „Messaggero" und ähnliche Blätter ist das zeitliche Heil, die Ehre, die Zukunft Italiens an die unbedingte Treue gegen das verpfändete Wort gebunden, so daß die Nation allgemeiner Verachtung anheimfallen werde, wenn von den Abmachungen mit Barrère und Rennell Rodd zurückgetreten werde.

„Corriere della Sera" übersieht den blutigen Sarkasmus seiner Worte, wenn er sagt: „Es gibt kein Zurück! Kein Staat der Welt kann seinen Verpflichtungen untreu werden, ohne die eigene Ehre mit den Füßen zu treten und sich der allgemeinen Verachtung auszusetzen." Der Auftrag zur Kabinettsbildung ist noch nicht erfolgt. Die Kriegspartei verlangt dringend ein neues Kabinett Salandra und bekämpft die Berufung Marcoras, der eine unhaltbare Zwitterlösung versuchen werde. Marcora und Giolitti hatten lange Besprechungen mit dem König. In der Consulta lösten sich der französische und der englische Botschafter, der russische Botschaftsrat und der serbische und rumänische Gesandte ab.

Ungarisches Abgeordnetenhaus.

Budapest, 15. Mai. Der Gesetzentwurf betreffend die vermögensrechtliche Haftung von Vaterlandsverrätern wird in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Generaldebatte über den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Kurialgerichtsbarkeit in Wahlangelegenheiten.

Abg. Geza Polonyi befürchtet, daß in der dem bisherigen Usus widersprechenden Einberufung einer Sitzung für Samstag die Absicht enthaltet sei, die Beendigung der gegenwärtigen Session zu beschleunigen, damit das Abgeordnetenhaus vertagt werden könne, noch bevor der Ministerpräsident auf die Anfrage des Grafen Karolyi betreffend die auswärtige Lage eine beruhigende Antwort erteilt habe. Er wünsche auch Aufklärung, ob er seine bereits vorgemerkte Interpellation über die auswärtige Lage Mittwoch werde begründen können.

Der Präsident erwidert, es liege durchaus nicht die Absicht vor, die Beendigung der Session zu beschleunigen.

Abg. Polonyi erörtert dann die gegen die Person des Präsidenten Medakovic getroffenen behördlichen Verfügungen.

Ministerpräsident Graf Tisza bemerkt, daß der Zwischenfall Medakovic in einer Weise beigelegt wurde, mit der sich auch Dr. Medakovic zufrieden gab, und daß auch an das Magnatenhaus, dessen Mitglied Medakovic ist, keinerlei Klage oder Beschwerde gelangt ist. Der Zweck seiner Rede sei, das Haus zu versichern, daß sich die Regierung vollkommen bewußt sei, daß sie durch die Unterbreitung dieser Vorlage ein Thema auf die Tagesordnung stelle, das sehr leicht zu leidenschaftlichen Parteikämpfen Anlaß geben könnte. Wenn die Regierung die Vorlage dennoch unterbreitete, so tat sie es, weil sonst zwischen dem neuen Wahlgesetz und dem Gesetz über die Kurialgerichtsbarkeit in Wahlangelegenheiten eine solche Diskrepanz eingetreten wäre, daß sie Wahlmißbräuchen Tür und Tor geöffnet hätte. Wenn aber die Regierung sehen würde, daß die Opposition in der Vorlage eine Provokation erblickt und die Debatte auf breiter Basis in einer Weise führen würde, die den Interessen des Landes unter den heutigen Verhältnissen nicht entspricht, so würde ihr nichts anderes übrig bleiben, als die Verhandlung dieser Vorlage zu verschieben. Dann würde aber die Verantwortung dafür, daß diese Frage nicht gelöst werden konnte und daß Wahlmißbräuchen der weiteste Spielraum gelassen wird, nicht auf die Regierung fallen. Die Regierung sei bereit, Abänderungsanträge — namentlich in der Frage der Fahnen und Embleme bei den Wahlen — zu akzeptieren, hinsichtlich deren leicht eine Einigung erzielt werden könne. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. Ernst Brody (Demokrat) lehnt die Vorlage ab. Er wünscht eine radikale Abstellung der Wahlmißbräuche, insbesondere fordert er eine Verfügung, wonach ebenso wie bei den Heereslieferungen Umtriebe von Vermittlern unmöglich gemacht würden und auch den Treibereien der Cortege- und Wahlparasiten ein Ende gemacht werde.

Graf Apponyi erklärt gegenüber dem Ministerpräsidenten, die Opposition wolle das Zustandekommen des Gesetzes nicht verhindern, sie wolle bloß die Vorlage in einigen wesentlichen prinzipiellen Punkten modifizieren. Es wäre aber kein großes Unglück, wenn die Vorlage jetzt nicht zustandekommen würde, denn infolge der Verlängerung der Mandate werden die allgemeinen Wahlen erst nach Friedensschluß vorgenommen werden. Was die Opposition besonders bemängelt, ist die Einschränkung der Wirksamkeit der Kurialgerichtsbarkeit, beziehungsweise Ausdehnung der Gerichtsbarkeit des Abgeordnetenhauses in Wahlangelegenheiten; ferner sollen die Bestimmungen der Fuhrwerk- und Verköstigungskosten der Wähler aus dem Gesetze eliminiert werden.

Abg. Springer (Verfassungspartei) ventiliert die Idee, es möge ein neuer Staatsgerichtshof errichtet werden, welcher, zum Teile aus Delegierten des Abgeordnetenhauses, zum Teile aus Berufsrichtern bestehend, als oberstes Forum in Wahlangelegenheiten entscheiden solle, während die erste Instanz die vom Abgeordnetenhause einzusetzende Kommission wäre.

Abg. Stephan Haller (Volkspartei) tritt in entschiedener Weise für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht ein.

Die Verhandlung wird sodann abgebrochen.

Die nächste Sitzung findet den 17. d. um 10 Uhr vormittags statt.

Die italienische Kabinettskrise.

Ablehnung der Kabinettsbildung durch Marcora und Carcano.

K. Rom, 15. Mai. Die Agenzia Stefani meldet: Der König empfing heute vormittags Marcora, Carcano und Salandra in aufeinanderfolgenden Audienzen.

K. Rom, 15. Mai. Dem „Giornale d'Italia" zufolge erklärte Kammerpräsident Marcora heute Vormittag dem Könige, daß er die ihm übertragene Mission der Kabinettsbildung ablehnen müsse.

Der König habe sodann dem Schatzminister Carcano die Kabinettsbildung angeboten, aber auch dieser habe abgelehnt.

Der König hatte hierauf eine Beratung mit Salandra.

Die Minister im Quirinal.

K. Rom, 14. Mai. (Verspätet eingetroffen.) „Giornale d'Italia" meldet:

Um 9 Uhr begaben sich die Minister zur üblichen Unterzeichnung von Dekreten in den Quirinal, den sie mit Ausnahme des Kriegsministers und des Ministers des Innern um 10 Uhr wieder verließen. Diese beiden blieben noch bis 10 Uhr 40 Minuten im Quirinal.

Die Deutschenverfolgung in England.

Alle Ausländer militärpflichtigen Alters verhaftet.

K. **London,** 14. Mai. Der Polizeichef erließ gestern den Befehl, alle feindlichen Ausländer militärpflichtigen Alters zu verhaften.

Die Debatte im Unterhause.

London, 14. Mai. Premierminister Asquith teilte in der bereits gemeldeten Erklärung im Unterhause mit, alle männlichen Staatsangehörigen feindlicher Länder im Alter von 17 bis 55 Jahren sollten interniert werden, außer in Fällen, wo eine noch zu ernennende Kommission mit richterlicher Befugnis eine Ausnahme beschließen würde. Frauen und Kinder sollten nach ihrem Heimatlande geschickt werden, wobei aber ebenfalls Ausnahmen Platz greifen könnten. Den Naturalisierten werde die Freiheit gelassen, außer in Fällen, wo Grund zum Verdachte vorliege.

Bonar Law verurteilte die Ausschreitungen gegen die Angehörigen feindlicher Staaten; er müsse aber sagen, daß er nicht bedauere, daraus ersehen zu haben, wie die Volksstimmung sei, obwohl sie sich in so beklagenswerter Weise geäußert habe. Der Nation sei es jetzt klar, daß der gegenwärtige Krieg kein Krieg zwischen Armeen, sondern ein Krieg zwischen Nationen ist. Die Ausschreitungen seien in jeder Hinsicht beklagenswert gewesen. Das beste Mittel, sie zu beendigen, sei der jetzige Plan der Regierung.

Der Liverpooler Reeder Holt (liberal) sagte, die Internierung von Personen in so großer Zahl würde die Regierung zwei bis drei Millionen Pfund im Jahre kosten. Die Errichtung der Lager würde Arbeit und Material anderen Zwecken entziehen. Die Benutzung von Schiffen für die Internierung wäre eine kolossale Verschwendung. Außerdem brauche man die Arbeitsleistung der Leute, die interniert werden sollen.

Johnson-Hicks (Unionist) sagte, die Regierung habe dem Pöbel zugestanden, was sie dem Parlament nicht zugestanden habe, nämlich die Behandlung der Ausländer selbst in die Hand zu nehmen. Er verurteile das, aber die Verantwortung trage die Regierung, die die im Unterhause vorgebrachten Warnungen nicht beachtet habe.

Markham (Unionist) forderte, daß Männer deutscher Abstammung nicht Mitglieder des Parlaments oder des Geheimen Staatsrates bleiben dürfen. Die Regierung habe die neuen Schritte wahrscheinlich gegen ihr eigenes Urteil unternommen, weil die öffentliche Meinung sie dazu gezwungen habe; aber die neuen Maßregeln würden die öffentliche Meinung nicht befriedigen. Redner teilt mit, daß seine Arbeiter die Entlassung eines Deutschen verlangt hätten, der seit 20 Jahren naturalisiert sei und drei Söhne in der englischen Armee habe.

Premierminister Asquith sagte, kein Patriot könne sich etwas Unbesonneneres und Schimpflicheres vorstellen, als die Ausschreitungen und Plünderungen der letzten Tage.

Der Arbeitervertreter Crooks rief dazwischen: „Einige Zeitungen haben das Volk dazu aufgereizt!"

Premierminister Asquith erwiderte: Um so schimpflicher ist es für die Zeitungen, einen entehrenden Ausbruch der Rachsucht hervorzurufen. Den dafür Verantwortlichen gereicht dies zur denkbar größten Unehre. Die neuen Maßregeln werden uns vor der Möglichkeit einer gefährlichen Tätigkeit feindlicher Ausländer schützen und zugleich die Möglichkeit geben, Ungerechtigkeit und Ungemach von unschuldigen, harmlosen Personen abzuwenden.

Tägliche Rundschau
17./V. 1915

Die italienischen Sozialdemokraten gegen den Krieg.

Scharfe Kriegsgegner sind zur Stunde wohl nur noch ein Teil der Sozialdemokraten, während der Führer der Klerikalen bereits eine Erklärung abgegeben hat, daß sich seine Partei dem Gebote des Landes nicht widersetzen werde. Ihre Fraktion hat, wie dem „Vorwärts" gedrahtet wird, eine Tagesordnung angenommen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, und die den größten Wert darauf legt, der Kammer die Entscheidung zu übertragen. Sie lautet:

Die gemeinsam mit der Vertretung des Parteivorstandes tagende sozialistische Parlamentsfraktion betont von neuem, daß die von hohen ideellen und praktischen Leitsätzen abgeleitete sozialistische Neutralität über die Interessen des Proletariats, das seiner Natur nach dem Kriege widerstrebt, und über die wahren Interessen der Nation hinaus auch darauf gerichtet war, Italien größere Kraft für eine Mission des Friedens und der internationalen Gerechtigkeit zu verleihen, und konstatiert, daß diese Auffassung der Neutralität grundsätzlich von der der anderen neutralistischen Parteien abweicht und besonders von der von der Regierung eingehaltenen Politik, die nur auf Verhandeln und Verschachern des italienischen Eingreifens abzuzielen scheint und das Land auf den Weg einer schädlichen imperialistischen Politik führt.

Die Parlamentsfraktion erklärt weiter, daß, ungeachtet der dreisten Lügen, Verdrehungen und Uebergriffe einer geringen interventionistischen Minderheit, die sozialistische Partei sich in ihrer Haltung gegen den Krieg und zugunsten einer tatkräftigen Neutralität mit jedem Tage mehr als treuer Wortführer nicht nur des Proletariats, sondern der großen Mehrheit der italienischen Bevölkerung fühlt. Sie hebt ferner hervor, daß in den parlamentarischen Kreisen immer deutlicher eine tiefe Unzufriedenheit gegen die Regierung zutage tritt, weil diese sich in diktatorischer Isolierung abschließt, unter offenkundigem Mißbrauch der ihr vom Parlament übertragenen Befugnisse, die sicher nicht den Verzicht auf die parlamentarischen Rechte in so ernster Stunde einschlossen.

Die Parlamentsfraktion erklärt, daß keine Regierung sich für ermächtigt halten kann, das Volk ohne dessen Willen dem furchtbaren Ungewiß eines Krieges preiszugeben, und beschließt, indem sie an das Verantwortlichkeitsgefühl der verschiedenen Volksvertreter appelliert, auf daß diese ihre Haltung dem Willen der von ihnen vertretenen Bevölkerung anpassen, für Herbeiführung einer parlamentarischen Situation und Regierungspolitik zu wirken, die dem Willen des Volkes entsprechen, das entschieden gegen den Krieg ist.

Der „Avanti", das Hauptorgan der Sozialdemokraten, behauptet, die „ungeheure Mehrheit" des Landes sei gegen den Krieg und bilde „lediglich das Opfer des blutigen Wahnsinns der Clique Salandra-Sonnino". Zur Stunde hat es jedoch den Anschein, als ob die Schreier und Hetzer Oberwasser hätten, und die Freunde der Neutralität sich nicht mehr recht hervorgetrauten.

Auch der Gedanke des Generalstreiks ist von den Sozialdemokraten lebhaft behandelt worden, mit dem Ergebnis jedoch, daß man von dieser Kraftprobe absehen will. In der Tat hätte sie ja nicht die geringste Aussicht auf Erfolg, und der Versuch ihrer Verwirklichung würde nur unnützes Blutvergießen bedeuten.

Reichspost
17.V.1915

Der Aufruhr in den portugiesischen Städten. — Die Ereignisse in Lissabon.

Madrid, 15. Mai.

(Meldung der Agence Havas.)

Im Ministerium des Innern eingelaufene Nachrichten melden, daß die Lage in Portugal sehr ernst sei. Die Verbindungen sollen unterbrochen, in Coimbra, Porto und Santarem Unruhen ausgebrochen sein. In Lissabon soll die Kommune proklamiert sein.

Es sind Gerüchte im Umlauf, daß Alfonso Costa ermordet worden sei.

Die Truppen seien nicht imstande, die Bewegung zu unterdrücken.

Madrid, 15. Mai. (Reuter.)

Amtliche Berichte melden eine revolutionäre Bewegung in Portugal, die von einem im Tajo liegenden Geschwader geleitet wird. Kriegschiffe bombardieren die Stadt und richteten erheblichen Schaden an.

Madrid, 15. Mai.

(Meldung der Agence Ravas.)

Der Kommandant des Kreuzers „Vasco da Gama" soll ermordet worden sein. Die Garnison von Lissabon bleibt dem Präsidenten treu. — Nach einer späteren funkentelegraphischen Meldung aus Lissabon wurde der Aufruhr unterdrückt. Kapitän Martino Lima übernahm das Kommando der republikanischen Truppen.

17./V. 1915

Verbleiben des Kabinetts Salandra.

K. **Rom,** 16. Mai. Die Agenzia Stefani meldet:

Der König hat die Demission des Ministeriums Salandra nicht angenommen.

Es verbleibt demnach das ganze Kabinett im Amte.

29./IV. 1915

Russischer Köder für Österreich

ndschau

Politik

ller Stände

lich 1 Mark
ei täglicher
hen Schutz-
5 Pfennig.
10 Pfennig.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle und sämtl. Vermittler entgegen. Grundpreis der 6gespalt. Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 60 Pfennig (Stellengesuche 30 Pfg.) die Zeile, im Abendblatt 75 Pfennig die Zeile. Reklamen: Die 3gespaltene Zeile 2,50 M. Verlag der Täglichen Rundschau G. m. b. H. in Berlin SW. 68.

35. Jahrgang

Ypern und Le Mesnil

ei Sochaczew erobert.

sich bewußt war, wieviel für das Vaterland von seiner Haltung abhing.

Sven Hedin hatte sich bei einem Besuche der österreichisch-ungarischen Stellungen so stark vorgewagt, daß eine russische Granate in seiner nächsten Nähe platzte, so daß er und seine Begleiter mit Erdstücken überschüttet wurden.

Russischer Köder für Oesterreich.

Obgleich sie doch wirklich eine ganze Welt gegen uns aufgeboten haben, müssen unsere Gegner erkennen, daß ihr Aufgebot immer noch ungenügend ist. Krampfhaft werben sie daher um die Hilfe der paar noch unsicheren Neutralen; und doch müßten sie sich sagen, daß diese um so schwieriger zu haben sein müssen, je dringlicher das Werben wird, da jede Steigerung dieser Dringlichkeit eine Steigerung der Dreiverbandsnöte und -ängste verrät. England wirbt von den Neuseeländern „bis zu den Basutos" um Helfer. Frankreich geht bis zu den Krüppeln und bis zu den Kreolen. Am allerverwegensten aber scheinen neuerdings in gewissen echt russischen Kreisen die Wünsche nach weiteren Helfern zu schweifen. Schmeichelt man sich doch in diesen Kreisen jetzt mit dem angenehmen Gedanken, bei unserm eigenen Bundesgenossen Oesterreich-Ungarn Hilfe aus aller Not suchen zu dürfen. Die sehr angesehene Petersburger Zeitung „Rjetsch" malt ihren offenbar vielfach kriegsmüden Lesern die Fata Morgana eines Sonderfriedens mit Oesterreich-Ungarn in die Lüfte, der es erlauben würde, mit neu gesammelten, erdrückenden Kräften endlich die große Dampfwalze über das verhaßte Deutschland gegen Berlin zu wälzen.

Der „Rjetsch" selber zwar wagt es nicht, den Sonderfrieden mit Oesterreich-Ungarn als sozusagen schon gesichert hinzustellen; er behauptet nicht einmal, daß schon die verantwortlichen Stellen von Amts wegen sich mit der Sache fassen; „indessen," so munkelt er, „indessen wurden sowohl in den verbündeten Staaten wie in den Hauptstädten der neutralen Mächte in der letzten Zeit fortgesetzt Versuche gemacht, den Boden wegen der Möglichkeit eines Separatfriedens und der Bedingungen zu sondieren, unter denen es Rußland, England und Frankreich als erwünscht erachten würden, einen Separatfrieden mit Oesterreich-Ungarn zu schließen. Diese Versuche wurden jedoch nicht nur nicht offiziell, sondern auch nicht offiziös von Privatpersonen, unverantwortlichen Diplomaten und einflußreichen Journalisten unternommen."

Die Sache ist also doch noch recht schemenhaft und luftig. Ein Messer ohne Heft, dem die Klinge fehlt. Ganz genau besehen, bleibt nichts von ihr übrig als das offenbare Bedürfnis der „Rjetsch"-Leser nach Trost und Hoffnung und die frommen Wünsche des „Rjetsch" selber, an deren Aufrichtigkeit zu zweifeln nicht der geringste Anlaß vorliegt.

Etwas mehr ist freilich doch noch an der Sache: Man will von Petersburg aus den Oesterreichern und Ungarn ein wenig mit dem Zaunpfahl winken. Die Geflissentlichkeit, womit der „Rjetsch" versichert, daß amtliche russische Stellen mit dem Gedanken eines Sonderfriedens zwischen Petersburg und Wien nichts zu schaffen hätten, ist begreiflich. Man zeigt amtlich die kühle Schulter und stellt sich uninteressiert, um sich nicht zu billig verkaufen zu müssen; man möchte aber gleichzeitig durch den starken und auffälligen Hinweis auf die in Petersburg vorhandenen stimmungsmäßigen Grundlagen für etwaige Fühlungnahme die Wiener zu einer entgegenkommenden Geste von ihrer Seite ermutigen. „Wär' der Gedanke nicht so verflucht gescheit, man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen." Alles in allem: Ein Versuchsballon, der matt zur Tiefe sinken wird, der aber doch einiges über die Stimmung in dem Lager vermuten läßt, aus dem man ihn zur Auskundschaftung des gegnerischen Lagers aufsteigen ließ.

Der „Rjetsch" hat es bei dem einen Versuchsballon nicht bewenden lassen. Offenbar liegt ihm und seinen Auftraggebern die Sache sehr am Herzen. Daher wird der bekannte Fürst Eugen Trubetzkoi aufgeboten, um den Oesterreichern und Ungarn die Vorteile eines Sonderfriedens mit Rußland

Die Kurie und der Weltkrieg.

(Von unserem nach Italien entsandten Sonderberichterstatter.)

or. **Rom**, 24. April.

I. Caput mundi.

Hier wimmelt es jetzt von Leuten, die in politischen Geschäften hergekommen sind, und, wenn sie auch den Gast- und Speisewirten, Droschkenkutschern, Laden- und Museumskassen, der ganzen auf Fremdenverkehr zugeschnittenen Wirtschaft der Stadt den Wegfall der Vergnügungsreisenden nicht ersetzen, dem römischen Leben doch einen prickelnden Reiz verleihen. Kaufmännisch betrachtet, sind sie kein Massengut, sondern Qualitätsware, allerdings von sehr verschiedener Qualität; wenig prima, durchweg aber originell und vielfach ergötzlich anzuschauen, eine Völkerschau, wie in unseren Gefangenenlagern, nur in Freiheit vorgeführt und rasend beschäftigt. Das zahlreichste Kontingent stellen die Balkanvölker: mannigfaltige, malerisch und plastisch wirksame Typen, teils von morgenländischer Grandezza, teils auch solche, die man schon mit Rougat und Rachatlukum handelnd in Kneipen gesehen zu haben meint; geschäftsgewandte, vielseitige Leute. Russen, Engländer, Franzosen und Belgier stellen schon gesellschaftsfähigere Exemplare, eine bessere Sorte in Mustern von verschiedenem Wert. Dazu kommt ein starker Strich exotischer Vögel, deren Gefieder auf Herkunft aus Wunderländern des Erdballs schließen läßt; denn der Weltkrieg scheucht die seltsamsten Bruten aus den Nestern auf, auch die Weibchen. Als Schiller im „Fiesco" die Staatsgeheimnisse erwähnte, die mit Vorliebe in Unterröcken stecken, kannte er die politische Bedeutung, die dem schönen Geschlecht gerade in lateinischen Ländern innewohnt. Männlein und Weiblein — und was für Männlein, vollends was für Weiblein! — alle sind in „außerordentlicher Mission" und von der Wichtigkeit ihrer Aufgabe durchdrungen. Am wichtigsten aber fühlt sich die Ewige Stadt selber, die seit Jahrhunderten, vielleicht seit der Kaiserglanzzeit des Altertums nicht wieder so viele politische Sendboten der Völker empfangen hat und, indem es die Klientela der Welt begrüßt, selbstgefällig in den Spiegel schaut und meint: „Ich bin doch wieder das Haupt der Welt, das caput mundi."

Indessen gilt nur ein Teil, anscheinend nicht einmal der größere Teil der Besucher dem neuen Reiche italienischer Nation. Nicht auf dem linken Tiberufer, auf den Höfen des Quirinals, wo die Minister hausen, sondern ihm gegenüber thront im Vatikan ein wirkliches caput mundi, das Oberhaupt der katholischen Welt. Die neuitalienischen Positivisten scheinen das nicht recht zu sehen und lassen sich nicht gern daran erinnern. Wie aber gerade die geistlichen Kräfte, die man weltlicherseits hier als unwägbar und unwichtig behandeln möchte, jetzt mit Wucht in die Wagschale der Weltpolitik fallen, das ist einer der lehrreichsten Vorgänge der Gegenwart, der durch den zwischen Kurie und Konsulta, zwischen der geistlichen und weltlichen Diplomatie in Rom bestehenden Gegensatz der Methode und des Gebarens besonders fesselnd wirkt: Auf seiten der demokratisch-königlichen Staatsmänner ein Maskenspiel mit tragischen Akzenten, vielleicht auch mit blutigem Ausgang, wie in der beliebten Oper Leoncavallos; auf der andern Seite zähe Arbeit, die im stillen wirkt und sich doch nicht zu verstecken braucht, da sie nicht darauf ausgeht, sich verschiedene, ja ganz entgegengesetzte Wege offenzuhalten, je nachdem der eine oder der andere größeren Gewinn verspricht. — In der Staatspolitik blendender Aufwand von Pathos und Rhetorik zur Beschönigung des im Grunde nüchternen Vorhabens, den Schiedsrichter nach dem bekannten Muster zu spielen: die Auster für den Richter und die Schalen für die Streitenden; in der Kirchenpolitik hingegen das klare Bestreben, bei aller Neutralität zwischen den ringenden Nationen denjenigen Volkskräften beizustehen, die nach Auffassung des Vatikans kirchlich, religiös, sittlich und politisch dessen wert sind und infolgedessen der Kirche zugute kommen, d. h. dem eigenen Machtbereiche, wie dies das selbstverständliche Ziel jeder Diplomatie ist. — Bei der Konsulta weiter kein Grundsatz, als nur den möglichst großen Schnitt zu machen, die Voraussetzungslosigkeit eines jüngst ins Leben getretenen Geschäftshauses, das sich unter allen Umständen durchsetzen will und keine Rücksicht auf Herkommen und Ruf kennt, sich nicht so gebunden fühlt wie ein älteres, das ja auch manche Geschäfte machen könnte, sie aber lieber nicht macht, weil sie ihm nicht liegen; bei der Kurie hingegen Grundsätze, die seit mehr als anderthalb Jahrtausenden folgerichtig ausgebaut das Gefüge einer Politik bilden, die sich zwar verschieden in die Praxis setzen läßt, unabänderlich aber in sich beruht und in ihrer Stetigkeit selbst die Gewähr weitschauender Erfolge trägt.

Schon diese Gegensätze geben Anlaß zur Vermutung, daß politische Hausierer, die über die Hintertreppen in die Kanzleien kommen und ihr Bündelchen Versprechungen und Wünsche nebst allerlei Süßigkeiten auspacken, nicht auf beiden Seiten des Tibers gleich günstige Aussicht haben, Geschäfte zu machen. Wenn nichtsdestoweniger der Betrieb sich noch mehr nach dem rechten als nach dem linken Ufer hinzieht, so ist dies eine Huldigung für die überragende Macht des katholischen caput mundi, auf die dieses wahrscheinlich gern verzichten würde. Es ist fabelhaft, was sich hier alles bemüht, den wuchtigen Staatswagen der vatikanischen Politik aus dem traditionellen Geleise zu bringen. Der Fabeldichter Lafontaine erzählte einst von Fliegen, die ein Fuhrwerk zu lenken glaubten, weil sie den Pferden um die Ohren schwirrten.

II. Die älteste Tochter der Kirche.

Prachtexemplare von außerordentlichen Sendboten, die hier umherschwirren, sind aus Frankreich gekommen. Vor allem der frühere Minister des Auswärtigen Gabriel Hanotaux, Historiker und Mitglied der Akademie; ferner der geschätzte Romanschriftsteller René Bazin und der ehemalige Chefredakteur des „Journal des Débats", jetziger Leiter des Auslandsdienstes im „Matin", Vicomte de Cair, zwei treue Söhne der Kirche; nicht zu vergessen auch Ernest Judet, Schriftleiter des „Eclair", der als katholischer Politiker zwar neu, doch um so eifriger ist. Alle wurden vom Papst empfangen, gütig angehört und mit geistlichem Trost entlassen. Bazin, de Cair und Judet reisten mit mehr oder weniger zufriedenen Mienen bald wieder ab, Honotaux blieb noch eine Weile, um als Historiker in den vatikanischen Archiven zu arbeiten, vielleicht auch in der Hoffnung, daß sich eine Gelegenheit bieten könnte, noch irgend etwas auszurichten. Erreicht hat keiner, was er wollte, denn mit dem Ausdruck warmer Sympathie für das leidende Frankreich, den der Papst einem jeden auf den Weg mitgegeben hat, ist ihnen nicht geholfen. Anderseits aber befindet sich Benedict XV., so gern er auch allen Kindern der Kirche helfen möchte, in der Unmöglichkeit, auf politische Wünsche und Bitten von Sendboten einzugehen, die ohne Beglaubigung kommen, keine staatsrechtliche Verbindlichkeit eingehen können und für ihn schließlich nur Privatpersonen sind. Hat er doch sogar französische Bischöfe ablehnen müssen, die im Namen des Präsidenten der Republik anklopften; denn Herr Poincaré ist nur das sogenannte Oberhaupt der ausführenden Gewalt, hat kein Recht, eigene Bestimmungen zu treffen, vermag nichts ohne Minister und Parlament, ohne die gesetzgebenden Gewalten und wiegt daher im vorliegenden Falle selbst nicht schwerer als ein Privatmann. Politisch sprechen kann der Papst nur mit einem Unterhändler, der in der Form seiner amtlichen Beglaubigung die Bestätigung mitbringt, daß die französische Republik mit Gesetzeskraft ihn als Oberhaupt der katholischen Kirche anerkennt. Diese Bedingung kann Frankreich aber jetzt nicht erfüllen, weil seine Regierung zurzeit noch in den Händen der roten Radikalen und atheistischen Freimaurer liegt.

Dem Papst, der über die Kirchenfeindlichkeit der Republik, über Trennung von Staat und Kirche, Sprengung und Enteignung der Klosterorden usw. Beschwerde führt, vermag selbst der ansehnlichste Sendbote jetzt nichts weiter zu erwidern, als daß die Zeit noch nicht erfüllt sei, daß von der jetzigen Deputiertenkammer noch keine Aenderung der Gesetze zu erwarten stehe, aber daß sich ein großer Umschwung vorbereite, der eine kirchlich gesinnte Majorität ins Palais Bourbon zu bringen verspreche; dann solle dem Heiligen Stuhle Genüge geschehen. Tatsächlich regt sich ja bei den Franzosen — bei der sonst voltaireanisch gesinnten Bürgerschaft sogar noch mehr als im Landvolk — ein neuer Drang nach Religion und Kirche, und verquickt sich mit Begeisterung für den Belgierkönig Albert, mit Träumen einer Monarchie, die den von der Republik zertrümmerten Altar wieder aufrichten und den Frieden mit der Kurie schließen soll. Diesen Zukunftsträumen aber widersprechen Tatsachen der Gegenwart und jüngsten Vergangenheit, die im Vatikan noch kein Vertrauen aufkommen lassen. Unlängst noch hat die französische Regierung dem Papst die Schmach angetan, daß sie das von ihm vorgeschriebene Friedensgebet zunächst verbot und es dann erst verlesen ließ, nachdem die Bischöfe ihm eine den Absichten des Kirchenoberhauptes zuwiderlaufende Auslegung gegeben hatten. Die französische Geistlichkeit selbst huldigt einer Auffassung der Vaterlandsliebe, die als heidnisch dem Vatikan zum Aergernis gereicht, und feiert unter der Leitung der Kardinäle und Bischöfe Orgien eines Patriotismus, der die Gemeinde zu Haß und Blutdurst aufstachelt. Die Predigten, die der Dominikanerpater Jouvier in Notre Dame unter Vorsitz des Pariser Kardinals Erzbischof Amette gehalten hat, gaben den Ton an. Als der Papst dann die französischen Geistlichen ermahnte, sich zu mäßigen und sich ein Beispiel an den deutschen Bischöfen zu nehmen, wendete sich der Unwille der Zurechtgewiesenen gegen ihn selbst. Geistlichkeit, Publikum und Presse fingen an übelzunehmen, zu tadeln, zu drohen, zu trotzen. Benedikt XV. aber läßt sich nichts abtrotzen.

Gewiß nimmt der hochgesinnte Papst schmerzlichen Anteil am Schicksal der französischen Nation, der „ältesten Tochter der Kirche", ihres einstigen Lieblingskindes, das ja auch an Opferfreudigkeit ehemals viel geleistet hat. Aber gerade deshalb muß er wünschen, daß das kirchenfeindliche Regime der Republik ein Ende nimmt, nicht aber, daß die jetzige atheistische Regierung durch Sieg der französischen Waffen gestärkt aus dem Kriege hervorgeht. Nur ein geschlagenes, zerknirrschtes Frankreich jagt die Kirchenfeinde, die ihm Unheil gebracht, zum Teufel und kehrt in den Schoß der Kirche zurück, wie es dies nach den Niederlagen Napoleons I. und Napoleons III. getan hat. Die Inschrift der in den Nöten des Krieges 1870/71 gelobten und auf dem Gipfel des Montmartre errichteten Sacré-Coeur-Kirche lautet: „Das büßende Frankreich dem heiligsten Herzen Jesu." Zuvor also die Buße, für die auch kein Hanotaux jetzt schon hinreichend Bürgschaft zu leisten vermag.

(Fortsetzung folgt.)

25

Vossische Zeitung
2./V. 1915

Österreich-Ungarns Volkskraft.

Sonntag, 2. Mai 1915

Zeitung

1704

nd gelehrten Sachen.

lin monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung.
. 50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausschließlich Bestellgebühr. —
Für die Morgenausgabe 50 Pf., für die Abendausgabe 70 Pf., für
Stellengesuche 40 Pf.). — Anzeigenannahme: Kochstraße 22/24,
llen Ullstein-Filialen. Telephon Zentrale Ullstein u. Co.
. 11 802, 11 803, 11 804, 11 805 bis 11 849. Amt Zentrum 8689 u. 8690.

Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils)
H. Bachmann in Berlin.

Dardanellen.

Oesterreich-Ungarns Volkskraft.

Von

Heinrich Friedjung - Wien.

Mit einem Schuldbekenntnis sollen diese Zeilen eingeleitet werden. Viele vaterländisch gesinnte Männer und auch ich müssen es der österreichischen Volksnatur abbitten, daß wir es ihr vor diesem Kriege nicht zugetraut haben, einen neunmonatigen mörderischen Kampf mit ungebrochener Kraft zu bestehen und auch den weiteren Fährnissen unbeugsame Zähigkeit entgegenzusetzen. Von Grillparzer an, der sein geliebtes Wien als Capua der Geister kennzeichnete und ausschalt, haben die besten Söhne des Landes es fast als Axion betrachtet, daß Nervenstärke nicht eben zu den Vorzügen des österreichischen Charakters gehöre. Doch siehe! Diese ganze ältere Völkerpsychologie ist über den Haufen geworfen worden. Die unermeßlichen Opfer an Leben und Gesundheit werden gebracht, weil es als selbstverständlich gilt, daß die Monarchie wie in den Türkenkriegen als Vormauer der europäischen Zivilisation diesmal den Russen standhalten muß. Die Entbehrungen, die der Krieg den ärmeren Volksschichten auferlegt, werden von diesen mit heroischer Ergebung getragen; die, wie mit Unrecht behauptet worden ist, verweichlichten Kinder dieses Landes beziehen die ihnen durch die Brotkarte zugemessene Krume minderwertigen Schwarzbrotes mit Ergebenheit, ohne Auflehnung, bloß mit Ausbrüchen des für sie in guten wie in schlimmen Tagen bezeichnenden Humors. Das arme Volk ist's, dem unsere Bewunderung aufgespart bleiben muß. Die Besitzenden sättigen sich ja doch an den nur etwas teuerer erkauften guten Bissen. Es ist unbillig, unserer Volksnatur die härtere des deutschen Nordens als Vorbild hinzustellen. In Oesterreich wird dasselbe an Entsagung und Entbehrung geleistet, ohne daß hier das moralische und vaterländische Pathos laut wird, für welches Kant und Fichte den weltgeschichtlichen Ausdruck geprägt haben. Es wird geleistet, obwohl hierzulande bittere Spottworte über den Staat und die Regierenden so zum täglichen Leben gehören wie Atem und Nahrung. Sich selbst herabzusetzen und dabei doch den höchsten Anforderungen zu entsprechen: diese Vereinigung von Charakterzügen formt den Oesterreicher des gewaltigsten der Kriege, welchen die Menschheit je durchgelitten hat.

Dabei aber ist die Belastungsprobe, der die Standhaftigkeit des Oesterreichers ausgesetzt, unvergleichlich höher als in Deutschland. Die Mitkämpfer im Nordosten haben, wenn sie in den ersten Wochen des Krieges verwundet heimkehrten, mit Zorn und Schmerz von dem Verrat berichtet, der hie und da in den ruthenischen Landesteilen Galiziens den Russen den Weg öffnete. Manches Unerquickliche war von dem Verhalten der Tschechen zu melden, wenn auch der übergroße Teil der aus ihnen hervorgehenden Truppenteile sich gut geschlagen hat, was auch aus den amtlichen Berichten der Heeresleitung hervorgeht. Aber obwohl der Natur der Sache nach der Krieg in dem Nervenleben der einen Nationalität nicht dieselben Schwingungen auslöste wie in dem der andern, obwohl eilfertige Gerüchte unsinnige Uebertreibungen brachten: Entmutigung ist deshalb in der Masse des Volkes nicht eingetreten und die vielen Hunderttausende, die durch Nachmusterung in die Armee eingereiht wurden, stellten sich willig und kampfbereit dem Vaterland zur Verfügung. Daß Oesterreich-Ungarn, obwohl nicht wie andere beteiligte Großmächte ein einheitlicher Nationalstaat, relativ dasselbe leistet wie sie, daß seine Truppen an den Karpathen im Ertragen von Mühseligkeiten und an Heldenmut ebenso vorbildlich dastehen wie ihre Kameraden aus dem Deutschen Reich: dies gereicht der Volksnatur zu hoher Ehre und läßt auch einen Schluß auf die geistigen Gaben der militärischen Oberleitung zu. Aufgebotene Massen werden erst durch Zucht und Organisation ein Heer und dieses wieder kann in solcher Eile nur geformt werden, wenn der Volksgeist ihm willig und feurig entgegenkommt.

Man kann nicht sagen, daß der belebende Atem der Entschlossenheit von den obersten Schichten der Gesellschaft ausgeht und von hier aus die Millionen befeuert. Es ist eher die Beobachtung zu machen, daß die in Oesterreich beliebte Selbstverspottung in den sogenannten höheren Ständen mehr zu Hause ist, als wenn man tiefer herabsteigt. Diejenigen Gesellschaftskreise, die durch drei Jahrhunderte die Staatsleitung als ihr Privileg betrachten durften und diese Aufgabe nicht immer befriedigend gelöst haben, sind sich dieser

Kölnische Zeitung
Z./V. 1915

die Haltung Italiens.

Zeitung
en-Ausgabe

1915 – Nr. 461

Geschäftsstunden: Redaktion von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends, Anzeigenteil und Expedition 8—12 Uhr vorm. und 3—7 Uhr nachm., Druckerei 8—1 Uhr und 3—6½ Uhr.

Bezugspreis in Köln 7 ℳ, in Deutschland 9 ℳ vierteljährlich. Anzeigen 50 ₰ die Zeile oder deren Raum, Reklamen 2,50 ℳ
Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.
Haupt-Expedition: Breite Straße 64. – Postscheck-Konto 250.

Haupt-Agenturen: Krefeld J. P. Houben. Lennep Ad. Mann. Mainz Mainzer Verlagsanstalt. Mannheim D. Frenz. Mülheim (Rh.) H. Kleiser. Mülheim (Ruhr) H. Baedekers Buchhdl. M.-Gladbach E. Schellmann. Neuß H. Garenfeld. Neuwied W. Bierbrauer. Remscheid C. A. Kochenrath, Rheydt O. Berger. Ruhrort Andreae & Co. Saarbrücken 3 C. Schäfer, Sulzbachstr. 15. Siegburg W. Brinck, Markt 16. Solingen Ed. Elven. Wiesbaden H. Gieß. – Sonst. Vertret. in Deutschland: In allen größ. Städten: Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co., G. m. b. H., Invalidendank. Bremen Herm. Wülker. Wilh. Scheller.

izien. — Italien am Scheidewege.

Die Haltung Italiens.

✕ **Rom**, 2. Mai. Da uns von allen Seiten zugerufen wird, daß die Stunde der Entscheidung geschlagen hat, natürlich der Entscheidung über Krieg und Frieden, so ist es wohl an der Zeit, noch einmal klar zu überschauen, worin es sich im Grunde handelt, damit wir auch die Entscheidung richtig bewerten können, ohne unser Urteil durch das Beiwerk trüben zu lassen, welches seit dem Ausbruch des großen Krieges üppig emporgewuchert ist.

Es bestanden in Europa unter den Großmächten zwei große Bündnissysteme, deren wohlerwogener und offenkundiger Zweck war, einerseits die Kriegsgefahr hintanzuhalten, anderseits so darauf vorbereitet zu sein, daß man sie mit Ehren und Erfolg, d. h. zum Nutzen der von den Teilnehmern als wünschenswert erkannten weltpolitischen Gestaltung bestehen könnte, wenn die Notwendigkeit eintreten sollte. Einem dieser Bündnisse gehörte Italien seit einigen Jahrzehnten an, und es stand auf dieser Seite nicht etwa infolge fremden Zwangs, sondern aus eigenem freien Entschluß und nach seinem eigenen Wunsch, weil es auf diese Weise seine Interessen am besten gewahrt sah. Wenn ein fremder Zwang dabei mitgewirkt hat, so bestand derselbe nur in der andauernden Feindseligkeit Frankreichs, die der Aufwärtsentwicklung Italiens schweren Schaden zugefügt hat. Indem Italien sich mit der Habsburgischen Monarchie verbündete, mußte es auf den Traum verzichten, ihr die Italienisch redenden Grenzlande zu entreißen, sonst hätte es nicht in dem Bunde bleiben können.

Die oben angedeutete Notwendigkeit trat Ende Juli 1914 ein, der Krieg zwischen den beiden Bündnissystemen brach aus, offenkundig geplant von der uns feindlichen Gruppe, förmlich erklärt von uns. Die Erwartung, daß Italien in diesem gewaltigen Ringen an der Seite seiner Verbündeten stehen würde, hat sich nicht erfüllt. Italien blieb neutral, wie es durfte, und ließ seine Verbündeten den Strauß gegen Frankreich, Rußland, England und deren verschiedenen Mitläufern allein bestehen. Das deutsche Volk hat sich überraschend leicht darin gefunden, weniger weil man einsah, daß der strenge Wortlaut des Bündnisvertrags unter den besondern Umständen des Kriegsausbruchs keine bindende Verpflichtung für Italiens Teilnahme enthielt, sondern weil man einsah, daß das Land infolge einer mangelhaften militärischen Vorbereitung zu einer kriegerischen Unternehmung von großem Umfang damals nicht fähig war. Es muß jedoch sogleich daran erinnert werden, daß nicht wenige Stimmen in Italien laut wurden, die seine Neutralität mißbilligten und die Ansicht vertraten, Pflicht und Klugheit hätten gleichermaßen der Regierung geboten, das Schicksal des Landes in der Stunde der Gefahr nicht von dem seiner Verbüneten zu trennen. Immerhin befreundete sich die öffentliche Meinung rasch mit der Neutralität, und eine gute Weile wurde sie als der Weisheit höchster Schluß gepriesen, da im Grunde die erdrückende Mehrheit des Volkes jeglichem Krieg abgeneigt war und auch heute noch ist. Die bloße Folgerichtigkeit müßte an sich dazu führen, daß Italien dem beim Beginn des Krieges gefaßten Entschluß treu bleibt und seine Neutralität nicht aufgibt.

Wenn im Laufe des Winters diese Voraussetzung zweifelhaft geworden ist, so gibt es dafür einen Knäuel von Gründen. Es konnte einmal nicht ausbleiben, daß die Regierung selber einsah, wie bedenklich auf die Dauer die völlige Enthaltung Italiens von dem Eingreifen in den Weltkrieg für seinen Anspruch als Großmacht zu gelten, werden mußte; die in wachsendem Maße wiederholten Anmaßungen und Übergriffe der Dreiverbandsmächte gegen das neutrale Italien mußten es sehr bald darüber belehren. Man entschloß sich daher zunächst, die mangelnde Kriegsbereitschaft so rasch wie möglich herzustellen, und prägte dann neben der ursprünglichen Neutralität den Satz von der „heiligen Selbstsucht und den großen vaterländischen Interessen, die für Italien in diesem Weltkrieg auf dem Spiele ständen, und für deren Wahrung es auch zu den Waffen greifen müsse, wenn dieselben angetastet würden." Es hat bis jetzt niemand, auch in Italien, ernstlich behaupten können, daß seine Verbündeten, Deutschland und Österreich-Ungarn, während des Krieges italienische Interessen absichtlich oder fahrlässig verletzt hätten. Dagegen liefert die Presse Italiens selber ohne Unterlaß Belege für solche Verletzungen durch die Mächte des Dreiverbandes. Folgerichtig könnte daher die inzwischen mit fieberhaftem Eifer hergestellte Kriegsbereitschaft nur zum Schutz der nationalen Interessen gegen diese Mächte dienen.

So ist die Lage theoretisch. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Vielleicht ist dieses Aussehen nur ein äußerer Schein, aber es ist seit Monaten so standhaft unverändert, daß man damit rechnen muß. Fassen wir die unendliche Menge der Erscheinungen vom August 1914 bis heute kurz zusammen, so ist aus dem neutralen Italien, welches keinen Grund sah, an der Seite seiner Verbündeten zu kämpfen, ein kriegsbereites und bis zu einem Teil auch kriegslustiges Italien geworden, welches noch im Zweifel zu sein scheint, ob es nicht lieber seine frisch geschliffenen Waffen gegen seine Verbündeten kehren soll als gegen seine natürlichen Gegner. Eine planmäßige und skrupellose, mit reichlichen Geldmitteln und geschickten diplomatischen Kräften betriebene Werbearbeit, richtiger vielleicht Verhetzungsarbeit des Dreiverbandes, hat es seit August 1914 dahin gebracht, daß gewisse deutschfeindliche Parteien, die nur eine Minderheit im Lande sind, tatsächlich das große Wort führen, an der Spitze der öffentlichen Meinung marschieren, ungestraft die Wahl zwischen Krieg gegen die Verbündeten und Revolution stellen dürfen, und bis zu einem gewissen Grad Einfluß auf die Regierung und ihre Organe ausüben. Italienische Politiker und Tagesblätter, die der seit mehr als 30 Jahren bewährten Dreibundpolitik treu geblieben sind, haben für diesen Zustand schärfere Urteile, die wir uns hier nicht zu eigen machen wollen, die aber kurz gesagt der Regierung den Vorwurf der Schwäche machen. Es sei hier nur noch ausgesprochen: wenn heute vielfach in der Welt der Verdacht besteht, es sei bereit, gegen seine langjährigen Verbündeten zu kämpfen, so gründet sich dieser Verdacht eben auf das Treiben der Dreiverbandssöldner, die solchen Verrat öffentlich auf ihre Fahne geschrieben haben. Daß ein gewisser Teil des Volkes auf Anstiften von Franzosen, Engländern und Russen hierzu bereit und entschlossen ist, liegt klar zutage.

Das wirksamste Hilfsmittel der Interventionisten war und ist der alteingewurzelte Groll der Italiener gegen Österreich und der Wunsch, die unter dem Doppeladler stehenden Sprachgenossen mit dem Königreich Italien zu vereinigen. Die Befriedigung berechtigter nationaler Bestrebungen der Italiener durch österreichische Zugeständnisse hätte für den Augenblick noch die nicht zu unterschätzende Bedeutung, den Kriegshetzern in Italien den Wind aus den Segeln zu nehmen und die Regierung durch einen friedlich errungenen Erfolg gegen die Dreiverbandstreibereien zu stärken. Ein Scheitern der Verhandlungen zwischen Rom und Wien braucht allerdings noch nicht notwendig zum Krieg zu führen, denn wenn Italien ohne Erfüllung der jetzt ausgesprochenen Wünsche drei Jahrzehnte lang sich friedlich mit Österreich vertragen konnte, warum sollte es das nicht noch ein paar weitere Jahre fertig bringen? Und wenn Österreich heute ein Zugeständnis an Italien machen will, welches den Charakter eines Geschenkes trägt, warum sollte Italien gegen den freundlichen Geber die Waffen kehren, nur weil das Geschenk nicht groß genug für einen Teil der Italiener ist? Gegen diese theoretische Logik stehen aber gewichtige Tatsachen: einmal die seit neun Monaten erfolgreich betriebene Hetze im Innern, die den großen Haufen verblendet und gierig gemacht hat, dann die skrupellose Arbeit der Dreiverbandsdiplomatie, die mit wachsenden Angeboten an Italien herangetreten ist.

Angesichts des immer stärker werdenden Druckes auf die Regierung Italiens ist es schon begreiflich, daß mancher zu zweifeln beginnt, ob die verantwortlichen Leiter der Geschicke ihm zu widerstehen fähig sind. Jedoch ist die Voraussetzung, daß Italien sich endgültig von seinen Verbündeten abwenden und die Waffen gegen die kehren könnte, die seit 30 Jahren seine Freunde gegen dieselben waren, die es heute zum Treubruch verlocken wollen, so schwerwiegend, daß wir sie abweisen möchten. Wir wissen wohl, daß selbst italienische Blätter den Bruch mit den Kaisermächten nicht nur für möglich erklären, sondern offen dazu ermuntern. Wir fahren dagegen fort, zu vertrauen auf die Einsicht und Redlichkeit der uns verbündeten italienischen Regierung, und wir glauben daher, trotz allen gegenteiligen Versicherungen der Dreiverbandspresse, immer noch daran, daß Italien am Scheideweg den Weg der Ehre und Treue zu finden wissen wird, der zugleich aller Voraussicht nach zu seinem Wohl führt.

✕ **Rom**, 6. Mai. (Telegr.) Über die gestrige Feier der Enthüllung des Garibaldi-Denkmals bei Quarto urteilt die ganze Mailänder Presse einmütig, daß sie eine Kundgebung des geschlossenen Volkswillens zur Vollendung der nationalen Einheit sei. Während einige dies in kriegerischem Sinne ausführen, betont die Perseveranza die Notwendigkeit des Aufhörens mit dem innern Zwist und des Gehorsams gegen die Regierung, die nicht durch revolutionäre Drohungen in ihren Entschlüssen

8./V. 1915

die Haltung Italiens.

Nr. 230. — 33. Jahrgang.

Montags- Ausgabe.

ner Lokal-Anzeiger

unter dem Titel „Der Montag" erscheint, wird allen Abonnenten des „Berliner Lokal-Anzeigers" und des „Tags" gratis geliefert.

orwärts bei Ypern und in Galizien.

tigte Stellungen bei Ypern genommen.
russische Gefangene am Dnjestr.

Der gestrige Bericht unseres Generalstabes.

Großes Hauptquartier, 9. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei der Fortsetzung unserer Angriffe auf Ypern warfen wir den Gegner aus seiner stark befestigten Stellung zwischen den Straßen Fortuin—Wieltje und Gheluvelt—Ypern heraus, nahmen die Orte Frezenberg und Verlorenhoek und setzten uns hierdurch in den Besitz wichtiger, die Umgegend von Ypern im Osten beherrschender Höhenzüge. 800 Engländer, darunter 16 Offiziere, wurden bisher gefangen genommen. Französische Angriffe westlich von Lievin, nordöstlich der Lorettohöhe, scheiterten unter starken Verlusten für den Feind. Bei La Bassée und bei Vitry (östlich Arras) wurde je ein feindliches Flugzeug von uns zur Landung gezwungen. Ein unter Ausnutzung von Nebelbomben unternommener französischer Teilangriff westlich Perthes wurde mit Handgranaten abgewiesen. In den Argonnen, zwischen Maas und Mosel sowie in den Vogesen verlief der Tag ohne besondere Ereignisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

In Libau haben wir große Lager von Kriegsvorräten beschlagnahmt. Vor starken Kräften alle Waffen, die der Gegner bei Mitau gesammelt hat, wichen unsere gegen diese Stadt vorgeschobenen Abteilungen langsam aus. Nordöstlich von Kowno wurde, nach Vernichtung eines russischen Bataillons, die Bahn Wilna—Szawle gründlich zerstört. Am Njemen bei Srednik griffen wir die versprengten Reste von vier russischen Bataillonen, die wahrscheinlich zu den am 6. und 7. Mai bei Rossienie geschlagenen Truppen gehören, auf. Erneute russische Angriffe gegen unsere Stellungen an der Pilica wurden abgewiesen.

...iegsschauplatz.

...t Feindes überschritten die Truppen des ...en Wislok zwischen Besko (östlich ... Druck der östlich und nördlich Tarnow ... Feind auf Mielec und über die ... russischen Karpathenfront warfen ... aus seinen Stellungen an der Bahn ... an Geschützen und Gefangenen ver...

Oberste Heeresleitung.

...ungarische Bericht.

...che Meldung

Wien, 9. Mai.

...Mai, mittags.

... Höhenstellungen geworfenen Gegners ...kamm der Karpathen über... ...de frei.

...t die Schlacht fort in einem Front... ...r Weichsel bis zum Uzsoker Paß weicht ...eten Armeen haben unter siegreichen ...er Paß—Komancza—Krosno— ... Im Karpathenabschnitt östlich des ... in Südostgalizien haben sich nun ...elt. Unsere Truppen eroberten mehrere ...Kräfte greifen unsere Truppen auf den ...ampf im Gange. Der stark befestigte ...r Gegner in wochenlangen verzweifelten ...estern von unseren Truppen er... ...rfolgt, 3500 Mann gefangen.

...Chefs des Generalstabes ...dmarschalleutnant.

Die Vernichtung des „Maori".

Telegr. unseres Korrespondenten.

l. **Rotterdam,** 9. Mai.

Die englische Admiralität gibt den Verlust des Torpedojägers „Maori" zu, erklärt aber der „Maori" sei auf eine Mine gelaufen. Das Torpedoboot „Crusader", welches der „Maori" begleitete, habe versucht, die Bemannung zu retten, aber die feindlichen Geschützbatterien hätten das Feuer gegen den „Crusader" eröffnet. Nach 90 Minuten sei er gezwungen gewesen, sie ihrem Schicksal zu überlassen.

Unser Admiralstab hat am Sonnabend mitgeteilt, daß der „Maori" am 7. Mai vor „Zeebrügge" durch das Feuer unserer Küstenbatterien zum Sinken und der „Crusader" zum Rückzug gebracht worden ist. Die Rettung der Mannschaft haben unsere Fahrzeuge besorgt.

Die Haltung Italiens.

Abgesehen von einer Reihe äußerer Merkmale, die als Vorboten der Entscheidung anzusehen sind, wie der Abreise zahlreicher Deutscher aus Italien, Einschränkung des öffentlichen Eisenbahnverkehrs und anderer als Zeichen der nervösen Unruhe entstehenden Erscheinungen, hat sich an der politischen Lage in Rom kaum etwas geändert.

Es wird nach wie vor gut sein, dem weiteren Gange der Dinge mit Ruhe entgegenzusehen und sich mit kalter Gelassenheit zu bewaffnen, um auf jede Eventualität vorbereitet zu sein.

Giolitti in Rom.

Telegr. unserer Korrespondenten.

m. **Rom,** 9. Mai.

Der frühere Ministerpräsident Giolitti, der heute früh hier eintraf, erlebte, wie bei der Abfahrt in Turin, zur großen Ueberraschung nationalistische feindliche Kundgebungen. Die Menge, meist aus Studenten bestehend, ließ Salandra und den Krieg hochleben. In Turin war die Menge auch durch persönliche Vorstellung des Bürgermeisters Grafen Rossi nicht zu beruhigen und setzte die Demonstration noch nach der Abfahrt Giolittis fort. In Rom nahm die Kundgebung der Kriegsparteien einen großen Umfang an.

bs. **Mailand,** 9. Mai.

Das römische Giornale d'Italia schreibt: Es ist gesagt worden, die Ankunft Giolittis in Rom habe den Zweck, eine Versammlung von Abgeordneten unter dem Vorsitze Giolittis auf den nächsten Donnerstag anzuberaumen, um die Kriegsfrage zu beraten. Das Giornale findet die Nachricht unglaublich, obgleich sie von hervorragenden Anhängern mit großer Bestimmtheit bestätigt werde. Die Regierung, die seit zehn Monaten mit Methode und größter Gewissenhaftigkeit sich in den Besitz des Materials gesetzt habe, um die internationale Lage zu beurteilen, müsse völlig unbeschränkt in ihren Entschließungen gelassen werden. „Auch wenn diese Entschließungen", bemerkt hierzu der Mailänder Avanti, „im ausgesprochenen Gegensatz mit den Ueberzeugungen und Gefühlen der großen Mehrheit des Parlaments und des Landes stehen?"

Für und wider Giolitti.

Telegr. unseres Korrespondenten.

ng. **Lugano,** 9. Mai.

Römische Berichte der Stampa stellen fest, daß die politischen Kreise der Hauptstadt unter dem Eindruck der Ankunft Giolittis stehen. Die Interventionisten fürchten sein Eingreifen und behaupten, daß er eine Audienz beim König verlangen werde, aber der ihm nahestehende Korrespondent des Turiner Blattes leugnet in Uebereinstimmung mit der Tribuna solche Absichten. Er behauptet, daß Giolitti zum König nur gehen werde, wenn er gerufen werde, und der Regierung nur einen Rat

Vossische Zeitung
8./V. 1915

Italiens Hetzer.

Von
Georg Bernhard.

Durch die englische Presse geht ein Wutschrei: das stolzeste Schiff der Cunard-Linie ist ganz in der Nähe der englischen Küste torpediert worden. Diese Wut richtet sich nicht so sehr gegen die Tatsache an sich, vielleicht nicht einmal dagegen, daß so viel Kriegsladung und schönes, blankes Gold in die Tiefen des Ozeans versenkt sind. All das hätte man wahrscheinlich mit in Kauf genommen, wenn ein deutsch-amerikanischer Zwischenfall aus der Angelegenheit zu machen gewesen wäre. Die ertrunkenen Amerikaner wären den Engländern gerade recht gewesen, um dem amerikanischen Volke die barbarische Kriegsführung der Deutschen vor Augen zu bringen. Aber die Versenkung der „Lusitania" wird — das wissen die klugen englischen Politiker ganz genau — das Gegenteil bewirken. Man kann nicht humaner sein, als Deutschland es in diesem Falle gewesen ist. Unser Botschafter in Washington hat nicht nur durch große Inserate in den amerikanischen Zeitungen die Bürger der Union gewarnt, Schiffe unter englischer Flagge zur Ueberfahrt zu benutzen. Er hat sogar einzelne prominente Amerikaner, darunter Herrn Vanderbilt, durch ein persönliches Schreiben auf die Gefahr aufmerksam gemacht, in die er sich begibt. Damit sind wir jeder moralischen Verantwortung ledig. Aber die Verantwortung für die vielen Menschenleben trifft dieselbe englische Presse, die jetzt Schmerz und Entrüstung am nassen Grabe der Toten heuchelt. Denn wer ist schuld daran, daß die deutschen Warnungen nicht beachtet worden sind? Wer hat sich höhnisch über den „deutschen Größenwahn" lustig gemacht? Dieselbe Presse, die nun schon viele Monate hindurch die öffentliche Meinung Amerikas vergiftet, die alles, was von Deutschland kommt, als Lüge hinstellt, und die dauernd den Amerikanern noch vorzutäuschen versucht, daß keine Flagge sicherer als die englische über die Meere geleitet.

Im Falle der „Lusitania" hat diese Verfälschung der öffentlichen Meinung ein paar hundert Menschenopfer gefordert. Aber die Lügen, welche die Deutschland feindliche Presse in der ganzen Welt verbreitet, sind drauf und dran, ein ganzes Volk ins Unglück zu stürzen. Mit allzu eifrigem Bestreben bemühen sich im Verein mit den Politikern ihrer Länder die englische, die französische und die russische Presse, all jene herzerfrischenden Fortschritte zu leugnen, die die deutschen Heere und die österreichisch-ungarischen Truppen auf sämtlichen Kriegsschauplätzen machen. Bei Ypern ist, wenn man die englischen Blätter liest, überhaupt nichts geschehen. Die russischen Botschafter erklären auf dem geduldigen Papier unser Fortschreiten in Galizien bis nahe an Przemysl und den fluchtartigen Rückzug der russischen Heere aus den Karpathen als nicht geschehen. Die Einnahme von Libau und das weitere Vorrücken der Deutschen in Kurland erscheinen nahezu als von den Russen gewollt. Warum das alles? Der Zweck ist nur

Berliner Lokalanzeiger
11.5.1915

Oesterreich-ungarische Minister bei Kaiser Wilhelm.

Telegr. unseres Korrespondenten.

1. **Wien**, 11. Mai.

In Sillein hat eine Konferenz Kaiser Wilhelms mit den Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh und Grafen Tisza und dem Minister des Aeußeren Baron Burian stattgefunden. Vormittags war Ministerpräsident Graf Stürgkh in besonderer Audienz von Kaiser Franz Joseph empfangen worden. Nachmittags fand ein gemeinsamer Ministerrat statt.

Warum Giolitti gehört wird.

Telegr. unseres Korrespondenten.

ng. **Lugano**, 11. Mai.

In einer bemerkenswerten römischen Korrespondenz Cirmenis an die Stampa wird der Besuch Giolittis beim König und seine bevorstehende Unterredung mit Salandra folgendermaßen begründet: Salandra sei nicht nur durch Giolitti dem König als Nachfolger vorgeschlagen, sondern die Verhandlungen mit Oesterreich seien auf seine Veranlassung eingeleitet worden. Wie der Ministerpräsident ihn bei Beginn der Verhandlungen befragt habe, so werde er auch vor ihrem Abschluß seinen Rat einholen. Das hervorragendste Mitglied des Parlaments müsse die letzten Angebote Oesterreichs kennen und wissen, warum die Regierung den Krieg der friedlichen Lösung vorziehe. Der König habe zwar das Recht zur Kriegserklärung, aber das Parlament könne die Kriegsmittel verweigern. Darum halte der König vor der endgültigen Entscheidung es für opportun, den Rat des Mannes zu hören, der zahlreiche Anhänger in Parlament und Senat habe. Sein Rat, der in jeder Krisis eingeholt werden müsse, könne gewiß nicht überflüssig erscheinen, da es sich um die Zukunft des Vaterlandes handle. Im Sinne dieses Artikels, der gewiß im Einverständnis mit Giolitti geschrieben ist, wird Cirmeni seinen ganzen parlamentarischen Einfluß geltend machen, um seiner Ansicht zum Siege zu verhelfen.

* * *

Der Schutz des deutschen Besitzes.

Telegraphische Meldung.

Rom, 11. Mai.

Auf Grund der bereits gemeldeten Verfügung der Regierung an die Präfekten betreffend den Schutz der Fremden in Italien sind überall umfassende Maßregeln zum Schutz deutschen Besitzes getroffen worden.

Abreise von Italienern aus Deutschland.

Zweihundert Italiener, Männer und Frauen, verließen heute nachmittag vom Anhalter Bahnhof aus, mit Habseligkeiten beladen, Berlin, um in die Heimat zurückzukehren. Sie kamen aus Landsberg a. W. Sie waren in der dortigen Jutefabrik beschäftigt, und viele hatten sich erst kürzlich in Landsberg ein eigenes Heim gegründet. Am Sonntag erschien ein italienischer Geistlicher in der Stadt, rief seine Landsleute zusammen und eröffnete ihnen im Namen des hiesigen italienischen Konsulates, daß sie in die Heimat zurück müßten. Zugleich verteilte er Unterstützungsgelder an diejenigen, denen die Mittel zur Reise fehlten. Heute früh traten sie in Landsberg die Fahrt an. Sie machten aus ihrem Bedauern, ihre Arbeitsstätte verlassen zu müssen, kein Hehl. Alle erklärten, zurückkehren zu wollen, und die Direktion der Fabrik dürfte sie, sobald es die Umstände gestatten sollten, auch gern wieder einstellen. Ihre unbeweglichen Habseligkeiten sind in Landsberg geblieben, und man wird sie dort in sicherer Obhut halten.

Der heutige Bericht des Großen Generalstabs war bis zum Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen. D. Red.

* * *

Italiens Verhandlungen mit dem Dreiverband.

In russischer Darstellung.

In welcher Weise man sich in Rußland einen Vertrag der Dreiverbandsmächte mit Italien denkt, und in wie hohem Grade hierbei der Wunsch der Vater des Gedankens ist, geht aus einer uns heute vorliegenden Mitteilung der Petersburger Nowoje Wremja hervor, die wir in ihrer naiven Fassung hier wörtlich wiedergeben. Das russische Blatt schreibt:

„Aus maßgebendster diplomatischer Quelle erfahre ich, daß am 26. April zwischen den Dreiverbandsmächten und Italien **ein Vertrag unterzeichnet** worden ist, der alle diejenigen Kompensationen im einzelnen enthält, welche die römische Regierung für ihren Beschluß, gegen Oesterreich zu marschieren, erhalten muß.

Entsprechend den dort aufgeführten Daten garantieren Rußland, Frankreich und England den Italienern die Erfüllung ihrer Wünsche hinsichtlich des **dalmatinischen Küstenstriches** bis zur Stadt Spalato mit Einschluß dieser Stadt selbst und des Hafens. Sodann erhält Italien **Triest** mit den an der Küste gelegenen Ortschaften, **Trient und Istrien.** In Kleinasien darf Italien den von ihm geplanten Eisenbahnbau nach Adalia ausführen. Außerdem hat sich die römische Regierung Valona mit einem gewissen Stück Hinterlandes ausbedungen. In dieser Vereinbarung werden auch alle Ansprüche Italiens auf die Inseln des Dodekanes befriedigt.

Seinerseits stellt **Italien seine gesamte Flotte und 1,200,000 Mann seiner Armee zur Verfügung der Verbündeten.** Als Basis der Operationen zur See ist Antivari in Aussicht genommen, wohin bereits ein Sonderabgesandter des italienischen Marineministeriums abkommandiert ist. Das Hauptquartier der italienischen Armee wird sich in Bologna befinden.

Die „maßgebendste diplomatische Quelle", aus der der Nowoje Wremja die vorstehende Information zugegangen ist, scheint eine sehr trübe zu sein. Es heißt doch die Klugheit der italienischen Staatsmänner gar zu gering einschätzen, wenn man ihnen zumuten sollte, daß sie wegen eines solchen sogenannten Vertrages, der nicht das Papier wert ist, auf dem er geschrieben, ihr Land in eine Abenteuerpolitik von unabsehbaren Folgen stürzen wollen. Gewiß, in Italien gab es von jeher eine Anzahl von irredentistischen Chauvinisten, die zu jeder Zeit bereit waren, sich auf Oesterreich zu stürzen, ohne daß es überhaupt erst Lockungen von dritter Seite bedurft hätte. Aber wie bedauerlich auch, insbesondere im italienischen Interesse, die wüste Hetze ist, die jetzt in Italien inszeniert wird, so kann man doch nicht annehmen, daß die leitenden Persönlichkeiten Roms sich mit einem solchen Linsengericht, in dem obendrein die Linsen fehlen, von den Dreiverbandsmächten haben abspeisen lassen. Sie sollen sich in einen blutigen, Hunderttausende von Opfern fordernden Krieg stürzen und namenloses Elend heraufbeschwören, um das von den Ententemächten „garantiert" zu erhalten, was sie unter gewissen Einschränkungen nur für ihre Neutralität ohne einen Blutstropfen zu riskieren, erhalten können? Italien soll seine gesamte Flotte und 1,200,000 Mann zur Verfügung der Verbündeten stellen, um dafür lediglich die gnädige Erlaubnis zum Bau einer Eisenbahn in Kleinasien einzuhandeln? Diese Bahn ist doch das einzige Zugeständnis, das den Italienern von den Westmächten über die österreichischen Besitzungen hinaus angeboten wird. Nein, von welcher Seite auch immer betrachtet, ist es ganz ausgeschlossen, daß ein italienischer Staatsmann sich ein solches geistiges Armutszeugnis ausstellen könnte! Der von der Nowoje Wremja veröffentlichte Vertrag kann nur plumper Schwindel sein. Es ist aber bezeichnend für den niedrigen Gradmesser, den man in russisch-politischen Kreisen an den Scharfsinn der italienischen Staatsmänner legt, wenn die Nowoje Wremja wagt, eine so plump erfundene Fälschung in die Welt zu setzen.

* * *

Die Neutralität — eine „Pflicht für Italien".

Telegr. unseres Korrespondenten.

T. **Laibach**, 11. Mai.

Nach einer Konferenz sagte der Mailänder Abgeordnete Meda, wie das Kärntner Tagblatt meldet, einem Korrespondenten der Liberté folgendes: „Die große Mehrheit der Katholiken und der Italiener erkennt keine Notwendigkeit an, sich in den Krieg zu stürzen. Ich zähle zu den Neutralisten, daß heißt, ich bin Anhänger einer Politik, die uns außerhalb des europäischen Konfliktes hält. Die Neutralität, die vorher unser Recht war, ist jetzt eine Pflicht für Italien". Bezüglich Oesterreichs sagte Meda: „Erstens, wie sollte Italien Oesterreich den Krieg erklären, ohne vorher das Bündnis mit ihm gekündigt zu haben, nachdem sie es vor nicht allzulanger Zeit erneuert haben? Wie, mit welchen Gründen wollten wir den Bruch des Bündnisses belegen? Zweitens, haben die Interventionisten auch bedacht, welchem Schicksal sie unsere nationalen Wünsche aussetzen und wie teuer sie dieselben bezahlen müßten? Wenn Italien besiegt würde, dann würde es nicht nur einen wirtschaftlichen, sondern auch einen politischen Schaden haben. Ich mag es gar nicht ausdenken. Einige unserer schönsten Provinzen könnten verloren gehen. Viktor Emanuel, glaube ich, ist gegen einen Krieg gegen Deutschland und Oesterreich. Der König hat das Bündnis gezeichnet, das vor nicht allzu langer Zeit erneuert worden ist. Er will nicht gegen seine Unterschrift freveln. Das Bündnis zwang uns in diesem Fall nicht, uns auf die Seite unserer Bundesgenossen zu stellen, aber es ist ein weiter Schritt zwischen der Neutralität und dem Kriege, und diesen Schritt will unser König nicht machen."

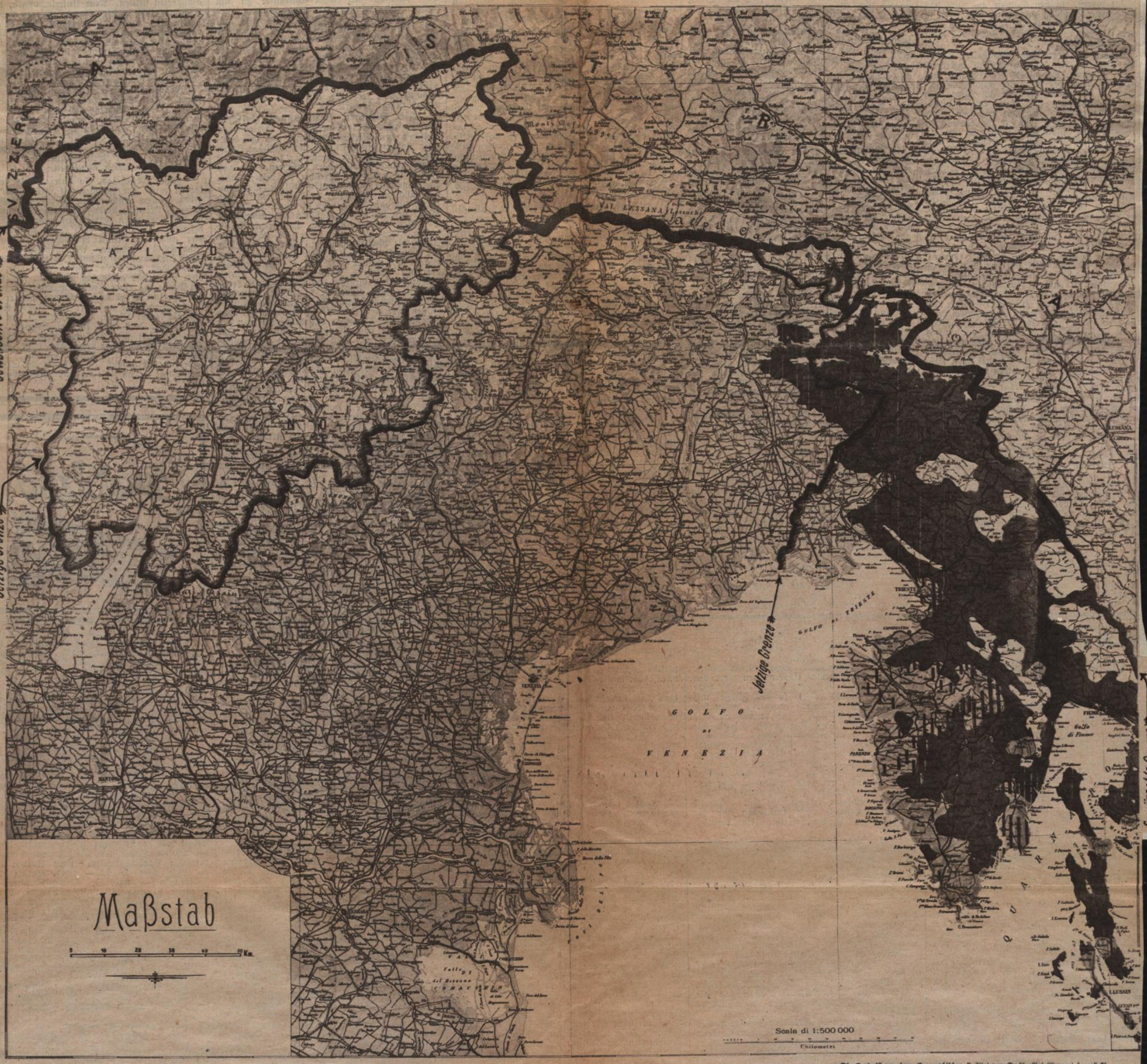
Neutralität mit Vorbehalt.

Von einem in besonders engen Beziehungen zur Consulta stehenden Senator wird dem römischen Vertreter der Neuen Zürcher Zeitung mitgeteilt: Die bei Ausbruch des europäischen Krieges abgegebene Neutralitätserklärung Italiens wurde nicht nur die Bedingung der Nichtverletzung vitaler Interessen Italiens subordiniert, sondern gleichzeitig wurde der Vorbehalt gemacht, daß diese wohlwollende Haltung den Anspruch auf entsprechende Kompensationen rechtfertige. Gleichzeitig stellte di San Giuliano den Vertretern der beiden Zentralmächte eine Verbalnote zu (d. h. ein Schriftstück, das mündliche Erklärungen des Ministers wiedergibt, ohne den Charakter einer offiziellen diplomatischen Note zu besitzen). Diese Note enthielt die Erklärung, daß die italienische Regierung nach dem eigenmächtigen Vorgehen der beiden Bundesgenossen dem Dreibund nicht mehr dieselbe Bedeutung beilegen könne, wie das früher geschehen sei. So wäre es also gerade di San Giuliano gewesen, der Vertreter der Verknöcherung der Dreibundpolitik, wie oberflächliche Beobachter stets behaupteten, der die Zersetzung der 33jährigen Freundschaft ins Werk gesetzt hätte. Demgemäß würde die italienische Regierung davon absehen, einer Kriegserklärung eine Aufkündigung des Dreibundes vorausgehen zu lassen, da diese nach ihrem Gesichtspunkt mit der Verweigerung der von Italien geforderten Konzessionen gemäß den vorausgegangenen diplomatischen Schritten als ipso facto eingetreten zu erachten sei.

LA REGIONE VENETA E LE ALPI NOSTRE

DALLE FONTI DELL'ADIGE AL QUARNARO

Carta etnico-linguistica pubblicata dall'Istituto Geografico De Agostini.



Die Karte ist von dem Geographischen Institut von De Agostini (Novara) hergestellt.

Wie Italien sich seine zukünftige Grenze gegen Oesterreich vorstellt.

14./V. 1915

die Linie Rom-Petersburg

Sonnabend, 15. Mai 1915

Zeitung

704

d gelehrten Sachen.

n monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung. 50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausschließlich Bestellgebühr. — Für die Morgenausgabe 50 Pf., für die Abendausgabe 70 Pf., für tellengesuche 40 Pf.). — Anzeigenannahme: Kochstraße 22/24, len Ullstein-Filialen. Telephon Zentrale Ullstein u. Co. 11802, 11803, 11804, 11805 bis 11849. Amt Zentrum 8689 u. 8690.

Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils) H. Bachmann in Berlin.

an der Pilica.

Die Linie Rom—Petersburg.

(Eigener Drahtbericht.)

Kopenhagen, 14. Mai.

Ministerpräsident Paschitsch hat sich, wie die Petersburger „Russk. Wedomosti" meldet, nach Petersburg begeben. Nach dem Moskauer „Russk. Slowo" will das serbische Kabinett wegen der adriatischen Zusagen des Dreiverbandes an Italien zurücktreten. Es erklärt, für diese Versprechungen, an denen Rußland beteiligt ist, keine Verantwortung gegenüber dem serbischen Volke übernehmen zu können. Das genannte Moskauer Blatt richtet bei dieser Gelegenheit scharfe Angriffe gegen Serbien, weil dieses in Makedonien bulgarisches Gebiet besetzt halte und überhaupt an der jetzigen Haltung Bulgariens die Schuld trage. Das Blatt spricht auch von der mißglückten Sendung der russischen Gesandten Trubetzkoi in Nisch und Sawinsky in Sofia.

* * *

Eine Bahn, die noch gar nicht gebaut ist, wurde über Nacht gründlich zerstört, ein ideeller Einkreisungsstrang hat an der wichtigsten Stelle einen unheilbaren Riß bekommen. An dieser Schnur sollten Italien, Serbien, Rumänien und Rußland säuberlich nebeneinander gereiht werden. Ihr in Aussicht genommener Zweck war die Drosselung, wenn nicht gar Erdrosselung Oesterreich-Ungarns. Vom Süden über den Südosten bis weit hinauf nach dem Nordosten sollte der Ring geschlossen werden, den der Dreiverband in den anderen Himmelsrichtungen gegen die beiden Zentralmächte bereits geschmiedet hatte. In dem anscheinend harmlos klingenden Rufe nach der Donau—Adria-Bahn vereinigten sich alle österreichfeindlichen Elemente. Ein politisches Schlagwort unter wirtschaftlicher Maske war entstanden. Die Verbindung der Adria mit der Donau durch einen Schienenstrang um die Habsburgische Monarchie herum wurde als ein italienisch-serbisch-rumänisch-russisches Ideal hingestellt. Welch eine Hebung, welche Entwicklung würden die Häfen von Venedig, Bari, Brindisi, Ancona (zum Nachteil von Triest und Fiume natürlich) erfahren, wenn der Güteraustausch Italiens mit dem inneren Balkan sowie mit Rumänien und Rußland durch die Donau—Adria-Bahn zu ungeahnter Blüte gedeihen würde! Und Serbien wäre endlich, endlich. frei von der verhaßten österreichisch-ungarischen Umklammerung und würde unmittelbar über die Adria hinweg den Italienern die Freundeshand reichen, und Rumänien würde eingefangen werden können, und Rußland und Italien lägen einander in den Armen!

Es waren Phantasien, die jedoch aus politischer Zweckbedachtheit eifrig genährt wurden. Leute, die rechnen konnten, wußten genau, daß die Donau—Adria-Bahn, durch das wirtschaftlich unerschlossene und unergiebige Gebiet Albaniens geführt und wegen der Geländeschwierigkeit einen enormen Kostenaufwand erfordernd, sich nie rentieren würde, doch als Mittel zur Wachhaltung politischer Gelüste war der Plan unbezahlbar. Das Lied von der Donau—Adria-Bahn wurde die einleitende Begleitmelodie der italienisch-russischen „Extratour". Aus dem Wirrsal des internationalen Getriebes im letzten Jahrzehnt tritt deutlich das russisch-italienische Tanzpaar mit seinen serbisch-montenegrinischen Trabanten hervor. Man erinnert sich der Besuchsfahrt des Zaren zum König Viktor Emanuel nach Racconigi. Einen riesigen Umweg machte der Zar, um der Notwendigkeit enthoben zu sein, österreichischen Boden zu berühren. In den Parlamenten von Rom und Petersburg konnte man nicht bloß von Abgeordneten, sondern auch von Ministern Ruhmesreden auf die Nützlichkeit und Notwendigkeit der innigen Freundschaft zwischen Italien und Rußland vernehmen, daß man oft irre wurde, ob denn wirklich die beiden Staaten noch immer zu gesonderten europäischen Mächtegruppen gehörten. In Petersburg wurde eines schönen Tages eine italienische Nachrichtenagentur errichtet, die die russischen Blätter mit Berichten und Telegrammen versah, deren politischer Charakter nicht zweifelhaft sein konnte. Daß dieses Unternehmen auf materiellen Gewinn hinarbeitete, war nach Lage der Dinge ausgeschlossen. Es verfolgte rein politische Zwecke. Und die Angel, um die sich die ganzen Umtriebe drehten, ihr Verbindungshaken sozusagen war — Serbien; jenes

Tägliche Rundschau
14./V. 1915

Der Rücktritt des italienischen Ministeriums

ndschau

e Politik
ller Stände

atlich 1 Mark
: bei täglicher
itschen Schutz-
t 35 Pfennig.
s 10 Pfennig.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle und sämtl. Vermittler entgegen. Grundpreis der 6gespalt. Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 60 Pfennig (Stellengesuche 30 Pfg.) die Zeile, im Abendblatt 75 Pfennig die Zeile. Reklamen: Die 3gespaltene Zeile 2,50 M. Verlag der Täglichen Rundschau G. m. b. H. in Berlin SW. 68.

35. Jahrgang

tis.

e Geschäftsleute.

Die Zukunft der in England ansässigen Deutschen.

London, 14. Mai. Im englischen Unterhaus teilte Premierminister Asquith mit, daß noch 40 000 Ausländer, darunter 24 000 Männer aus feindlichen Ländern, sich in England frei bewegen. Die Regierung beantrage, alle erwachsenen männlichen Personen wegen der Sicherheit des Landes zu verhaften oder, wenn sie das militärische Alter überschritten haben, nach der Heimat zurückzuschicken. Frauen und Kinder würden, wenn es die Umstände gestatteten, nach Hause geschickt werden. In vielen Fällen würde es ein Gebot der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit sein, ihnen zu gestatten, im Lande zu bleiben. Es werde ein besonderer Ausschuß gebildet werden, um die Ansprüche auf Belassung der Naturalisierten im englischen Staatsverband zu erledigen. Man denke nicht daran, die Naturalisierten, die etwa 8000 Mann zählen, zu verhaften. Ausnahmefälle würden besonders behandelt und es werde die Möglichkeit geschaffen werden müssen, in Fällen von Notwendigkeit und Gefahr zu verhaften. Bonar Law hieß die Vorschläge der Regierung gut und sagte, es sei klar, daß das Land erregt sei und daß man leicht die Zügel verlieren könnte. Niemand wünsche ungerecht mit dem Feinde zu verfahren, aber das Land müsse fühlen, daß die Frage behandelt werde.

Der Rücktritt des italienischen Ministeriums.

Rom, 13. Mai. Die „Agenzia Stefani" gibt bekannt: Der Ministerrat hat in Anbetracht, daß er in bezug auf die Richtlinien der Regierung in der internationalen Politik der Eintracht und der Zustimmung der konstitutionellen Parteien entbehrt, die angesichts des Ernstes der Lage erforderlich wäre, beschlossen, dem König seine Demission zu überreichen. Der König hat sich seinen Beschluß vorbehalten.

Rom, 13. Mai. (Meldung der „Agenzia Stefani".) Als Ministerpräsident Salandra heute vormittag gelegentlich der Unterzeichnung von Dekreten durch den König mit den Ministern zusammentraf, berief er persönlich einen Ministerrat auf 3½ Uhr nachmittags. Dieser Ministerrat beschloß die Demission des Ministeriums. Salandra teilte diesen Entschluß dem König um 7 Uhr abends mit.

Rom, 13. Mai. Eine Sonderausgabe des „Giornale d'Italia" meldet: Der Präsident der Kammer, der heute abend in Rom angekommen ist, hatte von 9½ Uhr ab eine einstündige Besprechung mit dem Könige. Morgen wird der König außer dem Ministerpräsidenten noch andere Persönlichkeiten befragen.

Mit einem Schlag verschiebt die Nachricht von dem Rücktritt der Regierung Salandra-Sonnino die Aussicht der italienischen Angelegenheiten in der Richtung, in der wir während dieser ganzen kritischen Zeit stets auf immer noch vorhandene Friedensmöglichkeiten hinwiesen. Als vor zehn Tagen Gabriele d'Annunzio am Felsen von Quarto das Datum seiner Hunderttausend-Franken-Rede als das Datum eines neuen Zeitalters für Italien ausrief und alle Welt ihn für die wahrhafte Stimme Italiens nahm, da bemerkten wir hier, daß trotz alledem und alledem nach dem Fernbleiben des Königs und der Minister von der Quarto-Feier die Rede d'Anunzios einstweilen eine — Rede d'Annunzios sei und weiter nichts, daß freilich die nächste Stunde sie zum Kriegsruf Italiens stempeln könne. Manche Stunde ist seither verronnen, und d'Annunzio führt noch

Vossische Zeitung
15./V. 1915

130

die Linie Rom-Petersburg.

Sonnabend, 15. Mai 1915

Zeitung

704

d gelehrten Sachen.

monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung. 0 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausschließlich Bestellgebühr. — ir die Morgenausgabe 50 Pf., für die Abendausgabe 70 Pf., für llengesuche 40 Pf.). — Anzeigenannahme: Kochstraße 22/24, m Ullstein-Filialen. Telephon Zentrale Ullstein u. Co. 11 802, 11 803, 11 804, 11 805 bis 11 849. Amt Zentrum 8689 u 8690.

Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils) H. Bachmann in Berlin.

an der Pilica.

Die Linie Rom—Petersburg.

(Eigener Drahtbericht.)

Kopenhagen, 14. Mai.

Ministerpräsident Paschitsch hat sich, wie die Petersburger „Russk. Wedomosti" meldet, nach Petersburg begeben. Nach dem Moskauer „Russk. Slowo" will das serbische Kabinett wegen der adriatischen Zusagen des Dreiverbandes an Italien zurücktreten. Es erklärt, für diese Versprechungen, an denen Rußland beteiligt ist, keine Verantwortung gegenüber dem serbischen Volke übernehmen zu können. Das genannte Moskauer Blatt richtet bei dieser Gelegenheit scharfe Angriffe gegen Serbien, weil dieses in Makedonien bulgarisches Gebiet besetzt halte und überhaupt an der jetzigen Haltung Bulgariens die Schuld trage. Das Blatt spricht auch von der mißglückten Sendung der russischen Gesandten Trubetzkoi in Nisch und Sawinsky in Sofia.

* * *

Eine Bahn, die noch gar nicht gebaut ist, wurde über Nacht gründlich zerstört, ein ideeller Einkreisungsstrang hat an der wichtigsten Stelle einen unheilbaren Riß bekommen. An dieser Schnur sollten Italien, Serbien, Rumänien und Rußland säuberlich nebeneinander gereiht werden. Ihr in Aussicht genommener Zweck war die Drosselung, wenn nicht gar Erdrosselung Oesterreich-Ungarns. Vom Süden über den Südosten bis weit hinauf nach dem Nordosten sollte der Ring geschlossen werden, den der Dreiverband in den anderen Himmelsrichtungen gegen die beiden Zentralmächte bereits geschmiedet hatte. In dem anscheinend harmlos klingenden Rufe nach der Donau—Adria-Bahn vereinigten sich alle österreichfeindlichen Elemente. Ein politisches Schlagwort unter wirtschaftlicher Maske war entstanden. Die Verbindung der Adria mit der Donau durch einen Schienenstrang um die Habsburgische Monarchie herum wurde als ein italienisch-serbisch-rumänisch-russisches Ideal hingestellt. Welch eine Hebung, welche Entwicklung würden die Häfen von Venedig, Bari, Brindisi, Ancona (zum Nachteil von Triest und Fiume natürlich) erfahren, wenn der Güteraustausch Italiens mit dem inneren Balkan sowie mit Rumänien und Rußland durch die Donau—Adria-Bahn zu ungeahnter Blüte gedeihen würde! Und Serbien wäre endlich, endlich frei von der verhaßten österreichisch-ungarischen Umklammerung und würde unmittelbar über die Adria hinweg den Italienern die Freundeshand reichen, und Rumänien würde eingefangen werden können, und Rußland und Italien lägen einander in den Armen!

Es waren Phantasien, die jedoch aus politischer Zweckbedachtheit eifrig genährt wurden. Leute, die rechnen konnten, wußten genau, daß die Donau—Adria-Bahn, durch das wirtschaftlich unerschlossene und unergiebige Gebiet Albaniens geführt und wegen der Geländeschwierigkeit einen enormen Kostenaufwand erfordernd, sich nie rentieren würde, doch als Mittel zur Wachhaltung politischer Gelüste war der Plan unbezahlbar. Das Lied von der Donau—Adria-Bahn wurde die einleitende Begleitmelodie der italienisch-russischen „Extratour". Aus dem Wirrsal des internationalen Getriebes im letzten Jahrzehnt tritt deutlich das russisch-italienische Tanzpaar mit seinen serbisch-montenegrinischen Trabanten hervor. Man erinnert sich der Besuchsfahrt des Zaren zum König Viktor Emanuel nach Racconigi. Einen riesigen Umweg machte der Zar, um der Notwendigkeit enthoben zu sein, österreichischen Boden zu berühren. In den Parlamenten von Rom und Petersburg konnte man nicht bloß von Abgeordneten, sondern auch von Ministern Ruhmesreden auf die Nützlichkeit und Notwendigkeit der innigen Freundschaft zwischen Italien und Rußland vernehmen, daß man oft irre wurde, ob denn wirklich die beiden Staaten noch immer zu gesonderten europäischen Mächtegruppen gehörten. In Petersburg wurde eines schönen Tages eine italienische Nachrichtenagentur errichtet, die die russischen Blätter mit Berichten und Telegrammen versah, deren politischer Charakter nicht zweifelhaft sein konnte. Daß dieses Unternehmen auf materiellen Gewinn hinarbeitete, war nach Lage der Dinge ausgeschlossen. Es verfolgte rein politische Zwecke. Und die Angel, um die sich die ganzen Umtriebe drehten, ihr Verbindungshaken sozusagen war — Serbien; jenes

Vossische Zeitung
17. V. 1915

Die Agence Havas meldet aus New York: Der Wortlaut der unter dem 13. Mai von der amerikanischen Regierung an die deutsche Regierung gerichteten Note ist folgender:

Angesichts der jüngsten, von den deutschen Behörden in Verletzung der amerikanischen Seerechte begangenen Akte, von denen der letzte die Torpillierung und Zerstörung des englischen Paketbootes „Lusitania" am 7. Mai 1915 den Tod von mehr als hundert amerikanischen Bürgern zur Folge hatte, scheint es vollkommen vernünftig und wünschenswert, daß die Regierung der Vereinigten Staaten und die kaiserlich deutsche Regierung zu einer klaren und vollkommenen Verständigung über die sich aus diesen Tatsachen ergebende ernste Lage gelangen. Die Versenkung des englischen Dampfers „Falaba" durch ein deutsches Unterseeboot am 28. März, welche den Tod des amerikanischen Bürgers Trasher verursachte, der Angriff auf das amerikanische Schiff „Tuſhing" am 28. April durch ein deutsches Flugzeug, die Torpillierung des amerikanischen Schiffes „Gulflight" am 1. Mai durch ein deutsches Unterseeboot, welche den Tod zweier amerikanischer Bürger zum Ergebnis hatte, und schließlich die Torpillierung und Zerstörung des Paketbootes „Lusitania" bilden eine Reihe von Ereignissen, welche die Regierung der Vereinigten Staaten mit wachsender Sorge, mit wachsender Beunruhigung und wachsendem Bedauern beobachtet hat.

Die menschliche und aufgeklärte Haltung, die bis jetzt von der kaiserlich deutschen Regierung hinsichtlich des Völkerrechts und besonders hinsichtlich der Freiheit der Meere beobachtet worden ist, hat zu der Anerkennung geführt, daß Deutschland bis jetzt immer hinsichtlich der internationalen Verpflichtungen seinen Einfluß dahin verwendet, die Sache der Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu verteidigen. Ueberzeugt davon, daß die von der kaiserlich deutschen Regierung ihren Marineoffizieren erteilten Instruktionen von den gleichen Gefühlen der Menschlichkeit beseelt sein dürften, wie es die Seegesetze der anderen Nationen vorschreiben, könnte die Regierung der Vereinigten Staaten nicht glauben und kann sich auch jetzt noch nicht entschließen zu glauben, daß diese so vollkommen den Regeln, Gebräuchen und dem Geiste der Methoden des modernen Krieges widersprechenden Akte die Billigung oder Genehmigung dieser großen Regierung haben könnten. Infolgedessen hält es die Regierung der Vereinigten Staaten für ihre Pflicht, sich deswegen an die kaiserlich-deutsche Regierung mit der vollkommensten Freiheit und in der aufrichtigen Hoffnung zu wenden, daß sie sich nicht getäuscht hat, wenn sie von seiten der kaiserlich-deutschen Regierung eine Maßnahme verlangt, welche die durch diese Tatsache verursachten, schlechten Eindrücke auslöschen und aufs neue die Haltung der deutschen Regierung bezüglich der geheiligten Meere rechtfertigen wird.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist von der kaiserlich deutschen Regierung benachrichtigt worden, daß sie sich durch die außerordentlichen Umstände des gegenwärtigen Krieges und durch die von ihren Gegnern angewandten Maßregeln, sie jeden Handelsverkehrs zu berauben, gezwungen sehe, Repressivmaßnahmen zu ergreifen, welche die gewöhnlichen Seekriegsmethoden bedeutend überschreiten, und eine Kriegszone zu proklamieren, außerhalb deren sich zu halten sie die neutralen Schiffe gewarnt hätte. Die Regierung der Vereinigten Staaten hatte bereits Gelegenheit, die kaiserliche Regierung zu benachrichtigen, daß sie weder die Annahme derartiger Maßnahmen, noch die Warnung vor der Gefahr des Operierens in dieser Zone zulassen könne und noch viel weniger im geringsten Grade eine Verminderung der Rechte der Kommandanten der amerikanischen Schiffe oder der amerikanischen Bürger, welche in berechtigter Weise als Passagiere an Bord von Handelsschiffen der kriegführenden Nationalitäten reisen, und daß sie die kaiserlich deutsche Regierung für jeden absichtlichen oder zufälligen Abbruch in diesen Rechten strikte verantwortlich machen müsse.

Die Regierung der Vereinigten Staaten kann sich nicht denken, daß die kaiserliche Regierung diese Rechte in Frage stellt, sie meint im Gegenteil, daß die kaiserliche Regierung, wie dies natürlich ist, die Regel annimmt, daß das Leben der Nichtkombattanten, welche neutraler Nationalität sind, oder welche im Kriege befindlichen Nationen angehören, in gesetzlicher und billiger Weise nicht durch die Kaperung oder Zerstörung eines nicht bewaffneten Handelsschiffes in Gefahr gebracht werden kann und daß die kaiserliche Regierung ebenfalls, wie dies alle anderen Nationen tun, die Verpflichtung anerkennen wird, die gebräuchlichen Maßnahmen der Durchsuchung und Untersuchung zur Gewinnung der Ueberzeugung, daß ein verdächtiges Handelsschiff einer kriegführenden Nationalität angehört oder wirklich Kriegskonterbande unter neutraler Flagge führt, zu ergreifen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten wünscht infolgedessen mit einer äußersten Dringlichkeit die Aufmerksamkeit der Kaiserlich deutschen Regierung auf die Tatsache hinzulenken, daß der Einwand gegen ihr jetziges Verfahren, den Handel ihrer Feinde anzugreifen, in der praktischen Unmöglichkeit liegt, Unterseeboote für die Vernichtung des Handels zu verwenden, ohne die Regeln der Loyalität, Vernunft, Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu mißachten, welche von der modernen Anschauung als gebietend angesehen werden. Es ist praktisch unmöglich für die Offiziere eines Unterseebootes, ein Handelsschiff auf See zu durchsuchen und seine Papiere und Ladung zu prüfen. Es ist für sie praktisch unmöglich, das Schiff als Prise zu nehmen, und wenn sie nicht der an Bord des Schiffes befindlichen Besatzung sich bemächtigen können, können sie es nicht versenken, ohne die Besatzung und alles, was sich an Bord befindet, Wind und Wellen in kleinen Schaluppen preiszugeben. Es versteht sich von selbst, daß die Kaiserliche Regierung frei diese Tatsache zugeben wird.

Wir erfahren nun, daß bei den Beispielen, von denen wir gesprochen haben, man nicht einmal die erforderliche Zeit gewährte, um die elementarsten Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, und daß in wenigstens zwei von diesen angeführten Fällen keine vorhergehende Benachrichtigung erfolgt ist. Es ist klar, daß die Unterseeboote nicht, wie in den letzten Wochen gegen ein Handelsschiff verwendet werden können, ohne unvermeidliche Verletzung der geheiligten Grundgesetze der Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Die amerikanischen Bürger handeln innerhalb der Grenze ihrer unbestreitbaren Rechte, wenn sie ihre Schiffe besteigen und überall hinreisen, wohin sie ihre berechtigten Gesetze auf dem Meere rufen; und sie üben die Rechte in dem wohl sehr berechtigten Vertrauen aus, daß ihr Leben nicht gefährdet wird durch Akte, die in offensichtlicher Verletzung der allgemein anerkannten internationalen Verpflichtungen begangen werden und sicher in dem Vertrauen, daß ihre Regierung sie in der Ausübung ihrer Rechte unterstützen werde.

Es ist kürzlich in den Blättern der Vereinigten Staaten eine formelle Warnung erschienen, von der angenommen wird, daß sie von der deutschen Botschaft in Washington stammt, welche sich an die Bevölkerung der Vereinigten Staaten tatsächlich mit der Erklärung wandte, daß jeder Bürger der Vereinigten Staaten, welcher sein Recht zu freien Reisen auf den Meeren ausübt, es auf sein Risiko und seine Gefahr hin tue, wenn er im Verlaufe seiner Reise sich in die Zone der Gewässer begebe, in der die kaiserliche Marine ihre Unterseeboote gegen den Handel Groß-Britanniens und Frankreichs verwendet trotz dem respektvollen, aber sehr ernsthaften Protest der Regierung der Vereinigten Staaten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten führt diese Tatsache nicht auf, um die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die überraschende Regelwidrigkeit der Tatsache zu lenken, daß eine von der deutschen Botschaft in Washington stammende Mitteilung sich an die Bevölkerung der Vereinigten Staaten durch die Vermittlung der Presse richtet. Die Regierung der Vereinigten Staaten erwähnt diese Tatsache nur zum Zwecke, um darzutun, daß die Tatsache der Ankündigung, daß eine unbillige und ungesetzliche Handlung begangen werden soll, in keiner Weise als eine Entschuldigung oder als eine Milderung dieser Handlung noch als eine Verringerung der Verantwortlichkeit ihrer Urheber angesehen werden kann. Da sie seit längerer Zeit den Charakter der kaiserlich deutschen Regierung und die erhabenen Prinzipien der Billigkeit kennt, von welchen sie in der Vergangenheit beeinflußt war, kann die Regierung der Vereinigten Staaten nicht glauben, daß die Kommandanten der Schiffe, welche diese ungesetzlichen Handlungen begangen haben, es getan haben, ohne sich getäuscht zu haben über die von den deutschen Marinebehörden gegebenen Befehle. Sie vermutet, daß vor allen Dingen in den Grenzen der praktischen Möglichkeiten dieser und ähnlicher Fälle man darauf wartet, daß die Kommandanten der Schiffe, selbst diejenigen der Unterseeboote, nichts unternähmen, was das Leben der Nichtkombattanten oder die Sicherheit der neutralen Schiffe in Gefahr bringt, selbst auf das Risiko hin, die Kaperung oder die Zerstörung des in Frage stehenden Schiffes zu verfehlen.

Sie hofft mit Vertrauen, daß die deutsche Regierung die Handlungen, über die sich die Regierung der Vereinigten Staaten beklagt, mißbillige, daß Genugtuung gegeben werde, soweit eine Genugtuung möglich ist, für die verursachten Schäden, daß sie geschätzt werden können, und daß sofort Maßnahmen getroffen werden, um die Rückkehr alles dessen zu verhindern, was offenkundig die Prinzipien des Krieges umstürzt, für welche die kaiserlich deutsche Regierung in der Vergangenheit mit so viel Klugheit und Festigkeit gekämpft hat.

Die Regierung und die Bevölkerung der Vereinigten Staaten wenden mit dem größten Vertrauen ihre Augen auf die kaiserlich deutsche Regierung, damit sie in dieser vitalen Angelegenheit mit Gerechtigkeit und Promptheit handelt, nicht allein, weil zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland besonders freundschaftliche Bande bestehen, sondern auch weil für die Vereinigten Staaten und das Königreich Preußen ein Vertrag von 1882 besteht, mit bestimmten Klauseln. Der Ausdruck des Bedauerns und das Angebot von Genugtuung im Falle der Zerstörung irrtümlich versenkter neutraler Schiffe, wenn sie den internationalen Verpflichtungen Genugtuung verschaffen können, wenn es keinen Verlust an Menschenleben gab, können die Exzesse und die Praktiken, deren natürliche und erzwungene Wirkung ist, die neutralen Nationen und Mächte neuen und ungeheuren Gefahren auszusetzen, nicht rechtfertigen. Die kaiserlich deutsche Regierung wird nicht zu hoffen haben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten versäumen wird, zu reklamieren, oder zu diesem zur Ausübung ihrer heiligen Pflicht notwendigen Akte Zuflucht zu nehmen, der Pflicht, die darin besteht, die Interessen der Vereinigten Staaten und ihrer Bürger zu unterstützen und die freie Ausübung der Gerechtigkeit und des Rechtes zu schützen.

* * *

Vossische-Zeitung
17.5.1915

149

Entscheidung oder Erwartung?

Montag, 17. Mai 1915

Zeitung

gelehrten Sachen.

Telephon-Zentrale Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802, 11 803 bis 11 849. Zentrum 8689 u. 8690.

in Rom.

Entscheidung oder Erwartung?

Bedeutet die Ablehnung der Demission, die das Ministerium Salandra dem König angeboten hatte, bereits eine Entscheidung, oder wird die Volksvertretung zu entscheiden haben? Wird die Kammer, die am Donnerstag zusammentritt, die Gründe, aus denen Sonnino sich für den Anschluß an den Dreiverband entschieden hat, zu prüfen haben und, wenn ihre Mehrheit diese Gründe nicht stichhaltig findet, durch den Sturz der Regierung die Neutralität Italiens aufrechterhalten? Oder werden der Kammer bindende Abmachungen vorliegen, die kein Ministerium auf eigene Verantwortung schließen kann, sondern die vom König gebilligt sein müssen, und wird die Kammer, wenn sie den Frieden erhalten will, nicht über Sonnino hinwegzugehen, sondern sich zu fragen haben, ob Italiens Wort bereits verpfändet ist und ob sie es einlösen will? Niemand weiß darüber Bestimmtes. Niemand weiß auch, ob unter dem Druck öffentlicher Kundgebungen, denen das Ministerium Salandra begreiflicherweise nicht wahrt, jene neutralistische Mehrheit der Kammer, die sich aus den Zustimmungen von dreihundert Deputierten an Giolitti ergab, nicht bereits zusammengebrochen sein wird, bevor sich das Parlament versammelt. Es gibt jedenfalls zu denken, daß ein Blatt, welches bisher mit der größten Entschiedenheit die Kriegshetze bekämpft und für das Parlament das Recht der freien Entscheidung gefordert hatte — daß die „Stampa", einer Drahtmeldung zufolge, nunmehr, da die Demission der Regierung abgelehnt ist, der Krieg als unvermeidlich erklärt; wobei sie loyal hinzufügt, sobald der Krieg ausbreche, gebe es für alle Patrioten bloß eine Pflicht.

In der Tat steht es so, daß die konstitutionellen Anhänger der Neutralität, wenn der Krieg unvermeidlich wäre, an der Patriotenpflicht nicht zweifeln würden, dem König zur Seite zu treten; während die Drohung der Interventionisten lautet: Krieg oder Revolution! Uebt darum die Kriegsagitation so viel stärkere Wirkung aus als die Meinung der erfahrensten Staatsmänner, die sich bis jetzt der Mehrheit von Volksvertretung und Volk versichert geglaubt haben? Sind die Tage, die noch verstreichen werden, bevor das letzte Wort gesprochen wird, nicht mehr Tage der Erwartung, sondern vollziehen sich nur noch die letzten Phasen einer nicht mehr zu widerrufenden Entscheidung? Die Aeußerungen der italienischen Blätter können nicht Gewißheit über die Haltung der Kammer geben, so wenig wie sie klar erkennen lassen, was eigentlich seit Beginn dieses Monats — gegen Ende April sollen doch die Verabredungen mit dem Dreiverband getroffen worden sein — vorgegangen ist. Wenn es feststeht, daß Italien seinen Vertrag in Wien am 4. Mai gekündigt hat, so ist doch die Bedeutung einer solchen Kündigung keineswegs ohne weiteres erkenntlich. Angenommen, daß der Vertrag die gegenseitige Verbürgung des territorialen Besitzstandes und eine Verpflichtung enthielt, die eine italienische Besitzerwerbung an der Ostküste der Adria ausschloß, so könnte die Vertragskündigung ein entschiedener Schritt gewesen sein, um Italiens Gebietsansprüche geltend zu machen — sie mit einem Nachdruck geltend zu machen, der den so lang hingezogenen Verhandlungen gefehlt hatte und der ein klar umschriebenes Anerbieten von Oesterreich-Ungarn heischte. Es ist überflüssig, hier alle Möglichkeiten dessen, was geschehen sein mag, zu erörtern. Statt dessen mag man aus dem folgenden Kalendarium der jüngsten Ereignisse Schlüsse zu ziehen versuchen:

Am 3. Mai findet in Rom ein Ministerrat statt. Es wird mitgeteilt: „Der Minister des Auswärtigen berichtet über die internationale Lage. Auf Grund der Erörterung der politischen Lage erkannte der Ministerrat die Notwendigkeit an, daß kein Mitglied der Regierung Rom verläßt." (Hat tatsächlich die Vertragskündigung in Wien am 4. Mai stattgefunden, so ist sie in diesem Ministerrat beschlossen worden. Das nach außen hin sichtbare Ergebnis der Beratungen war die Absage der Teilnahme der Regierung an der Feier in Quarto.)

Am 4. Mai wird bekanntgegeben: Infolge des Beschlusses, wonach kein Minister Rom verläßt, wird auch der König der Feier in Quarto fernbleiben.

Am 7. Mai wird durch königlichen Erlaß die Session der Kammer und des Senats weiter bis zum 20. Mai vertagt. Die Kammer hätte am 12. Mai zusammentreten sollen.

Am 9. Mai trifft Giolitti in Rom ein, wird vom König empfangen und hat dann eine Besprechung mit Salandra. Wie die „Stampa" wiederholt betont, hat Giolitti nicht um eine Audienz nachgesucht, sondern ist vom König dazu eingeladen worden.

Am 11. oder 12. Mai spätestens ist die italienische Regierung im Besitz eines schriftlichen, von den Botschaftern Baron Macchio und Fürst Bülow unterzeichneten Anerbietens Oesterreich-Ungarns, das

Vossische-Zeitung
17/V. 1915

150

das Parlament hat das Wort.

Montags-Ausgabe
17. Mai 1915

Zeitung

d gelehrten Sachen.

Telephon-Zentrale Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802, 11 803 bis 11 849. Zentrum 8689 u. 8690.

ig abgelehnt.

olge an der ganzen galizischen Front

Das Parlament hat das Wort.

Von
Georg Bernhard.

Italien bleibt ein Rätsel, das sich erst in der letztmöglichen Minute entschleiern wird. Wäre die Bildung des neuen Kabinetts zustande gekommen, man hätte doch wenigstens einigermaßen deuten können, wohin die Reise gehen soll. So aber bleibt alles beim alten und erst die Kammersitzung am 20. Mai wird aller Wahrscheinlichkeit nach für die Welt und für Italien selbst die klare Entscheidung bringen. Der König hat sehr klug gehandelt, daß er schließlich das alte Kabinett auf seinem Posten beließ. Denn ein konstitutioneller Grund für dessen Rücktritt war nicht gegeben. Die Kammer hatte noch nicht gesprochen, und für den König war es in der augenblicklichen Lage nicht ohne Gefahr, die Demission des Ministeriums anzunehmen. Er konnte im besten Falle nur ein Konzentrationsministerium berufen. Jedes andere Ministerium von ausgesprochenem Gesicht würde eine Parteinahme der Krone und mithin ihre Gefährdung bedeutet haben.

Auf keinen Fall war eine neue Kabinettsbildung ohne den Eintritt Giolittis möglich. Hätte Giolitti erklärt, daß er die Bildung des Kabinetts selbst zu übernehmen bereit ist, so wäre das die einfachste Lösung der Krise gewesen. Aber davon war von Anfang an keine Rede. Giolitti schien zunächst bereit zu sein, in einem Kabinett Marcora oder Carcano ein Portefeuille zu übernehmen. Dafür, daß Giolitti vom König zu Rate gezogen worden ist, spricht mehr noch als seine Unterredung mit dem König die Tatsache, daß der bisherige Schatzminister Carcano als enger Vertrauter Giolittis gilt. Aber schließlich scheint Giolitti seine Mitwirkung bei der Bildung des neuen Ministeriums versagt zu haben. Nichts zeigt mehr als das den Ernst der augenblicklichen Lage. Es ist an dieser Stelle verschiedentlich darauf hingewiesen worden, daß Giolitti durchaus nicht so unbedingt als Freund des Dreibunds angesehen werden darf, wie das vielfach hier ohne weiteres angenommen wird. Giolitti ist nichts als Italiener, und er wird lediglich nach italienischen Interessen entscheiden. Man darf sich nicht dadurch täuschen lassen, daß die „Stampa", auf die Giolitti unleugbar großen Einfluß besitzt, dauernd in besonders scharfer Art gegen den Krieg geschrieben hat. Bemerkenswerter ist vielleicht, daß Giolitti nahestehende Blätter in der Provinz das Volk zu Barrikadenkämpfen aufgerufen haben. Bemerkenswert ist ferner, daß die „Stampa" zwar in ihren Artikeln in einem uns günstigen Sinne geschrieben, dagegen auffälligerweise die Nachrichten über die militärischen Erfolge der verbündeten Armeen in Frankreich, Belgien und Galizien durchaus nicht in auffälligerer Weise veröffentlichte, als das bei den uns feindlich gesinnten Blättern Italiens der Fall gewesen ist. Gerade von einer Giolitti nahestehenden Seite ist noch vor kurzem betont worden, daß man zwischen Giolitti und seinen Anhängern scharf unterscheiden müsse. Die Presse Giolittis hat ihren Meister nie festgelegt, sondern stets hervorgehoben, daß er sich für verpflichtet halte, die Vorschläge Oesterreich-Ungarns zu prüfen, und daß er erst vor der Kammer seine klare Meinung aussprechen werde. Damit stimmt auch vollkommen die jetzige Haltung Giolittis überein. Er hat verhindert, daß vor der Zusammenberufung des Parlaments eine Entscheidung fällt. Aber er hat es sich vorbehalten, an dieser Entscheidung in der Kammer mitzuwirken. Giolitti hat schon einmal bewiesen, daß er auch unter Umständen nach dem Grundsatze gehen kann: „Ich bin Euer Führer, drum folge ich Euch." Er hat den libyschen Krieg nicht gewollt, aber er hat ihn schließlich geführt, dem Votum des Parlaments und der Straße sich fügend. Giolitti zieht anscheinend auch diesmal vor, solange ein Rätsel zu bleiben, bis er es für richtig halten wird, dieses Rätsel selbst in der Parlamentssitzung zu lösen.

Formell ist ja dadurch bis zum 20. Mai jede Entscheidung ausgeschlossen. Insbesondere scheint der Einfluß der Straße vorderhand ganz ausgeschaltet zu sein, man wird aber nichtsdestoweniger gut tun, den turbulenten Vorgängen nach wie vor seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Gewiß soll man bei einem leicht erregbaren Volk, wie es die Italiener nun einmal sind, Demonstrationen nicht allzu schwer nehmen. Was uns da als Studentendemonstrationen aufgetischt wird, sind vielfach nur Aufläufe von Angehörigen höherer Schulen, die in Italien den Namen Studenten führen. Solche lärmenden Demonstrationen wegen jeder Kleinigkeit sind in Italien an